# osteuropa



# Vernichtung durch Hunger

Der Holodomor in der Ukraine und der UdSSR

OSTEUROPA analysiert interdisziplinär die aktuellen Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa. Die Zeitschrift behandelt gesamteuropäische Themen und ist Forum des Ost-West-Dialogs. OSTEUROPA ist eine der führenden Zeitschriften der internationalen Osteuropaforschung und verfügt über eine große Tradition. OSTEUROPA wurde 1925 von *Otto Hoetzsch* in Berlin gegründet. 1939 mußte die Zeitschrift das Erscheinen einstellen. Von 1951–1975 leitete sie *Klaus Mehnert*, bis 2002 *Alexander Steininger*.

Redaktion Dr. Manfred Sapper, Volker Weichsel, Dr. Agathe Gebert, Margrit Breuer M.A.

Adresse Schaperstraße 30, 10719 Berlin, Tel. 030/30 10 45 81 und 30 10 45 82, Fax 030/21 47 84 14; osteuropa@dgo-online.org; Margrit.Breuer@post.rwth-aachen.de

Homepage <a href="http://osteuropa.dgo-online.org/">http://osteuropa.dgo-online.org/</a>

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO) ©.

VORSTAND: Prof. Dr. *Rita Süssmuth* MdB (Präsidentin), Prof. Dr. *Wolfgang Eichwede* (Vizepräsident), Dr. *Franz-Lothar Altmann* (geschäftsführendes Mitglied), Prof. Dr. *Thomas Bremer*, Dr. *Sabine Fischer*, Dr. *Gabriele Gorzka*, Dr. *Rainer Lindner*, Prof. Dr. *Birgit Menzel*, Prof. Dr. *Hans-Henning Schröder*, Prof. Dr. *Alexander Trunk*.

Geschäftsführung der DGO: Dr. Heike Dörrenbächer, Schaperstraße 30,

10719 Berlin, Tel. 030/21 47 84 12, Fax 030/21 47 84 14

info@dgo-online.org; <a href="http://www.dgo-online.org">http://www.dgo-online.org</a>

Bankverbindung: DGO, Dresdner Bank, Berlin (100 800 00), Konto 04 148 630 00.

Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

**Erscheinungsweise:** monatlich. **Bezug:** über den Verlag, den Buchhandel und die DGO. Das Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf des Kalenderjahres schriftlich beim Berliner Wissenschafts-Verlag gekündigt wird.

**Bezugspreise:** Einzelheft 9,50 € Themen- und Länderheft 15,00 € Doppelheft je nach Umfang. Jahresabo 79,00 €, für Mitglieder der DGO, Studierende, Schulen 46,00 €(zuzüglich Versandkosten).

**Bestelladresse** (Abos und Einzelhefte) und Verlag: Berliner Wissenschafts-Verlag, Axel-Springer-Str. 54 b, 10117 Berlin, Telefon 030/84 17 70-0; Fax: 030/84 17 70-21; E-Mail: bwv@bwv-verlag.de.

Anzeigenverwaltung: Redaktion und Verlag.

Bei Nichtlieferung durch höhere Gewalt, Streik oder Aussperrung besteht kein Anspruch auf Ersatz.

ISSN 0030-6428

Rudolf A. Mark, Gerhard Simon, Manfred Sapper, Volker Weichsel, Agathe Gebert (Hg.) Vernichtung durch Hunger. Der Holodomor in der Ukraine und der UdSSR 208 Seiten, 25 Abb., 3 Karten, Berlin (BWV) 2004, [= OSTEUROPA 12/2004], 15,00 Euro

ISBN 3-8305-0883-2

# Die vorliegende Publikation entstand mit freundlicher finanzieller Unterstützung durch die Fritz Thyssen-Stiftung.

Abbildungen: Titelfoto: dpa/Dima Gavrysh. – A. Rodčenko, B. Ignatovič: aus: Jurij Murašov, Georg Witte (Hg.) Die Musen der Macht. München 2003. – El Lissitzky aus: Margarita Tupitsyn: El Lissitzky. Jenseits der Abstraktion. Fotografie, Design, Kooperation. München 1999. Den urožaja, aus: Hubertus Gassner: Agitacija za sčast'e. Sovetskoe iskusstvo stalinskoj epochi. Düsseldorf, Bremen 1994. – P. Jastržembskij, K. Malevič, I. Kljun, T Jablonskaja aus: Boris Groys, Max Hollein: Traumfabrik Kommunismus. Ostfildern 2003. Alle übrigen aus: Golod 1932-1933 rokiv v Ukraïni: pryčyny ta naslidky. Kyïv 2003.

**Druck**: Sellier-Druck, Freising.

Karten: Leibniz Institut für Länderkunde, Leipzig Repros & Scans: Fa. Bräutigam.eps, Hanau.



#### 54. JAHRGANG/HEFT 12/DEZEMBER 2004

# Vernichtung durch Hunger Der Holodomor in der Ukraine und der UdSSR

Editorial	Erinnerung, Mobilisierung, Nation	
Rudolf A. Mark, Gerhard Simon	Die Hungersnot in der Ukraine und anderen Regionen der UdSSR 1932 und 1933	
Egbert Jahn	Der Holodomor im Vergleich Zur Phänomenologie der Massenvernichtung	13
Vladimir Tendrjakov	Brot für den Hund	
Gerhard Simon	Holodomor als Waffe Stalinismus, Hunger und der ukrainische Nationalismus	
Stanislav Kul'čyc'kyj	Terror als Methode Der Hungergenozid in der Ukraine 1933	
Ricarda Vulpius	icarda Vulpius "Inseln der Autonomie beseitigen" Kirchenverfolgung und Holodomor	
Nikolaus Katzer Brot und Herrschaft Die Hungersnot in der RSFSR		90

Rudolf A. Mark	Die Hungersnot in Kazachstan Historiographische Aufarbeitung im Wandel	
Jurij Šapoval	Lügen und Schweigen Die unterdrückte Erinnerung an den Holodomor	
Wilfried Jilge	Holodomor und Nation Der Hunger im ukrainischen Geschichtsbild	147
Valerij Vasil'ev	Zwischen Politisierung und Historisierung Der Holodomor in der ukrainischen Historiographie	165
Rolf Göbner	Verbrannte Seelen Der Holodomor in der ukrainischen Belletristik	183
Dmytro Zlepko	"Alles ist wunderbar" Der Holodomor aus der Sicht der Zeitgenossen	192
Karten		
Der Holodomor in	der Ukrainischen SSR 1932–1933	59
Veränderungen der Volga 1932–1933	r Sterbeziffern an der Mittleren und Unteren	98
Aufstände in Kazachstan 1929–1932		
Abstracts		204

## Erinnerung, Mobilisierung und Nation

Selten ist die Sicht so klar: Menschen demonstrieren mit blau-gelben Fahnen vor einem Denkmal. Ihr Protest im Dezember 2004 richtet sich gegen manipulierte Wahlen und Pseudodemokratie in der Ukraine. Dank seiner ungewöhnlichen Perspektive gibt das Photo auf der Titelseite gleichzeitig den Blick frei auf das Programm dieses Heftes: Erinnerung, Mobilisierung und Nation. Zu sehen ist das "Denkmal an die Opfer des Holodomor" in Kiev.

Die Vernichtung von sechs bis sieben Millionen Menschen in der Ukraine 1932/1933, also während der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Etablierung des Stalinismus in der UdSSR, ist integraler Bestandteil des Jahrhunderts der Massenvernichtung, wie das 20. Jahrhundert zu Recht genannt wird. Die erste schriftliche Erwähnung der Hungerkatastrophe findet sich 1932 in dieser Zeitschrift. Otto Auhagen schreibt in OST-EUROPA von "dem furchtbaren Elend", "das kein Berichterstatter verschweigen darf". Doch das Verschweigen wurde zur Methode. In der UdSSR war der Holodomor ein Tabu. Die Aufarbeitung der Vergangenheit, die Erinnerung an die Opfer und die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit entfalteten dann aber in der Unabhängigkeitsbewegung während der Perestrojka eine ungeheure nationsbildende Kraft. Heute ist der Holodomor für das nationale Selbstverständnis der Ukraine ähnlich bedeutsam wie die Vernichtungserfahrung des Holocaust für das Selbstverständnis Israels.

Nun ist es wieder OSTEUROPA, die den neuen empirischen Befunden der Holdomorforschung ein ganzes Heft widmet. Neben der Annäherung an die historische Wahrheit dient das Heft einem zweiten Ziel: den Holodomor in den Fokus einer vergleichenden Erforschung von Genoziden und anderen Formen der Massenvernichtung zu rücken. Welche hohen analytischen Hürden zu nehmen sind, ehe der Vergleich oder die Kontrastierung neue Erkenntnisse bringen, zeigt Egbert Jahn in seinen Überlegungen zum Holodomor in der Phänomenologie der Massenvernichtung.

Dieser Kontrastierung stellen wir durch Illustrationen eine zweite hinzu. Die Lüge und das Verschweigen des Holodomor in der Stalinschen Sowjetunion gingen Hand in Hand mit Glorifizierung und Propaganda. Photographie und bildende Kunst kamen ohne Bezug auf die Symbolik der Nahrung nicht aus. Mit Erntemotiven arbeiten Kazimir Malevič (1928/29) oder Aleksandr Rodčenko/Boris Ignatovič (1929) während des ersten Fünfjahresplans. Und in der Spätphase des Stalinismus erhielt Tatjana Jablonskaja für ihr Gemälde *Brot* (1949) den Stalin-Preis. Die Bildsprache erinnert an paradiesisches Heil. Milch wird in Strömen fließen, Manna vom Himmel regnen und Nahrung grenzenlos vorhanden sein. Leben ist Überfluß, Sattheit und Glück. Die Realität war eine andere.

Wasser und Brot sind die elementaren Bedingungen menschlichen Lebens. Der Entzug von Wasser und Brot zerstört das Leben. Es gehört zur List der Geschichte, daß sich aus dem vorsätzlichen Entzug und dem Mangel, der zu millionenfachem Verdursten und Verhungern führte, die Idee der Ukraine als Nation und als Staat speist.

Manfred Sapper, Volker Weichsel, Agathe Gebert



Opfer des Hungers in Charkiv, 1933



Opfer der "Entkulakisierung" vor den Ruinen ihres Hauses. Dorf Udačno, Hryšuns'kij rajon, Doneck'a oblast'. Photo: M.M. Želëznjak

# Die Hungersnot in der Ukraine und anderen Regionen der Sowjetunion 1932 und 1933

Die Hungersnot in der Sowjetunion zu Beginn der 1930er Jahre gehört zu den größten Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Sie hat sechs bis sieben Millionen Opfer gefordert. Die Wahrnehmung der Hungersnot wurde lange Zeit verdeckt durch die anderen Katastrophen dieser Zeit: den Zweiten Weltkrieg, die Ermordung der europäischen Juden, die Verbrechen des Stalinismus. Vor allem aber ist es der sowjetischen Führung gelungen, eine Mauer des Schweigens zu errichten. Den Hungernden wurde nicht nur keine Hilfe geleistet, der Hunger und die Opfer wurden geleugnet und mit einem Tabu belegt.<sup>1</sup>

Erst mit der Perestrojka fiel am Ende der 1980er Jahre die Mauer des Schweigens. In der Ukraine findet die Holodomor genannte Hungersnot mittlerweile große öffentliche Aufmerksamkeit. Der Holodomor ist in die nationale Selbstwahrnehmung der neuen Ukraine eingegangen und zu einem Element bei der Konstruktion der nationalen Identität geworden. Ein breites Forschungsinteresse hat sich entfaltet.<sup>2</sup>

In der westlichen Forschung waren die wesentlichen Tatsachen über die große Hungersnot auch vor den 1980er Jahren bekannt. Die erste schriftliche Erwähnung der Hungersnot findet sich in der Zeitschrift OSTEUROPA.<sup>3</sup> Intensiv beschäftigten sich aber auch westliche Historiker erst seit der Perestrojka mit dem Holodomor. Anstöße dazu kamen insbesondere seit dem 50. Jahrestag der Hungersnot aus der ukrainischen Diaspora in Nordamerika. Prägenden Einfluß auf die Forschung – auch als Auslöser von Widerspruch und Polemik – hatten in den 1980er Jahren die Arbeiten von Robert Conquest und James Mace. Mit der Öffnung der Archive seit Ende der 1980er Jahre wurden Detailforschungen sowohl für einzelne Regionen als auch zu Intentionen und Verhalten der Stalin-Führung möglich. Manche Forschungskontroversen sind damit hinfällig. Kein ernsthafter Forscher bestreitet mehr, daß die Hungersnot Millionen Opfer gefordert hat. Weitgehender Konsens besteht auch, daß die Hungersnot nicht die Folge einer Mißernte oder Naturkatastrophe war. Der Hunger war also nicht unabwendbar und insofern von der politischen Führung gemacht, die dafür die politische Verantwortung trägt. Dies gilt im übrigen für viele Hungersnöte in Vergangenheit und Gegenwart.

Auch die Spezifika der Hungersnot in der Ukraine, die mit massiven Schlägen gegen die ukrainischen Nationalkommunisten verbunden war, und in Kazachstan, wo sie eine Folge der erzwungenen Seßhaftmachung der Nomaden gewesen ist, können nicht mehr ernsthaft bestritten werden. Die vor allem in der Ukraine heute daraus abgeleitete These vom Holodomor als Genozid bleibt allerdings umstritten ebenso wie die Definition dieses Terminus. Die Bezeichnung Holocaust für die große Hungersnot wird dagegen in der westlichen und ukrainischen Forschung nicht länger verwendet,

Siehe dazu die Beiträge von Jurij Šapoval (S. 131–145) und Dmytro Zlepko (S. 192–203).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Siehe dazu die Beiträge von Wilfried Jilge (S. 147–163) und Valerij Vasil'ev (S. 165–182) sowie von Rolf Göbner über die Widerspiegelung des Holodomor in der Belletristik (S. 183-190).

Otto Auhagen: Wirtschaftslage in der Sowjetunion im Sommer 1932, in: OSTEUROPA, 7/1932, S. 644–655.

auch wenn sie in der ukrainischen Publizistik gelegentlich als Synonym für Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Massenterror vorkommt.<sup>4</sup>

Seit dem Jahr 1988 ist in der Ukraine der Terminus Holodomor für den Hunger-Terror geprägt worden. Der Begriff hat sich inzwischen dort und in der englischsprachigen Fachliteratur vielfach durchgesetzt. Das ukrainische Wort "Holodomor" ist ein Kompositum aus den Wörtern "holod" und "mor". Während "holod" einfach "Hunger" bedeutet, ist das Wort "mor" semantisch komplexer und weiter konnotiert. Es bedeutet Krankheit, Seuche, Epidemie und Massensterben, so daß das Kompositum Holodomor für Hungersnot, Hungerkatastrophe steht. Im Kontext des zu Beginn der 1930er Jahre brutal exekutierten wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Modernisierungsprojektes der Bol'ševiki impliziert der Begriff außerdem Zwang und Terror, signalisiert die Instrumentalisierung der Hungersnot zur Disziplinierung der sich gegen "Entkulakisierung" und Kollektivierung wehrenden Bauern.

Wie konnte es zu der Hungersnot kommen? Der Hunger war die direkte Folge der Agrarrevolution von oben, d.h. der zwangsweisen Kollektivierung der Landwirtschaft, der "Liquidierung der Kulaken als Klasse" und damit der Zerrüttung der landwirtschaftlichen Produktivität und Produktion. Die entstehenden Industriestädte konnten nicht mehr ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt werden. Das gesamte Projekt von Stalins "Revolution von oben" drohte zu scheitern. 1928 wurden erstmals wieder seit dem Bürgerkrieg Zwangsrequirierungen der Ernte durchgeführt, die in den folgenden Jahren immer brutalere Formen annahmen, so daß den Bauern immer weniger und im Winter 1932/33 vielfach nichts mehr zum Überleben übrig blieb. Die Hungersnot wütete besonders in den Getreideüberschußregionen, weil hier die Ernterequirierungen ihren Schwerpunkt hatten, und sie betraf vor allem das Dorf, d.h. die Erzeuger von Nahrungsmitteln.

Auch in den Städten wurde gehungert, wo die zentrale Getreideversorgung ganz oder teilweise eingestellt wurde. Vielfach erhielten nur noch bevorzugte Gruppen, wie Polizei, Armee und Arbeiter in der Schwerindustrie, Brot auf Lebensmittelkarten. Zu einem Massensterben kam es jedoch in den Städten nicht.

Der Hunger bei den kasachischen Nomaden hatte andere Gründe. Hier wurden nomadisierende Stämme und Sippen, die seit Jahrhunderten Vieh- und Weidewirtschaft betrieben, von einem Tag zum anderen gezwungen, seßhaft zu werden, zum Ackerbau überzugehen und in Kolchosen einzutreten. Zuerst verhungerten das zwangsweise an feste Plätze gebundene Vieh und danach die Menschen, wenn es ihnen nicht gelang, rechtzeitig über die Grenze nach China oder in andere Staaten zu fliehen.<sup>5</sup>

Die zwangsweise Kollektivierung seit 1929 war begleitet von der Enteignung und Deportation Hunderttausender als "Kulaken" diffamierter Bauern. Dieser Begriff bezeichnete die wohlhabenderen, tüchtigen Bauern sowie diejenigen, die Widerstand gegen die Kollektivierung leisteten. Die Ausweisung der "Kulaken" aus dem Dorf schwächte die Wirtschaftskraft. Die Getreiderequirierungen zwangen die Bauern dazu, auch das Futtergetreide abzugeben. Sie sahen sich gezwungen, ihr Vieh zu schlachten, so daß immer weniger Zugvieh für die Feldarbeiten zur Verfügung stand.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Vgl. Rainer Lindner: Der "Genozid" im kulturellen Gedächtnis der Ukraine und Weißrußlands. Vernichtungstraumata in sowjetischer und nachsowjetischer Zeit, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 2/2003, S. 109–151.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Siehe dazu den Beitrag von Rudolf A. Mark, S. 112–130.

Dadurch schrumpfte die Anbaufläche für Getreide. In der Ukraine wurden 1932 2,6 Millionen ha oder 13,5 Prozent weniger Land mit Getreide bestellt als 1928.

Zwangskollektivierung und Getreiderequirierungen lösten – teilweise bewaffneten – Widerstand aus, der im Frühjahr 1930 seinen Höhepunkt fand. Auch nach der Niederschlagung des gewaltsamen Widerstandes blieb die Arbeitsmoral der Bauern niedrig, die Feldarbeiten in den Kolchosen wurden schlecht erledigt. Die Bauern versuchten, bei der Ernte einen Teil des Korns rechtzeitig beiseite zu schaffen, um im Winter zu überleben. Passiver Widerstand gegen die Getreiderequirierungen war weit verbreitet und eine Überlebensstrategie. Trotz der rückläufigen Getreideernten wurde das Ablieferungssoll 1931 und 1932 nicht wesentlich reduziert, was zur Folge hatte, daß im Dorf zu wenig Getreide übrigblieb, um das Überleben bis zur nächsten Ernte zu sichern.

Für die Ukraine, die zusammen mit der Region (kraj) Nordkaukasus mehr als die Hälfte des sowjetischen Getreidesolls aufzubringen hatte, geben die folgenden Zahlen Auskunft über Ernteerträge und Getreideaufbringung.

	Bruttoertrag der Getreideernte	staatliche Getreideaufbringung	
	in Mio. t	in Mio. t	in % vom Bruttoertrag
1929	17,6	4,9	35,9
1930	22,8	7,8	34,2
1931	17,7	6,9	38,9
1932	12,8	6,7	52,3
1933	22.2	4.7	21.2

Tabelle: Ernteerträge und Getreideaufbringung in der Ukraine 1929–1933

*Quelle:* Volodymyr M. Lytvyn (Hg.): Holod 1932–1933 rokiv v Ukraïni: pryčyny ta naslidky. Kyïv 2003, S. 449f.

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre stand ungefähr ein Drittel der Getreideernte für den Markt zur Verfügung. Zwei Drittel wurden im Dorf gebraucht für die Ernährung von Mensch und Tier sowie als Saatgut. Die Wegnahme von mehr als der Hälfte der Ernte des Jahres 1932 bedeutete für viele das Todesurteil. Indessen setzte die Sowjetmacht auch in den Hungerjahren den Getreideexport fort; 1931 wurden 5,2 Millionen Tonnen, 1932 – 1,8 Millionen Tonnen und 1933 1,7 Millionen Tonnen exportiert. Für den Erlös kaufte die Sowjetunion im Westen Industrieausrüstungen.

Bereits im Winter 1931/32 gab es massive Ernährungsschwierigkeiten und verbreiteten Hunger in mehr als 100 Rayons der Ukraine. Die Zahl der Hungertoten in der Ukraine im Frühjahr 1932 wird auf 144 000 Menschen geschätzt. Wegen der schlimmen Erfahrungen mit den Getreiderequirierungen 1931, die sich bis in die ersten Monate des Jahres 1932 hinzogen, widersetzten sich die örtlichen Behörden den völlig überhöhten Planauflagen für 1932. Sogar die ukrainische Partei- und Staatsführung versuchte vorsichtig, bei Stalin eine Reduktion der Planauflagen zu erreichen. Die von Moskau im Laufe der Erntekampagne 1932/33 genehmigten Planreduktionen änderten jedoch nichts daran, daß der Plan unrealistisch und unerfüllbar war. Er wurde denn auch ebensowenig wie im Jahr zuvor erfüllt.

Die Getreiderequirierungen in der Ukraine und anderen Teilen der UdSSR im Herbst und Winter 1932/33 waren von einem bislang unbekannten Massenterror begleitet. Die in den Städten mobilisierten Requirierungskommandos durchsuchten Kolchosen sowie Höfe von Einzelbauern und beschlagnahmten alles Getreide, das sie finden konnten, einschließlich des Saatguts und der Avancen, die den Bauern zuvor von den Kolchosen zugeteilt worden waren. Nach den Beschlagnahmungen verfügten die Kolchosen meist nicht mehr über genug Getreide, um den Bauern ihr Deputat in Naturalien für die geleisteten Arbeitstage auszuzahlen. So hatte im März 1933 die Hälfte der Kolchosen in der Ukraine ihren Bauern keinerlei Getreide als Bezahlung für ihre Arbeitstage im zurückliegenden Wirtschaftsjahr zugeteilt.

In der Ukraine und im Nordkaukasus – insbesondere im Gebiet der ukrainischen Kuban'-Kosaken – nahm der Hunger-Terror besonders schlimme Ausmaße an, weil hier nicht nur das Getreide, sondern sämtliche Lebensmittel als "Strafen in Naturalien" für die Nichterfüllung des Ablieferungssolls konfisziert wurden; das bedeutete oft den sicheren Hungertod. Zudem wurden die Ukraine und der Nordkaukasus im Januar 1933 abgeriegelt, um den Hungernden den Weg nach Norden abzuschneiden, wo sie versucht hatten, in der Belarussischen SSR und in der Rußländischen SFSR Brot zu erhalten. In der Ukraine setzte zeitgleich eine umfassende Säuberungs- und Terrorwelle gegen die Kommunistische Partei und die Intelligenz ein.<sup>6</sup>

Die Millionen toten Landbewohner widerlegten die Behauptung der Stalin-Führung, die Bauern hätten das Getreide gestohlen und versteckt. Tatsächlich gab es kein Getreide im Dorf. Für die Getreideaufbringung 1933/34 zog die politische Führung daraus die Konsequenzen. Um eine neue Katastrophe zu vermeiden, die zu einer endgültigen Zerrüttung der Versorgung der Städte hätte führen können, reduzierte sie die Getreidepläne, stellte einen Teil der Zwangsmaßnahmen ein, gewährte den Bauern Avancen und gestattete ihnen die Selbstversorgung von ihrem Gartenland. Im September 1933 war das Massensterben vorbei.

Heute ist es möglich, in groben Zügen eine Geographie des Hungers zu entwerfen und die Schwerpunktregionen zu benennen. In der Ukraine forderte der Hunger 1933 überall Opfer. Die Sterbezahlen lagen in allen damals bestehenden sieben Gebieten (oblast') und in der Autonomen Republik Moldova um ein Vielfaches über dem Durchschnitt der Jahre davor und danach. Die regionalen Unterschiede waren allerdings erheblich. Am schlimmsten wütete der Hunger in den Gebieten Kiev und Charkiv; es folgten die Gebiete Odesa und Dnipropetrovs'k, Vinnycja und die ASSR Moldova. Vergleichsweise weniger Opfer waren in den Gebieten Černihiv und Donec'k zu beklagen. Das Gebiet Černihiv, zu großen Teilen bewaldet oder Moorland, war keine Getreideüberschußregion und deshalb weniger im Visier der Requirierungen. Im Gebiet Donec'k arbeiteten viele Landbewohner oder ihre Verwandten in den Schachtanlagen oder Industriestädten, wo zumeist Brotrationen auf Lebensmittelkarten erhältlich waren.<sup>7</sup>

In der Rußländischen SFSR gab es vier große Hungergebiete: die Nomadenterritorien in Kazachstan, das damals als Autonome Republik zur RSFSR gehörte; die Region (*kraj*) Nordkaukasus mit den Gebieten Kuban', Don und Stavropol'; die Region Untere Volga

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Siehe den Beitrag von Stanislav Kul'čyc'kyj, S. 57–70.

Volodymyr M. Lytvyn (Hg.): Holod 1932–1933 rokiv v Ukraïni: pryčyny ta naslidky, Kyïv 2003, S. 513.

(Nižne-Volžskij kraj) sowie die Region Mittlere Volga (Sredne-Volžskij kraj). Die Region Untere Volga umfaßte die heutigen Gebiete (oblast') Volgograd und Saratov. Die Region Mittlere Volga bildeten die heutigen Gebiete Samara, Penza, Orenburg, Ul'janovsk und die Republik Mordovija. Die Epizentren des Hungers waren im Nordkaukasus der Kuban', an der Unteren Volga die rechtsufrigen Rayons, an der Mittleren Volga die linksufrigen Rayons sowie die Autonome Republik der Wolgadeutschen.<sup>8</sup> Außerhalb dieser Schwerpunktregionen hungerten Menschen im südlichen Ural, in Westsibirien sowie in den Gebieten (oblast') Kursk, Tambov und Vologda.<sup>9</sup>

Wie groß war die Zahl der Opfer, und wie verteilten sie sich auf die verschiedenen Hungergebiete? Eine exakte Statistik gibt es nicht. Die Sowjetmacht leugnete den Hunger und versuchte, die statistische Erfassung der Toten zu verhindern. Dennoch stehen inzwischen zahlreiche Materialien zur Verfügung, die Berechnungen und gesicherte Schätzungen möglich machen. Dazu gehören die in der Sowjetzeit unterdrückten oder gefälschten Ergebnisse der Volkszählungen von 1937 und 1939, die Eintragungen der Standesämter (ZAGS), die für viele Territorien erhalten sind, die Berichte der OGPU (Ob"edinennoe gosudarstvennoe političeskoe upravlenie, Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung). Die in den 1980er Jahren oft weit auseinanderliegenden Schätzungen, die manchmal zu heftigen Polemiken führten, haben sich inzwischen in vielen Fällen angenähert.

Der ukrainische Forscher Stanislav Kul'čyc'kyj und der australische Forscher Stephen Wheatcroft, die beide seit vielen Jahren über die Demographie der Hungeropfer gearbeitet haben, kommen auf unterschiedlichen methodischen Wegen zu dem gleichen Ergebnis und geben die Zahl der direkten Hungertoten in der Ukraine im Jahr 1933 mit 3,0 bis 3,5 Millionen an. Addiert man dazu die Zahl der nichtgeborenen Kinder, beläuft sich der Bevölkerungsverlust des Jahres 1933 in der Ukraine auf vier Millionen Menschen; 1931 waren bereits 144 000 Personen verhungert. Die Gesamtbevölkerung der Ukraine betrug 1926 29 Millionen; demnach starben etwa zehn Prozent der Bewohner während des Hungers. Ungefähr 80 Prozent der Opfer waren ethnische Ukrainer, die übrigen polnische, moldauische, russische, deutsche und andere Landbewohner in den Dörfern der Ukraine.

Eine ähnlich hohe Opferzahl ist auch im Nordkaukasus zu verzeichnen, auch hier waren ethnische Ukrainer die Mehrheit unter den Opfer, denn Hunger und Deportationen wüteten vor allem in den von Ukrainern bzw. ukrainischen Kuban'-Kosaken bewohnten Teilen der Region. Die Zahl der unmittelbaren Hungertoten wird auf 350 000 geschätzt. Hinzu kamen mehr als 100 000 Deportierte – überwiegend Kosaken – sowie 100 000 zwischen November 1932 und Februar 1933 Verhaftete. Außerdem wurden in diesem Zeitraum 70 000 Parteimitglieder aus der Partei ausgeschlossen, deportiert oder verließen fluchtartig den Nordkaukasus. Damit belaufen sich die Bevölkerungsverluste während der Kampagnen zur Getreiderequirierung 1932/33 hier auf etwa 620 000 Menschen oder acht Prozent der Bevölkerung. In den Dörfern beiderseits der Volga verhungerten

Viktor Kondrašin, Diana Penner: Golod 1932–1933 gody v sovetskoj derevne (na materialach Povolž'ja, Dona i Kubani). Samara, Penza 2002, S.224–230.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Siehe den Beitrag von Nikolaus Katzer S. 90–110.

Lytvyn, Holod [Fn. 7], S. 503. – Valerij Vasil'jev, Jurij Šapoval (Hg.): Komandyry velykoho holodu. Kyïv 2001, S. 192.

200 000 bis 400 000 Menschen, so daß sich die Menschenverluste im Nordkaukasus, an Volga und Don zusammen auf etwa eine Million summieren.<sup>11</sup>

Kein Volk hat einen so hohen Blutzoll zahlen müssen wie die Kasachen. Die Volkszählung von 1926 hatte vier Millionen Kasachen in der Sowjetunion verzeichnet, die Zwangsansiedlung der Nomaden kostete 1,7 Millionen Menschen das Leben. Einschließlich der nichtkasachischen Bevölkerung werden die Bevölkerungsverluste in Kazachstan zwischen 1930 und 1933 auf zwei Millionen geschätzt.

Die Berechnung der Gesamtverluste in der Sowjetunion während der Hungersnot liegen in der neueren Forschung recht eng beieinander. Kul'čyc'kyj und Wheatcroft sprechen von sechs bis sieben Millionen, Kondrašin von mindestens fünf bis sieben Millionen Opfern. Der vielgescholtene Robert Conquest kam 1986 auf einer damals notgedrungen viel schmaleren Quellenbasis auf eine Schätzung von acht Millionen Hungertoten. Damit ist die Forschung keineswegs abgeschlossen, zahlreiche Detailfragen sind offen, weitere Regionalstudien insbesondere für die RSFSR erscheinen notwendig.

Die quälende Frage nach dem Warum ist vielleicht wissenschaftlich nicht zu beantworten. Warum mußten Millionen Menschen zwischen San und Kaukasus, an der Volga und in der kasachischen Steppe sterben? Daß sie der bolschewistischen Ideologie und der auf deren Basis exekutierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Sowjetsystems unter Stalin zum Opfer fielen, ist unbestritten. Hier herrscht Konsens unter den Historikern. Kontrovers bleibt hingegen weiterhin die Debatte über die Triebkräfte, Motive sowie die mit den Zwangsmaßnahmen verfolgten Ziele der bolschewistischen Führung. Argumentiert wird entlang zwei Interpretationslinien.

Vor allem mit Blick auf den Holodomor in der Ukraine vertreten nicht nur ukrainische Historiker die Meinung, daß Stalin und seine Helfershelfer die Hungersnot, wenn auch nicht geplant, so doch genutzt hätten, um den Widerstand der bäuerlichen Bevölkerung gegen die Kollektivierung und "Entkulakisierung" gewaltsam zu brechen. Im Unterschied zu den Bauern in Rußland seien Mentalität und Lebensweise der ukrainischen Landwirte von einer weit zurückreichenden Tradition von Privateigentum an Grund und Boden geprägt gewesen. Außerdem zeichnete sie ein auch durch die sowjetische *Korenizacija*-Politik (Politik der Indigenisierung) der 1920er Jahre gefördertes und verbreitetes starkes nationales Sonderbewußtsein aus. Daher hätten sie nicht nur als eine bestimmte sozialökonomische Schicht, sondern auch als Ethnos, als Ukrainer vernichtet, zerstört werden sollen. Dementsprechend habe es sich um einen geplanten Genozid oder Ethnozid gehandelt.

Dieser Auffassung vom geplanten Völkermord an den Ukrainern widersprechen andere Historiker. Sie verweisen darauf, daß die Anwendung von Gewalt und Terror ein der kommunistischen Politik a priori inhärentes Element und nicht zuletzt Ausdruck Moskauer Ohnmacht gewesen sei, das sowjetische Projekt, die vermeintliche Modernisierung und Europäisierung des von den Zaren überkommenen rückständigen Imperiums, auf friedlichem Wege zu implementieren. Das bolschewistische Staats- und Gesellschaftsmodell habe auf einem primitiven, mechanistisch-unifizierenden Zivili-

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Kondrašin, Golod [Fn. 8], S. 217–230f.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Ebd., S. 231.– Lytvyn, Holod [Fn. 2], S. 508 (Kul'čyc'kyj und Wheatcroft).

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Robert Conquest: The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine. London 2002, S. 303, 305.

sationsbegriff basiert, der keinen Raum für Abweichungen vom herrschenden Paradigma zugelassen habe.

Da sich zudem der damit einhergehende Anspruch des Regimes, totale Kontrolle auszuüben, nicht anders habe verwirklichen lassen, sei das Regime auf Gewaltanwendung zur Disziplinierung und Aufrechterhaltung des Machtanspruches angewiesen geblieben. So sei auch die Hungersnot als ein Terrorinstrument genutzt worden, das im Falle der Ukrainer nicht speziell gegen deren Renitenz als Ukrainer erfunden, sondern als Mittel gegen eine sich der Uniformierung und Zentralisierung des bolschewistischen Systems widersetzenden Bevölkerung eingesetzt worden sei. Dies gelte auch für die Hungersnot in Kazachstan, wo die Besonderheiten der Region, speziell das Nomadentum der Steppenvölker, als fremd, rückständig und daher als mit dem sowjetischen Modell inkompatibel betrachtet worden seien.

Die beiden Argumentationsstränge haben sich gelegentlich hart gegenüber gestanden. Betrachtet man die Hungersnot jedoch im Kontext der Etablierung des Stalinismus, dann erscheinen sie eher komplementär als konträr. Der Stalinismus war ein Herrschaftssystem zur Unterwerfung der Feinde. Jeder konnte zum Feind werden. Entscheidend war, wer den Feind definierte. Letztlich lag die Definitionsherrschaft bei Stalin persönlich. Zu Beginn der 1930er Jahre waren alle jene Feinde, die sich der Durchsetzung des Bolschewismus auf dem Lande, d.h. der Kollektivierung, entgegenstellten, ebenso die ukrainischen Nationalkommunisten, die einen Sozialismus in den Farben der Ukraine aufbauen wollten,14 und die Nomaden in Zentralasien. Feinde waren auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften. Deshalb begann zeitgleich mit der Kollektivierung die "Liquidierung" der Kirchen. In der Ukraine richtete sich der Angriff insbesondere gegen die Ukrainische Autokephale Kirche.<sup>15</sup> Das ukrainische Dorf erschien in doppeltem Sinn als Feind, weil hier eine potentielle nationale Bewegung ihren Rückhalt hatte. Die Stalin-Führung war überzeugt, daß es eine Sowjetunion ohne die Ukraine nicht geben würde. Deshalb war der Hunger-Terror ein willkommenes Instrument, um die Ukraine zu unterwerfen und diesen Feind auf längere Zeit auszuschalten.

Die nachfolgenden Beiträge sind aus einem internationalen Symposium hervorgegangen, das von der Ost-Akademie in Lüneburg und der Deutschen Assoziation der Ukrainisten mit freundlicher Unterstützung durch die Fritz-Thyssen-Stiftung veranstaltet worden ist.

Rudolf A. Mark, Gerhard Simon

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Siehe dazu den Beitrag von Gerhard Simon S. 37–56.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Siehe dazu den Beitrag von Ricarda Vulpius S. 72–89.



Denkmal für die Opfer des Hunger-Genozids in der Ukraine 1932–1933. Winnipeg, Kanada. Bildhauer Roman Koval'

# Egbert Jahn

## Der Holodomor im Vergleich

#### Zur Phänomenologie der Massenvernichtung

Die einzigartige Vernichtung von mehreren Millionen Menschen durch organisierten Hungertod in den Jahren 1932/33 hatte zwar ähnliche Ausmaße wie der nationalsozialistische Judenmord, ist aber auf ganz andere Motive zurückzuführen, in die herrschaftssichernde, sozial-klassenpolitische, sprach- und kulturpolitische, nationale und weitere Interessen eingingen.

Das 20. Jahrhundert wird gelegentlich als Jahrhundert der Massenvernichtung bezeichnet. Und in der Tat sind wohl noch nie so viele Menschen von Menschen getötet worden wie im 20. Jahrhundert, nicht nur in absoluten Zahlen, sondern anscheinend auch in bezug auf den Anteil der beabsichtigten und in Kauf genommenen Tötungen an allen Todesfällen in einem Jahrhundert.¹ Der sogenannten Zivilisierung der Menschheit ist eine gewisse Barbarisierung inhärent, die Zunahme der Wahrscheinlichkeit für Menschen, nicht durch Altersschwäche, Krankheit, Naturereignisse, Unfälle und dergleichen zu sterben, sondern eines durch andere Menschen absichtlich herbeigeführten oder in Kauf genommenen Todes.

Sind das osmanische Massaker an den Armeniern im Jahre 1915, das oftmals als das beispielgebende Ereignis für die Massenvernichtungen im 20. Jahrhundert angesehen wird, die sowjetische Vernichtung der "Kulaken"<sup>2</sup> und vieler anderer Menschen im

**Egbert Jahn** (1941), Dr. phil., Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte, Universität Mannheim

Der Beitrag greift einige in dem Aufsatz "Zur Phänomenologie der Massenvernichtung. Kolyma, Auschwitz, Hiroshima und der potentielle nukleare Holocaust", in: Leviathan, 1/1990, S. 7–38 dargestellte Gedanken auf und entwickelt sie im Hinblick auf die neuere Holodomor-Forschung weiter. Eine gekürzte ukrainische Fassung des Aufsatzes erschien in: Sučasnist', 11/1992, S. 44–56; eine russische Fassung in: Egbert Jan: Issledovanija problem mira v period i posle konflikta "Vostok-Zapad". Münster, Moskau 1997, S. 203–255.

Es ist bisher offenbar noch nicht versucht worden, diese eher geschichtsimpressionistische These durch systematische Forschung zu überprüfen, da ihr kaum überwindbare methodische Schwierigkeiten und eine unzureichende Quellenlage entgegenstehen. Auch die Ansätze, wenigstens die Kriegsopfer in unterschiedlichen Jahrhunderten in statistischen Schätzungen zu erfassen, sind nicht sehr weit gediehen. Einen Versuch in dieser Richtung hat Quincy Wright in seiner großartigen Studie vorgelegt: A Study of War. Chicago <sup>2</sup>1965, S. 218–248.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> "Kulak" ist kein sozialer Begriff für relativ wohlhabende Bauern, wie oftmals fälschlich angenommen wird, sondern ein denunziatorisches Schimpfwort mit einer antisemitischen Wurzel, vgl. Andrzej J. Kaminski: Konzentrationslager 1896 bis heute. Eine Analyse. Stuttgart 1982, S. 123.

Archipel GULag ("Kolyma"), das systematisch geplante und organisierte Verhungernlassen ("Holodomor", d.h. Vernichtung durch Hunger) von Millionen überwiegend ukrainischer Bauern in den Jahren 1932/33, die deutsche, systematisch betriebene Vernichtung der Juden, Sinti und Roma, von Slawen und zahlreichen anderen Menschen ("Auschwitz", "Shoa" oder "Holokaust"), die japanischen Metzeleien unter der chinesischen Zivilbevölkerung, die Wellen der chinesischen kommunistischen Massenvernichtungsaktionen im Bürgerkrieg wie im Frieden, die anglo-amerikanische Vernichtung vieler japanischer und deutscher Zivilisten mit nuklearen und konventionellen Waffen ("Hiroshima" und "Dresden"), sind diese und viele andere Ereignisse der Massenvernichtung von wehrlosen Menschen wie jüngst in Ruanda, Bosnien-Hercegovina und Kosovo untereinander und mit der Vernichtung von Hunderttausenden und Millionen Soldaten auf den Schlachtfeldern vieler moderner Kriege mit konventionellen Waffen ("Verdun") sowie mit anderen Ereignissen der potentiell massenhaften Vernichtung von Menschen ("Černobyl") vergleichbar? Die Antworten auf diese Frage fallen höchst unterschiedlich aus und werden oft mit großer Emphase verfochten.

#### Vergleichen heißt nicht Gleichsetzen

Die Debatte über die Vergleichbarkeit von Massenvernichtungen wie von irgendwelchen strittigen Dingen überhaupt wird durch ein semantisches Problem erschwert. Oftmals werden unter "vergleichbaren" Dingen "gleichzusetzende" Dinge verstanden. "Vergleichbar" im eigentlichen Sinne sind Dinge, die es sich lohnt, in Hinblick auf eine bestimmte Fragestellung auf ihre Gleichartigkeit oder Verschiedenheit zu untersuchen, weil sie sich ähnlich sind und zumindest in einer Hinsicht gleich sind. Die Vergleichsgrundlage ist hier die massenhafte Vernichtung von Menschen durch Menschen.

Jeder Mensch und jedes Ereignis ist einzigartig, nicht gleichzusetzen mit einem anderen Menschen und einem anderen Ereignis. Insofern ist selbstverständlich auch jede Massenvernichtung wie jedes andere komplexe historische Geschehen einzigartig, ein Ereignis mit vielen besonderen Rahmenbedingungen, Verlaufsformen, Ursachen, Gründen und Folgen, die dieses Ereignis zu einem singulären historischen Ereignis machen, das es von jedem anderen unterscheidet. Gleichsetzen lassen sich Menschen, Dinge und Ereignisse nur in Abstraktion von zahlreichen ihrer besonderen Eigenschaften, und zwar in Hinblick auf je nach Erkenntnisabsicht und Erkenntniszweck bestimmte Eigenschaften, die als wesentlich behauptet werden. Die Bestimmung dieser Eigenschaften kann entweder von dem erwarteten Erkenntnisergebnis abhängig gemacht werden, dann handelt es sich bei der Erkenntnis lediglich um die Illustration einer vorgefaßten Ansicht, oder sie erfolgt nach systematischen, allgemein möglichst eindeutigen und einsichtigen Kriterien, die dann auf eine Vielzahl von sinnvoll in Betracht zu ziehende ähnliche Gegenstände (Menschen, Dinge, Ereignisse) angewandt werden. Ein sinnvoller wissenschaftlicher Vergleich muß offen sein für unerwartete und unvorhergesehene Ergebnisse, auch wenn begründete, erhoffte oder gefürchtete Hypothesen am Anfang der Forschung stehen, die sich zu Thesen erhärten oder widerlegen lassen. Ohne die Offenheit der Ergebnisse eines Vergleichs ist ein solches Unternehmen nur ein ideologisches Projekt, das zur Bestätigung von Vorurteilen dient. Jeder neu ins Blickfeld geratende ähnliche Gegenstand kann ein Anlaß sein, die bisherigen Erkenntnisse zu überprüfen.

Ob eine bestimmte Massenvernichtung einzigartig oder lediglich ein Fall unter mehreren gleichartigen Fällen ist, setzt nicht nur den Vergleich und die sinnvolle Vergleichbarkeit voraus, sondern auch eine sinnvolle Typenbildung von Massenvernichtungen, die es ermöglicht festzustellen, ob ein Typ der Massenvernichtung in der bisherigen Geschichte einmal oder mehrmals aufgetreten ist.

Seit etwa drei bis vier Jahrzehnten ist der nationalsozialistische Massenmord an den kontinentaleuropäischen Juden zu einem zentralen Vergleichsfall und Maßstab für viele Massenvernichtungen geworden, wobei zum einen immer wieder versucht wird, die Einzigartigkeit dieser einen Massenvernichtung herauszustellen, zum anderen aber auch andere Massenvernichtungen als gleichartig zu qualifizieren.

Die Gleichsetzung anderer Massenvernichtungen mit der nationalsozialistischen dient in Deutschland in der Regel ganz anderen Bedürfnissen und Interessen als in den Ländern, in denen die Angehörigen der Opfer einer Massenvernichtung eine moralische, politische und unter Umständen finanzielle Gleichstellung mit den Juden als Empfängern einer offiziellen Entschuldigung und von Wiedergutmachungsleistungen betreiben wollen. Dient in Deutschland die Gleichsetzung eher Verharmlosungs- und Entschuldungsbedürfnissen sowie dem Interesse an einer Gleichstellung mit anderen Völkern, die für Massenmorde kaum oder nicht verantwortlich gemacht werden und die der in ihrem Namen begangenen Verbrechen nicht gedenken, so verfolgt das Gleichsetzungsbedürfnis in anderen Ländern eher den umgekehrten Zweck. Die internationale Anerkennung der Tatsache der Grauenhaftigkeit und Umfänglichkeit des nationalsozialistischen Judenmords als historischer Höhepunkt moderner Barbarei, die intensive Erforschung desselben, das deutsche Eingeständnis von vielfältiger Schuld und die Übernahme von national-staatlicher Verantwortung für die Massenvernichtung haben einen wie immer noch als unzulänglich angesehenen hohen Standard für den geschichts- und erinnerungspolitischen Umgang mit Massenvernichtung gesetzt, der einen Anreiz bietet, die Gleichsetzung der vom eigenen Volk erlittenen Massenvernichtung mit der von den Juden zu betreiben.

Darüber hinaus verfolgt das Bestreben, eine Massenvernichtung im kollektiven Gedächtnis zu verankern, vielfältige andere Interessen, wie beispielsweise die Stärkung nationalen und staatlichen Gemeinbewußtseins (kollektiver "Identität"), die Beschränkung des politischen Handlungsfreiraumes des für die Massenvernichtung verantwortlichen Volkes, außerdem zahlreiche parteipolitische und andere partikulare Bedürfnisse. Aus diesen Gründen wurde den jüdischen und oftmals auch deutschen Monopolisierungsbedürfnissen in Hinblick auf das Wort Holokaust (oftmals in der anglo-amerikanischen Sprachform Holocaust³) als Ausdrucksform des Einzigartigkeitsanspruches für die nationalsozialistische Judenvernichtung widersprochen und das Wort auch auf das Schicksal anderer Völker und sozialer Gruppen unter nationalsozialistischer wie unter kommunistischer und sonstiger Herrschaft angewandt.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Das Wort Holocaust wurde von Elie Wiesel eingeführt und hat seit den 1960er Jahren durch den großen Eindruck des gleichnamigen US-amerikanischen Films aus dem Jahre 1978 rasch Eingang in viele Sprachen gefunden.

Dies geschah in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts anscheinend besonders häufig im Falle der vielen Millionen Opfer<sup>4</sup> des Hungertodes und der Erschießungen in der Ukraine und im Nordkaukasus<sup>5</sup>, aber auch im übrigen Rußland und in Kazachstan in den Jahren 1931–1933.

Seit 1988 wurde zunehmend das Wort Holokaust im Falle des beabsichtigten und erzwungenen millionenfachen bäuerlich-ukrainischen Hungertodes durch das Wort Holodomor ersetzt, das zum einen den Unterschied zur nationalsozialistischen Judenvernichtung anerkennt, andererseits eine eigene Einzigartigkeit der bäuerlich-ukrainischen Opferrolle hervorhebt. Gleichzeitig wird jedoch für das internationale Ohr der Weltöffentlichkeit, das die unterschiedlichen griechischen und ukrainischen Wurzeln des ersten Teils der Wörter Holodomor und Holocaust nicht kennt (griechisch hólos für ganz, vollständig, ukrainisch holod für Hunger), durch den neuen Wortgebrauch eine enge Assoziation zwischen Holokaust und Holodomor suggeriert. Dies legt erneut einen Vergleich zwischen nationalsozialistischer und kommunistischer Massenvernichtung nahe.

Auch wenn man die Gleichheit des Lebensrechts aller Menschen in der Vordergrund stellt, bleibt es sinnvoll, unterschiedliche Formen der Menschen- und Massenvernichtung zu unterscheiden, weil erstens nicht nur die Wirkungen sondern auch die Ursachen und Motive der einzelnen Vernichtungstypen äußerst verschieden sind und zweitens diese dementsprechend sehr unterschiedlich bekämpft werden müssen. Der Einsatz und der politische Kampf gegen die Todesstrafe, den Angriffskrieg, den Verteidigungskrieg, den Staaten- und den Bürgerkrieg, den individuellen und staatlichen Terror, die privat-gesellschaftliche und die staatliche Massenvernichtung, die kriegerische Vernichtung durch konventionelle und durch "Massenvernichtungswaffen", durch Atomkraftwerksunfälle, durch unvermeidbare und durch abwendbare Naturkatastrophen, durch tödliche Krankheiten und Epidemien usw. usf. erfordert ganz unterschiedliche Vorgehensweisen, hat es mit ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Gegnern und deren Einstellungen zu tun. Auch wenn das menschliche Leiden und der Tod für die einzelnen Opfer oft sehr ähnliche Züge bei all den unterschiedlichen Sterbens- und Tötensarten hat, so ist der jeweilige gesellschaftlichpolitische Charakter des Todes höchst bedeutsam, so daß die wissenschaftliche Analyse möglichst präzise differenzierend vorgehen muß, auch wenn das manchem Zeitgenossen oft als haarspalterisch und pedantisch und die allgemeinen Regungen von Menschlichkeit und menschlicher Gleichheit vor allem angesichts der Schrecklichkeit des Todes an sich störend erscheinen mag.

Für die meisten Menschen ist der Tod, insbesondere das Sterben und das Leiden, etwas Schreckliches, gleichgültig, ob diese Ereignisse in jedem Einzelfalle von Menschen verursacht sind oder von Menschen vermieden werden könnten. Auf den ersten

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Nach wie vor werden sehr unterschiedliche Zahlen genannt, zwischen drei und über elf Millionen, auch in diesem Band, so etwa fünf bis acht Millionen in der Einführung zur diesem Heft von Rudolf A. Mark und Gerhard Simon, S. 10, oder 7,2 bis 11,25 Millionen in dem Beitrag von Nikolaus Katzer, S. 100.

Vasyl Hrysko: Ukrainskij "holokost". New York, Toronto 1978. – Robert Conquest: Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933. München 1988. Allerdings lautete der Originaltitel des Buches von Conquest: The Harvest of Sorrow. Collectivization and the Terror-Famine. 1986

Blick macht das lebensbedrohende Leiden alle Unterschiede zwischen den Leidensursachen gleichgültig, d.h. gleichermaßen gültig. Kein Kollektiv kann dem einzelnen Menschen sein persönliches Leiden und Mitleiden abnehmen. Auf den zweiten Blick macht es jedoch auch für das leidende Individuum und die Mitleidenden einen großen Unterschied, in welchem gesellschaftlichen Zusammenhang ein Leiden entstanden ist. Die unterschiedliche gesellschaftliche Leidensursache ist meist von ausschlaggebender Bedeutung dafür, wie das eigene Leiden psychisch ertragen wird. Und es ist noch entscheidender für das Ausmaß und die Formen des Mitleidens und Mitleides der Über- und Nachlebenden. Zwischen dem humanitären Aspekt der Gleichheit des gleichartigen Leidens und Sterbens aller Menschen und dem soziopolitischen Aspekt der Ungleichheit der Ursachen und Gründe sowie der Folgen des Sterbens bestimmter Menschen in einem gesellschaftlichen und politischen Zusammenhang gibt es einen unauflösbaren Widerspruch.

#### Dimensionen der Massenvernichtung

Die Debatte über den Holodomor in der ehemaligen Sowjetunion, insbesondere in der Ukraine, berührt weit mehr als die meisten anderen Massenvernichtungen verschiedene Dimensionen des Tötens und des Sterbenlassens. Insofern ist es erforderlich, die gesamte Breite der Arten des Sterbens und Tötens in den Blick zu nehmen.

In der Wirklichkeit gibt es sehr zahlreiche unklare, strittige, doppeldeutige Fälle und umstrittene Grenzfälle, die von den einen Beobachtern noch der zu billigenden, zu lobenden oder zumindest in Kauf zu nehmenden Tötung zugerechnet, von den anderen hingegen als verwerfliche Tötung, als Mord und Verbrechen angesehen werden. Es ist dennoch sinnvoll, zwischen jeweils zwei Grundtypen des Tötens und Sterbens zu unterscheiden, denen sich wohl eine sehr große Zahl, vielleicht die Mehrzahl aller Todesfälle recht eindeutig und konsensual zuordnen läßt. Typologisch ließe es sich auch vertreten, die beiden dichotom konstruierten Grundtypen um einen Misch- und Zwischentyp zu ergänzen, unter dem alle Zwischen- und Zweifelsfälle subsumiert werden könnten. Eine solche Dreiertypologie setzt logisch die beiden Grundtypen als gegensätzlich konstruierte voraus. Auch die Auflösung der zwei Grundtypen in ein Kontinuum von zahlreichen Zwischen- und Übergangstypen kann zwar das Differenzierungsbedürfnis in Hinblick auf die Mannigfaltigkeit der Realität befriedigen, nicht aber das Bedürfnis nach deutlicher Unterscheidung zwischen (noch) zu Billigendem und (schon) zu Verwerfendem.

Tödliche Krankheiten können durch Hunger, Durst, Frost und Verstrahlung und diese ihrerseits durch Naturgewalten ausgelöst werden, die nicht vom Menschen vorhergesehen werden, sei es, daß es auf einem gegebenen historischen Stand der Erkenntnis keine Mittel zur Prognose der natürlichen Gewaltereignisse gibt, sei es, daß aufgrund gegebener gesellschaftspolitischer Verhältnisse viele Menschen sich freiwillig den Naturgewalten schutzlos ausliefern oder sich unter Abwägung des Risikos der Lebensgefährdung aussetzen, sei es, daß sie den Naturgewalten durch menschlichen Zwang ausgesetzt werden. In den beiden letzteren Fällen wird die Lebensgefahr in Kauf genommen, aber es ist nicht beabsichtigt, die Menschen durch die Naturgewalten zu töten.

#### Arten und Formen des menschlichen Sterbens und Tötens

Arten des Sterbens

Sterben infolge von Altersschwäche und unabwendbaren Krankheiten Sterben infolge von abwendbaren Krankheiten

Formen des Sterbens und Tötens

kurzes, schmerzarmes Sterben und Töten

qualvolles Sterben und grausames Töten

Töten durch Naturgewalten

unabwendbare

bedingt abwendbare

Töten durch technische Einrichtungen

bedingt unabwendbare (in Kauf genommene Risiken)

abwendbare (Verletzung der Sicherheitsregeln)

unbeabsichtigtes Töten von Menschen durch Menschen

"tragische Verkettung von Umständen"

fahrlässiges Töten

beabsichtigtes Töten von Menschen durch Menschen

legal-legitimes Töten

illegal-illegitimes Töten

vereinzeltes und gesellschaftlich koordiniertes Töten

vereinzeltes Töten und massenhafte Vernichtung

Massenvernichtung

gesellschaftlich koordinierte Massenvernichtung

privat-gesellschaftliche Massenvernichtung

staatliche Massenvernichtung

die moralisch-politische Qualität der Quantitäten von vernichteten Massen

absolute Quantitäten

relative Quantitäten

die moralisch-rechtliche Charakter von Massenvernichtung

legal-legitime Massenvernichtung (Krieg)

Massenmord

Massenvernichtungsabsichten

dezimatorische Absicht

exterministische Absicht

*Massenvernichtungsformen* 

Formen des Tötens

Formen des beabsichtigten Sterbenlassens

die Täterschaft bei der Massenvernichtung

Befehlsgeber und Befehlsausführende

Mitwirkende und Untätige

Arten des Massenmords (Demozid)

Völkermord (Genozid)

politischer und sozialer Massenmord (Politizid und Soziozid)

politische Funktionen der Massenvernichtung

Massenvernichtung als politisches Mittel der Herrschaftsausübung Massenvernichtung als politischer Zweck der Herrschaftsausübung Menschen können durch andere Menschen durch zielgerichtetes Tun direkt getötet werden (Erschießen, Erhängen, Erwürgen, Erdrosseln, Vergiften, Vergasen usw.) oder sie können dem sicheren Tod durch natürliche Gewalten infolge des absichtlichen oder fahrlässigen Verhaltens anderer Menschen ausgeliefert werden. Dann töten zwar z.B. der Hunger, der Durst, der Mangel an Atemluft, die Strahlen, die Krankheit, aber die tödliche natürliche Gewalt wird von Menschen indirekt gegen Menschen eingesetzt, ohne daß die Täter selbst zur tödlichen Tat schreiten müssen. Sie lassen die Naturgewalt das tödliche Geschäft, meist ohne Blutvergießen, erledigen.

Im Falle des menschlich verursachten Massensterbens wird das Töten anonymisiert und zugleich kollektiviert. Niemandem läßt sich wie beim Erschießen oder ähnlichen aktiven Tötungsarten der Tod eines bestimmten Menschen zurechnen. Viele Menschen tragen die Schuld und Verantwortung für den Tod vieler anderer Menschen, aber keine bestimmten Individuen für den Tod bestimmter Individuen. Damit wird die menschlich verursachte oder instrumentalisierte Naturgewalt als Todesursache kaum oder gar nicht justitiabel, da im individualisierten Rechtsdenken Täter und Opfer in einer eindeutigen direkten oder indirekten Beziehung zueinander stehen müssen. Nur wenn ein bestimmter Mensch einen anderen Menschen in einen Kerker einsperrt und ihn dort verdursten, verhungern oder ersticken läßt oder in den Suizid treibt, besteht eine direkte Beziehung zwischen einem bestimmten Täter und einem bestimmten Opfer.

Der Hungertod gehört zweifellos zu den besonders qualvollen, grausamen Todesarten. Technische Einrichtungen oder der Entzug technischer Einrichtungen, die das Entkommen vor tödlicher Naturgewalt ermöglichen würden, also die Unterbindung des Straßen- und Eisenbahnverkehrs, der Flußüberquerung, der Grenzüberschreitung und der Information über die Naturgewalten können das Wirken tödlicher Naturgewalten begünstigen. Ideologische Verblendung kann zusätzlich dazu beitragen, daß unbeabsichtigter Tod fahrlässig herbeigeführt wird, auch wenn das Töten durch andere Menschen oder das tödliche Wirken der Naturgewalten gar nicht beabsichtigt wird.

Seit Urzeiten wird bis zum heutigen Tag zwischen zwei fundamental verschiedenen Formen des Tötens von Menschen durch Menschen unterschieden, dem legitimen und rechtsförmigen und dem illegitimen und rechtswidrigen, wobei hier nicht auf die erhebliche strittige Grauzone zwischen Legalität und Legitimität als den beiden Formen des Rechtsdenkens eingegangen werden kann. Manches, was im geschriebenen Recht als legal gilt, wird von großen Teilen der Bevölkerung für illegitim gehalten, manches, was hingegen für legitim gehalten wird, ist hingegen nach geschriebenem Recht und Gesetz nicht legal.

Zum legitimen Töten gehören nach gesellschaftlich vorherrschender Auffassung bei einem großen Teil der Menschheit und der Rechtssprechung in zahlreichen Ländern bis heute die Hinrichtung (Todesstrafe) und das kriegerische Töten im bewaffneten Kampf, in manchen Gesellschaften auch noch die Blutrache und das ehrenhafte Duell. Auch die Gegner der Todesstrafe und jeglichen Krieges können nicht umhin, den Unterschied anzuerkennen zwischen Richtern, die Todesurteile verkünden, Henkern, die sie vollstrecken, sowie Kriegern und Soldaten, die im bewaffneten Kampf töten, einerseits und solchen Menschen andererseits, die gemeinhin Mörder und Verbrecher genannt werden, auch wenn sie juristisch unter Umständen nicht wegen Mordes, sondern wegen Totschlags oder grob fahrlässiger Tötung verurteilt werden. Selten werden sie auch freige-

sprochen, etwa wegen der spontan-reaktiven Tötung ("Ermordung") eines Mörders oder unter dem Einfluß vorausgegangener, unerträglicher Qualen.

Nicht nur im zivilen Leben wird oftmals dem Mörder, der einen Mörder umbringt, Verständnis entgegengebracht, auch in der internationalen Politik gilt Massenmord als Reaktion auf Massenmord nicht selten als verständliche oder gar zu billigende Vergeltung. Vereinfacht ausgedrückt geht es um den Unterschied zwischen verwerflicher Tötung oder Vernichtung einerseits (also umgangssprachlich um Mord und Massenmord) und hoch geehrter bzw. als unvermeidlich gebilligter Tötung und Vernichtung von Menschen durch Menschen andererseits.

In beiden Fällen handelt es sich um beabsichtigte, willentliche, zumindest um in Kauf genommene Tötung. Menschen können aber auch das Töten durch andere Menschen oder durch Naturgewalten dulden, obwohl sie die Macht und die Fähigkeit besitzen, dies zu vermeiden. Allerdings ist es außerordentlich schwierig, die Reichweite einer Unterlassung von Hilfeleistung für vom Tod Bedrohte genau zu bestimmen. Findet das Unterlassen der Hilfeleistung im Gesichtskreis und im Handlungsbereich von Menschen statt, so sind sie zwar moralisch und oft auch rechtlich keine Täter, werden aber dennoch mitverantwortlich für die tödliche Tat oder das tödliche Geschehen gemacht.

Menschen töten gelegentlich auch andere Menschen unbeabsichtigt und unwillentlich, etwa bei einem Verkehrsunfall und bei der Arbeit in einem Betrieb, wobei zu prüfen ist, ob der Unfall überwiegend durch technisches oder durch menschliches Versagen verursacht wurde. Insofern die Technik selbst ein Produkt menschlichen Verhaltens ist, läßt sich eine Technik selbst als zu risikoreich kritisieren oder nur eine spezifische Verwendungsweise bzw. eine einzelne Handhabung dieser Technik. Im Falle der Debatte um die Reaktorkatastrophe von Černobyl' wurden die verschiedenen Dimensionen des Handelns und Unterlassens bei der Entstehung einer ungewollten, aber dennoch schuldhaften Massenvernichtung deutlich.

Der Begriff der Massenvernichtung und seines Teilbegriffs des Massenmords (im Unterschied zur legal-legitimen Massenvernichtung im Krieg, insbesondere im Verteidigungskrieg und Freiheitskampf) erfordert ferner eine Klärung des Verständnisses von Masse. Der einzelne Mörder gilt gemeinhin bereits als Massenmörder, wenn er mehr als zwei oder drei Menschen ermordet. Ansonsten werden im politischen Sprachgebrauch ganz unterschiedlich bei der Rede über Massenvernichtung Dutzende, Hunderte, Tausende, Zehntausende oder auch erst Hunderttausende und Millionen tote Menschen assoziiert. Zu den Massenvernichtungswaffen rechnet man gemeinhin nicht das Maschinengewehr, mit dem manchmal Hunderte von Menschen getötet werden, sondern ABC-Waffen, von denen eine einzelne zumindest Tausende Menschen töten kann. Es ist wohl sinnvoll, von einer politischen Massenvernichtung erst dann zu sprechen, wenn die Opferzahl einige Dutzende beträgt, und dann sekundär sowohl nach absoluten als nach relativen Größenordnungen von Hunderten, Tausenden usw. zu unterscheiden. So war die absolute Anzahl der getöteten Ukrainer zwar weit höher als die der Kasachen, umgekehrt jedoch der Anteil der Ermordeten an der gesamten Volkszahl bei den Kasachen weitaus höher als bei den Ukrainern.

Massenvernichtung wird im 20. Jahrhundert vorzugsweise von staatlichen Organen vollstreckt. Manche Staaten waren zweifellos die wirksamsten Verbrecherorganisationen, die den größten Anteil an sämtlichen Verbrechen des Jahrhunderts haben. Aber auch nichtstaatliche Organisationen wie vor allem politische Parteien und

Kampforganisationen beteiligen sich häufig an staatlicher Massenvernichtung und führen sie unter eigener Regie durch.

Der Begriff der Massenvernichtung hat eine Opferdimension und eine Akteursdimension. Meist treten die Akteure im 20. Jahrhundert noch in der Masse auf, um noch größere Massen von Menschen vernichten zu können, wobei meist eine Arbeitsteilung besteht zwischen den Personen, die die Vernichtung beschließen und denen, die sie ausführen. Die Zentralisierung der Vernichtungskapazität in wenigen ausführenden Händen ist im 20. Jahrhundert nur in Hiroshima und Nagasaki erfolgt, wo ein einzelner Mensch unmittelbar die Vernichtung von Zigtausenden Menschen bewirkte. Bei der legal-legitimen Massenvernichtung des Staaten- wie des Bürgerkrieges ist zwischen der rechtlichen und moralischen Rechtfertigung des befehlsgebenden Akteurs und des befehlsausführenden Akteurs zu unterscheiden. Sie stimmt im Falle des nach wie vor allgemein fast überall gerechtfertigten Verteidigungskrieges überein, sie ist jedoch im Falle eines geächteten Angriffskrieges nicht gegeben. Hier gilt nur der Befehlshaber als Kriegsverbrecher, nicht aber der Soldat, der den Angriffsbefehl ausführt. Die Massenvernichtung von Zivilisten und gefangenen Soldaten gilt hingegen als Massenmord, für den sowohl die Befehlenden als auch die Ausführenden verantwortlich gemacht werden.

Eine Massenvernichtung kann entweder die Reduzierung der Anzahl einer bestimmten Menschengruppe beabsichtigen (dezimatorische Absicht) oder das Ziel verfolgen, die ganze Gruppe möglichst vollständig auszurotten (Exterminismus). Dies kann Mittel zu einem anderen Zweck sein, etwa zur Nutzung eines Territoriums durch andere Menschen. In der Regel dient Massenvernichtung dem Zweck, Herrschaft über die Überlebenden der von der Massenvernichtung betroffenen Gruppe auszuüben. Die unerbittlichste Form des Exterminismus beabsichtigt nicht nur die Beseitigung der Anwesenheit bestimmter Menschen in einem Gebiet durch Flucht, Vertreibung und Vernichtung, sondern beinhaltet das mörderisch-tatkräftige Abstreiten der physischen Existenzberechtigung einer bestimmten Gruppe von Menschen überhaupt auf der Erde. Exterministische Phantasien werden ständig irgendwo im Affekt gegen viele Völker und andere Menschengruppen geäußert. Zwischen erregten Ausrottungsphantasien und der politisch-planmäßigen Vorbereitung und weitreichenden Ausführung exterministischer Absichten besteht jedoch ein riesiger Unterschied. Wenn etwa Grigorij E. Zinov'ev, Mitglied des Politbüros der Bol'ševiki und später auch Präsident der Kommunistischen Internationale, erklärte, daß

wir 90 von 100 Millionen der sowjetrussischen Bevölkerung hinter uns haben müssen. Was den Rest betrifft, so haben wir ihnen nichts zu sagen. Sie müssen vernichtet werden,<sup>6</sup>

dann schien das vielleicht vielen nur eine belanglose Vernichtungsphantasie zu sein; sie wurde aber später in der kommunistischen Praxis weit übertroffen.

Völkermord als besondere Form des Massenmords wird zwar in der Weltöffentlichkeit besonders scharf geächtet. Dennoch gibt es bislang kein klares und eindeutiges rechtliches und politisch-militärisches Instrumentarium zur Prävention vor Massen-

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> In: Severnaja Kommuna, 19.11.1918, zit. nach Conquest, Ernte [Fn. 5], S. 34.

mord, zur Intervention während eines Massenmordes und zur Bestrafung nach einem Massenmord, wie die gegenwärtige Debatte über militärisch-kriegerische Militärintervention zum Schutze vor gravierenden Menschenrechtsverletzungen ("humanitäre Intervention") zeigt.<sup>7</sup> Unmittelbar nach dem nationalsozialistischen Völkermord an den Juden sowie Sinti und Roma, an Millionen Slawen sowie anderen Menschen und auch nach dem japanischen Massenmord an Chinesen, d. h. überwiegend an Staatsbürgern anderer Länder, war es ein besonderes Bedürfnis, ausdrücklich den Völkermord in einer besonderen Konvention zu ächten, also den Völkermord und andere Formen des Mordes hervorzuheben. Dies konnte 1948 mit Zustimmung der Sowjetunion und später aller anderen kommunistischen Regime geschehen, die Verantwortung für einen sozialen Massenmord trugen, aber sich nicht eines Völkermordes für schuldig hielten.

Die Konvention der Vereinten Nationen über die Vorbeugung und die Bestrafung des Verbrechens des Völkermords vom 9. Dezember 1948 spricht von Völkermord, "wenn jemand in der Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, Mitglieder dieser Gruppe tötet" oder ihnen nach den Kriterien der Völkermordkonvention schweren Schaden zufügt. Dieser Völkermordbegriff ist einerseits äußerst weit, andererseits auch in mancher Hinsicht äußerst eng. Weit ist er, da bereits das Töten oder auch nur das Schädigen von zwei Mitgliedern (Mindestumfang der Pluralbestimmung "Mitglieder dieser Gruppe") einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe in der Absicht, sie als solche teilweise zu zerstören, bereits als Völkermord zu gelten hat. Eng ist er, da aus der Formulierung "ganz oder teilweise" und insbesondere aus "als solche" folgt, daß mit Völkermord nur das Ermorden von Mitgliedern eines anderen Volkes (einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe) gemeint ist, nicht von Mitgliedern des eigenen Volkes. Damit ist aus dem Begriff des Völkermordes (Genozid) sowohl der Soziozid (die Ermordung von Mitgliedern einer sozialen Gruppe, Schicht oder Klasse des eigenen Volkes als solchen) als auch der Politizid<sup>8</sup> (die Ermordung der Mitglieder einer politischen Partei, Organisation oder Bewegung des eigenen Volkes als solchen) ausgeschlossen.

Mit anderen Worten, die Völkermordkonvention verurteilt die Ermordung von zwei Ukrainern als solchen, aber nicht die Ermordung von zwei Millionen Bauern in der Ukraine, denn Bauern- und Klassenmord ist kein Völkermord. Dennoch ist auch der Bauern- und Klassenmord nicht legal und legitim, sondern er verstößt eindeutig gegen

Ausführlich Egbert Jahn: Intervention und Recht: Zum Widerspruch zwischen dem allgemeinen Interventionsverbot und einem Interventionsgebot bei Völkermord, in: Mathias Albert, Bernhard Moltmann, Bruno Schoch (Hg.): Die Entgrenzung der Politik. Internationale Beziehungen und Friedensforschung. Festschrift für Lothar Brock zum 65. Geburtstag. Frankfurt, New York 2004, S. 65–94.

Schon Barbara Harff und Ted Gurr unterschieden die politische Massenvernichtung (Politizid) vom Genozid: "In Genoziden sind Gruppen, die zum Opfer fallen, vornehmlich durch ihre gesellschaftlichen bzw. gemeinschaftlichen (communal) Charakteristika definiert, d.h. durch ihre Volkszugehörigkeit (ethnicity), Religion oder Nationalität (nationality). In Politiziden sind die Opfergruppen vornehmlich durch ihre Stellung in der Hierarchie oder politische Opposition zum Regime und den herrschenden Gruppen definiert." Barbara Harff, Ted Gurr: Toward Empirical Theory of Genocides and Politicides: Identification and Measurement of Cases since 1945, in: International Studies Quarterly, 3/1988, S. 360.

die in anderen Völkerrechtsnormen und Konventionen geschützten allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die moralisch-politisch unterschiedliche Bewertung von Völkermord als Mord an anderen Völkern und von sozialem und politischem Massenmord als Mord, der auch am eigenen Volk begangen werden kann, angeglichen, und zwar in dem Maße, in dem die Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten nicht mehr nur als innere Angelegenheit eines Staates angesehen wird. Insofern ist "Klassenmord" nach heutigem Rechtsbewußtsein nicht weniger verwerflich als "Rassenmord". Auch die Technik des Tötens mag unterschiedliches Ausmaß an Oualen vor dem Tod bedingen, ist aber nicht das Wesentliche an der Besonderheit oder Häufigkeit einer bestimmten Massenvernichtung. Nicht die "Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung" macht die Besonderheit von "Auschwitz" aus, wie Ernst Nolte in einem Aufsatz im Jahre 1986 sagte, der eine lange deutsche "Historikerdebatte" auslöste. Auch das Töten von Millionen Menschen in "unzivilisierten" Ländern wie der Sowjetunion, dem Osmanischen Reich oder Kambodscha kann als nicht weniger verwerflich oder als verständlicher gelten als dasjenige in "zivilisierten" Ländern wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien oder USA, da in allen Ländern und Kulturen dieselben Normen des Menschenrechts wie der menschlichen Moral in bezug auf das Lebensrecht der Völker und der Menschen an sich gelten und stets gegolten haben.<sup>10</sup>

Vom Begriff des Genozids wird im Völkerrecht der des Ethnozids unterschieden, wobei Ethnozid die kulturelle (also "gewaltlose") Vernichtung eines Volkes durch erzwungene Assimilation meint. Ein sinnvoller umfassender Begriff, der Genozid, Soziozid und Politizid einschließt, ist der des Bevölkerungsmordes oder Demozids<sup>11</sup>, der nicht nur die Ermordung eines ganzen Volkes (einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe) oder von Teilen desselben, sondern einer beliebigen Bevölkerung als solcher meint, also in Absehung von irgendwelchen persönlichen Eigenschaften oder Verhaltensweisen und auch von nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Zugehörigkeiten sowie auch von der Staatsangehörigkeit. Mit dem demos ist hier also nicht das Staatsvolk, sondern wie in Demographie die Bevölkerung eines Gebiets gemeint.

Der Sprachgebrauch mancher Autoren des vorliegenden Bandes weicht vom völkerrechtlichen ab, indem sie offenbar unter Genozid die Ermordung von Mitgliedern eines Staatsvolkes, und zwar auch des eigenen Staatsvolkes, fassen, während sie unter Ethnozid die Ermordung eines ethnischen Teils eines oder mehrerer Staatsvölker verstehen.<sup>12</sup> Eine solche sich verbreitende, an sich unpräzise und ungute Ausweitung des Begriffs des Völkermordes (Genozid) im Sinne von Bevölkerungsmord (Demozid), also unter Einschluß des "Völkermords oder Genozids am eigenen Volke", ist

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Ernst Nolte: Vergangenheit, die nicht vergehen will, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.7.1986; auch in: "Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München 1987, S. 39–48, hier S. 45.

Diesen Unterschied zwischen "zivilisierten" und "unzivilisierten" Ländern suggeriert fälschlicherweise Hans Ulrich Wehler: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum "Historikerstreit". München 1988, S. 167 ff.

Rudolph J. Rummel: The Statistics of Democide, Genocide and Mass Murder since 1900. Münster 1998.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Vgl. die Beiträge von Stanislav Kul'čyc'kyj (S. 57–70), Wilfried Jilge (S. 147–163) und Valerij Vasil'ev (S. 165–182).

Ausdruck der erwähnten Tendenz, in jüngster Zeit gravierende Menschenrechtsverletzungen als solche zu ächten und unter Umständen zu versuchen, sie mit einer "humanitären Intervention" zu unterbinden, gleichgültig, ob die Massenmorde im eigenen oder fremden Land, an Mitgliedern der eigenen oder einer anderen "nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe" begangen werden.

Unter humanem Gesichtspunkt ist Mensch gleich Mensch. Unter gesellschaftspolitischem und kulturellem Gesichtspunkt ist die totale Vernichtung eines an Zahl kleinen Volkes ein exterministisches Ereignis, das die historische Existenz des kleinen Volkes und seiner Kultur beseitigt, die Vernichtung derselben Anzahl Menschen eines zahlreichen Volkes hingegen ein dezimatorisches Ereignis, das die Existenz dieses Volkes als solchen nicht bedroht. Politisch-kulturell hat die Massenvernichtung im ersten Falle viel mehr gravierende Folgen als im zweiten Fall. Die Aporie des ungleichen politisch-kulturellen Gewichts zweier gleich umfangreichen Massenvernichtungen im humanen und partikular nationalen, ethnischen, rassischen und religiösen Gruppenbewußtsein läßt sich nicht auflösen.

# Der Holodomor – Verknüpfung zahlreicher Formen der Massenvernichtung

Im Holodomor in der Sowjetunion, der insbesondere die Ukraine und die ukrainischen Siedlungsgebiete im Nordkaukasus in den Jahren 1932-1933 betraf, fanden, wie überhaupt bei der wiederholten Massenvernichtung in der sowjetischen Geschichte von 1917-1991, sehr unterschiedliche Formen der Massenvernichtung von Menschen nacheinander und gleichzeitig statt. Folgt man den Schilderungen in diesem Themenheft von OSTEUROPA, so begann das Massensterben mit Verhaftungen, Verbannungen und Erschießungen von kirchlichen und akademischen Funktionsträgern, später auch von tatsächlichen und vermeintlichen ukrainischen Nationalkommunisten, die des potentiellen nationalen Separatismus und des national und sozial motivierten Bürgerkriegs verdächtigt wurden. In diesen Fällen läßt sich von einem Politizid, von einem politischen Massenmord sprechen. Er behielt überall dort den Charakter eines Soziozids, wo lediglich von der sozialen Herkunft oder gar nur von der sozialen Abstammung eines Menschen (d. h. von der sozialen Zugehörigkeit der Eltern oder Großeltern zum Adel, zum Besitz- und Bildungsbürgertum oder zu den wohlhabenden Bauern) auf seine mögliche politische Unzuverlässigkeit und sein mögliches Engagement in einem subjektiv ernsthaft befürchteten oder auch nur als Vorwand propagandistisch an die Wand gemalten antisowjetischen, national und sozial motivierten Bürgerkrieges geschlossen wurde.

Vom Politizid waren offenbar Zehntausende Menschen betroffen, vom Soziozid anscheinend einige Hunderttausende. Der Politizid und der Soziozid verloren dort ihren auf bestimmte politische und soziale Gruppen gerichteten Charakter, wo im Prinzip jedem Sowjetbürger bürgerliche und sowjetfeindliche Gesinnung unterstellt werden konnte, der Vernichtungsterror also fast die Gesamtbevölkerung eines kleineren oder größeren Gebietes betraf, ohne Rücksicht auf ihre tatsächliche politischen Ansichten, ihre soziale oder nationale Herkunft. Mit der später verordneten Auslieferung eines bestimmten prozentualen Pflichtsolls von ein bis zwei Prozent der Bevölkerung an

aufzufindenden Volksfeinden wurde der Gipfel eines Vernichtungs- und Terrorsystems erreicht, das sich nicht mehr gegen bestimmte Gruppen richtete, sondern gegen die gesamte Bevölkerung einschließlich der Funktionsträger der Sowjetherrschaft selbst. Schließlich ermordeten die stalinistischen Mörder in den späteren 1930er Jahren und danach einander zu einem erheblichen Teil selbst.

Der größte Anteil der Opfer des Holodomors geht auf das Konto des Hungers bzw. der durch Hunger ausgelösten oder lebensgefährlich werdenden Krankheiten. Der tödliche Hunger wirkte nicht in erster Linie in Gefängnissen und Lagern, also in gesellschaftspolitischen Einrichtungen, in die Menschen zwangsweise verbracht wurden, sondern in Dörfern, die nicht umzäunt waren, weit weniger in Städten. Insofern gibt es bei den meisten Todesopfern keine Beziehung zu einem bestimmten Täter. Die Anonymität und Kollektivität des Hungers hatte auch zur Folge, daß der Tod fast gar keine Selektion zwischen seinen Opfern unter den Gesichtspunkten der nationalen, ethnischen, religiösen oder auch der sozialen Zugehörigkeit sowie der politischen Gesinnung der Dorfbewohner machen konnte. Mit den dörflichen ethnischen Ukrainern wurden immer auch Juden, Russen, Deutsche und viele andere vernichtet.

Der Hungertod war im Falle des Holodomor eindeutig keine Frage des Nahrungsmangels, etwa in Folge einer unvorhergesehenen Naturkatastrophe, auch nicht einmal eine Folge des sozioökonomischen Systemwechsels und der Kollektivierung. Denn trotz des drastischen Rückgangs der Nahrungsmittelproduktion infolge der Kollektivierung gab es an sich genügend Nahrungsmittel. Der Hungertod war die Folge eines systematischen und umfangreichen Nahrungsentzugs, der die Dörfer ungleich heftiger betraf als die Städte.

Strittig und im einzelnen offenbar nach wie vor schwierig empirisch zu ermitteln ist, ob der Nahrungsentzug zeitweise überwiegend auf die Gesamtwirtschaftspolitik der Sowjetunion nach der Weltwirtschaftskrise zurückzuführen ist, welche die Sowjetführung veranlaßte, unter Inkaufnahme eines unbeabsichtigten Massensterbens auf dem Lande größere Mengen von Getreide trotz und wegen des Verfalls der Getreidepreise in den Westen zu exportieren. Ungeklärt scheint auch nach wie vor, wie sehr die Führung, die die Getreideablieferungsquoten festlegte, über den tödlichen Hunger informiert war oder informiert sein wollte. Das System der Unterdrückung unerwünschter und unangenehmer Nachrichten kann durchaus zu einer selbst verschuldeten Unwissenheit in den Entscheidungszentren geführt haben.

Unklar ist auch, ob und welcher Teil der Verantwortlichen auf allen Ebenen, von Moskau bis zum örtlichen Befehlshaber, zeitweise an ihre eigene Propaganda von den versteckten Nahrungsmitteln glaubte und insofern bei der Getreiderequirierung keine Tötungsabsichten hatte, jedoch der fahrlässigen Tötung schuldig wurde. Ideologische Verblendung und nicht mörderische Absicht hätten dann eine erhebliche Rolle gespielt. Mörderische Absicht ist allerdings in vielen Fällen nachgewiesen, vor allem seit Dezember 1932. Die Verhängung der Strafe einer 15-fachen Getreideabgabe, dann die Requirierung sämtlicher anderer Lebensmittel, schließlich die Schließung von allen Handelsläden für Lebensmittel und am Ende noch die polizeilich-militärische Abriegelung der Hungergebiete, um das Fliehen vor dem Hunger zu verhüten, sowie das Zurückschicken von geflüchteten Bauern aus den Städten und aus Rußland in die vom Hungertod gezeichneten Gebiete der Ukraine und der ukrainischen Rayons des Nordkaukasus waren bewußte und aktiv betriebene Maßnahmen, um Menschen mittels des

Hungers zu ermorden. Da die Abriegelung der Hungergebiete nicht ohne Gewalt möglich war, wurden hierbei auch viele Menschen erschossen.

Schließlich gab es während des Holodomor auch bescheidene Anzeichen von Bürgerkrieg in den Gegenden, wo sich Bauern mit der Waffe in der Hand gegen die Getreideeintreiber wehrten oder wo sie bewaffnet versuchten, sich Lebensmittel zu beschaffen, bevor sie durch Entkräftung zu solcher Tat unfähig wurden. Somit sind wohl Hunderte und Tausende im bewaffneten Kampf gestorben. Diese Kämpfe blieben jedoch anscheinend vereinzelt, hatten keinen organisatorischen Zusammenhang mit einer hierarchischen Befehlsstruktur, so daß man – in der Terminologie von Istvan Kende und Klaus Jürgen Gantzel – nicht von einem Bürgerkrieg,<sup>13</sup> wohl aber von bewaffneten Auseinandersetzungen sprechen kann. Diese vereinzelten bewaffneten Kämpfe hatten zweifellos den Effekt, auf der Seite der sowjetischen Führung die Bereitschaft zu verstärken, durch präventive Unterdrückungs- und Vernichtungsmaßnahmen gegen die potentiell ukrainisch-bäuerlichen, national und sozial motivierten Aufständischen einen tatsächlichen Bürgerkrieg zu verhindern.

Die ursprüngliche Forschungskontroverse zwischen den Verfechtern der These vom Bauernmord (Klassenmord) und der anderen These vom Ukrainermord (Völkermord) dürfte mittlerweile, wie Rudolf A. Mark und Gerhard Simon hervorheben, überholt sein, da es sich um eher komplementäre als konträre Auffassungen handelte.<sup>14</sup> Aber die Synthese der beiden konträren Positionen in der These vom national-sozialen Mord bedarf der weiteren Differenzierung. Sie erhält ihre Plausibilität vor allem dadurch, daß die Holodomor-Forschung bislang verständlicherweise überwiegend Opferforschung war und sich auf die möglichst genaue Erfassung des Leides und Sterbens der Opfer konzentriert hat, wobei es darauf ankam, die geographische, die nationale und die soziale Verteilung in einer Topographie des Holodomors zu ermitteln.

Die Täterforschung konzentrierte sich überwiegend auf die letztendlich höchste Verantwortung für den Holodomor (Stalin, Kaganovič, Molotov etc.) sowie auf die in den lokalen und regionalen Dokumenten erfaßbaren Kommandeure der Getreiderequisition und der Straf- und Unterdrückungsaktionen. Sie hat aber bislang anscheinend noch nicht systematisch die Struktur der Handlungsweisen und des Bewußtseins aller an der Organisation und Durchführung der fahrlässigen, in Kauf genommenen und beabsichtigten Vernichtung von Millionen Menschen beteiligten Täter untersucht. Dies dürften zigtausend, wenn nicht gar Hunderttausende Personen gewesen sein. Auch wenn das Oberkommando in Moskau in den Händen von Nichtukrainern lag, auch wenn zahlreiche zuverlässige Kader aus Rußland zur Durchführung der Repressionen in die Ukraine geschickt wurden, so dürfte die große Mehrheit der mittleren und unteren Kader der Täter, die den Holodomor praktisch vor Ort und an den Grenzen mit der Waffe in der Hand durchsetzten und die Lebensmittelbeschlagnahmungen, Abriegelungsmaßnahmen, Zwangsrücktransporte von Hungerflüchtlingen usw. vornahmen, in der Ukraine und im Nordkaukasus gelebt haben, also auch aus sehr vielen ethnischen Ukrainern bestanden haben. Sie hatten zweifellos einen ganz anderen Status im Vernichtungsgeschehen als

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Klaus Jürgen Gantzel und Torsten Schwinghammer (Hg.): Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1992. Münster 1995, S. 10.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Gerhard Simon, Rudolf A. Mark in diesem Band, S. 5–12.

beispielsweise die Juden, die gezwungen wurden, Hilfsdienste bei der Judenvernichtung in den Konzentrationslagern zu übernehmen.

Vielfach wird in den Beiträgen zur Debatte über den sozialen und nationalen Charakter des Holodomors übersehen, daß deutlich zwischen Wirkung und Absicht einer Vernichtung zu unterscheiden ist. Die Opferforschung kann nur die Wirkung von Hunger und physischen Gewaltmaßnahmen erfassen, aber nicht die Absichten der Menschen, die Überlebenshilfe unterlassen oder verhindert haben. Um von Mord, Völkermord und Klassenmord sprechen zu können, muß man die Absichten von Tätern in die Analyse einbeziehen. Ein katastrophaler Unfall im Atomkraftwerk in Ignalina, der fast sämtliche Litauer und Letten töten würde, hätte zwar faktisch die Vernichtung zweier kleiner Völker zur Folge, aber es würde sich nicht um Völkermord handeln. Das umfassende Töten im Bürger- und Staatenkrieg kann im Extremfall ebenfalls die weitgehende physische Vernichtung eines kleineren Volkes und die ethnische Assimilation der Überlebenden zur Folge haben, also ein Volk gänzlich vernichten; dennoch handelt es sich auch hier nicht um Völkermord im strikten Wortsinne.

Insofern ist es ein methodischer Fehler, aus dem überwiegenden Anteil der Ukrainer an den Holodomor-Opfern auf einen Völkermord zu schließen. National und ethnisch motivierter Mord lag überall dort vor, wo es den Tätern um die Ermordung von Ukrainern als solchen ging. Wo es um die Ermordung von Bauern als solchen (realiter nicht um Privatbauern, sondern um Kolchosbauern mit einer einzelbäuerlichen Mentalität und Gesinnung) ging, handelte es sich um Klassenmord. Der analytische Unterschied zwischen Völkermord und Klassenmord und Politizid (in Hinblick auf die angenommene Bereitschaft der Bauern und Ukrainer zu einem national-sozial motivierten Bürgerkrieg) kann sich zweifellos im Bewußtsein vieler Täter verbunden und vermischt haben, wo nicht viel einfachere, auf das eigene Überleben oder auf Bereicherung ausgerichtete Mordabsichten eine möglicherweise entscheidende Rolle gespielt haben. Nicht jeder Mörder muß an Ukrainer an sich oder Bauern an sich gedacht haben, wenn er einen ukrainischen Bauern umbrachte oder dem sicheren Hungertod auslieferte.

Mit Sicherheit kann gesagt werden, daß der Holodomor weder von seiner bekundeten und aus den Handlungen erkennbaren Absicht her, noch in seiner Durchführung in sozialer und ethnischer Hinsicht exterministischen Charakter hatte. Sofern die Massenvernichtung überwiegend gewollt und beabsichtigt gewesen sein sollte, was bislang noch nicht eindeutig geklärt zu sein scheint, handelte es sich überwiegend um Massenmord. Aber selbst wenn nur einige Millionen, nicht die Mehrheit aller, absichtlich dem Hungertod ausgeliefert worden ist, so handelte es sich unzweifelhaft um einen der größten Massenmorde des 20. Jahrhunderts. Gleichzeitig muß betont werden, daß es offenbar weder beabsichtigt war, sämtliche Bauern noch sämtliche Ukrainer zu vernichten, da die Sowjetunion weder auf ihrer Herrschaft ergebene Bauern verzichten konnte, noch auf ihnen ergebene Ukrainer verzichten wollte. Insofern handelte es sich um einen dezimatorischen Massen- und Völkermord, nicht um einen exterministischen Massen- und Völkermord wie im Falle der beabsichtigten Ausrottung sämtlicher Juden, Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten.

Dennoch hat der Holodomor auch exterministische Züge, insofern in seinem weiteren Kontext alle national bewußten, ja sogar viele vermutlich national bewußt werdenden Ukrainer ausgerottet, also nicht bloß verhaftet und unterworfen werden sollten. Auch

die Bauern mit tatsächlicher oder unterstellter besitzbürgerlicher Mentalität sollten zunehmend nicht nur unterworfen, eingeschüchtert und umerzogen werden, sondern schlicht ausgerottet werden. Insofern haben der nationalpolitische Politizid und der Soziozid durchaus exterministische Züge angenommen, sowohl in vielen Proklamationen als auch in der wie immer inkonsequenten Praxis in einem Staat, in dem der Wille der zentralen Befehlshaber nicht überall tatsächlich ausgeführt wird. Die ungleiche und willkürliche Be- und Entlastung einzelner Orte und Gebiete durch den Hungertod findet auch in der nicht durchgehenden Effizienz sowjetkommunistischer Bürokratie in den frühen 1930er Jahren eine partielle Erklärung, nicht nur in ethnisch selektiven, politischen Planungsunterschieden.

Ein weiteres Argument für die Vermischung von Klassenmord- und Völkermord-Absichten scheint noch nicht recht in der Forschung bewußt zu sein. Im panrussischen Denken, das die ethnische Einheit der Russen, Ukrainer ("Kleinrussen") und Belarussen behauptet und die sprachlichen Unterschiede zwischen ihnen als Dialektunterschiede bezeichnet, galt es, jegliche Regung ukrainischen und belarussischen Nationalbewußtseins als Abweichung vom panrussischen Nationalbewußtsein zu bekämpfen. Daraus folgte das Bedürfnis nach einer Verdrängung des ukrainischen Dialekts durch die russische Hochsprache, was gleichzeitig als Überwindung des sozial rückständigen Bauerndialekts durch die städtische, im spezifisch sowjetrussischen Denken für "proletarisch und progressiv" gehaltene Sprache des auf sowjetische Weise modernisierten Russischen verstanden wurde.

Aus dieser Denkweise folgte, daß das Ukrainische nicht als eine Nationalsprache, sondern als ein Klassendialekt, ein Bauerndialekt verstanden wurde, und zwar nicht nur von Russen, sondern auch von vielen städtischen und gebildeten ethnischen Ukrainern. Insofern waren Bauernvernichtung und Ukrainervernichtung nicht nur komplementär als Verknüpfung von Verschiedenem, sondern Bauernvernichtung und Ukrainervernichtung konnten als identisch gedacht werden, wenn man die ukrainische Sprache als einen Bauerndialekt verstand. Da die Russen in der Ukraine vorwiegend in Städten lebten und die städtischen Ukrainer oftmals russifiziert waren, machte es Sinn, nur das bäuerliche Dorf dem Hungertod auszuliefern, aber nicht die proletarische Stadt, die überwiegend von Russen und russifizierten Ukrainern besiedelt war und bei denen die sowjetischen Führer offenbar eine geringere Neigung zur potentiellen Rebellion gegen die Sowjetherrschaft annahmen, ob zu Recht oder zu Unrecht, tut nichts zur Sache. Aus dieser Auffassung vom bäuerlichen Charakter der ukrainischen Sprache und Kultur läßt sich auch erklären, weshalb russifizierte Ukrainer sich möglicherweise im "guten" ideologischen Glauben an der Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik gegenüber dem "reaktionären" ukrainischen Bauerntum, sowohl in der Ukraine als auch in der RSFSR beteiligten.

Die Terrorfunktion des Holodomors war im Unterschied zum GULag-System und insbesondere zu den Schauprozessen der späteren 1930er Jahre nur sehr gering. Terrorpolitik sieht die Verbreitung von Schrecken durch die Androhung oder die verletzende und tötende Anwendung von Gewalt vor, um die Unterwerfung der (Über-)Lebenden unter den politischen Willen der Terrorisierenden zu erreichen. Terror ist also wie Krieg eine Form der Fortsetzung der Politik mit anderen, d. h. tödlich-gewaltsamen Mitteln, unterscheidet sich aber von Krieg dadurch, daß kein Kampf zwischen bewaffneten Streitkräften stattfindet. Terror unterscheidet sich auch von bloßer dezimatorischer oder extermi-

nistischer Vernichtungs- und Mordpolitik, die Menschen töten und nicht bloß einschüchtern will. Terror setzt die Information der Lebenden über die angedrohte oder exemplarisch angewandte Gewalt voraus, da ja die (Über-)Lebenden erschreckt und eingeschüchtert werden sollen. Der Holodomor hingegen wurde wie der Holokaust nicht öffentlich veranstaltet, sondern weitgehend verheimlicht und geleugnet, so daß viele Zeitgenossen nichts von ihm wußten oder in der Lage waren, sporadische Informationen über ihn als bloße Gerüchte abzutun. Terrorpolitik legt hingegen auf größtmögliche Information, ja sogar auf solche "Informationen" Wert, welche die tatsächliche Gewaltanwendung übertreiben, um Schrecken zu verbreiten und Einschüchterung zu erzielen. Insofern läßt sich der Holodomor in seinem Kern nicht als Anwendung von Hungerterror¹6 qualifizieren. Nur dort, wo örtlich oder regional mit der Auslieferung an den Hungertod im Falle der Nichtoffenbarung tatsächlich oder vermeintlich versteckter Getreidevorräte gedroht wurde, wurde Terror ausgeübt.

Der Zeitpunkt des Holodomors wird nicht zu Unrecht mit dem Ende der Hoffnung auf den Nutzen der ethnonationalen *Korenizacija* (Einwurzelungs- oder Verankerungs)-Strategie für die Verbreitung der sowjetkommunistischen Ideologie in der nichtrussischen Bevölkerung in Verbindung gebracht. Diese hatte darauf beruht, daß die sowjetischen und kommunistischen Politiker annahmen, dem "bürgerlichen" (einschließlich bäuerlichen) Nationalismus und nationalem Separatismus dadurch das Wasser abgraben zu können, daß die größeren Nationen erstens eine eigene föderative oder autonome Republik oder eine sonstige autonome national-territoriale Einheit (*oblast'*, *okrug*, *rajon*) erhielten, zweitens ethnonationale Kaderkarrieren in den nichtrussischen Gebietseinheiten gefördert und drittens ihre Sprache und Kultur gepflegt wurden, wobei jedoch nur die "progressive" Nationalkultur gefördert werden sollte, während die "reaktionären" (vor allem die bäuerlich-religiösen) Elemente der nationalen Kultur von Anfang an unterdrückt wurden.

Nachdem Ende der 1920er Jahre deutlich geworden war, daß diese Strategie des Internationalismus (Förderung der nationalen kulturellen und administrativen Differenz bei gleichzeitiger gesamtstaatlicher Integration und politischer Zentralisierung), nicht aufging, nahm die sowjetische und kommunistische Führung nach einer Übergangsphase, in der die Korenizacija radikal antinationalisiert und bolschewisiert werden sollte, einen abrupten Kurswechsel vor. Das Beharren auf ethnischer und nationalterritorialer sprachlicher und kultureller Differenz der Nichtrussen wurde nunmehr unter Nationalismus-Verdacht gesetzt. Die bis dahin vorherrschende Kritik am "(groß-)russischen Chauvinismus" (groß meint hier nicht imperial im Sinne von territorial expansiv, sondern großrussisch dient zur Unterscheidung von kleinrussisch = ukrainisch), also am russischen Nationalismus trat in den Hintergrund. Hatten die Bol'ševiki bis dahin den russischen Nationalismus als Hauptgefahr für einen assoziativen, kooperativen Internationalismus angesehen, so wurde dies nun der Nationalismus der Nichtrussen. Zugleich erhielt der "proletarische Internationalismus" einen neuen Inhalt und wurde zum Plädoyer für Russifizierung und die Glorifizierung der russischen Kultur und Geschichte, selbst der imperial-kolonialen Geschichte, die von den Bol'ševiki zuvor besonders heftig kritisiert worden war.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Hierzu in diesem Band Jurij Šapolval, S. 131–145.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Von Hungerterror spricht in diesem Band etwa Stanislav Kul'čyc'kyj, S. 57–79.

Aus der Differenzierung der Vernichtungsweisen ergibt sich eine Reihe von Fragestellungen für die weitere Forschung. Die Topographie des Hungertodes und der aktiven Mord- und Vernichtungsaktivitäten sollte versuchen, sowohl die soziale als auch die ethnische und soweit möglich auch die politisch-nationale Zusammensetzung der Todesopfer wie auch der Täter zu erfassen. Dabei gälte es nicht nur die ethnischen Unterschiede zwischen Russen, Ukrainern, Juden, Deutschen, Griechen und sonstigen "nacionalnosti" zu erfassen, sondern auch zwischen ukrainisch- und russischsprachigen Ukrainern. Wenig scheint bisher auch untersucht, in welcher Weise der Tod sozialstrukturell selektiv wüten konnte, nicht nur in Hinblick auf die Geschlechter- und Altersunterschiede,<sup>17</sup> sondern auch in sozialer und in ethnischer Hinsicht, da ja Kollektive dem Hungertod ausgeliefert wurden, die somit gezwungen wurden, unter Umständen eine soziale und ethnische Selektion unter sich vorzunehmen.

Die unterschiedliche Behandlung der Ukraine als Republik und der Ukrainer (sowie anderer nichtrussischer Nationalitäten) und Russen bzw. der mehrheitlich von Ukrainern und Russen besiedelten Gebiete in Rußland wurde bisher empirisch schon erforscht, aber noch nicht im einzelnen im Hinblick auf das Vorherrschen eines territorialnationalen (Russen einbeziehenden) oder eines ethno-nationalen (Russen ausschließenden) Denkens reflektiert, sowohl auf seiten der Opfer als auch auf seiten der Täter. Für die Beantwortung der Frage nach der Relevanz von ethnonationalen Mordabsichten einerseits und Mordabsichten zur Prävention territorialer Separation andererseits sind solche differenzierende Detailanalysen erforderlich. Die unterschiedliche Behandlung der Republik Ukraine und der mehrheitlich ukrainischen Siedlungsgebiete im rußländischen Nordkaukasus deutet auf die Relevanz des Unterschiedes von ethnonationalen und territorialnationalen Mordabsichten hin – und dies impliziert die bedenkenlose Einbeziehung von Russen und russifizierten Ukrainern in den beabsichtigen Hungertod.

#### Holodomor und Holokaust im Vergleich

In beiden Fällen, bei der politisch und staatlich gewollten und organisierten Vernichtung von mehreren Millionen sowjetischen und insbesondere ukrainischen Bauern in den Jahren 1932-1933 einerseits und von etwa der gleichen Anzahl Juden, Sinti und Roma in den Jahren 1941-1944 andererseits handelt es sich eindeutig um Massenmord, nicht etwa um legale Massenvernichtung. Beim Holokaust gab es nicht nur ein rassistisches (faktisch ethno-religiöses) exterministisches Mordprogramm, sondern auch eine äußerst effizient angelegte, bürokratisch organisierte Vernichtungspraxis, die jeden auffindbaren Juden und im Prinzip auch "Zigeuner" dem Tod auslieferte. Da die Juden ideologisch als gefährlicher betrachtet wurden, wurde die Judenverfolgung offenbar konsequenter betrieben als die "Zigeuner"verfolgung. Auch manchen sozialen Gruppen wie insbesondere geistig und körperlich schwer Behinderten, Homosexuellen, Schwerstkriminellen, Deserteuren und konsequenten Pazifisten wurde im Nationalsozialismus die prinzipielle Existenzberechtigung theoretisch wie praktisch abgesprochen, so daß nur wenige Angehörige dieser Gruppen unentdeckt die nationalsozialistische Herrschaft überleben konnten. Zwar wurde in der Geschichte schon

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Hierzu in diesem Band schon Nikolaus Katzer, S. 90-110.

wiederholt eine exterministische Politik gegenüber besiegten Städten und kleinen Völkern angewandt, die vollständig zerstört und ausgerottet wurden, doch in der modernen Geschichte ist bisher der millionenfache exterministische Völkermord ("Holokaust", "Auschwitz" als pars pro toto) einzigartig geblieben.

Von sowjetischen Kommunisten wurden von 1917–1956 und auch noch danach eine vielfache Anzahl von Menschen im Vergleich zu der Zahl der von den deutschen Nationalsozialisten umgebrachten Menschen ermordet, wobei hier die im Staaten- und Bürgerkrieg getöteten Menschen nicht in Betracht zu ziehen sind, da hier von Massenmord, nicht von allgemeiner, also auch kriegerischer und fahrlässig technisch-industrieller ("Černobyl" und andere Industrie-Unfälle) Massenvernichtung die Rede ist. Insofern ist der Umfang der sowjetisch-kommunistischen Massenmordes ("GULag-System", "Kolyma" als pars pro toto) in der modernen Geschichte einzigartig, allenfalls mit den kommunistisch-chinesischen Massenmorden in etwa gleichzusetzen.<sup>18</sup>

Der Holodomor, der von der Opferzahl etwa mit dem Holokaust gleichzusetzen ist, ist nur ein Teilelement des gesamten sowjetkommunistischen Massenmordkomplexes mit einigen spezifischen Charakteristika, die bereits im einzelnen herausgearbeitet wurden. Insgesamt ergibt sich ein höchst komplexes Bild von Vernichtungsweisen, die bei der Vernichtung von vier bis zehn Millionen Menschen allein in den Jahren 1932-1933 in der Sowjetunion und insbesondere in der Ukraine zum Einsatz kamen: fahrlässige Verursachung und Duldung von Hungersnot, absichtliche Ermordung durch Auslieferung an den Hungertod, widerrechtliche Ermordungen und Hinrichtungen, sicherlich auch zahlreiche Selbstmorde, bürgerkriegsartige bewaffnete Auseinandersetzungen sowie politizidale, soziozidale und genozidale Mordabsichten in der Folge sowjetwirtschaftlicher und weltwirtschaftlicher Schwierigkeiten und vor allem in der Folge eines radikalen und fundamentalen nationalitätenpolitischen Ideologiewechsels in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Ein ähnliches Ereignis hat es in der modernen Geschichte nirgendwo anders gegeben. Insofern ist auch der Holodomor in der modernen Geschichte einzigartig, in seinem Umfang und seinen gesellschaftspolitischen Charakteristika nicht mit anderen Massenmorden gleichzusetzen.

Die Debatte um die Einzigartigkeit oder Singularität des Holokaust oder anderer Massenmorde und Massenvernichtungen wird durch den Gedanken belastet, daß die Denkfigur eines einzigartigen Massenmordes meist davon ausgeht, daß es zahlreiche gewöhnliche, normale Massen- und Völkermorde gibt, die keiner besonderen Beachtung bedürfen, auch nicht in das allgemeine Bewußtsein der Menschheit gehören und vor allem keine besonderen Folgen haben sollen, wie sie der Holokaust nicht nur für das jüdische Bewußtsein und die israelische Politik, nicht zu vergessen auch für das Bewußtsein der Sinti und Roma, vor allem aber auch für das deutsche Bewußtsein und die deutsche Politik nach 1945 hatten. Sicherlich kann Erinnerungspolitik nicht Dutzende, Hunderte und Tausende Massen- und Völkermorde im allgemeinen Bewußtsein der Menschheit verankern, und jedes Volk wird nach wie vor in aller Regel das eigene Leiden und die eigenen hervorragenden Leistungen stärker in sein Gedächtnis einprägen als die eigenen Verbrechen.

Im sowjetischen Falle fehlt ein Nachfolgerstaat, der eine Bereitschaft dafür aufbringen würde, die Verantwortung für die Verbrechen der sowjetischen Kommunisten zu

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Vgl. die Berechnungen von Rummel, The Statistics of Democide [Fn. 10].

übernehmen, da diese aus allen Republiken und Völkern der Sowjetunion kamen, sowjetisch-kommunistische Politik sich nicht in gleicher Weise als russische Politik begreifen läßt wie die nationalsozialistische Politik als deutsche. Auch die Fähigkeit zu einer finanziell-ökonomischen "Wiedergutmachungspolitik" des Volkes, aus dem die Massenmörder stammten, fehlt in den meisten Fällen von modernen Massen- und Völkermorden. Insofern ist nicht nur der Holokaust einzigartig, auch die deutsche Aufarbeitungs- und Erinnerungspolitik wird kaum Nachahmung finden und finden können.

Es gibt aber keinen vernünftigen Grund, weshalb das kollektive Bewußtsein der Menschheit oder internationalen Gesellschaft nur Platz für die Erinnerung an einen einzelnen, einzigartigen Massenmord haben könnte und sollte. Es haben durchaus mehrere auf ihre spezifische Weise einzigartige Verbrechen Platz im Menschheitsgedächtnis als wichtige Mahnung an die Gefahren gegenwärtiger und zukünftiger Politik. Weltpolitische Erinnerungspolitik in human-globaler Absicht könnte sich durchaus dafür engagieren, den osmanischen Armeniermord, den nationalsozialistischen Judenmord, einige der zahlreichen kommunistischen Klassen- und Völkermorde, darunter den Holodomor, den Massenmord an den Tutsi und Hutu in Ruanda und ganz Ostafrika als Mahnung an das Versagen der Vereinten Nationen in unserer Zeit sowie einige andere Massenmorde tief im Gedächtnis aller Menschen auf der Erde zu verankern, zusätzlich zu den jeweils nur im nationalen oder großregionalen Gedächtnis eingeprägten Völker- und Massenmorden.

Es gibt keinen vernünftigen Grund für einen Wettbewerb um die Krone des barbarischsten und grausamsten Massenmordes der Weltgeschichte, bei dem es darum ginge, Quantitäten und allerlei Qualitäten der Verfahrensweisen, der Motive und der Folgen des Mordens und dergleichen mehr im einzelnen zu gewichten, untereinander abzuwägen und zu einem Gesamtwerturteil zu aggregieren. Debatten darüber, ob Dschingis Khan, Tamerlan, Hitler, Stalin, Mao oder sonstwer der GröVaZ, der größte Verbrecher aller Zeiten war, haben lediglich den Reiz des Perversen, aber keinerlei wissenschaftlichen oder humanen Sinn. Insofern gehören nicht nur ein einzelner, sondern mehrere auf ihre spezifische Weise einzigartige Massenmorde gleichberechtigt und ohne Wertungshierarchie in das Gedächtnis der Menschheit.

# Vladimir Tendrjakov

#### Brot für den Hund

Der Sommer 1933.

Neben dem verrußten, im staatlichen Ockerton gestrichenen Bahnhofsgebäude befand sich ein kleiner, lichter Birkenpark, der von einem abgeblätterten, niedrigen Zaun umgeben war. Dort lagen auf den Trampelpfaden, auf den Baumwurzeln und auf dem noch vorhandenen staubigen Gras Gestalten herum, die nicht mehr als Menschen betrachtet wurden.

Zwar mußte sich bei jedem in den Tiefen seiner schmutzigen, verlausten Lumpen – wenn es nicht verloren war – noch ein zerfleddertes Papier erhalten haben, das dem Ausgewiesenen bescheinigte, er heiße soundso mit Familien-, Vor- und Vatersnamen, sei daundda geboren und aufgrund derundder Entscheidung unter Aberkennung der bürgerlichen Rechte und Beschlagnahme des Eigentums verbannt worden. Aber niemand kümmerte sich mehr darum, daß er, der Soundso, entrechtet und administrativ verbannt, nicht an seinem Bestimmungsort angekommen war; niemanden interessierte es, daß er, der entrechtete Soundso, nicht arbeitete, keinen Wohnsitz und nichts zu essen hatte. Er zählte nicht mehr zu den Menschen.

Meist waren es entkulakisierte Bauern aus der Gegend von Tula, Woronesch, Kursk und Orel, aus der ganzen Ukraine. Mit ihnen zusammen war das südliche Wort "Kurkul" für "Kulake" in unsere nördlichen Regionen gekommen.

Die Kurkulen hatten sogar äußerlich keine Ähnlichkeit mehr mit Menschen.

Manche waren Skelette, überzogen von einer dunklen, runzligen und scheinbar knisternden Haut, Skelette mit riesigen, sanften, brennenden Augen.

Andere waren, im Gegenteil, so aufgebläht, daß es schien, die vor Spannung blau angelaufene Haut müßte demnächst platzen, der mächtige Leib hochschwappen, und die kissenähnlichen Füße mit den abgesteppten, schmutzigen Zehen müßten unter der Flutwelle dieser weißen, weichen Masse verschwinden.

Sie benahmen sich jetzt auch nicht mehr wie Menschen.

Einer nagte nachdenklich an einer Rinde eines Birkenstammes und starrte mit brennenden, unnatürlich weit aufgerissenen Augen ins Leere.

Ein anderer lag im Staub, von seinen verschlissenen Lumpen ging ein saurer Gestank aus, und wischte sich die Finger mit solcher Energie und Hartnäckigkeit ab, anscheinend hätte er sich am liebsten die ganze Haut heruntergerieben.

Wieder einer war wie Sülze auf der Erde zerlaufen, rührte sich nicht, sondern fiepte und gluckerte mit seinen Eingeweiden wie ein Wasserboiler.

Und noch einer klaubte trübselig den Bahnhofsabfall von der Erde auf und steckte ihn sich in den Mund.

Am meisten Ähnlichkeit mit Menschen hatten die, die es schon geschafft hatten und tot waren. Die lagen ruhig da – schliefen.

Doch vor dem Tod meuterte plötzlich einer der Sanften, der still für sich Rinde genagt oder Abfall gegessen hatte, erhob sich in ganzer Länge, umarmte mit spandünnen, zerbrechlichen Armen den glatten, kräftigen Stamm einer Birke, preßte die kohlschwarze Wange dagegen, öffnete den Mund, höhlenschwarz mit erschreckend großen, weißen Zähnen, und schickte sich an, einen vernichtenden Fluch hinauszuschreien, aber es kam nur ein Röcheln, Schaum quoll heraus. Der "Meuterer" glitt den Stamm hinunter, schrappte sich dabei die Haut von der knochigen Wange und … verstummte für immer.

Die hatten auch nach dem Tod keine Ähnlichkeit mit Menschen, wie Affen umklammerten sie die Bäume.

 $[\ldots]$ 

Erst als Erwachsener wunderte ich mich und rätselte, weshalb ich, der ich doch im allgemeinen ein empfindsamer, verletzlicher Junge war, nicht krank wurde, nicht sofort den Verstand verlor, nachdem ich zum ersten Mal einen Kurkul vor meinen Augen mit einem Röcheln und Schaum vorm Mund hatte sterben sehen.

Wahrscheinlich deshalb, weil die Greuel des Parks nicht schlagartig in Erscheinung traten und ich die Möglichkeit hatte, mich irgendwie daran zu gewöhnen, mir eine seelische Hornhaut wachsen zu lassen.

Die erste Erschütterung, die viel stärker war als der Kurlukentod, erlebte ich bei einem leisen Vorfall auf der Straße.

Eine Frau in einem sauberen, verschlissenen Mantel mit Samtkrägelchen und einem ebenso sauberen, verschlossenen Gesicht rutschte vor meinen Augen aus und zerbrach ein Deckglas mit Milch, das sie auf dem Bahnsteig gekauft hatte. Die Milch floß in den gefrorenen, schmutzigen Abdruck eines Pferdehufs. Die Frau sank vor ihm hin wie vor dem Grab ihrer Tochter, schluchzte erstickt auf und zog plötzlich einen einfachen, abgekauten Holzlöffel aus der Manteltasche. Sie weinte und löffelte die Milch aus der Hufmulde in der Straße, weinte und löffelte, weinte und löffelte, manierlich, ohne Gier, wohlerzogen.

 $[\ldots]$ 

Bald darauf sah ich ausgemergelte Menschen mit den riesigen, sanften, trotzigen Augen orientalischer Schönheiten . . .

Und Wassersüchtige mit aufgeblähten, glatten, konturlosen Gesichtern und blauen Elefantenbeinen . . .

Die Ausgemergelten – Haut und Knochen – hießen bei uns Skelettniks, die Wassersüchtigen Elefanten.

Und dieser Birkenpark neben dem Bahnhof . . .

Irgendwie schaffte ich es, mich daran zu gewöhnen; ich verlor nicht den Verstand.

Ich verlor auch deshalb nicht den Verstand, weil ich wußte: Die dort am hellichten Tag in dem kleinen Birkenpark beim Bahnhof starben, waren Feinde. Erst kürzlich hatte der große Schriftsteller Maxim Gorki über sie gesagt: "Wenn der Feind sich nicht ergibt, wird er vernichtet". Sie hatten sich nicht ergeben. Je nun . . . sie waren halt in den Birkenpark geraten.

 $[\ldots]$ 

Da lag er vor uns kleinen Jungen, ein flaches Gerippe in Lumpen, der Schädel der noch einen menschlichen Ausdruck von Demut, Müdigkeit und wohl auch Nachdenklichkeit bewahrt hatte. Da lag er, und wir musterten ihn abfällig. Zwei Pferde hatte er besessen, der Blutsauger! Wegen dieser Pferde hätte er womöglich das Messer für uns gewetzt. "Wenn sich der Feind nicht ergibt . . ." Dybakow hatte es ihm ordentlich gegeben.

Und doch tat uns dieser Feind leid. Wahrscheinlich nicht nur mir. Keines der Kinder tanzte um ihn herum und foppte ihn:

Feind, Feind, Kurluk-Kulak, Rindenfresser, Läusekratzer. Schiebt mit seiner Frau herum, bläst der Wind ihn um.

Ich setzte mich an den Tisch, griff nach dem Brot da wirbelte mein Gedächtnis lauter Bilder durcheinander: in die Ferne gerichtete Augen, still und halb von Sinnen, weiße Zähne, die Rinde knabbern, einen innerlich blubbernden, gallertartigen Wanst, einen aufgerissenen schwarzen Mund, Röcheln, Schaum . . . Übelkeit stieg mir in die Kehle. [. . . ]

Entnommen aus: Wladimir Tendrjakow: Auf der seligen Insel des Kommunismus. Suhrkamp Taschenbuch. Frankfurt 1990. Aus dem Russischen von Annelore Nitschke. Entstanden 1970, erstmals veröffentlicht unter dem Titel Chleb dlja sobaki, in: Novyj Mir, 3/1988.



P. Jastržembskij. Die Allunions-Landwirtschaftsausstellung. 1939

## Gerhard Simon

## Holodomor als Waffe

## Stalinismus, Hunger und der ukrainische Nationalismus

Die von der Führung der UdSSR organisierte Hungersnot in der Ukraine war ein Instrument zur Konsolidierung des Stalinismus. Daher ist die Kontroverse gegenstandslos, ob sie sich gegen die Bauern oder die Ukrainer richtete. Beide waren gleichermaßen "Feinde". Die durch die Zwangskollektivierung hervorgerufene Krise der Landwirtschaft hatte in Stalins Einschätzung die Loyalitätskrise in der Ukraine offensichtlich werden lassen. Er fürchtete, "die Ukraine zu verlieren". Deshalb wurde der Hunger als Waffe gegen das ukrainische Dorf eingesetzt, wo der Widerstand gegen Kollektivierung und Getreiderequirierungen national aufgeladen war. Zugleich wurden die ukrainischen Nationalkommunisten und die ukrainische Intelligenz einer bis dahin beispiellosen Welle von Säuberungen und Repressalien unterworfen und vielfach umgebracht. Dauerhaft konnte das ukrainische nationale Bewußtsein dennoch nicht zerstört werden.

Der Stalinismus ist reich an Gewaltexzessen. Aber zu keiner Zeit – die Jahre des Zweiten Weltkrieges ausgenommen – starben Millionen Menschen in so kurzer Zeit eines unnatürlichen Todes wie in den Monaten des Holodomor. Die Hungersnot trat nicht infolge einer Mißernte oder Naturkatastrophe ein, ihr Ablauf – oder besser ihre Organisation – waren integraler Bestandteil der Etablierung des Stalinismus. Autonome Gruppen und Kräfte in der Gesellschaft, die sich der zentralistischen Diktatur Stalins in den Weg stellten, sollten zerschlagen werden.¹ Insofern stehen die Kollektivierung, die Deportation der sogenannten Kulaken und die Hungersnot in einem ursächlichen Zusammenhang. Ohne die erzwungene Kollektivierung der Landwirtschaft wäre es nicht zu einer Hungersnot gekommen. Durch die Hungersnot wurde der Widerstand gegen die Kollektivierung endgültig gebrochen und ein wichtiges Ziel des Stalinismus durchgesetzt: die Ausschaltung eines selbständigen Bauerntums, das die Ernteerträge als sein Eigentum betrachtete. Über die Ernteerträge der kollektivierten Landwirtschaft verfügte dagegen der Apparat von Staat und Partei, sie gehörten nicht mehr den Bauern, die sie erwirtschaftet hatten.

Kontrovers ist in der Forschung die Frage diskutiert worden, ob die von der Stalin-Führung herbeigeführte Hungersnot auf dem Dorf gegen die Bauern gerichtet war oder gegen die Ukrainer bzw. gegen Angehörige anderer nichtrussischer Völker an

Gerhard Simon (1937), Dr. phil., Historiker, außerplanmäßiger Professor für osteuropäische Geschichte, Universität zu Köln

Džejms Mejs (= James Mace): Polityčni pryčyny holodomoru v Ukraïni (1932–1933 rr), in: Ukraïnskyj istoryčnyj žurnal, 1/1995, S. 34–48.

der Volga und in Kazachstan. Unbestritten ist, daß kein Volk so viele Opfer hat bringen müssen wie das ukrainische; anteilmäßig noch größer war allerdings die Zahl der Opfer unter den kasachischen Nomaden.² Pointiert formuliert lauten die einander gegenüberstehenden Thesen: Im ukrainischen Dorf starben die Menschen hungers "nicht weil sie Ukrainer waren, sondern weil sie Bauern waren".³ Die Gegenposition lautet: Der Hunger war ein "Genozid an der ukrainischen Nation". Die Menschen "wurden umgebracht nur deshalb, weil sie Ukrainer waren".⁴

Die Kontroverse wurde wohl auch deshalb mit erheblicher Erbitterung geführt, weil die Beteiligten ihr methodisches Selbstverständnis als Sozialhistoriker oder Nationalismusforscher einbrachten und für ihren jeweiligen methodischen Ansatz Priorität reklamierten.<sup>5</sup> Betrachtet man die Hungersnot jedoch als integralen Bestandteil des Stalinismus, dann ist die Alternative "Bauer" oder "Ukrainer" falsch. Denn aus der Sicht des Stalinismus waren beide, der wirtschaftlich selbständige Bauer und der nationalbewußte Ukrainer Feinde und mußten unterworfen werden. Belanglos war die Nationalität also keineswegs, und Stalin war der letzte, der die Bedeutung des nationalen Faktors gering einschätzte.

In diesem Aufsatz wird die These vertreten, daß die Stalin-Führung mit besonderer Brutalität gegen die ukrainischen Bauern und die ukrainischen Kosaken am Kuban' vorging. Das erklärt die große Zahl der Opfer im Vergleich zu den Hungergebieten an der Volga. Der Hunger wurde als Waffe im Krieg gegen das ukrainische Dorf eingesetzt, weil die Stalin-Führung den national aufgeladenen Widerstand gegen die Kollektivierung und die Getreiderequirierungen als außerordentlich bedrohlich einschätzte. Hinzu kam, daß Stalin die *Kommunistische Partei der Ukraine* für unzuverlässig und illoyal hielt, potentiell auf Separationskurs und stets bereit, den Interessen der Ukraine Vorrang vor denen der Sowjetunion einzuräumen.

"Wenn wir uns jetzt nicht daranmachen, die Lage in der Ukraine in Ordnung zu bringen, dann können wir die Ukraine verlieren", schrieb Stalin am 11. August 1932 an den Ersten Parteisekretär der Ukraine Lazar' Kaganovič.<sup>6</sup> "In Ordnung gebracht" wurde die Lage durch den Hunger-Terror gegen das ukrainische Dorf, so daß der nationale und soziale Widerstand auf lange Zeit unterdrückt wurde. Zugleich sorgten umfassende Säuberungen gegen die ukrainischen Nationalkommunisten für die Unterwerfung der Leitungskader. Die Ausschaltung und Ermordung der obersten ukrainischen Führung verschob Stalin – entgegen seiner ursprünglichen Absicht – auf die Jahre 1937–1939.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Siehe dazu den Beitrag von Rudolf A. Mark in diesem Heft, S. 112–130.

Barbara B. Green: Stalinist Terror and the Question of Genocide: The Great Famine, in: Alan S. Rosenbaum (ed.): Is the Holocaust Unique? Perspectives on Comparative Genocide. Boulder, Colorado 1996, S. 139. – Wörtlich ebenso Stephan Merl: War die Hungersnot von 1932–1933 eine Folge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft oder wurde sie bewußt im Rahmen der Nationalitätenpolitik herbeigeführt? In: Guido Hausmann, Andreas Kappeler (Hg.): Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates. Baden-Baden 1993, S. 145–166, hier S. 146 und S. 166.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Levko Luk'janenko in: O.M. Veselova, V.I. Maročko, O.M. Movčan: Holodomory v Ukraïni 1921–1923, 1932–1933, 1946–1947. Kyïv, New York <sup>2</sup>2000, S. 3.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> James E. Mace: Zur aktuellen Diskussion über die ukrainische Hungersnot von 1932/33, in: Hausmann, Kappeler (Hg.), [Fn. 3], S. 126–144. – Merl, Hungersnot [Fn. 3], S. 145–166.

Oer Wortlaut dieses Briefes in: Valerij Vasil'jev, Jurij Šapoval (Hg.): Komandyry velikoho holodu. Poïzdki V. Molotova i L. Kahanovyča v Ukraïnu ta na Pivničnyj Kavkaz. 1932–1933 rr., Kyïv 2001, S. 99–100.



I.V. Stalin Sekretär des ZK VKP(b)



L.M. Kaganovič Politbüro des ZK VKB(b)



P.P. Postyšev 2. Sekretär des ZK KP(b)U



S. V. Kosior Sekretär des ZK KP(b)U



V.M. Molotov Politbüro des ZK VKB(b)



V.Ja. Čubar' Vorsitzender des Sovnarkom der UkrSSR



M.O. Skrypnyk Volkskommissar für Aufklärung der UkrSSR

Die durch die Zwangskollektivierung hervorgebrachte Krise der Landwirtschaft hatte in Stalins Einschätzung die Loyalitätskrise in der Ukraine offensichtlich werden lassen. Die seit 1990 publizierten Quellen und Untersuchungen ukrainischer und amerikanischer Historiker erlauben es, den Nachweis zu führen, daß der Holodomor und der Kampf gegen den ukrainischen Nationalismus nicht nur zeitlich parallel verliefen, sondern ursächlich zusammengehörten. Insofern war der Krieg gegen die Bauern zugleich ein Krieg gegen die Ukrainer.

## Erfolge und Grenzen der Ukrainisierung zu Beginn der 1930er Jahre

Als die im Bürgerkrieg siegreichen Bol'ševiki daran gingen, die Sowjetunion aufzubauen, war klar, daß sie die zumeist nur militärisch unterworfenen nichtrussischen Völker zumindest nachträglich für die Revolution gewinnen mußten. In deutlichem Kontrast zur Nationalitätenpolitik des späten Zarenreiches erhielten die nichtrussischen Völker eigene Republiken, die nach ihnen benannt wurden. Der Sowjetföderalismus bedeutete zwar keine reale Föderalisierung der Macht und der Kompetenzen, stattete die nichtrussischen Völker aber mit den Symbolen eigener Staatlichkeit aus. Ja, die sowjetische Verfassung sprach den Unionsrepubliken ausdrücklich Souveränität zu und garantierte ihnen das Recht zum Austritt aus der Sowjetunion. Insofern war Stalins Furcht, "wie können die Ukraine verlieren", nicht völlig aus der Luft gegriffen.

Das wichtigste Instrument, das die Bol'ševiki zur Integration der nichtrussischen Völker entwickelten, war die Politik der "Einwurzelung" (Korenizacija) oder Indigenisierung. Sie prägte und verwandelte die Ukraine in der Form der Ukrainisierung bis zum Anfang der 1930er Jahre nachhaltig. Die beiden wichtigsten Aspekte der Korenizacija waren die gezielte Bevorzugung von Nichtrussen beim Aufstieg in die sowjetischen Eliten und die Förderung der nichtrussischen Sprachen im Bildungswesen, in den Medien und der Verwaltung. Die Zentralmacht blieb allerdings russischsprachig und nur wenige Nichtrussen stiegen in die obersten Etagen der Macht in Moskau auf. Aus dieser Spaltung in eine überwiegend aus Russen bestehende Partei- und Staatsführung einerseits und den von Einheimischen dominierten Eliten auf der Ebene der Unionsrepubliken andererseits ergaben sich langfristig erhebliche Spannungen, die wesentlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion am Ende des 20. Jahrhunderts beigetragen haben.

Am eindrucksvollsten waren die Erfolge der Ukrainisierung im Grund- und Sekundarschulwesen sowie bei den gedruckten Medien. Während es im Zarenreich vor 1917 keine einzige öffentliche Schule mit Ukrainisch als Unterrichtssprache gegeben hatte, besuchten 1932/33 88,5 Prozent aller Schulkinder in der Ukraine Schulen mit ukrainischer Unterrichtssprache; der Anteil der Ukrainer an der Bevölkerung betrug 80 Prozent (1926). Die Zahl der Zeitungen (nach Titeln) in ukrainischer Sprache nahm von 37,5 Prozent (1923/24) auf 63,5 Prozent (1927/28) zu. Die Statistik der gedruckten Zeitungsexemplare ist noch eindrucksvoller: Erschienen 1923 nur 12,5 Prozent aller Zeitungsexemplare auf ukrainisch, so waren es 1932 91,7 Prozent. Entsprechend rückläufig war die Auflage der russischsprachigen Presse. Ukrainisierung bedeutete vielfach Derussifizierung des Bildungswesens und der Medien.

Auch in den neuen sowjetischen Eliten sorgte die Politik der positiven Diskriminierung für ein rasches Vorrücken der Ukrainer. Ihr Anteil an der Industriearbeiterschaft wuchs von 43 Prozent 1926 auf 58 Prozent 1933. Während 1922 nur 24 Prozent der Parteimitglieder in der Ukraine ethnische Ukrainer waren, stieg dieser Anteil 1932 auf 59 Prozent. Der Aufstieg der Ukrainer in die Leitungsapparate vollzog sich langsamer, denn es fehlte an entsprechend qualifizierten Kandidaten. Dennoch waren 1929 75,9 Prozent der Mitarbeiter in den staatlichen Leitungsapparaten auf Rayonebene Ukrainer; auf der Republikebene betrug dieser Anteil immerhin 36,2 Prozent.

1932 wurde in den meisten Institutionen und Organisationen auf Republikebene im Schriftverkehr das Ukrainische benutzt. Mündliche Umgangssprache in den Apparaten blieb aber weitgehend das Russische. Die Ukraine war übrigens die einzige Unionsrepublik, die auch von den Allunionsorganen auf ihrem Territorium eine linguistische Ukrainisierung durchzusetzen versuchte – damit allerdings zu Beginn der 1930er Jahre scheiterte.<sup>7</sup>

Ein zentrales Ziel der Nationalkommunisten war die Ukrainisierung der Industrie und der Städte. Stalin hatte auf dem X. Parteikongreß 1921 dieses Ziel bezeichnet:

Wenn auch in den Städten der Ukraine bis jetzt noch die russischen Elemente überwiegen, so werden doch diese Städte im Laufe der Zeit unvermeidlich ukrainisiert werden."<sup>8</sup>

Deshalb verlangten die ukrainischen Nationalkommunisten eine forcierte Ukrainisierung des rasch wachsenden Proletariats und der entstehenden Industrie. Darüber kam es erstmals 1926 zu einem schweren Konflikt zwischen Stalin und dem Ersten Parteisekretär der Ukraine, Lazar' Kaganovič auf der einen Seite und dem Wortführer der Nationalkommunisten, Oleksandr Šums'kyj, dem Volkskommissar für Bildungswesen in Charkiv, auf der anderen. Stalin lehnte in einem Brief an das ZK der Ukraine vom 26. April 1926 "die umgehende Derussifizierung des Proletariats" strikt ab und kritisierte in scharfen Worten generell die ukrainische kulturelle Bewegung, die teilweise "den Charakter eines Kampfes gegen "Moskau' überhaupt, gegen die Russen überhaupt, gegen die russische Kultur und ihre höchste Errungenschaft, den Leninismus" angenommen habe.<sup>9</sup>

Die *Korenizacija* hatte stets unter dem Vorbehalt des einheitlichen Führungswillens der Kommunistischen Partei gestanden, sie durfte nicht zu politischem Pluralismus oder gar Separatismus führen. Die Ukrainisierung sollte im Gegenteil das Instrument sein, um die Ukraine nahtlos in die kommunistische Sowjetunion zu integrieren. Die *Korenizacija* sollte die Entfaltung jener nationalen Kräfte verhindern, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Zarenreich und die Donaumonarchie gesprengt hatten. Durch Förderung in den Bereichen Sprache, Kultur und Kaderpolitik sollten alle weitergehenden Erwartungen in Richtung auf Autonomie kompensiert und ausgeschlossen sein.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Terry Martin: The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939. Ithaca, London 2001, S. 92, 107, 113, 121. – Gerhard Simon: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Baden-Baden 1986, S. 44, 48, 51. – V. A. Smolij (Hg.): "Ukraïnizacija". 1920–1930-ch rokiv: peredumovy, zdobutky, uroky. Kyïv 2003.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Josef Wissarionowitsch Stalin: Werke, Bd. 5. Berlin [Ost] 1952, S. 42.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Ebd., Bd. 8, 1953, S. 135. – Zur Šums'kyj-Affäre: Martin, Affirmative Action [Fn. 7], S. 212–218.

Allerdings war sich die bolschewistische Führung darüber im klaren, daß dies eine Gratwanderung bedeutete. Sie vermutete stets "nationalistische Abweichungen" und bekämpfte jene, die nach ihrer Meinung eben nicht den engen Rahmen, der für die *Korenizacija* gesetzt war, einhielten.

Die Ukrainisierung des Bildungswesens und damit verbunden die langfristige Perspektive eines überwiegend ukrainischsprachigen öffentlichen Raumes stärkten das ukrainische Selbstbewußtsein nachhaltig und führten zu einem Schulterschluß mit der nichtkommunistischen Intelligenz, die in die sowjetischen Institutionen integriert wurde. Der zitierte Brief Stalins zeigt, daß der Moskauer Führung nicht entgangen war, in welcher Weise die Ukrainisierung zentrifugale Kräfte förderte und eben nicht Zentralismus oder einheitlichen Führerwillen.

Die Nationalbol'ševiki wie Šums'kyj und sein Nachfolger als Volkskommissar für Bildungswesen von 1927 bis 1933, Mykola Skrypnyk, wollten den Sozialismus in den Farben der Ukraine aufbauen. Sie waren nicht bereit, die Interessen ihrer Republik dem diktatorischen Willen Stalins unterzuordnen. So wurde der Kulturnationalismus zum politischen Selbstbehauptungswillen. Es konnte nicht anders sein: Stalin reagierte darauf mit brutaler Gewalt gegen das ukrainische Dorf und die KP in der Ukraine.

Die Ukrainisierung hatte noch weitere Facetten, die seit dem Ausbau der zentralistischen Diktatur am Ende der 1920er Jahre einen Konflikt mit Stalin fast unausweichlich machten: Die ukrainischen Nationalkommunisten sahen sich als Schutzmacht der Ukrainer in Polen und in der RSFSR. Skrypnyk erklärte auf dem IX. Parteikongreß der Ukrainischen KP 1927: "Die Sowjetukraine ist das Piemont für das gesamte ukrainische Volk, das sich auf dem gesamten Territorium der ethnographischen Ukraine ausbreitet." Damit waren zunächst die zu Polen gehörende Westukraine (Ostgalizien), aber auch die an die Ukraine grenzenden Regionen der RSFSR gemeint, die teilweise oder überwiegend von Ukrainern bewohnt waren. Die Volkszählung von 1926 wies fast acht Millionen Ukrainer in der RSFSR aus.

1945 wurde die Sowjetukraine tatsächlich zu einer Art Piemont, allerdings mit zwei wesentlichen Unterschieden gegenüber den Forderungen und Träumen Skrypnyks. Zum einen war Stalin und nicht die ukrainische Parteiführung handelnder Akteur bei der Vereinigung aller ukrainischen Länder. Und zum anderen blieben alle in der RSFSR gelegenen Territorien mit ukrainischer Bevölkerung Teile der RSFSR; die dort ansässigen Ukrainer wurden seit 1933 einer massiven russifizierenden Assimilationspolitik unterworfen. Dies stand in direktem ursächlichen Zusammenhang mit den Getreiderequirierungen und der Hungersnot.

Wenige Jahre zuvor hatten die ukrainischen Nationalkommunisten – mit der Rückendeckung Stalins und des Zentrums – noch die entgegengesetzte Linie, die Ukrainisierung der von Ukrainern bewohnten Regionen der RSFSR durchsetzen können. Seit 1924 forderte die Ukraine Grenzrevisionen zu ihren Gunsten in den Gouvernements Kursk und Voronež, weil bestimmte Grenzregionen überwiegend von Ukrainern bewohnt waren. Hier blieb der ukrainischen Politik allerdings der Erfolg versagt. Aber es gelang ihr nach jahrelangen Auseinandersetzungen und gegen erheblichen russischen Widerstand, um 1930 eine umfassende Ukrainisierung in den überwiegend oder teilweise von Ukrainern bewohnten Territorien der RSFSR durchzusetzen. 1931 bestanden in der RSFSR weit über hundert ukrainische nationale Rayons, davon ein

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Zitiert nach Vasil'jev, Šapoval [Fn. 6], S. 141.

Drittel im Nordkaukasus, mehrere Tausend ukrainische Dorfsowjets, Tausende ukrainische Grund- und Hunderte Sekundarschulen; hinzu kamen ukrainische Kulturzentren, Theater und Museen. Die ukrainische Regierung übernahm das Patronat über diese ukrainischen Einrichtungen in der RSFSR. Federführend war das Volkskommissariat für Bildungswesen, das Tausende Lehrer in die RSFSR entsandte.<sup>11</sup>

In der sowjetischen Außenpolitik hatte die Ukraine in den 1920er Jahren zunächst eine privilegierte Stellung. Die Ukrainisierung sollte den in Polen unterdrückten Landsleuten die Überlegenheit der Sowjetmacht vor Augen führen und den Anspruch der Komintern auf Vereinigung aller ukrainischen Territorien in einer großen Sowjetukraine untermauern. Nach dem Staatsstreich Piłsudskis in Polen im Mai 1926 und dessen Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zur ukrainischen Bevölkerung in Polen sah die Stalin-Führung allerdings zunehmend die umgekehrte Gefahr: Piłsudski könnte sich mit den bürgerlichen Ukrainern in Galizien aussöhnen und sie zu einem Brückenschlag in die Sowjetukraine benutzen, um so erfolgreich einen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion zu führen. Stalin glaubte 1932 nicht mehr daran, daß die in ihrem Selbstbewußtsein mächtig gestärkten ukrainischen Nationalkommunisten in der Lage sein würden, die Landsleute im polnischen Galizien und Wolhynien auf die sowjetische Seite zu ziehen. Er fürchtete umgekehrt, die inzwischen in seinen Augen zu ganz gewöhnlichen ukrainischen Nationalisten gewordenen ukrainischen Kommunisten seien unzuverlässig und illoyal.

Hinzu kam die Erinnerung an die Zusammenarbeit zwischen Piłsudski und dem ukrainischen Heerführer und Chef des Direktoriums Symon Petljura in den Jahren 1919 bis 1920. Daraus erwuchs bei Stalin die Angst vor einem erneuten Zusammengehen der polnischen und ukrainischen Nationalisten gegen die Sowjetmacht und Moskau. Er schrieb am 11. August 1932 an Kaganovič:

Seien Sie sich darüber im klaren, daß Piłsudski nicht schläft, und seine Agentur in der Ukraine ist um ein vielfaches stärker als Redens [der Chef der GPU (Staatliche Politische Verwaltung) der Ukraine; G.S.] oder Kosior [Erster Parteisekretär der Ukraine; G.S.] meinen. Seien Sie sich auch darüber im klaren, daß es in der ukrainischen Kommunistischen Partei (500 000 Mitglieder, ha-ha) nicht wenige (ja, nicht wenige!) verrottete Elemente gibt, bewußte und unbewußte Anhänger von Petljura und schließlich direkte Agenten von Piłsudski. In dem Moment, wo die Dinge schlecht stehen, werden diese Elemente nicht zögern, eine Front innerhalb (und außerhalb) der Partei gegen die Partei zu eröffnen.<sup>12</sup>

Der Grund für Stalins Rage war der sich abzeichnende Zusammenbruch der Getreiderequirierungen in der Ukraine: In zwei Gebieten der Ukraine "haben sich ungefähr 50 Rayonparteikomitees gegen den Plan der Getreideerfassung ausgesprochen und ihn für unrealistisch erklärt".<sup>13</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Martin, Affirmative Action Empire [Fn. 7], S. 282–291.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Brief Stalins an Kaganovič vom 11. August 1932 bei Vasil'jev, Šapoval [Fn. 6], S. 99f.

<sup>13</sup> Ebd.

## Widerstand gegen Requirierungen und ukrainischer Nationalismus

Widerstand gegen die 1928 einsetzenden Getreiderequirierungen und die nachfolgende Kollektivierung gab es überall in der Sowjetunion. In den nationalen Republiken war er stärker, weil er dort auch national verankert war. Die Erinnerung an die kurzlebige Selbständigkeit nach 1917 verband sich häufig mit dem Wunsch nach Loslösung von Moskau. Kaganovič, damals Parteichef in Charkiv, erklärte auf dem ukrainischen ZK-Plenum im März 1928, die Kampagne der Getreidebeschaffung habe zu einer "Verstärkung des Chauvinismus" geführt, und zwar "nicht nur von oben, sondern auch von unten". "Es gibt Gerede, daß Brot und Zucker nach Moskau geschafft werden." Der Widerstand erreichte im Frühjahr 1930 seinen Höhepunkt. Es kam zu massenhaften, teilweise bewaffneten Unruhen in den Dörfern. Fast die Hälfte aller Revolten in der Sowjetunion im März 1930 ereignete sich in der Ukraine. Zehntausende ukrainische und polnische Bauern beteiligten sich im Februar und März 1930 an einem Aufstand entlang der polnisch-ukrainischen Grenze und bestätigten damit die schlimmsten Befürchtungen der Stalin-Führung. 15

Zugleich nahm von 1928 bis 1930 die Zahl der illegalen antisowjetischen Flugblätter in der Ukraine massiv zu. Die GPU beschlagnahmte und archivierte Hunderte; dies dürfte nur die Spitze des Eisbergs gewesen sein. Der Aufruf zum nationalen Widerstand war ein zentrales Thema der Flugblätter:

Erhebt euch! Jeder nimmt das in die Hand, was er kann. Zeigen wir den verfluchten Kommunisten den Weg! Befreien wir die Ukraine von der Moskauer Herrschaft [...] Es lebe die Ukraine!

Am häufigsten wurde Petljura in den Flugblättern als nationale Identifikationsfigur genannt: "Väterchen Petljura, steh auf und sieh, wie die Ukraine stöhnt."<sup>16</sup> Nationaler Protest und Widerstand formierten sich auch unter Arbeitern und in der Partei. Eine Gruppe von Delegierten und anwesenden Arbeitern aus Charkiver Fabriken übergab dem Präsidium des XIII. Ukrainischen Parteikongresses am 26. Februar 1931 ein Memorandum: "Mit den Muskeln der ukrainischen Arbeiter und Bauern wird Rußland aufgebaut. Die Ukraine geht zugrunde." Und dann folgte in einer beinahe klassischen Formulierung die Forderung, vom Kulturnationalismus zum politischen Nationalismus überzugehen. "Man muß die ukrainische sowjetische Staatlichkeit errichten [. . .] Bei uns spricht man bisher nur von der Sprache, der Kultur, obwohl auch dies Elemente der Staatlichkeit sind."<sup>17</sup>

Im Frühjahr 1932 kam es in vielen Dörfern der Ukraine erstmals zu einer weit verbreiteten Hungersnot. Tausende Todesopfer waren zu beklagen. Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Ukraine, Vlas Čubar', sprach in einem ausführlichen Brief an Stalin und Molotov vom 10. Juni 1932 von "mindestens 100 Rayons", die

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Zitiert nach L. V. Hrynevyč: Vyjavlennja nacional'noï identyčnosti ukraïns'koho seljanstva v roky kolektyvizaciï, in: V. A. Smolij (Hg.): Holod 1932–1933 rokiv v Ukraïni: pryčyny ta naslidky, Kyïv 2003, S. 417.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Martin, Affirmative Action Empire [Fn. 7], S. 293.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Zitate aus den Flugblättern bei Hrynevyč [Fn. 14], S. 421f.

<sup>17</sup> Ebd. S. 426.

Not leiden und dringend Hilfe benötigen.<sup>18</sup> Durch diesen Brief und andere Berichte aus der Ukraine war die Stalin-Führung spätestens seit diesem Zeitpunkt über die wahre Lage im ukrainischen Dorf informiert. Während die ukrainische Führung Stalin um Hilfe bat und vorsichtig auf die drohende, noch größere Katastrophe hinwies, artikulierte sich an der Parteibasis ein weitverbreiteter, wenn auch nicht organisierter und koordinierter Widerstand.

Das geht aus umfangreichen Berichten der ukrainischen GPU vom 22. August und 20. November 1932 hervor, in denen unter der Überschrift "Fakten über rechtsopportunistische Stimmungen und Widerstand gegen die Getreiderequisitionen von Partei- und Komsomolmitgliedern während der Kampagne zur Getreiderequisition" eine große Anzahl von Überwachungsprotokollen und Denunziationen zusammengefaßt wurde. Die Berichte enthalten Hunderte Aussagen von Funktionären im Dorf, die sich weigern, den Plan zur Getreidebeschaffung zu erfüllen, weil dies in die Katastrophe führe: "Ich werde diesen Plan nicht befolgen." "Wir werden den Plan der Getreiderequisitionen nicht erfüllen [. . .] Es ist kriminell, die Leute wieder zu zwingen zu hungern." "Es reicht, daß wir letztes Jahr gehungert haben; dieses Jahr werden wir unser Getreide nicht abgeben."

Für die Stalin-Führung stand spätestens seit dem Sommer 1932 fest, daß es in der Ukraine einen weitverbreiteten Widerstand gegen die Getreideablieferungspläne gab und daß dieser Widerstand national aufgeladen war. Es schien, als ob das Jahr 1930 wiederkehrte. Diesmal war Stalin offenbar entschlossen, alle Mittel einzusetzen, um den "Krieg" zu gewinnen. Der Hunger-Terror wurde bewußt als Waffe genutzt; Millionen starben, aber Stalin gewann den Krieg.

Ein erstes großes Schlachtfeld war der Kuban', wo gegen die ukrainischen Kosaken seit November 1932 ein Terrorregime errichtet wurde. Der Kreis (*okrug*) Kuban' gehörte zur Region (*kraj*) Nordkaukasus und damit zur RSFSR. Am Kuban' lebten 1926 915 000 Ukrainer, von ihnen waren etwa 580 000 Kosaken; die Ukrainer bildeten am Kuban' mit 61,5 Prozent die Bevölkerungsmehrheit. In der gesamten Region Nordkaukasus ergab die Volkszählung von 1926 3,1 Millionen Ukrainer. Die Kuban'-Kosaken hatten nach der Revolution für kurze Zeit eine separatistische Republik errichtet (*Kuban' Rada*). Um sie und alle im Nordkaukasus lebenden Ukrainer in das Sowjetsystem zu integrieren, wurde Ende der 1920er Jahre eine umfassende Ukrainisierung im Nordkaukasus gegen den Widerstand der lokalen russischen Behörden durchgesetzt. Dies war auch ein Sieg für die Ukraine und insbesondere das Volkskommissariat für Bildungswesen unter der Leitung von Skrypnyk, das den Aufbau von Schulen, Bibliotheken und Medien durch Personal und materielle Hilfe nachdrücklich förderte.<sup>20</sup>

Wenige Jahre später kam die Stalin-Führung zur Überzeugung, daß dies die falsche Politik gewesen war, daß sie ukrainischen Eigensinn und Nationalismus gefördert

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Brief von V. Ja. Čubar' an Molotov und Stalin vom 10. Juni 1932, in: Vasil'jev, Šapoval, Komandyry [Fn. 6], S. 206–212; das Zitat S. 206.

Die Zitate aus den GPU-Berichten bei Terry Martin: The 1932–33 Ukrainian Terror: New Documentation on Surveillance and the Thought Process of Stalin, in: Wsevolod W. Isajiw (ed.): Famine-Genocide in Ukraine 1932–1933. Toronto 2003, S. 110f. Martin kommt durch einen sorgfältigen Textvergleich zu dem Schluß, daß eine frühe Version der GPU-Berichte Stalin vorlag, als er seinen oben zitierten Brief an Kaganovič am 11. August 1932 schrieb.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Martin, Affirmative Action Empire [Fn. 7], S. 285–291.

hatte und für den "Kulaken"-Widerstand gegen die Getreiderequirierungen mitverantwortlich war. Im Oktober/November 1932 entsandte Stalin Kaganovič mit außerordentlichen Vollmachten in den Nordkaukasus, um die "Sabotage zu zerschlagen, die von konterrevolutionären "Kulaken-Elementen" am Kuban' initiiert wurde".²¹ Kaganovič behauptete in einer Rede am 23. November vor dem Parteiaktiv in Rostov am Don, die "Sabotage der Kulaken" werde von der ehemaligen, bürgerlichen Kosakenintelligenz und von Petljura-Anhängern unterstützt, "die im Frühjahr aus der Ukraine gekommen sind". "Sie betreiben konterrevolutionäre Agitation, setzen Gerüchte in die Welt über eine baldige Intervention der internationalen Bourgeoisie und den sicheren Untergang der Sowjetmacht." Die Partei kenne genau "die Verbindungen zwischen den Konterrevolutionären vom Kuban' und den ukrainischen Petljura-Anhängern, ebenso deren wahrscheinliche Verbindungen zur polnischen Spionage, denn die Petljura-Anhänger arbeiten eng mit den Polen zusammen."<sup>22</sup> Stalins Sichtweise, wie er sie in seinem oben zitierten Brief an Kaganovič im August 1932 formuliert hatte, war zur verbindlichen politischen Linie geworden.

Sie wurde von Kaganovič am Kuban' mit großer Brutalität exekutiert. Ende 1932, Anfang 1933 wurde die gesamte kosakische Bevölkerung aus drei Kosakensiedlungen am Kuban' (Stanica Poltavskaja, Medvedovskaja, Urupskaja) vollständig in den Hohen Norden deportiert. Tausende von Kuban'-Kosaken aus anderen Siedlungen traf das gleiche Schicksal. Die Gesamtzahl der deportierten Kuban'-Kosaken wird auf 60 000 bis 100 000 Menschen geschätzt. Im Visier der totalitären Gewaltherrschaft waren jetzt nicht mehr wie in den Jahren zuvor die Klassenfeinde, vor allem "die Kulaken", sondern zu Feinden wurden nun bestimmte Ethnien. Das sollte bis zum Ende von Stalins Herrschaft so bleiben. "Die Deportation der Kuban'-Kosaken markiert eine wichtige Transition von Klassen-bezogenen zu Ethnos-bezogenen Deportationen."<sup>23</sup>

Hinzu kam eine umfassende Parteisäuberung am Kuban'. Im November/Dezember 1932 wurde fast die Hälfte der Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen. In vielen Fällen folgten Repressionen. 15 000 Kommunisten wurden im Nordkaukasus verhaftet. Außerdem verhaftete die OGPU (*Ob''edinennoe gosudarstvennoe političeskoe upravlenie*, Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung) während der Getreiderequirierungskampagne 1932 allein am Kuban' 16 000 Bauern – die keine Kosaken waren.<sup>24</sup>

Die "Rechtsgrundlage" für diesen Terror schufen das ZK der VKP (B) [*Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija (Bol'ševiki)*] und der Rat der Volkskommissare der UdSSR durch einen geheimen Beschluß vom 14. Dezember 1932.<sup>25</sup> Die "Sabotage der Getreideerfassung und der Aussaat" in der Ukraine und im Nordkaukasus wird zurückgeführt auf "Kulaken, ehemalige Offiziere, Petljura-Anhänger, Parteigänger der

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Zitat aus dem Beschluß des ZK der VKP(B) von Ende Oktober 1932, der Kaganovič und andere Mitglieder des ZK in den Nordkaukasus entsandte, in: Vasil'ev, Šapoval [Fn. 6], S. 286.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Auszüge aus der Rede von Kaganovič am 23. November 1932 in: Vasil'jev, Šapoval, Komandyry [Fn. 6], S. 286–307 und Martin, Affirmative Action Empire [Fn. 7], S. 301.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Martin, Affirmative Action Empire [Fn. 7], S. 326.

Martin, Affirmative Action Empire [Fn. 7], S. 299f. – Valerij Vasil'ev: Cena golodnogo chleba, in: Vasil'jev, Šapoval, Komandyry [Fn. 6], S. 116–120.

Abgedruckt in: F. M. Rudyč (Hg.): Holod 1932–1933 rokiv na Ukraïni: očyma istorykiv, movoju dokumentiv. Kyïv 1990, S. 291–294 und in: Vasil'jev, Šapoval [Fn. 6], S. 310–312.

Kuban'-Rada", die in die Kolchosen eingedrungen sind. Diese "konterrevolutionären Elemente" sind "auszurotten" "durch Verhaftung, langjährige Inhaftierung in Konzentrationslager" und Verhängung der Todesstrafe. Eine wichtige Ursache für die Sabotage der landwirtschaftlichen Produktion in der Ukraine sieht der Beschluß darin, daß "die Ukrainisierung mechanisch durchgeführt wurde [...], ohne sorgfältige Auswahl bolschewistischer ukrainischer Kader, was den bürgerlich-nationalistischen Elementen, den Anhängern Petljuras usw. die Schaffung [...] ihrer konterrevolutionären Zellen und Organisationen erleichtert hat."

Noch schärfer wird in dem Beschluß die "nichtbolschewistische "Ukrainisierung' im Nordkaukasus" verurteilt. Sie habe "den Feinden der Sowjetmacht eine legale Form zur Organisation des Widerstandes gegen Maßnahmen [...] der Sowjetmacht" geboten. Deshalb wird die erst vor wenigen Jahren im Nordkaukasus durchgeführte Ukrainisierung rückgängig gemacht. Der amtliche Schriftverkehr in den ukrainisierten Rayons ist "umgehend" auf die russische Sprache umzustellen. Das Gleiche gilt für "alle Zeitungen und Zeitschriften". Vom kommenden Schuljahr an "ist der Unterricht in den Schulen auf die russische Sprache umzustellen".

Der Beschluß ordnet ausdrücklich die Deportation "aller Bewohner" der Stanica Poltavskaja an, "mit Ausnahme derjenigen, die wirklich der Sowjetmacht ergeben sind". Um in der Ukraine den "Widerstand gegen die Getreideerfassung" zu zerschlagen, muß die "mechanische Durchführung der Ukrainisierung" aufhören, "die Petljura-Anhänger und andere bürgerlich-nationalistische Elemente" müssen aus den Parteiund Sowjetorganen vertrieben werden.

Am nächsten Tag, dem 15. Dezember 1932, folgte ein weiterer Beschluß von ZK und Regierung der UdSSR, der in dürren Worten anordnete, in allen Territorien der UdSSR – außerhalb der Ukrainischen SSR – "umgehend die Ukrainisierung zu beenden". Alle ukrainischsprachigen Presseorgane und Schulen seien auf die russische Sprache umzustellen.<sup>26</sup>

Damit wurden wesentliche Elemente der bisherigen Nationalitätenpolitik aufgegeben. Diese beiden Dekrete markieren das Ende der Ukrainisierung in ihrer bisherigen Form. Drei Punkte sind dabei von besonderer Bedeutung:

1. Die Ukrainisierung und die *Korenizacija* generell waren die wichtigsten Instrumente zur Sowjetisierung der nichtrussischen Völker. Die außerordentlich erfolgreiche Ukrainisierung hatte jedoch in nur einem Jahrzehnt unerwartete Resultate hervorgebracht: die ukrainischen Nationalkommunisten, in deren Hand die Leitung der Ukrainisierung lag, zeigten nicht nur erhebliches Selbstbewußtsein bei der Vertretung ukrainischer Interessen gegenüber dem Zentrum, sie hatten auch territorial über die Ukrainische SSR hinausgegriffen.

Die Stalin-Führung machte die Ukrainisierung für den Zusammenbruch der Landwirtschaft mitverantwortlich. Das war das Gegenteil dessen, was bisher gegolten hatte, daß nämlich die Ukrainisierung eine Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus darstellte. "Die ukrainische Kultur ist eine der Voraussetzungen für den Sieg des Sozialismus in der Ukraine", hatte Skrypnyk 1928 formuliert.<sup>27</sup> Jetzt konstatierte die Stalin-Führung umgekehrt: Das ukrainische Nationalbewußtsein in der Partei und auf

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Ebd., S. 312f.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Zit. nach: H. H. Jefimenko: Zminy polityko-ideolohičnych priorytetiv ukraïnizaciï ta borot'ba z "nacional-uchil'nykamy", in: Smolij, Holod 1932–1933 [Fn. 14], S. 683.

dem Dorf war mitverantwortlich für die Nichterfüllung des Ablieferungssolls für Getreide.<sup>28</sup>

- 2. Um den ukrainischen Nationalismus zurückzudrängen, wurde strikt das Territorialprinzip in der Nationalitätenpolitik durchgesetzt: Ukrainisch nur in der Ukraine, Russisch überall in der UdSSR. Die annähernd acht Millionen Ukrainer außerhalb der Ukrainischen SSR unterlagen in Zukunft einer Assimilation an das Russische.
- 3. In der Ukraine sollte in Zukunft eine "bolschewistische" Ukrainisierung stattfinden, dabei ging es darum, "ukrainische bolschewistische Kader" "sorgfältig auszuwählen", wie es im Beschluß vom 14. Dezember 1932 hieß.

# Hunger, Terror, "Säuberungen"

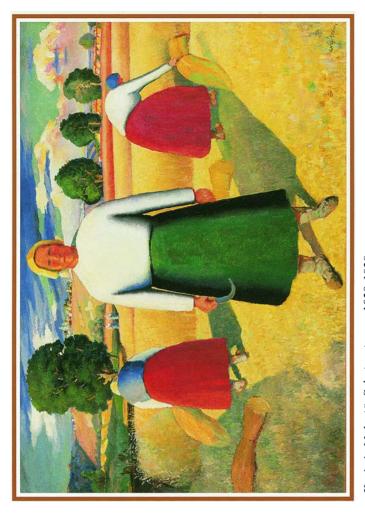
Stalin wurde von der Geheimpolizei ständig mit Informationen über die Ausmaße des ukrainischen Nationalismus versorgt. Es ist gut denkbar, das die OGPU so die ihr bekannte Einstellung des Führers untermauern und sich bei Stalin einschmeicheln wollte. Der Stellvertretende Vorsitzende der OGPU, Vsevolod Balyc'kyj, der im Jahr darauf Chef der GPU der Ukraine wurde, legte Stalin am 23. Dezember 1932 eine Aufzeichnung vor, wonach zahlreiche Anhänger Petljuras und von ihnen gebildete Gruppen in 67 Rayons der Ukraine – sowohl auf dem Dorf als auch in den Städten – tätig waren. Die Petljura-Organisationen "verfolgen das Ziel, die Durchführung der Getreideerfassung zu sabotieren und Bauernaufstände vorzubereiten, um die Ukraine von der UdSSR abzuspalten und in ihr den Kapitalismus wiederherzustellen". Balyc'kyj sprach von der "Verseuchung der Kolchosen, Sovchosen und der MTS (Motoren- und Traktorenstation) durch Petljura-Elemente", die von Polen aus gesteuert würden.<sup>29</sup>

So war für die Moskauer Führung der Kampf gegen die angebliche Sabotage der Getreideerfassung und den angeblichen ukrainischen Separatismus ein und dasselbe. Der ukrainische Nationalismus bot eine zusätzliche Rechtfertigung für uneingeschränkte Gewaltanwendung durch Hunger und Terror. Die Terrormaßnahmen verfolgten nicht in erster Linie das Ziel, möglichst viel Getreide von den Bauern zu erpressen, sondern sie zu bestrafen und ein für allemal die sowjetische Diktatur auf dem Dorf durchzusetzen. Denn die Verhaftung und Deportation Zehntausender von Menschen in den Dörfern verringerten die Möglichkeiten, die Ernte einzubringen und die Aussaat durchzuführen. Verhungerte Bauern und tote Dörfer erfüllen keine Pläne mehr. Dies beweist, daß es letztlich nicht um Planerfüllung ging, sondern darum, möglichst viele Gegner zu vernichten.

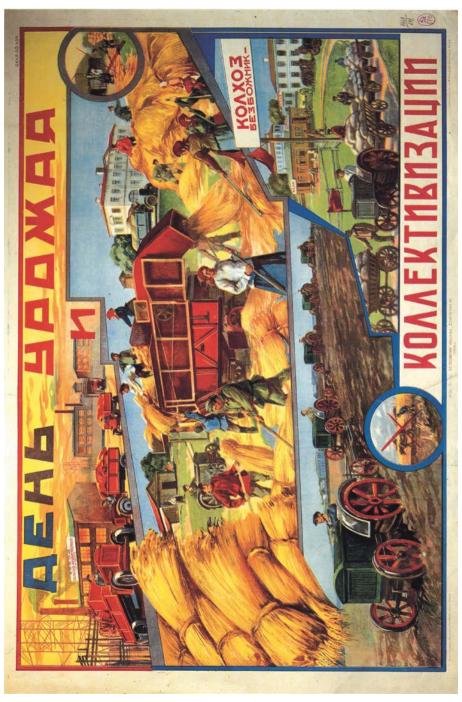
Gut informierte und erfahrene deutsche Diplomaten in der Sowjetunion argumentierten schon 1933 in ähnlicher Weise. Sie erwarteten deshalb eine weitere Hungersnot für das Jahr 1934 – zu der es nicht kam. Die neue Hungersnot werde aber besser geplant und gezielter sein, wie der Landwirtschaftsexperte der Deutschen Botschaft in Moskau, Otto Schiller, im September 1933 an das Auswärtige Amt berichtete.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> George O. Liber: Soviet Nationality Policy, Urban Growth, and Identity Change in the Ukrainian SSR 1923–1934. Cambridge 1992, S. 172.

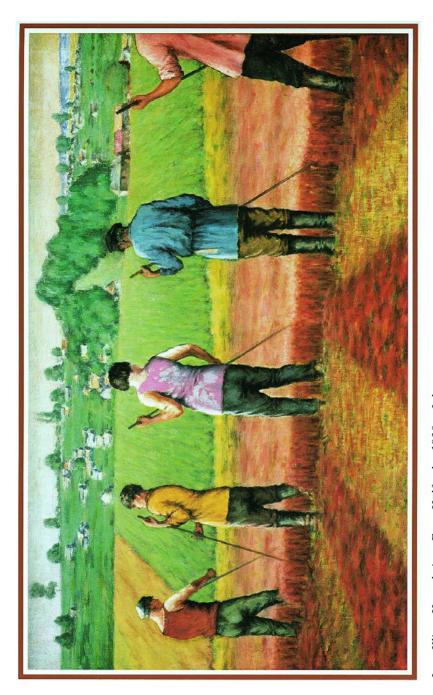
<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Auszüge aus der Vorlage von Balyc'kyj in: Smolij, Holod 1932–1933 [Fn. 14], S. 428, 688.



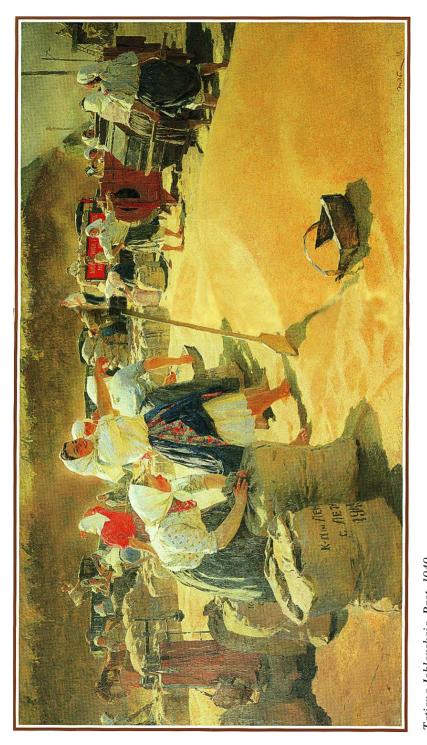
Kazimir Malevič: Schnitterinnen. 1928-1929



Plakat "Tag der Ernte und der Kollektivierung". Unbekannter Autor. 1930



Ivan Kljun. Heuarbeiter. Erste Hälfte der 1930er Jahre



Tatjana Jablonskaja. Brot. 1949

Die Maßnahmen zur Planierung der Hungersnot werden [...] zu einem großen Teil diejenigen Bevölkerungsteile treffen, die als unerwünscht oder weniger wichtig gelten.<sup>30</sup>

Schiller hatte dabei nicht nur die Ukraine, sondern die Sowjetunion insgesamt im Blick. Im November und Dezember 1932, als der Hunger bereits Todesopfer gefordert hatte, wurden die brutalsten Terrormaßnahmen gegen die ukrainischen Dörfer verhängt, die dazu führten, daß die Opferzahlen dort viel höher stiegen als in den anderen Hungergebieten der UdSSR. Diese Maßnahmen der Regierung erfüllen den Tatbestand der vorsätzlichen Tötung. Es handelte sich hauptsächlich um drei Formen: die Verhängung von "Naturalienstrafen", die Aufstellung von "Schwarzen Listen" sowie die Abriegelung der Ukraine und des Nordkaukasus.<sup>31</sup>

Die Verhängung von "Naturalienstrafen" und die Einführung von "Schwarzen Listen" wurden durch einen Beschluß des Politbüros der Ukraine vom 28. November 1932 sanktioniert.³² Diesen Beschluß diktierte Vjačeslav Molotov dem ukrainischen Politbüro in die Feder, er leitete als Bevollmächtigter Stalins die Sitzung. Kolchosen, die ihr Getreidesoll nicht erfüllt hatten, mußten zur Strafe zusätzlich Fleisch und Speck bis zur 15-fachen Monatsnorm abliefern. In der Praxis führte dies dazu, daß die Requirierungskommandos in den Dörfern sämtliche Lebensmittel konfiszierten, einschließlich Graupen, Zwiebeln, Pilzen, Trockenobst. Alle Wintervorräte wurden beschlagnahmt und die Betroffenen so dem sicheren Hungertod ausgeliefert.

Der ukrainische Politbürobeschluß vom 18. November 1932 legte außerdem fest, daß in den Kolchosen, die ihr Getreideablieferungssoll nicht erfüllt hatten – das waren 90 Prozent aller Kolchosen – keinerlei Vorschuß in Naturalien an die Menschen verteilt werden durfte.

Kolchosen, die den Plan nicht erfüllt hatten, wurden außerdem auf "Schwarze Listen" gesetzt. Das bedeutete "die sofortige Einstellung der Lieferung von Waren, die vollständige Einstellung des kooperativen und staatlichen Handels und das Fortschaffen aller vorhandenen Waren aus den Koop-Läden".<sup>33</sup> Es wurde also eine vollständige Blockade über die Dörfer verhängt. Alle in den Geschäften noch vorhandenen Waren einschließlich Salz, Streichhölzer, Seife usw. wurden konfisziert. Jeder Handel war verboten. Mitte Dezember standen in 82 Rayons – also in mehr als einem Fünftel aller Rayons – Dörfer auf den "Schwarzen Listen".

Am 22. Januar 1933 erging mit der Unterschrift von Stalin und Molotov eine Direktive an die Partei- und Staatsorgane sowie die OGPU, die Ukraine und die Region Nordkaukasus abzuriegeln.<sup>34</sup> Den Bauern wurde verboten, die Ukraine und den Nordkaukasus zu verlassen oder dorthin zu reisen; beide Territorien wurden auch gegeneinander abgeriegelt. Die GPU-Organe erhielten den Befehl, "umgehend die 'Bauern' aus der Ukraine

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Schiller: Die Hungersnot in der Sowjetunion. 18. September 1933. Geheim! Nicht zur Veröffentlichung, in: Dmytro Zlepko (Hg.): Der ukrainische Hunger-Holocaust. Sonnenbühl 1988, S. 191–204, hier S. 201.

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Vgl. Stanislav Kul'čyc'kyj in diesem Heft, S. 57–70.

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Rudyč, Holod 1932–1933 rokiv [Fn. 25], S. 250–260.

<sup>33</sup> Ebd., S. 256.

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Englische Übersetzung der Direktive vom 22. Januar 1933, vgl. Martin: Affirmative Action Empire [Fn. 7], S. 306f.

und dem Nordkaukasus, die nach Norden eingedrungen sind, zu verhaften und, nachdem die konterrevolutionären Elemente ausgesondert wurden, die übrigen an ihre Wohnorte zurückzuschaffen". Es war eine seit alters im Russischen Reich erprobte und bewährte Praxis, in Hungerzeiten dorthin zu gehen, wo es Brot gab, um zu überleben. Diese Überlebenschance wurde den ukrainischen Bauern jetzt geraubt.

In den Hungergebieten an der Volga und im Ural gab es keine vergleichbaren Zwangsmaßnahmen. Hier gingen Hunderttausende vom Land in die Städte oder wichen in den Südkaukasus, nach Zentralasien oder nach Norden aus und überlebten so den Hunger.<sup>35</sup> In der Ukraine wurde nach dem 22. Januar 1933 der Verkauf von Eisenbahnfahrkarten auf den Bahnhöfen vollständig eingestellt. Bis Mitte März hatte die OGPU 219 416 Personen aufgrund der Direktive vom 22. Januar festgenommen, davon wurden 186 588 an ihre Wohnorte zurückgeschafft, 9385 vor Gericht gestellt, 2823 verurteilt. 10 657 Personen befanden sich noch in "Filtrationslagern".<sup>36</sup>

Die Getreiderequirierungen waren von weiteren Terrormaßnahmen in den ukrainischen Dörfern begleitet, die sich insbesondere gegen das Führungspersonal und Parteimitglieder richteten. Vom Beginn der Ernte bis zum 15. November 1932 wurden in der Ukraine im Zusammenhang mit der Getreidebeschaffungskampagne 11 000 Personen verhaftet. Vom 15. November bis zum 15. Dezember waren es noch einmal 16 000, darunter 2260 Angehörige der Kolchosverwaltungen, von ihnen 419 Kolchosvorsitzende. In einigen Rayons wurden 20 Prozent der Kolchosleitungen Repressalien ausgesetzt.

Im März 1933 befanden sich infolge der Getreidekampagne 90 000 Menschen in Gefängnissen und Konzentrationslagern der Ukraine und 75 000 in denen des Nordkaukasus. Tatsächlich war die Zahl der Repressierten noch größer, weil zu diesem Zeitpunkt bereits Zehntausende von Menschen in die Verbannungsgebiete im Norden verbracht worden waren.

Zu den Repressierten gehörten Tausende bäuerliche Familien einschließlich Frauen und Kindern. So genehmigte das Moskauer Politbüro am 26. Dezember 1932 die Deportation von 500 bäuerlichen Familien aus dem Gebiet Odesa, und Stalin "erlaubte" am gleichen Tag auf die "Bitte von Kosior" die Deportation von 300 Familien aus dem Gebiet Černihiv. Am 3. Januar 1933 nahm das Moskauer Politbüro einen Vorschlag des ukrainischen ZK an, weitere 400 Familien aus dem Gebiet Charkiv zu deportieren. Dies sind nur wenige Beispiele aus einer langen Liste ähnlicher Beschlüsse und Berichte. Auch in der Region Untere Volga (Nižne-Volžskij kraj) war die Getreiderequirierung von Terror begleitet, der aber nicht die Ausmaße wie in der Ukraine und am Kuban' erreichte. 29 000 Menschen waren bis März 1933 in der Region Untere Volga in Gefängnisse und Konzentrationslager eingeliefert worden.<sup>37</sup> Auf Hunger und Terror folgten in der Ukraine umfassende Säuberungen, die in vielen Bereichen eine weitgehende Auswechslung der Kader mit sich brachten. In zahlreichen Fällen endeten auch hier die Opfer der Säuberungen in den Lagern des GULag. Die Säuberungen hatten zwei Schwerpunkte: die Landwirtschaft sowie Bildung und Kultur.

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Viktor Kondrašin, Diana Penner: Golod: 1932–1933 gody v sovetskoj derevne (na materialach Povolžija, Dona i Kubani). Samara, Penza 2002, S. 249, 265.

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Vasil'ev, Cena golodnogo chleba, in: Vasil'jev, Šapoval [Fn. 6], S. 138.

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Vasil'jev, Šapoval [Fn. 6], S. 120, 128, 130, 175. – Martin: Affirmative Action Empire [Fn. 7], S. 306.

In der Landwirtschaft wurden alle, die in irgendeiner Weise Leitungsfunktionen wahrnahmen, vom Kolchosbuchhalter bis zum Mitarbeiter im Volkskommissariat für die Landwirtschaft, haftbar gemacht für den Zusammenbruch der Getreidekampagne bzw. das Desaster in der Landwirtschaft, das mit der Kollektivierung begonnen hatte. In Bildung und Kultur wurden die bisherigen Träger der Ukrainisierung, die Nationalkommunisten und die bürgerlich-nationalen Intellektuellen, verjagt, die den Sozialismus in den Farben der Ukraine aufbauen wollten. In beiden Fällen standen die Säuberungen auch im Dienst der Tabuisierung von Hunger und Terror. Es gehörte zu den Infamien der Hungersnot, daß ihre Existenz verschwiegen und geleugnet wurde. Bald tauchte sie nicht einmal mehr im geheimen Schriftverkehr der Führung auf, sie war mit einem vollständigen Tabu belegt worden.

Um die Ukraine "in eine wirkliche Festung der UdSSR, in eine tatsächlich vorbildliche Republik zu verwandeln", wie Stalin in seinem Brief an Kaganovič am 11. August 1932 verlangt hatte,³ schickte er Pavel Postyšev im Januar 1933 mit besonderen Vollmachten nach Charkiv. Er wurde Zweiter Sekretär des ukrainischen ZK, tatsächlich aber der Machthaber in der Ukraine. Kosior blieb zwar formal Erster Sekretär, trat aber in den Hintergrund.

Von Januar bis Oktober 1933 wurde die Führung der Partei- und Sowjetorgane auf der Rayonebene weitgehend ausgewechselt, fast 70 Prozent der Ersten Sekretäre und Sowjetvorsitzenden in den Rayons verloren ihren Posten. Postyšev erklärte auf dem ukrainischen ZK-Plenum im November 1933, daß aus den unteren Sowjetorganen 40 000 Mitarbeiter entfernt worden seien.

Die bisherigen Kolchosleitungen wurden vielfach verjagt. Mehr als die Hälfte der Kolchosvorsitzenden mußte gehen. Insgesamt wurden aus den Kolchosen etwa 190 000 Menschen – davon mehr als die Hälfte Leitungspersonal – vertrieben. Besonders intensiv wurde das Volkskommissariat für Landwirtschaft von der GPU terrorisiert. Die leitenden Mitarbeiter wurden für den Hunger verantwortlich gemacht. Bis November 1933 mußten 2000 Mitarbeiter in der Zentrale und in den Provinzen gehen. Im August und September 1933 war die Akademie für Landwirtschaft an der Reihe; 80 bis 90 Prozent der Präsidiumsmitglieder wurden verjagt.<sup>39</sup>

Im Bildungs- und Kultursektor war der Eingriff ebenso radikal wie in der Landwirtschaft. Der Grund für die Säuberungen war hier jedoch ein völlig anderer. Während in der Landwirtschaft die Menschen für die fehlgeschlagene Agrarpolitik und den folgenden Hunger bestraft wurden – obwohl die tatsächliche Verantwortung dafür natürlich die Stalin-Führung traf –, wurden im Bildungs- und Kulturbereich Tausende abgesetzt und bestraft, weil die Ukrainisierung eine Erfolgsgeschichte war, die aber jetzt von Moskau als direkter Weg zum ukrainischen Nationalismus und Separatismus wahrgenommen wurde. "Die Ukrainisierung wurde oft in die Hände des Petljura-Gesindels gelegt", wie Postyšev auf dem Juni-Plenum (1933) des ukrainischen ZK formulierte.<sup>40</sup>

Seit Ende der 1920er Jahre war Skrypnyk die zentrale politische Figur in der Ukraine gewesen. Er leitete und verantwortete die Ukrainisierung. Postyšev wurde mit dem Auftrag in die Ukraine geschickt, ihn auszuschalten. Denn unmittelbar nach Postyševs

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Vasil'jev, Šapoval [Fn. 6], S. 100.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Jefimenko, Zminy [Fn. 25], S. 706. – Vasil'jev, Cena golodnogo chleba [Fn. 34], S. 142–144.

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Zitat Martin, Affirmative Action Empire [Fn. 7], S. 347f.

Ankunft in Charkiv im Januar 1933 begann der Druck auf Skrypnyk. Der Volkskommissar für Bildungswesen, der bisher als Altbol'ševik auch in Moskau hohes Ansehen genossen hatte, wehrte sich, soweit das unter den Bedingungen des Terrors möglich war, indem er nur halbherzig Selbstkritik übte und noch im Februar 1933 behauptete, erfolgreiche Getreidebeschaffung und erfolgreiche Ukrainisierung fielen zusammen, eine gute Getreideernte sei also abhängig von der weiteren Ukrainisierung. Spätestens seit dem Beschluß der Sowjetführung vom 14. Dezember 1932 galt jedoch das Gegenteil als offizielle Parteilinie. Skrypnyk wurde am 23. Februar 1933 als Volkskommissar für Bildungswesen abgesetzt, blieb allerdings Mitglied des ukrainischen Politbüros. Nach weiter zunehmendem Druck gegen ihn auch in den Medien nahm er sich am 7. Juli das Leben, um den auf ihn zukommenden Repressalien zu entgehen. Zu diesem Zeitpunkt war die "Säuberungswelle" gegen seine Mitarbeiter und erfolgreichen Ukrainisierer bereits in vollem Gange. "Wir haben ganze Arbeit geleistet", rühmte sich Postyšev auf dem Plenum des ukrainischen ZK am 19. November 1933.

Es mag genügen, darauf zu verweisen, daß wir in dieser Zeit über 2000 nationalistische Elemente im Volkskommissariat für das Bildungswesen gesäubert haben, davon über 300 Wissenschaftler und Redakteure. Acht zentrale sowjetische Institutionen wurden von mehr als 200 Nationalisten gesäubert, die dort Stellungen als Abteilungsleiter oder ähnliches besetzt hatten. Zwei Apparate, der für Kooperative und der für Getreidereserven, wurden meines Wissens von mehr als 2000 Nationalisten und Weißgardisten gesäubert.<sup>42</sup>

Der Apparat des Volkskommissariats für Bildungswesen wurde auf der Gebietsebene zu 100 Prozent, auf der Rayonebene zu 90 Prozent ausgewechselt, die gesamte Schulverwaltung hörte zeitweise auf zu bestehen. 4000 Lehrer sowie 210 Dozenten an pädagogischen Hochschulen wurden entlassen. Die Säuberungen griffen auf alle Kultureinrichtungen über: die Akademie der Wissenschaften, literarische und geisteswissenschaftliche Zeitschriften, Verlage, das Theater, die Barden (*Kobsary*) und die Maler ukrainischer Motive. Viele Angehörige der kulturellen Intelligenz verschwanden in den Lagern des GULag. Nie zuvor hatte es eine so zerstörerische und opferreiche Säuberungswelle in der Sowjetunion gegeben.<sup>43</sup>

Freigewordene Führungspositionen wurden in vielen Fällen mit Funktionären aus Rußland besetzt. Kaganovič teilte auf dem XVII. Parteikongreß (1934) mit, daß im Jahr zuvor 5581 Funktionäre aus Rußland in die Ukraine versetzt worden seien. Die Säuberungen führten auf der mittleren Ebene – in den Apparaten der Gebiete und Rayons – zu einem Rückgang des Anteils der ethnischen Ukrainer an den leitenden Kadern, aber ganz oben und ganz unten blieb der Anteil der Ukrainer etwa gleich.

Entlassungen, Parteiausschlüsse und Terror von 1932 bis 1934 beschränkten sich nicht auf die Ukraine, sie fanden in zahlreichen Republiken statt. Aber sie fielen nicht

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Jefimenko, Zminy [Fn. 25], S. 690.

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Jurij Šapoval: Likvidacija "skrypnykivščyny", in: V. M. Lytvyn (Hg.): Polityčnyj teror i terorizm v Ukraïni. XIX–XX. st. Istoryčni narysy. Kyïv 2002, S. 426–438, S. 433.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Ebd. S. 426–438. – Robert Conquest: The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine, Pimlico Edition. London 2002, S. 267–270. – Jaroslav Hrycak: Narys istorii Ukraïny. Formuvannja modernoï ukraïns'koï naciï. XIX–XX stolittja. Kyïv <sup>2</sup>2000, S. 177, 185.

mit einer Hungersnot zusammen, sie waren in der Regel weniger opferreich und gewalttätig als in der Ukraine. Grund und Anlaß der Säuberungen in den nichtrussischen Republiken waren jedoch überall die gleichen: Erstens hatte die Kollektivierung Widerstand provoziert und die Landwirtschaft in eine Existenzkrise gestürzt. Dafür mußten die örtlichen Führungskräfte als Sündenböcke ihren Kopf hinhalten. Zweitens hatte die *Korenizacija* selbstbewußte nationale Eliten gefördert, die in Gegensatz zur zentralistischen Diktatur gerieten. Diese war inzwischen soweit gefestigt, daß die Konzessionen an die nichtrussischen Völker aus den 1920er Jahren nicht mehr notwendig für die Sowjetisierung erschienen.

Die Säuberungen fanden – soweit sie Parteimitglieder betrafen – teils in Verbindung mit der Parteisäuberung statt, die formal ein Umtausch der Mitgliedsbücher der Partei war. Überall wurden "Übertreibungen" der *Korenizacija*, "bürgerlicher Nationalismus" "entdeckt" und "ausgerottet". Die Nationalitätenpolitik wurde in den Stalinismus eingebaut. Es sollte sichergestellt werden, daß der Durchgriff Moskaus in die Republiken nicht durch weitergehende Indigenisierung erschwert wurde. Mit besonderem Nachdruck wurden die Säuberungen gegen Nationalkommunisten in der Belarussischen SSR und in Zentralasien (außer Kazachstan) betrieben.<sup>44</sup> In Azerbajdžan fielen den Säuberungen mehr als 30 000 dörfliche Funktionäre, Partei- und Sowjetmitarbeiter zum Opfer.<sup>45</sup> Die Säuberungen richteten sich in erster Linie gegen die untere und mittlere Leitungsebene; die Republikführungen blieben zumeist im Amt. Ihr Schicksal erfüllte sich in den Jahren 1937 bis 1939.

## "Bolschewistische" Ukrainisierung nach 1933

Die bisherige Ukrainisierung hatte den ukrainischen Nationalismus nicht neutralisiert und sowjetisiert, sondern ihn – nach Stalins Einschätzung – angeheizt und mit sowjetfeindlichem Inhalt gefüllt. In Zukunft wurde Ukrainisierung als politisches Ziel generell herabgestuft und auf dem erreichten Standard eingefroren, während sie zuvor als dynamisch vorwärtsdrängende Bewegung konzipiert war. Die Neuausrichtung betraf vor allem zwei Aspekte: Die Durchsetzung der ukrainischen Sprache erhielt deutlich geringere Priorität, und die Förderung ukrainischer Kader wurde auf bestimmte Bereiche begrenzt und nicht mehr generell praktiziert wie zuvor.

Die Ukrainisierung wurde nicht abgeschafft – jedenfalls nicht in der Ukrainischen SSR. Postyšev stigmatisierte die bisherige Nationalitätenpolitik als "Petljura–Ukrainisierung", an ihre Stelle sollte jetzt die bolschewistische Ukrainisierung treten. Damit war die Rekrutierung ukrainischer Stalinisten in die Machtstrukturen gemeint, für die ihre ethnische Herkunft eher formale und folkloristische Bedeutung hatte, und die bereit waren, sich nicht nur der Politik, sondern auch der Kultur Moskaus unterzuordnen. Die sowjetische Kultur nahm im Laufe der 1930er Jahre immer deutlicher russozentrische Züge an. Ein Grundsatz der Politik der *Korenizacija* wurde

<sup>&</sup>lt;sup>44</sup> Simon, Nationalismus [Fn. 7], S. 100–106. – Martin, Affirmative Action Empire [Fn. 7], S. 358–361.

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Jörg Baberowski: Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus. München 2003, S. 790.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Jefimenko, Zminy [Fn. 27], S. 696.

damit aufgegeben: die Zurückdrängung der russischen Sprache und Kultur zugunsten der indigenen Sprachen und Kulturen.

Dies fand auch in der ideologischen Sprachregelung seinen Niederschlag. Seit 1923 hatte die Partei festgelegt, daß der "russische Großmachtchauvinismus" die größte Gefahr in der Sowjetunion darstellte. Im Gegensatz dazu beschloß das ukrainische ZK im November 1933, daß

in manchen Republiken der Sowjetunion, insbesondere in der Ukraine, im gegenwärtigen Augenblick der ukrainische Lokalnationalismus, der mit den imperialistischen Interventionisten verkoppelt ist, die Hauptgefahr bildet.<sup>47</sup>

Diese weitreichende Revision der Parteilinie war ohne Abstimmung mit Stalin nicht denkbar. Sie lieferte nachträglich die ideologische Rechtfertigung für die brutalen Säuberungen und den Terror gegen die ukrainischen Nationalkommunisten und generell die Träger der Ukrainisierung. Das belarussische ZK verabschiedete im Dezember 1933 einen mit dem ukrainischen identischen Beschluß. Stalin, der die Pose des Schiedsrichters liebte, erklärte auf dem XVII. Parteikongreß im Januar 1934 den Streit darüber, ob der "großrussische Chauvinismus" oder der "lokale Nationalismus" die "Hauptgefahr" sei, für "formal" und "müßig".48

Tatsächlich war das Aufgeben eines wesentlichen Grundsatzes der *Korenizacija* keineswegs "formal". Es bedeutete, daß in den Medien von der Gefahr des russischen Nationalismus immer seltener und vom "lokalen Nationalismus", der zumeist, "bürgerlicher Nationalismus" hieß, immer häufiger die Rede war, bis der "russische Großmachtchauvinismus" seit Ende 1936 ganz aus den Medien verschwand. Schon vor 1933 gab es einen "asymmetrischen Einsatz des Terrors" (Terry Martin) gegen den ukrainischen Nationalismus einerseits und den russischen Chauvinismus andererseits. Niemand wurde wegen russischen Chauvinismus erschossen oder in einem Schauprozeß verurteilt. Seit 1933 war nun auch ideologisch und "theoretisch" klar, daß die Stalin-Führung im ukrainischen Nationalismus eine tödliche Gefahr sah, die zusammen mit einer befürchteten polnischen Intervention dazu führen konnte, daß "wir die Ukraine verlieren", wie Stalin im August 1932 formuliert hatte.

Die Skrypnyk-Affäre und der Terror führten in vielen Einzelfällen zu einer spontanen Deukrainisierung, weil zahlreiche Leitungsgremien die ausgebreitete öffentliche Anti-Skrypnyk-Propaganda in vorauseilendem Gehorsam für das Ende jeder Ukrainisierung überhaupt hielten. Zu spürbaren Änderungen in der Schulpolitik kam es jedoch nur in der Ostukraine, wo das bisherige Ziel der Ukrainisierung aufgegeben wurde, die russophonen ethnischen Ukrainer zur ukrainischen Sprache in der Schule und im Alltag zurückzuführen. Eine fortschreitende kulturelle Ukrainisierung der Industriestädte im Osten und des Proletariats war selbstverständlich nun nicht mehr denkbar.

Die Kenntnis des Ukrainischen und eine Berufsausbildung in Ukrainisch waren nicht mehr die Voraussetzung für den sozialen Aufstieg. Der Druck auf den nicht ukrainischsprachigen Teil der Bevölkerung, diese Sprache zu erlernen, hörte auf – sehr zu Erleichterung der Russen und der Russophonen.<sup>49</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> S. Kosior, P. Postyschew: Der bolschewistische Sieg in der Ukraine. Moskau 1934, S. 165.

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Stalin: Werke [Fn. 8]. Band 13, S. 321.

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Liber, Soviet Nationality Policy [Fn. 26], S. 179–182.

Andererseits ging die Förderung von Ukrainern in den Apparaten weiter und erreichte 1935/36 sogar einen neuen Höhepunkt. Ukrainer wurden insbesondere an sichtbare Führungspositionen in den Partei- und Sowjetorganen befördert. Postyšev erklärte in der *Pravda*, ein Nachlassen der Ukrainisierung arbeite den Feinden der Sowjetmacht in die Hände. Er selbst begann, ukrainische Kleidung zu tragen, und posierte als eine Art stalinistischer Hetman. Auch die Verlegung der Hauptstadt von Charkiv nach Kyïv im Sommer 1934 läßt sich als ein Friedensangebot an das ukrainische Nationalgefühl werten.<sup>50</sup>

Gerade die Furcht vor dem ukrainischen Nationalismus dürfte bei der Stalin-Führung die Einsicht bestärkt haben, daß eine große Republik wie die Ukraine nicht von Angehörigen anderer Nationen, etwa von Russen, regiert werden konnte und daß loyale stalinistische Ukrainer unabdingbar für die Stabilität waren. Die Bürgerkriegserfahrung von 1919, als die ukrainischen Bauern sich gegen die Bol'ševiki wandten, weil sie in ihnen die russischen Kolonialherren sahen, war entscheidend gewesen für die Konzipierung der Politik der *Korenizacija*.

Während und nach dem Holodomor waren zwar Tausende russischer Funktionäre in die Ukraine gekommen, die Requirierungskommandos, die den Bauern die letzten Lebensmittel wegnahmen und den Hunger in die Dörfer brachten, bestanden außerdem zum erheblichen Teil aus mobilisierten Stadtbewohnern, die ethnische Russen oder Juden waren. Dennoch war der Holodomor kein Krieg der ethnischen Russen gegen die ethnischen ukrainischen Bauern. Denn zu einem erheblichen Teil waren die Schergen, die ins Dorf kamen oder die Hunderttausende an den Grenzen abfingen und - ohne Brot - in ihre Dörfer zurück deportierten, ethnische Ukrainer. Es kam hinzu, daß die oberste Führung in Charkiv und in den meisten Gebietshauptstädten in ihren Ämtern blieb. Sie waren überwiegend Ukrainer. Dieses bolschewistische Prinzip blieb auch in Zukunft im wesentlichen erhalten: Opfer und Täter sollten dem gleichen Ethnos angehören. Übrigens hat die Stalin-Führung nach 1945 auch in den eroberten Ländern in Ostmitteleuropa daran festgehalten: Die DDR wurde von deutschen Stalinisten regiert, die russischen agierten im Hintergrund. In diesem Sinn blieb bolschewistische Herrschaft indirekte Herrschaft und nutzte damit einen Stabilitätsfaktor, den die direkte Ausübung der Macht nicht gewährleisten konnte.

Die Fortgeltung einiger Grundsätze der Ukrainisierung schloß keineswegs aus, daß an bestimmten Schlüssel- und Kontrollstellen der Apparate in Zukunft vermehrt russische oder aus Moskau entsandte Kader eingesetzt wurden, um der Verselbständigungsdynamik der Ukrainisierung entgegenzuwirken. Russische Kader und die russische Sprache und Kultur wurden in den nächsten Jahrzehnten zum entscheidenden Kitt für den Zusammenhalt der Sowjetunion. Sie traten gleichberechtigt neben die *Korenizacija*; im Konfliktfall behielten sie die Oberhand.

Im Jahre 1937 begann die sogenannte Große Säuberung und setzte neue Zeichen für die "bolschewistische" Ukrainisierung. Die schon seit 1933 rückläufige oder stagnierende linguistische Ukrainisierung wurde weitgehend beendet oder gar in ihr Gegenteil verkehrt. In einem Dekret des Orgbüros des Moskauer ZK vom 1. Dezember 1937 hieß es, daß "eine der Manifestationen der Schädlingstätigkeit der bürgerlichen Nationalisten in der Ukraine das Fehlen von Zeitungen in russischer Sprache" ist. Der Anteil der russischsprachigen Zeitungen (in Exemplaren) stieg von 12,5 Prozent 1936

<sup>&</sup>lt;sup>50</sup> Martin, Affirmative Action Empire [Fn. 7], S. 365–370.

auf 30,8 Prozent 1939.<sup>51</sup> Überall im Bildungswesen, in der Kultur und Verwaltung wurden Gebrauch und Funktionen des Russischen gestärkt. Das betraf nicht nur die Ukraine, sondern alle nationalen Republiken. Der obligatorische Russischunterricht an allen allgemeinbildenden Schulen – in der Ukraine im Prinzip bereits seit 1927 eingeführt – wurde nun flächendeckend in der Sowjetunion verordnet. In den ukrainischen Hochschulen – insbesondere in den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern – etablierte sich mehr und mehr das Russische als Unterrichtssprache. Die Grund- und Sekundarschulen blieben jedoch beim Ukrainischen als Unterrichtssprache, sofern dies die Muttersprache der Schüler war.

Die Russifizierung des tertiären Bildungsbereichs sowie von Staat, Partei, Geheimpolizei, Militär und Verwaltung hatte aus der Sicht der zentralen Führung einen gewichtigen Vorteil: Sie war die Voraussetzung für die beliebige Versetzbarkeit von Funktionären aus einer Region der UdSSR in eine andere. Davon machte Moskau umfassend Gebrauch. Die linguistische Ukrainisierung bedeutete im Gegenteil die tendenzielle Bindung von Leitungskadern an die Ukraine, was Autonomiewünsche stärkte und deshalb verhindert werden sollte.

Die Jahre 1937 bis 1939 offenbarten ein weiteres konstitutives Merkmal der "bolschewistischen" Ukrainisierung: periodische Säuberungen, die diesmal auch die oberste Führungsebene der Republik trafen. Alle führenden Täter aus den Jahren 1932/33 wurden Opfer: der Erste Sekretär des ukrainischen ZK, Stanislav Kosior, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Ukraine (Sovnarkom UkrSSR), Vlas Čubar, der Vorsitzende des Allukrainischen Zentralexekutivkomitees, Hryhorij Petrovs'kyj, aber auch die von Stalin 1933 nach Charkiv geschickten Exekutoren Postyšev und Balyc'kyj. Keiner – außer Petrovs'kyj ohne politisches Amt und nach Moskau versetzt – überlebte das Jahr 1939. Mit ihnen gingen Tausende ukrainischer Funktionäre in den Tod. Viele hatten am Rad des Todes gedreht, bevor sie selbst von ihm überrollt wurden: Der Stalinismus hatte seine vollkommene Gestalt erreicht.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Die Hungersnot in der Ukraine und am Kuban' kostete mehrere Millionen Menschen das Leben, weil Stalin die Getreiderequirierungen und andere Terrormaßnahmen zugleich als Instrumente im Kampf gegen den ukrainischen Nationalismus einsetzte. Er befürchtete ein Wiederaufleben des ukrainischen Separatismus, der sich mit einem polnisch-westukrainischen (ostgalizischen) Interventionismus im Zeichen Petljuras verbinden könnte. Die mit großem Nachdruck betriebene Ukrainisierung hatte zudem in der Sicht Stalins die Loyalität der Ukraine gegenüber dem sowjetischen Zentralstaat gelockert und damit "objektiv" dem ukrainischen Nationalismus in die Hände gearbeitet. Dies wurde mit Hunger, Terror und Säuberungen bestraft und bekämpft. Ob der ukrainische Nationalismus zu Beginn der 1930er Jahre tatsächlich eine Gefahr für den Fortbestand der sowjetischen zentralistischen Diktatur darstellte oder ob dies lediglich die Ängste oder Phantasien der Stalin-Führung waren, ist für die hier untersuchte Fragestellung nicht von entscheidender Bedeutung. Stalin verfügte über den Willen und die Macht, seine Vision durchzusetzen.

<sup>&</sup>lt;sup>51</sup> Ebd., S. 369, 372 (Zitat).

# Stanislav Kuľčyc'kyj

## Terror als Methode

## Der Hungergenozid in der Ukraine 1933

Die Hungersnot auf dem ukrainischen Land 1933 war keine Naturkatastrophe. Verursacht wurde sie durch die überhöhten Getreiderequirierungen der Sowjetmacht. Zudem wurden in den Dörfern der Ukraine und im überwiegend von Ukrainern besiedelten Kuban'-Gebiet seit Herbst 1932 sämtliche Lebensmittel konfisziert und die Bevölkerung damit bewußt dem Hungertod ausgeliefert. Die Stalin-Führung sah im Hunger ein Instrument, um die Bauern in die Kolchosen zu zwingen, ihre vom Privateigentum geprägte Mentalität und ihren Widerstand gegen die Kollektivierung zu brechen und die Ukrainer politisch zu unterwerfen. Der Hungerterror hatte somit eine soziale und eine nationale Stoßrichtung. Er ist als Genozid zu werten.

"Der Holodomor von 1932 bis 1933 wurde vom Stalinschen Regime bewußt organisiert. Die ukrainische Gesellschaft und die internationale Gemeinschaft müssen ihn öffentlich als einen der größten Genozide der Geschichte anerkennen." Auf diese Erklärung einigte sich die ukrainische Verchovna Rada im Mai 2003,¹ nachdem sie in den Monaten zuvor 70 Jahre nach der Hungersnot in der Ukraine erstmals öffentlich über den Holodomor debattiert hatte. Hat sich die Bewertung des Holodomor als Genozid, die von zwei außerukrainischen Kommissionen bestätigt wurde,² in der Ukraine durchgesetzt? Während der entscheidenden Rede des stellvertretenden Premierministers Dmytro Tabačnyk am 14. Mai 2003 waren lediglich einige Dutzend Abgeordnete anwesend.³ Der Erklärung stimmten am nächsten Tag nur 226 der 410 anwesenden Abgeordneten zu, womit das Quorum von 225 Stimmen knapp erreicht wurde. Die Fraktion der Kommunistischen Partei der Ukraine (Komunistyčna Partija Ukraïny) hatte bereits bei Eröffnung der Plenarsitzung durch den Parlamentspräsidenten, den Historiker und Initiator der Parlamentsdebatte, Volodymyr Lytvyn, unter Protest den Saal verlassen.

**Stanislav Kul'čyc'kyj** (1937), Prof. Dr., Historiker, Institut für Geschichte der Ukraine der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine in Kiev

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Zverennja do Ukraïnskoho narodu učasnykiv special'noho zasidannja Verchovnoï Rady Ukraïny ščodo všanuvannja pam'jati žertv holodomoru 1932–1933 rokiv. – <a href="http://gska2.rada.gov.ua:7777/pls/zweb\_n/webproc4\_1?id=&pf3511=14951">http://gska2.rada.gov.ua:7777/pls/zweb\_n/webproc4\_1?id=&pf3511=14951</a>.

Die vom amerikanischen Kongreß im Mai 1988 eingesetzte Kommission sowie die Internationale Juristenkommission unter der Leitung von Prof. Jacob Sundberg im November 1989; Commission on the Ukrainian Famine, 1932–1933: Report to Congress. Washington, D.C. 1988, S. vii; International Commission of Inquiry into the Famine in Ukraine, The Final Report. Toronto 1990, S. 61.

Stenogramm der Debatte unter <a href="http://www.rada.gov.ua/zakon/skl4/3session/STENOGR/14050303\_42">http://www.rada.gov.ua/zakon/skl4/3session/STENOGR/14050303\_42</a>.

Die kommunistischen Abgeordneten leugneten nicht, daß es 1933 eine Hungersnot gegeben hatte. Sie weigerten sich aber, die Hungersnot als gezielte Vernichtungsaktion gegen ukrainische Bauern anzuerkennen. Aus ihrer Sicht hat die Ukraine der kommunistischen Herrschaft ihre industrielle und kulturelle Entwicklung, die Vereinigung aller von Ukrainern besiedelten Territorien unter der Verwaltung Kievs und die heute international anerkannte Staatlichkeit zu verdanken. Zwar hätten die Getreidebeschaffungsmaßnahmen der Bol'ševiki in den frühen 1930er Jahren die Hungersnot verursacht. Von einem Genozid am ukrainischen Volk könne jedoch keine Rede sein, da der Hunger auch nationale Minderheiten in der Ukraine betroffen und ebenso an der Volga gewütet habe.

Es gibt jedoch gute Gründe davon zu sprechen, daß die Hungersnot ein Genozid an den Bauern in der Ukraine und den Kosaken am Kuban' war, der von einer geplanten Vernichtung der ukrainischen Intelligenz begleitet war. Dieser Genozid an den Ukrainern als Nation unterschied sich jedoch grundsätzlich von der Vernichtung der Armenier und vom Holocaust. Der Völkermord folgte nicht aus der Nationalitätenpolitik der Bol'ševiki. Er war vielmehr Teil des Massenterrors gegen Bevölkerungsgruppen, die nach sozialen und nationalen Merkmalen selektiert wurde. Unter dem Deckmantel der Getreidebeschaffung wurde der Genozid in jener katastrophalen Situation durchgeführt, die nach 1929 in der Landwirtschaft entstanden war.

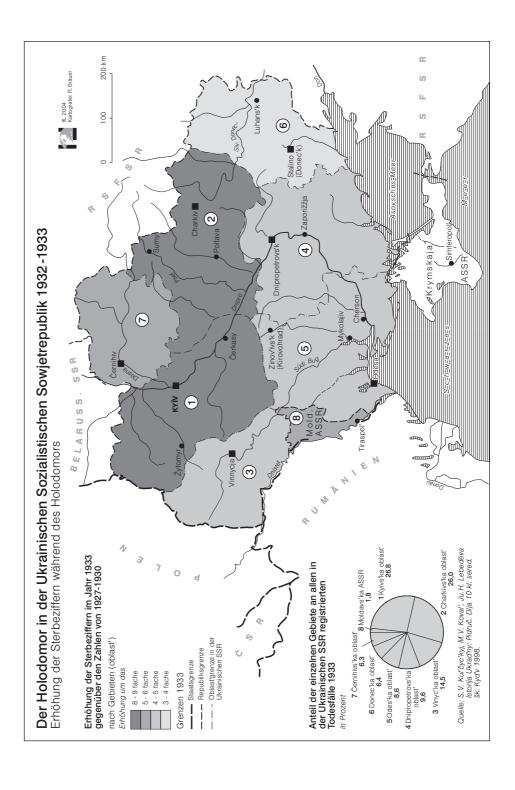
Der Genozid an den ukrainischen Bauern ist im Kontext der Stalinschen "Revolution von oben" zu sehen. Es besteht allerdings nur ein mittelbarer Zusammenhang mit der forcierten Industrialisierung. Die Hungersnot hängt vielmehr direkt zusammen dem gescheiterten Versuch des Kreml, die Stadt-Land-Beziehungen in Gestalt von kollektiven Wirtschaften in Form des Artel', die von den Bauern eher als die Kommunen akzeptiert wurden, zu organisieren. Dies führte in vielen Regionen der UdSSR zu Hungersnöten. Der Holodomor in der Ukraine und am Kuban' resultierte darüber hinaus aus den Bestrebungen der Sowjetmacht, aus der katastrophalen Situation in den am meisten gefährdeten nationalen Regionen durch präventive Repression, durch den Hungerterror, herauszukommen. Hunger und Holodomor sind somit zu unterscheiden: Auf den bereits katastrophalen Hunger reagierten die Bol'ševiki mit Hungerterror, der die Opferzahlen in die Höhe trieb und so den eigentlichen Holodomor verursachte.

## Kollektivierung und Getreiderequirierung

Die 1928 erstmals seit dem Bürgerkrieg durch die Sowjetmacht wieder durchgeführten Getreidebeschlagnahmungen verschlechterten die Lebensmittelsituation im Dorf dramatisch. Infolge der Requirierung 1931, die bis zum Frühjahr 1932 andauerte, brach in Dutzenden von ländlichen Rayons der Ukraine Hunger aus. Dieser Hunger dauerte bis zur neuen Ernte und kostete etwa 150 000 Bauern das Leben.<sup>4</sup>

Nachdem die Bauern Jahr für Jahr erleben mußten, daß der Staat das gesamte Getreide beschlagnahmte, fingen sie an, auf dem Kolchosland nachlässig zu arbeiten. Das Getreide auf dem Feld erstickte in Unkraut. Bei der Ernte und dem Transport stiegen die Verluste rapide. Ein Teil des Getreides ließen die Kolchosbauern beim Dreschen

Stanislav Kul'čyc'kyj, Hennadij Jefimenko: Demografični naslidky holodomoru 1933 r. v Ukraïni. Vsesojuznyj perepys 1937 r. v Ukraïni: dokumenty ta materialy. Kyïv 2003, S. 52.



ins Stroh und in die Spreu versickern, denn nur diese Getreideabfälle wurden ihnen überlassen, während das Getreide unmittelbar nach dem Dreschen in die Kornspeicher oder zu den Getreideablieferungsstellen gebracht wurde.

Auf der Dritten Parteikonferenz im Juli 1932 schätzte der Erste Parteisekretär der Ukraine, Stanislav Kosior, die Ernteverluste 1931 auf 120–150 Millionen Pud. Mykola Skrypnyk, Volkskommissar für Bildungswesen, sprach von 200 Millionen Pud.<sup>5</sup> Diese Zahlen geben eine Vorstellung vom Ausmaß der Verluste – sie umfaßten fast die Hälfte des Jahresbedarfs der Landbevölkerung.

Eindrücklicher noch als diese Zahlen geben die Schilderungen aus den Kolchosen die Verhältnisse wieder. In einem Brief aus der Kolchose *Nove žyttja* (Neues Leben) aus dem Rayon Artemivs'k, den die Zeitung *Visti* am 4. Januar 1933 abdruckte, wird berichtet:

Während der Getreidebeschaffungskampagne und in der Dreschzeit herrschten völliges Durcheinander und Unordnung. Brigaden zerfielen, bei der Feldarbeit erschienen nur die, die Lust hatten, die Arbeit wurde nicht organisiert. Die Arbeit wurde verschleppt und das Getreide körnte aus. Stehlen war an der Tagesordnung, am Tage und in der Nacht wurde das Kolchosgetreide vor aller Augen weggebracht. Das Getreide wurde nicht erfaßt. Wie hoch die Ernte ausgefallen war, weiß man bis heute nicht. Den Getreidebeschaffungsplan hat die Kolchose zu fünf Prozent erfüllt.

Solche Berichte wertete die Kremlführung als Beweis dafür, daß die Ernte in der Ukraine gestohlen würde. Statt die Zwangskollektivierung und die überhöhten Getreiderequirierungen aufzugeben, die die Kolchosbauern dazu zwangen, die eigene Produktion zu verstecken, entschied sich Stalin für den üblichen Weg der Repression. Die Verordnung des Allsowjetischen Zentralexekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare der UdSSR "Über den Schutz des Vermögens der staatlichen Unternehmen, Kolchosen und Genossenschaften und über die Festigung des öffentlichen (sozialistischen) Eigentums" vom 7. August 1932 stellte den Diebstahl von Eigentum der Kolchose unter Todesstrafe durch Erschießen. Unter "mildernden Umständen" sollte eine Freiheitsstrafe von mindestens zehn Jahren verhängt werden. Die Beschlagnahmung des Getreides ruinierte die Kolchosen und zwang die Bauern, die Arbeit auf dem Lande aufzugeben. Eine Untersuchung von 200 Kolchosen, welche die GPU (Gosudarstvennoe političeskoe upravlenie, Staatliche Politische Verwaltung) 1931 durchführte, zeigte, daß die Hälfte der Kolchoswirtschaften von "nichtorganisiertem Abgang" betroffen war. Besonders verbreitet war es in Kolchosen in der Nähe industrieller Zentren. Aus dem Petrovs'kyj-Artel' im Rayon Starobil's'k zogen beispielsweise 200 von 300 arbeitsfähigen Kolchosbauern ohne Erlaubnis des Vorstands zur Arbeit in den Donbass. Sie erklärten:

Es ist unmöglich, weiter in der Kolchose zu bleiben, man bekommt wenig Brot, wir arbeiten fast ohne Lohn. Wir müssen in den Donbass ziehen, solange es nicht zu spät ist.<sup>6</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Ebd., S. 213.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Deržavnyj archiv Služby bezpeky Ukraïny. F. 16. Op. 24. Spr. 1. Ark. 2.

Die Verzweiflung dokumentiert ein Brief von , I. Kolotuša, Vorsitzender der Kolchose *Kolos* (Ähre) aus dem Rayon Vysokopyllja, Gebiet Cherson, an den Vorsitzenden des Allukrainischen Zentralexekutivkomitees, den "allukrainischen Starosta" Hryhorij Petrovs'kyj vom November 1931:

Als Vorsitzender bitte ich Sie, mir überzeugend zu erklären, was ich jetzt machen soll und ob vom Staat Hilfe kommen wird? Sonst bleibt mir nur übrig, die Kolchose aufzulösen und alle Kolchosbauern zur Arbeit in die Industrie zu schicken. Ich sehe keinen anderen Ausweg mehr. Erklärt mir, ob die Politik der Partei so richtig verstanden wurde, daß das gesamte Getreide abtransportiert werden soll, oder ob das eine Abweichung von der Politik der Partei ist. Die Kolchosbauern arbeiteten und arbeiten nicht unter Zwang, sondern aus Antrieb des eigenen Gewissens. Bereits jetzt sagen sie: "Wenn du uns nicht mit Getreide versorgst, müssen wir die Kolchose verlassen und uns auf die Suche nach Brot begeben."

So setzte nach Beginn der flächendeckenden Kollektivierung eine rasche Urbanisierung ein: Der Zustrom der Bauern in die Städte stieg von sieben Millionen Menschen 1929 auf 9,2 Millionen 1930 und 10,8 Millionen im Jahr 1931.<sup>8</sup> Im Dezember 1932 wurden dann innerstaatliche Pässe eingeführt, um den Zustrom in die Städte zu stoppen.

#### Deportation statt Hunger

Mit Beschluß des Politbüros des ZK der VKP(B) vom 22. Oktober 1932 setzte Stalin in den wichtigsten getreideproduzierenden Regionen außerordentliche Getreidebeschaffungskommissionen ein.9 Diese Kommissionen verfügten über keinen eigenen Apparat. An der Spitze der Kommission in der Ukraine stand der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Vjačeslav Molotov, ihn begleiteten Kalmanovič, Sarkis, Markevič und Krenzel'. Im Nordkaukasus wurde eine entsprechende Kommission unter der Leitung des Sekretärs des ZK der VKP(B) Lazar Kaganovič eingesetzt. Dieser Kommission gehörten zudem Jurkin und Černov an. An die Spitze der Kommission an der Volga wurde der Sekretär des ZK der VKP(B), Pavel Postyšev, gestellt. Diese außerordentlichen Getreidebeschaffungskommission in der Ukraine nahmen ihre Arbeit auf, als Molotov in der Sitzung des Politbüros des ZK der KP(B)U am 30. Oktober 1932 auftrat. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Ukraine nur 40 Prozent des ihr auferlegten Getreidebeschaffungsplansolls erfüllt. Etwa 1500 Kolchosen hatten den Plan erfüllt und wurden keinen Sanktionen unterworfen. 23 000 Kolchosen schuldeten dem Staat Getreidelieferungen.<sup>10</sup>

Die Archive enthalten keine Dokumente über die außerordentliche Getreidebeschaffungskommission. Die Kommission erließ keine eigenen Verordnungen; solange sie

Kolektyvizacija i holod na Ukraïni. 1929–1933. Zbirnyk dokumentiv i materialiv. Kyïv 1993, S. 367–368.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Socialističeskoe stroitel'stvo SSSR. Statističeskij sbornik. Moskva 1935. S. 542.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Der Beschluß ist abgedruckt in: F.M. Rudyč (Hg.): Holod 1932–1933 rokiv na Ukraïni: očyma istorikiv, movoju dokumentiv. Kyïv 1990, S. 238.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Stanislav Kul'čyc'kyj: Cina "velykoho perelomu". Kyïv 1991, S. 237.

aber existierte, wurden alle Verordnungen der Partei- und Sowjetorgane in der Ukraine von Molotov oder Kaganovič diktiert.

Die Einhaltung der Direktiven der Kommission in Rayons und großen Wohnsiedlungen überprüften lokale Organe, bestehend aus einem Staatsanwalt, einem Volksrichter und einem Untersuchungsrichter. Diese leiteten Gerichts- und Untersuchungsbrigaden sowie Gerichtssitzungen, die außerhalb der offiziellen Gerichtsgebäude stattfanden. Die Untersuchungsbrigaden stellten das wichtigste Arbeitsorgan im System der außerordentlichen Gesetzgebung dar. Im Dezember 1932 wurden 700 solcher Brigaden registriert. Die verschärften Getreidebeschaffungsmaßnahmen riefen bei den lokalen Verwaltungsapparaten Widerstand hervor, da ihnen bewußt war, daß die Menschen ohne Getreide nicht bis zur nächsten Ernte überleben würden. Der Widerstand wurde als "Verrat" qualifiziert, wie das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KP(B)U, Kosior, an die Gebietsparteisekretäre vom 13. Dezember 1932 bestätigt:

In letzter Zeit werden immer mehr Fälle von Verrat der Kommunisten aufgedeckt, und zwar nicht nur unter den Mitarbeitern auf dem Lande (Kolchosvorsitzende, Sekretäre von Parteizellen, Vorsitzende von Dorfsowjets u.a.), solche Fälle gibt es auch unter verantwortlichen leitenden Mitarbeitern der Rayons.<sup>12</sup>

Im Namen des ZK schlug Kosior (faktisch Molotov) vor, unverzüglich die Frage nach dem Ausschluß der "Verräter" aus der Partei zu stellen, um sie anschließend zu langen Haftstrafen zu verurteilen, in den Norden zu deportieren oder zu erschießen.

Um die Direktive von Molotov zu erfüllen, wurden in die Getreidebeschaffung auch Tschekisten eingeschaltet. Der Vorsitzende der GPU der UkrSSR, F. Redens, legte am 22. November einen Einsatzplan vor "zur Offenlegung der konterrevolutionären Zentren, die die Sabotage und die Verhinderung der Getreidebeschaffung organisieren". Die Operation sollte 243 Rayons erfassen. Mit der Sanktion des ZK der KP(B)U wurde sie unverzüglich eingeleitet.

Das ganze Ausmaß der Katastrophe gibt ein Bericht des Vorsitzenden der Zentralen Kontrollkommission der KP(B)U, Volkskommissars Volodymyr Zatons'kyj, wieder, der im Januar 1933 als Bevollmächtigter des ZK der KP(B)U für Getreidebeschaffung im Gebiet Odesa tätig war. Zatons'kyj schrieb, die Bauern hätten mittlerweile keine Angst mehr vor Tschekisten und Repressionen:

Es wurde mir aus der Praxis des Gebiets Odesa, und zwar aus den Ortschaften Nova Ukrainka und Znamenka, erzählt (das gleiche bestätigte mir ein Genosse aus Nikopol'), daß die Bauern über die Verbannung in den Norden gar nicht so traurig waren. Keiner desertierte, manche zogen mit Ziehharmonikas zum Sammelpunkt, und es gab sogar Fälle von "Freiwilligen", als die Nachbarn mit der Bitte kamen, sie in die Gruppe der Umsiedler aufzunehmen.<sup>13</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Ebd., S. 278.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Rudyč, Holod [Fn. 9], S. 290.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Ebd., S. 341.

Zatons'kyj äußerte sein Erstaunen, er konnte das Verhalten der Bauern nicht verstehen, denn er war sich sicher: "Der Bauer hat sein Brot behalten." Tatsächlich zogen die Bauern die Deportation dem Hungertod vor.

Der Parteisekretär des Rayons Krasnopole im Gebiet Charkiv berichtete dem ZK der KP(B)U im Dezember 1932: "Das Volksgericht beschäftigt sich beinahe täglich an Ort und Stelle mit Fragen des Getreides. Nach dem Abschluß der Verhandlung im Dorf Krasnopole erklärte der Mittelbauer Oleksij Vasyl'ovyč Besarab:

Sollen sie mich doch verurteilen und von hier wegbringen, dann werde ich wenigstens nicht vor Hunger krepieren, denn wenn wir zu Hause bleiben, werden wir sowieso alle sterben.<sup>14</sup>

## Lebensmittelbeschlagnahmungen als Strafe

Was den Holodomor als Hungerterror ausmachte, waren jedoch nicht die Getreiderequirierungen. Es waren die Beschlagnahmungen aller Nahrungsmittel. Der von Molotov diktierte Beschluß des ZK der KP(B)U über "Maßnahmen zur Verstärkung der Getreidebeschaffung" vom 18. November 1932 enthielt den Punkt, der zum Auslöser des Holodomor wurde:

In Kolchosen, die den Raub des Kolchosgetreides zugelassen haben und die vorsätzlich die Getreidebeschaffung torpedieren, werden Naturalienstrafen eingeführt. Es wird ein zusätzliches Fleischablieferungssoll in Höhe des 15fachen Satzes der Monatsnorm dieser Kolchose sowohl vom gemeinschaftlichen als auch vom individuellen Viehbestand der Kolchosbauern festgesetzt. Die Anwendung dieser Strafe wird vom Rayonexekutivkomitee mit der vorausgehenden jeweiligen Genehmigung des Gebietsexekutivkomitees durchgeführt. Dabei setzen die Rayonexekutivkomitees die Fristen und die Höhe der einzutreibenden Strafen für jede einzelne Kolchose fest (im Rahmen des 15fachen Satzes der Monatsnorm für die Fleischabgabe), abhängig vom Zustand der einzelnen Kolchosen.<sup>15</sup>

Die Einschränkung, daß das Rayonexekutivkomitee nur mit Genehmigung des Gebietsexekutivkomitees Lebensmittel beschlagnahmen durfte, und das genannte Höchstmaß wurden bald gestrichen. Im Grunde hob schon der Beschluß die Einschränkungen auf, die er selbst festlegte: Der Abschnitt über die Einzelgehöfte enthielt folgenden Punkt:

In einzelnen Rayons darf (auf der Basis einer Anordnung des Gebietsexekutivkomitees) die Strafe auch in Kartoffeln, in Höhe des Jahresablieferungssolls dieses Haushaltes, festgesetzt werden. In außerordentlichen Fällen kann die Höhe der Strafe aufgrund eines speziellen Beschlusses des Gebietsexekutivkomitees verdoppelt werden. <sup>16</sup>

<sup>14</sup> Ebd., S. 289.

<sup>15</sup> Ebd., S. 254.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Ebd., S. 257.

In den Beschlüssen der Partei- und Sowjetorgane über die Lebensmittelbeschlagnahmung als Strafe ist nur von Fleisch, Speck und Kartoffeln die Rede. Dort steht nichts über Graupen, Rüben, Bohnen, Zwiebeln, Kürbisse, Trockenfrüchte und andere haltbare Produkte. Zwei Monate nach dem Beschluß vom 18. November wurden bei "renitenten Schuldnern", die das eingeforderte Getreide immer noch nicht lieferten, alle Lebensmittel enteignet. Zu den "renitenten Schuldnern" zählten mit Ausnahme von 1500 Kolchosen alle ukrainischen Kolchosbauern.

Als den Bauern das Brot weggenommen worden war, begann das Hungersterben der Eigentümer der kleinen Höfe. In gut geführten Gehöften konnten die Menschen dank anderer Lebensmittel bis zur nächsten Ernte überleben. Wurden aber wegen der rückständigen Getreidelieferungen auch diese Lebensmittel konfisziert, so bedeutete dies auch für diese Menschen das Todesurteil. Auf den Märkten gab es keine Lebensmittel mehr, und die Kooperativläden gaben Waren nur an die Bauern heraus, die das Getreideablieferungssoll erfüllt hatten. In der Stadt verwandelten sich Geschäfte in Verteilerstellen, die nur jene bedienten, die Lebensmittelkarten besaßen. Lediglich die "Ausländer-Läden" in den Städten boten eine Möglichkeit, Nahrung zu erstehen. Dorthin trug die hungernde Bevölkerung Devisen, Familienschmuck und Brustkreuzchen. Dennoch retteten auch diese Läden kaum jemanden vor dem Hungertod: Welcher Bauer besaß schon Gold oder Devisen?

Am 8. Dezember erstattete Kosior einen Bericht an Stalin über die Effizienz der Strafmaßnahmen:

Die größten Ergebnisse zeigt der Einsatz von Strafen in Naturalien. An der Kuh oder am Schwein halten zur Zeit die Kolchosbauern und sogar die Einzelbauern sehr fest [...] Als besonders effizient erwies sich diese Maßnahme bei den Einzelbauern. Was die Kolchosen betrifft, ist das Ergebnis geringer, denn die Strafen betrafen bislang nur die vergesellschaftete Herde, bis jetzt hat es die Kolchosbauern persönlich noch nicht betroffen.<sup>17</sup>

Am 1. Januar 1933 schickte Stalin ein Neujahrstelegramm an die Führer der UkrSSR nach Charkiv. Dieses Telegramm, das als Anordnung an das ZK der KP(B)U ausgefertigt wurde, präjudiziert die Ereignisse des Jahres 1933:

Dem ZK der KP(B)U und dem Rat der Volkskommissare der UkrSSR wird vorgeschlagen, Kolchosen, Kolchosbauern und die werktätigen Einzelbauern umfassend mittels der Dorfräte darüber in Kenntnis zu setzen, daß:

- a) diejenigen, die freiwillig zuvor geplündertes und verstecktes Getreide an den Staat abliefern, keinen Repressalien unterworfen werden;
- b) gegen die Kolchosbauern, Kolchosen und Einzelbauern, die das geplünderte und versteckte Getreide weiterhin hartnäckig vor der Erfassung verstecken, die strengsten Strafen verhängt werden, die in der Verordnung des Zentralexekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 7. August (Über den Schutz des Vermögens der staatlichen Betriebe, Kolchosen und Kooperative und über die Festigung des öffentlichen sozialistischen Eigentums) vorgesehen sind.<sup>18</sup>

<sup>17</sup> Ebd., S. 284.

<sup>18</sup> Ebd., S. 308.

Der erste Punkt dieses so harmlos erscheinenden Telegramms enthält eine Warnung: Liefert das Getreide ab oder es wird euch schlecht ergehen. Der zweite Punkt richtet sich an die Bauern, die die Warnung ignorieren. Aber wie sollten diese Bauern identifiziert werden? Das Telegramm Stalins kündigte die bevorstehenden Massendurchsuchungen an.

Bei solchen Durchsuchungen konnte das Getreide gefunden oder auch nicht gefunden werden. Im ersten Fall war alles klar: Schnellgericht auf der Grundlage des Gesetzes vom 7. August 1932. Davor warnte das Telegramm. Es enthält jedoch keinen Hinweis darauf, welche Maßnahmen der Kreml im anderen Fall vorsah. Es ist bekannt, daß seit November 1932 gegen die Schuldner, bei denen während der Durchsuchungen kein Getreide entdeckt wurde, Lebensmittelbeschlagnahmungen als Strafe verhängt wurden. Daraus ergab sich eine für alle Bauern verständliche Schlußfolgerung: Bei wem Getreide gefunden wird, der wird vor ein Schnellgericht gestellt. Bei wem kein Getreide gefunden wird, dem werden die zum Überleben notwendigen Nahrungsmittel entzogen. Fedir Kovalenko aus dem Dorf Ljuten'ko, Rayon Hadjač, Gebiet Poltava erzählte:

Im November und Dezember 1932 wurde das gesamte Getreide, Kartoffeln, alles, einschließlich der Bohnen und allem, was sich auf dem Dachboden befand, konfisziert. Auch Kleinigkeiten wie Trockenobst – Birnen, Äpfel und Kirschen – alles wurde weggenommen.<sup>19</sup>

Dmytro Kornijenko aus dem Dorf Ponornycja im Gebiet Černihiv erinnerte sich daran, daß sein Vater und seine Mutter nach der "Entkulakisierung" im Gefängnis saßen. Die Kinder, die alleine zurückblieben – er war damals 15 Jahre alt –, wurden von der Großmutter versorgt. Am Tag der Durchsuchung brachte sie ein halbes Glas Hirse, sie war aber noch nicht dazu gekommen, sie zu kochen. Es erschien eine Brigade von fünf Personen, sie hatten Säcke von unterschiedlicher Größe mit. Einer hatte einen Sack extra für Hirse, in diesen Sack hat er auch das halbe Glas geschüttet.<sup>20</sup>

Die Legende von den "unterirdischen Verstecken" für Getreide verschwand sofort, nachdem die flächendeckenden Durchsuchungen begonnen hatten. Bis zum 1. November 1932 wurden 136 Mio. Pud Getreide requiriert. In den drei Monaten ihrer Existenz "beschaffte" die Außerordentliche Kommission im ukrainischen Dorf 87 Mio. Pud Getreide.<sup>21</sup> Die Organe der GPU und die Miliz entdeckten vom 1. Dezember bis zum 25. Januar 14 956 Gruben, 621 "schwarze Getreidespeicher" und 1359 andere Geheimverstecke, aus denen 1 718 500 Pud Getreide geholt wurden.<sup>22</sup> Diese Zahl schließt auch Getreide ein, das in Form von Getreideabfällen entdeckt wurde, sowie Getreide, das bei Zwischenhändlern gefunden wurde. Mit anderen Worten: Das Getreide, das während der Durchsuchungen entdeckt wurde, die von Requisitionen aller Lebensmittel begleitet waren, machte einen verschwindend geringen Anteil der gesamten Getreidebeschaffung aus.

Stanislav V. Kul'čyc'kyj.: Jak ce bulo (čytajučy dokumenty stvorenoï pry Kongresi SŠA Komisiï po holodu 1932–1933 rr. na Ukraïni), in: Pid praporom leninizmu, 23/1990, S. 84–85.

<sup>20</sup> Ebd

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Kul'čyc'kyj, Cina [Fn. 10], S. 278.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Deržavnyj archiv služby bezpeky Ukraïny. F. 16. Op. 27. Spr. 4. Ark. 15.

Stalin und seine Umgebung machten sich wegen des Sterbens von Millionen Bauern, das bewies, daß die Beschuldigungen, sie hätten Getreide gestohlen, haltlos gewesen waren, keine Gedanken. Die Stalin-Führung betrachtete den Holodomor als ein Mittel zur Zerstörung der von Privateigentum geprägten Mentalität und zur Gewöhnung der Kolchosbauern an die Arbeit im Kollektiv.

Der Sekretär des ZK der KP(B)U, M.M. Chatajevič, berichtete am 3. März 1933 seinen Vorgesetzten:

Man spürt die Ernüchterung nach den entfesselten und zugespitzten Eigentümer- und Kleinbürgerbegierden, die die meisten Kolchosbauern während der vergangenen Getreidebeschaffungsmaßnahmen erlebten. Bei den meisten Kolchosbauern, die erst kürzlich das Kolchosgetreide wegschleppten und klauten, das Kolchosvermögen nachlässig behandelten, sich häufig weigerten, in der Kolchose zu arbeiten, beobachtet man, daß sie nun die Notwendigkeit einsehen, ehrlich und sorgfältig für die Kolchose zu arbeiten.<sup>23</sup>

Die "erzieherische Funktion" des Hungerterrors wird auch aus einem Brief von Stanislav Kosior an Stalin vom 15. März 1933 deutlich:

Genossen, die vor Ort waren, berichten, daß im Gebiet Kiev mittlerweile beinahe überhaupt nicht mehr davon gesprochen wird, daß "Getreide konfisziert wurde", man beschuldigt sich selbst der schlechten Arbeit und daß es nicht gelang, das Getreide zu erhalten und daß zugelassen wurde, daß es verschwand. In dieser Beziehung ist zweifellos eine gewisse Wende bei der Masse der Kolchosbauern vorhanden, dies zeigt sich in der Einstellung gegenüber denen, die nicht gearbeitet haben. Allerdings verstehen das bei weitem noch nicht alle Kolchosbauern und nicht überall. Sehr viele Kolchosbauern sind aus dem Hunger noch nicht schlau geworden, dies zeigt sich bei der mangelhaften Vorbereitung auf die Aussaat gerade in Rayons, die besonders schlecht dran sind.<sup>24</sup>

Der Holodomor in der Ukraine hat die Gestalt der sowjetischen Wirtschaft wesentlich geprägt. Nachdem Stalin bewußt wurde, daß die Bauern nicht bereit waren, im staatlichen Sektor der Kolchosen unentgeltlich zu arbeiten, initiierte er die Verordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR und des ZK der VKP(B) vom 19. Januar 1933 "Über die obligatorische Ablieferung des Getreides an den Staat durch Kolchosen und bäuerliche Einzelhaushalte". Darin erkannte der Staat an, daß die in der Kolchose erwirtschaftete Produktion den Bauern gehören solle. Dem Staat solle nur ein Teil dieser Produktion in Form von Steuern abgeliefert werden, die Höhe dieser Steuer solle den Kolchosbauern vor Beginn des landwirtschaftlichen Jahres bekannt sein. Alles Getreide, das über den festgelegten Abgabesätzen lag, solle allein den Kolchosbauern gehören. Durch die Tatsache, daß den Kolchosbauern rechtzeitig bekannt gegeben wurde, wieviel Getreide sie obligatorisch an den Staat abzuliefern hatten und wieviel Entgelt sie Ende des Jahres an die MTS (Maschinen-Traktoren-Station) zu zahlen hatten, entstand ein

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Rudyč, Holod [Fn. 9], S. 403.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Ebd., S. 443.

Interesse der Bauern an den Ergebnissen der kollektiven Bewirtschaftung. Somit nahmen die Kolchosen nicht im März 1930, sondern erst im Januar 1933 ihre spätere, lange Zeit gültige Gestalt an. Die eine Hälfte ihrer Tätigkeit war auf den staatlichen Wirtschaftssektor, die individuelle Hofwirtschaft auf den Markt ausgerichtet.

#### Massenterror als Herrschaftsmethode

Eine der zentralen Fragen zur Klärung des Holodomor lautet: Von welchen Motiven ließ sich Stalin leiten, als er angesichts des weitverbreiteten Hungers lediglich zwei von Ukrainern besiedelte Regionen, die Ukrainische SSR und den Nordkaukasus, für diese schrecklichen Repressalien auswählte? Hierauf geben die Quellen keine eindeutige und direkte Antwort.

Deutlich ist aber, daß der Holodomor im Kontext des Massenterrors gesehen werden muß, der dem totalitären sowjetischen System zueigen ist. Dieser staatliche Massenterror

- wurde vor 1953 als eine reguläre und andauernde Methode angewendet;
- hatte dabei immer präventiven Charakter; der Staat handelte vorauseilend, um Widerstand gegen seine Politik vorzubeugen;
- wurde gegen Bevölkerungsgruppen eingesetzt, die entweder nach sozialen Merkmalen oder nationalen Kriterien ausgewählt wurden; in einzelnen Fällen fielen beide Kriterien zusammen.<sup>25</sup>

Der Hungerterror in den ukrainischen Regionen der UdSSR ist ein Beispiel für den Terror gegen eine nach kombinierten Merkmalen definierte Bevölkerungsgruppe. Einerseits hatte er die vollständigen Kollektivierung der ukrainischen Bauernschaft zum Ziel. Zuerst wurden die Bauern in Kolchosen getrieben; dabei wurde eine andere Form des Terrors – "die Liquidierung der Großbauern als Klasse" – eingesetzt. Danach wurde ihnen "gewissenhafte Arbeit" im öffentlichen Sektor der Kolchosen mit Hilfe des Terrors durch Hunger anerzogen.

Andererseits diente der Terror durch Hunger der politischen Unterdrückung der Ukrainer.<sup>26</sup> Es ist kein Zufall, daß der Hungerterror zeitlich mit der Einstellung der Ukrainisierung in den von Ukrainern besiedelten Regionen außerhalb der Grenzen der UkrSSR sowie mit der Massenvernichtung der ukrainischen Intelligenz in der UkrSSR zusammenfällt. Die Organe der Staatssicherheit der Ukraine verhafteten 1932 und 1933 199 000 Personen, in den Jahren davor waren es 115 000 (1929–1931) und in den darauffolgenden Jahren 71 000 (1934–1936).<sup>27</sup>

Anfang der 1930er Jahre wurde die Sowjetunion von einer tiefen sozioökonomischen Krise erfaßt. Diese Krise stellte zweifellos eine große Gefahr für die Stalinsche Diktatur dar. Kann man annehmen, daß diese Gefahr überall gleich groß war, oder stellte

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> V.M. Lytvyn (Hg.): Polityčnyj teror i teroryzm v Ukraïjini. XIX–XX st. Istoryčni narysy. Kyïv 2002.

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Vgl. Gerhard Simon in diesem Heft, S. 37–56.

V.M Nikol'skyj: Represyvna dijal'nist' organiv deržavnoï bezpeky SRSR v Ukraïni (kinec' 1920-ch – 1950-ti rr.). Istoryko-statystyčne doslidžennja. Donec'k 2003.S. 119.

die Ukraine eine besondere Gefahr für den Kreml dar? 1921 hatte es schon einmal eine Hungersnot gegeben. Obwohl der Hunger in den südlichen Gouvernements der Ukraine damals keinesfalls geringer war als an der Volga, verbot der Kreml die Verbreitung jeglicher Information über die Tragödie in den ukrainischen Dörfern und begann mit der Requisition des Getreides in der "unabhängigen" Ukraine zugunsten der Versorgung der "roten Hauptstädte", der Roten Armee und der Dörfer an der Volga. Dabei stützte er sich auf die Methoden der offiziell aufgehobenen Getreideablieferungspflicht. Während dieser Katastrophe erlebten die Führer der herrschenden Partei zum ersten Mal, wie der Hunger die politische Aktivität der Bevölkerung beeinflußt. Der von antisowietischen Aufständen erfaßte Süden der Ukraine kam erst in der zweiten Jahreshälfte 1921 zur Ruhe. Als er nicht mehr unterstützt wurde, lenkte Nestor Machno von sich aus seine Maschinengewehrwagen in Richtung Westen, überquerte den Dnipro und landete in Rumänien. Nachdem sie sich überzeugt hatten, daß hungernde Menschen in Apathie verfallen, nahmen die Getreiderequirierer ihre Tätigkeit sogar in den südlichen Gouvernements der Ukraine auf. Zum ersten Mal in der Geschichte des modernen Europa wurde im Kampf gegen eine aufständische Bewegung Hunger als Terror eingesetzt.

Die Führer der herrschenden Partei betrachteten die nationalen Republiken immer als potentielle Gefahr. Besonders galt dies für die Ukraine, deren ökonomisches und menschliches Potential größer war als das aller anderen nichtrussischen Republiken der Sowjetunion zusammen. Die Sowjetorgane machten die nationalen Republiken zu staatlichen Gebilden im Sowjetreich. Die in der sowjetischen Verfassung verankerten Grundsätze der Gleichberechtigung der nationalen Republiken und Rußlands und ihr Recht auf Selbstbestimmung bis hin zur Loslösung und Gründung eines selbständigen Staates bereiteten den Machthabern im Kreml Kopfschmerzen. Dabei war ihnen klar, daß die Rückkehr zur vorrevolutionären Aufteilung des Landes in Gouvernements unmöglich war. Ihnen war auch bewußt, daß der vorhandene staatliche Status und die umfangreichen verfassungsmäßigen Rechte der nationalen Republiken im Falle der Schwäche der Zentralmacht zum Zerfall des von den Bol'ševiki geschaffenen Staates führen konnten – was 1991 auch geschah. Die Perspektive einer solchen Schwäche existierte bereits zu Beginn der 1930er Jahre angesichts der Ausweitung der sozio-ökonomischen Krise.

Die Machthaber im Kreml hatten kein Vertrauen, nicht einmal zu den eigenen Führungskadern, die in die nationalen Republiken abkommandiert wurden. Mit besonderem Vorbehalt betrachteten sie den kommunistischen sowjetischen Apparat in der Ukraine, einer Republik, die sie zwischen 1917 und 1919 dreimal erobern mußten. Das ukrainische Subzentrum der kommunistisch-sowjetischen Macht kontrollierte bis zu einem Dutzend Gouvernements.

Die 1920er Jahre werden als die Jahre der nationalen Wiedergeburt der Ukraine und die 1930er Jahre als die Jahre der erschossenen Wiedergeburt bezeichnet. Stalin, immer zu präventiven Repressionen bereit, gab bei den Tschekisten 1929 einen Schauprozeß gegen ukrainische Intellektuelle in Auftrag. Im März 1930 fand in Charkiv ein Prozeß gegen den in den Dienstzimmern der Untersuchungsrichter entstandenen Spilka vyzvolenja Ukraïny (Bund zur Befreiung der Ukraine) statt. Im folgenden Jahr gründeten die Tschekisten noch eine "konterrevolutionäre" Organisation. Dabei unternahmen sie den Versuch, Mychajlo Hruševs'kyj an deren Spitze zu stellen. Eine

großangelegte Vernichtung der ukrainischen Intelligenz entfaltete sich nach dem Selbstmord des gehetzten Mykola Skrypnyk im Juli 1933. In dieser Zeit landeten zahlreiche Vertreter der ukrainischen Kultur, unter ihnen viele Angehörige einer bereits neuen, von Arbeitern und Bauern abstammenden Generation, in Konzentrationslagern und Gefängnissen. Opfer der Tschekisten wurden praktisch alle, die sich an der Ukrainischen Revolution 1917–1920 beteiligt hatten.

Der Höhepunkt der individuellen Repressionen in der Ukraine wurde 1937 erreicht: Die Organe für Staatssicherheit verhafteten 160 000 Personen. Nach der Vernichtung derer, die 1918–1920 gegen die Sowjetmacht gekämpft hatten, ging der Kreml dazu über, die eigenen Zöglinge in der Ukraine zu ermorden. 56 von 62 Mitgliedern des ZK der KP(B)U, die im Juni 1937 vom XIII. Parteitag der republikanischen Parteiorganisation gewählt worden waren, wurden der feindlichen Tätigkeit beschuldigt. Zehn von elf Mitgliedern des Politbüros des ZK der KP(B)U fielen Repressalien zum Opfer, nur Hryhorij Petrovs'kyj überlebte. Er wurde als "allukrainischer Starosta" abgesetzt, nach Moskau abberufen und anschließend vergessen.

Auf diese Weise gerieten nach der nationalen Wiedergeburt der 1920er Jahre, die der Kreml für gefährlich hielt, die ukrainische Intelligenz, der kommunistische und sowjetische Apparat und die millionenstarke Bauernschaft in den furchtbaren Strudel der Stalinschen Repressalien.

#### Der Holodomor – ein Genozid

War der Hungerterror ein Holocaust? Erstmals wurde der Holodomor in der in den USA herausgegebenen ukrainischen Wochenzeitung *Ukraïns'kyj tyžnevyk* am 20. März 1983 so bezeichnet und mit dem Mord der Nationalsozialisten an den europäischen Juden verglichen. Kurz darauf wurde das Material aus *Ukraïns'kyj tyžnevyk* in Jersey-City als einzelne Broschüre unter dem Titel *Velykyj holod: nevidomyj holokost* (Der Große Hunger: Unbekannter Holocaust) veröffentlicht. Auch der ukrainische stellvertretende Premierminister Tabačnyk sprach in seiner Rede auf der Sondersitzung der Verchovna Rada vom 14. Mai 2003 von einem Holocaust:

Wir müssen der Welt bekannt machen, daß die künstlichen Holodomore der sowjetischen Epoche zu unserem ukrainischen Holocaust wurden. Dies war ein bewußter Genozid am ukrainischen Volk, der unsere gesamte Geschichte und unser nationales Bewußtsein erbarmungslos prägte.

Holocaust meint die konsequente und vollständige Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten allein aus dem Grund, weil sie Juden waren. Die Vernichtung der Ukrainer durch das Stalinregime hatte jedoch keinen rassistischen Hintergrund. Eine ethnonationale Begründung war allerdings vorhanden. Jedoch gab es niemals in der Stalinschen repressiven Praxis das Bestreben, das ukrainische Volk bis zum letzten Menschen auszurotten. Die Ukrainer wurden als Bauern vernichtet, die der Kollektivierung und der Getreidebeschaffung Widerstand leisteten, sie wurden als Bürger der Republik vernichtet, die über ein mächtiges ökonomisches und menschliches Potenti-

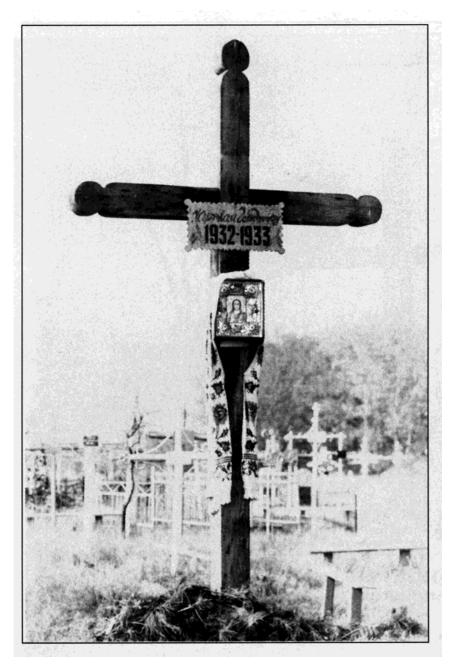
<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Ebd., S. 119.

al, über starke Traditionen des Befreiungskampfes, über einen staatlichen Status und verfassungsmäßige Garantien zur Erlangung der Unabhängigkeit verfügte. Ebenso wie Ukrainer deportierte und vernichtete die Sowjetmacht unter Stalin auch Polen, Deutsche, Juden und Vertreter anderer Nationalitäten, die eine angenommene oder reale Gefahr für das Regime darstellten. Im Grunde praktizierte das Stalinsche totalitäre Regime ständig Massenterror. Unter den verfolgten Menschen befanden sich Vertreter aller sozialen Gruppen, auch der proletarischen, aller Nationalitäten, einschließlich der Russen.

Die historische Forschung bestätigt die Schlußfolgerung aus der Erklärung der Verchovna Rada der Ukraine an das ukrainische Volk vom 14. Mai 2003:

Die Bewertung dieser Katastrophe der ukrainischen Nation als Genozid hat eine prinzipielle Bedeutung für die Stabilisierung der gesellschaftlichpolitischen Beziehungen in der Ukraine. Sie ist ein wichtiger Faktor der Erneuerung der historischen Gerechtigkeit, der moralischen Befreiung mehrerer Generationen von einem entsetzlichen sozialen Streß. Die Bewertung dieser Katastrophe als Genozid ist der unbestreitbare Beweis der Unumkehrbarkeit der Demokratisierung der Gesellschaft, eine strenge Warnung vor allen Versuchen, eine neue Diktatur in der Ukraine zu errichten und das wichtigste Recht eines Menschen – das Recht auf das Leben – zu mißachten.

Aus dem Ukrainischen von Nadja Simon, Köln



Mahnmal für die Opfer des Holodomor auf dem Friedhof im Dorf Polohy-Verhuny, Perejaslav-Chmel'nyc'kij rajon. Photo: M. Miščenko

# Ricarda Vulpius

# "Inseln der Autonomie beseitigen"

## Kirchenverfolgung und Holodomor

Die sowjetische Politik gegenüber der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche fiel härter aus als die gegenüber den anderen Kirchen in der UdSSR. Die nationalkirchliche Organisation entzog sich der vollständigen Kontrolle, die Kirche war mit der ukrainischen bäuerlichen Welt eng verflochten und wurde als Brücke zu emigrierten Ukrainern in Polen wahrgenommen. Dies nährte den Verdacht, daß diese Kirche eine Führungsrolle in der bäuerlichen Opposition gegen die Kollektivierung spielen würde. Die Kirchenverfolgung 1930 und der Holodomor 1932/1933 stellen einen Feldzug gegen letzte, miteinander verbundene Inseln gesellschaftlicher Autonomie in der Ukraine dar.

Seit dem Zusammenbruch des Vielvölkerreiches Sowjetunion ist die imperiale Dimension der sowjetischen Geschichte in das Interesse der Historiker gerückt.¹ Während die kommunistische Propaganda den Westen lange Zeit davon überzeugen konnte, die nationale Frage sei gelöst, belehrten die Ereignisse der späten 1980er und frühen 1990er Jahre die Weltöffentlichkeit eines Besseren. Kaum ein Beispiel der jüngsten Zeit könnte treffender demonstrieren, wie sehr der Historiker selbst ein geschichtliches Subjekt ist, dessen Wahrnehmung von der eigenen, zeitgenössischen Realität und deren herrschenden Deutungen geprägt und eingeschränkt wird.² Die einst scheinbar monolithische und zentralistische Sowjetunion wird nun als ein Gebilde erkannt, dessen Politik insbesondere in der Zeit des Stalinismus nur unter Einschluß des Studiums seiner multinationalen Peripherie verstanden werden kann.³ Gerade unter den nichtrussischen Nationalitäten bestand die Gefahr, daß sich weltan-

Ricarda Vulpius (1970), Dr. des., Historikerin, Freie Universität Berlin

Jörg Baberowski: Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus. Stuttgart, München 2003. – Terry Martin: The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1938. Ithaca, New York 2001. – Ders.: The Origins of Soviet Ethnic Cleansing, in: Journal of Modern History, 70/1998, S. 813–861. – Ronald G. Suny, Terry Martin (Hg.): A State of Nations. Empire and Nation-Making in the Age of Lenin and Stalin. Oxford 2001.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Jörn Rüsen hat das Verhältnis von Vergangenheit und Erkenntnismöglichkeit der Gegenwart brillant formuliert: "Die Vergangenheit ist lebendig in ihrer historischen Bedeutung für die Zukunftsentwürfe der Gegenwart; und die Gegenwart ist lebendig im erkennenden Rückgriff auf die Vergangenheit, der eine historische Deutung ihres Gewordenseins erbringt." Jörn Rüsen: Kann Gestern besser werden? In: Geschichte und Gesellschaft, 2/2002, S. 305–321, hier S. 310.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> D.J. Raleigh (Hg.): Provincial Landscapes. Local Dimensions of Soviet Power, 1917–1953. Pittsburgh 2001.

schauliche Gründe für den Widerstand gegen Maßnahmen des Zentrums mit nationalen Motiven verbanden.

In der Zeit des Stalinismus<sup>4</sup> mußten zwei Regionen mit vorwiegend nicht-russischen Kulturen als Experimentierfelder des stalinistischen Regimes und seiner Nationalitätenpolitik herhalten: die islamischen Regionen im Kaukasus und Zentralasien (insbesondere Azerbajdžan und Kazachstan) sowie die Ukraine. In beiden Gebieten erfolgten die Angriffe auf die indigenen und nationalen Traditionen früher als in den meisten anderen Regionen, in beiden Gebieten wurden die "Säuberungen", die zumeist erst 1936/37 begannen, bereits Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre durchgeführt. Zudem ist auffällig, daß dort die Geistlichkeit zu den ersten Opfern der Vernichtungspolitik zählte.5 Die Vermutung liegt nahe, daß mit der Beseitigung der Geistlichen eine wesentliche Stütze und potentielle Führung des Widerstands in den ländlich und traditionell strukturierten Gesellschaften beseitigt werden sollte. In der Ukraine, deren Bevölkerung ungleich stärker als andere Nationalitäten unter der Hungerkatastrophe von 1932/33, dem Holodomor, litt, gewinnt diese Vermutung besondere Brisanz. Die international geführte Debatte über die Frage, ob der Holodomor speziell gegen die ukrainische Nation gerichtet gewesen oder ausschließlich als Ausdruck der stalinistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu sehen ist - um nur die beiden Extrempositionen zu benennen –, hat erstaunlicherweise die sowjetische Kirchenpolitik in der Ukraine bislang unberücksichtigt gelassen.6

In diesem Zusammenhang ist zu fragen, ob den Verhaftungen und Deportationen der geistlichen Oberhäupter von 1929/30 eine antiukrainische Motivation der Stalin-Führung zugrunde lag. Wenn hiervon ausgegangen werden kann, wäre in einem zweiten Schritt zu untersuchen, ob diese Verfolgungen mit dem bereits 1929 begonnenen "Krieg gegen die Bauern" im Zuge der "Entkulakisierung" und Kollektivierung nur zufällig zusammenfielen. Es ist zu klären, ob die Repressionen gegen die Kirche, die Kollektivierung und die daraus resultierende Hungerkatastrophe einschließlich der unterlassenen Hilfeleistung von 1932/33, der rund sechs Millionen Menschen zum Opfer fielen – davon mit Abstand die meisten in der Ukraine<sup>8</sup> – sowie die umfassen-

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Zum Begriff: Jörg Baberowski: Wandel und Terror: die Sowjetunion unter Stalin 1928–1941. Ein Literaturbericht, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 43/1995, S. 97–129.

Jörg Baberowski: Die islamischen Regionen der Sowjetunion 1920–1941, in: Stefan Plaggenborg (Hg.): Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte. Berlin 1998, S. 113–150.

Vgl. Stephan Merl: Entfachte Stalin die Hungersnot von 1932–33 zur Auslöschung des ukrainischen Nationalismus? Anmerkungen zu neueren westlichen Veröffentlichungen über die "ukrainische" Hungersnot, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 37/1989, S. 569–590. – Robert Conquest: Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine, 1929–1933. Berlin 1990. – James E. Mace: The Famine of 1932–1933: A Watershed in the History of Soviet Nationality Policy, in: Henry R. Huttenbach (Hg.): Soviet Nationality Policies: Ruling Ethnic Groups in the USSR. London 1990, S. 177–205. – Mark B. Tauger: War die Hungersnot in der Ukraine intendiert? In: Jens Mecklenburg, Wolfgang Wippermann (Hg.): "Roter Holocaust"? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus. Hamburg 1998, S. 158–167.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Zum "Krieg gegen die Bauern": Andrea Graziosi: La grande guerra contadina in Urss. Bolscevichi e contadini (1918–1933). Napoli 1999. – Ders.: The Great Soviet Peasant War. Bolsheviks and Peasants, 1917–1933. Harvard Papers in Ukrainian Studies. Harvard College 1996. – Ders.: Bol'ševiki i krest'jane na Ukraine, 1918–1919 gody. Očerk o bol'ševizmach, nacional'-socializmach i krest'janskich dviženijach. Moskva 1997.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Zur Zahl der Hungertoten: Serhij Pirožkov: Population Loss in Ukraine in the 1930s and 1940s, in: Bohdan Krawchenko (Hg.): Ukrainian Past, Ukrainian Present. London, New

den "Säuberungen" der Ukrainischen Kommunistischen Partei des Jahres 1933 als Sequenzen eines Plans aufzufassen sind.

Wenn Zusammenhänge zumindest denkbar sind, drängt sich die Frage auf, welchen Zweck eine derartige von Stalin gelenkte Politik verfolgte: Lag ihr eine gezielt antiukrainische Politik zugrunde, oder gab es andere Beweggründe? Es geht in diesem Beitrag keineswegs darum, *a priori* die ukrainische Nation als Opfer stalinistischer Politik zu begreifen. Vielmehr soll unter Berücksichtigung der sowjetischen Kirchenpolitik in der Ukraine mehr Klarheit darüber gewonnen werden, ob antiukrainische Motive für Stalin und seine Umgebung bei den Repressionen, dem Terror sowie der Zulassung und Forcierung der Hungersnot in der Ukraine eine Rolle gespielt haben und warum.

Die erste These dieses Beitrags lautet, daß die Auflösung der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche und die Maßnahmen gegen die ukrainische weltliche Elite im Jahre 1930 nicht zufällig gleichzeitig stattfanden. Vielmehr deutet die unterschiedliche Politik gegenüber der ukrainisch-orthodoxen und der russisch-orthodoxen Kirche darauf hin, daß beabsichtigt war, der institutionellen und intellektuellen Basis für einen ukrainischen Nationalismus, der der sowjetischen Politik hätte zuwiderlaufen können, politisch, religiös und kulturell den Boden zu entziehen. Zweitens liegt die Vermutung nahe, daß es einen Zusammenhang zwischen der *Kirchen*verfolgung 1930 mit besonderem antiukrainischen Akzent und der Hungersnot mit einer besonders starken ukrainischen Betroffenheit 1932/33 gegeben hat, da es darum ging, letzte, miteinander verbundene Inseln gesellschaftlicher Autonomie zu beseitigen.

Unter drei Aspekten sollen die vorangestellten Thesen untermauert werden. Erstens dient als Vergleich zum ukrainischen Fall ein Blick auf die zentral gesteuerte Religionspolitik der Sowjetregierung, wie sie im gesamten Imperium umgesetzt wurde. Als zweites steht die Frage im Vordergrund, ob und inwiefern es eine abweichende sowjetische Religionspolitik gegenüber den Kirchen in der Ukraine gegeben hat. Abschließend geht es um die zentrale Frage nach dem inhaltlichen Zusammenhang der sowjetischen Kirchenverfolgung in der Ukraine (1928–30) und der Ukrainepolitik des Sowjetregimes in den folgenden Jahren (1930–33).

# Die Kirchenverfolgung in den 1920er Jahren

Die einschneidende Veränderung in der sowjetischen Religionspolitik von 1928/29 vollzog sich mit der sogenannten "Revolution von oben", der Stalinschen Kehrtwende von der *Neuen Ökonomischen Politik* (NEP) zur forcierten Industrialisierung und gewaltsamen Kollektivierung. Bereits während des Bürgerkrieges von 1918–1922 war es zu gewaltsamen Übergriffen auf orthodoxe Geistliche gekommen, die als Ausdruck des leninistisch-marxistischen Atheismus ihres Wahlrechts beraubt und als Volksfeinde stigmatisiert worden waren. Zudem hatten die Bol'ševiki alle religiösen Gruppen ihres Eigentums beraubt sowie im Zuge der Hungersnot des Jahres 1922 Kirchenglocken einschmelzen, Reliquien zerstören und Ikonen stehlen lassen. Die religiöse Erziehung wurde aus den Schulen verbannt und auf Personen über 18 Jahre

York 1993, S. 84–96. – R.W. Davies, M. Tauger, S.G. Wheatcroft: Stalin, Grain Stocks and the Famine of 1932–1933, in: Slavic Review, 54/1995, S. 642–657.

beschränkt. Auch religiöse Praktiken standen seit Beginn der 1920er Jahre unter strenger Überwachung durch Verwaltungs- und Polizeiabteilungen. Schon bald mußte jede religiöse Assoziation die Genehmigung zur Registrierung einholen, Verträge zur Nutzung von Kirchengebäuden abschließen und die Erlaubnis für außergottesdienstliche Kirchenversammlungen einholen. Damit bahnte sich die Sowjetregierung früh den Weg, um bestimmte Kirchenfraktionen zu bevorzugen, andere willkürlich diskriminieren zu können.

Diese Maßnahmen wurden 1929 mit der Verabschiedung neuer Gesetze zur Religion entscheidend verschärft.<sup>9</sup> Zunächst beschränkte die Staatsführung mit dem Verbot jeglicher "religiösen Propaganda" Religion auf den enggefaßten "Vollzug des Kultes".<sup>10</sup> Zugleich wurde in den Schulen die atheistische Propaganda obligatorisch:

Der militante Angriff auf die Religion muß einen systematischen Charakter einnehmen [. . .], um unter den Schülern und Studenten eine eindeutige materialistische Mentalität herauszubilden.<sup>11</sup>

Der kanonischen Organisation der Russisch-Orthodoxen Kirche blieb fortan jede Anerkennung verweigert, so daß sich die Kirche in den Augen des sowjetischen Gesetzes bloß noch auf eine Sammlung lokaler "religiöser Assoziationen" reduzierte. Der Klerus aller Ränge, vom Diakon bis hin zum Patriarchen, wurde zu einer einzigen Kategorie der "Diener des Kults" zusammengefaßt und deren Schicksal in die Hände von mindestens zwanzig, in der Ukraine von mindestens fünfzig Laien gelegt. Nur sie waren fortan zur Bildung einer lokalen "religiösen Assoziation" berechtigt. Die Auflagen für die Genehmigung von Versammlungen wurden drastisch erhöht. Der Hauptangriff auf die Kirchen aber erfolgte auf gesetzlichem Wege durch eine erdrückende Steuer, die viele Priester und Gemeinden rasch ruinierte und Anlaß bot, ihnen die weitere Zulassung zu verweigern.

Schließlich wüteten noch die Einheiten des *Sojuz vojnstvujuščich bezbožnikov* (Union der Militanten Gottlosen), die in der Ukraine 1927 unter dem Namen *Spilka bezvirny-kiv Ukrainy* ("Union der Gottlosen der Ukraine") ihre antikirchlichen Aktivitäten betrieben.<sup>12</sup> Ihre antikirchliche Hetze erreichte im Winter 1929/30 unionsweit einen Höhepunkt. Mit Unterstützung der staatlichen Massenmedien und gewalttätiger Angriffe auf Kirchenvolk, Geistliche und Kirchengebäude erreichten sie die Schließung Hunderter Kirchen in der ganzen Sowjetunion sowie die Verhaftung und Deportation zahlloser Geistlicher. Viele Priester versuchten, sich und ihre Familien zu retten, indem sie ihren geistlichen Stand aufgaben und sogar ihrer Religion entsagten. Hatten

Als Überblick Nikolaus Werth: Le pouvoir soviétique et L'Église orthodoxe de la collectivisation à la Constitution de 1936, in: Revue d'Études Comparatives Est-Ouest, 24/1993, S. 41–50. – Michail Vital'evič Škarovskij: Die russische Kirche unter Stalin in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts, in: Manfred Hildermeier (Hg.): Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg. Neue Wege der Forschung. München 1998, S. 233–254. – D. Pospielovsky: The Russian Church under the Soviet Regime 1917–1982. Bd. 1, New York 1984. – John Shelton Curtiss: Die Kirche in der Sowjetunion (1917–1956). München 1957.

Bohdan Bociurkiw: Soviet Church Policy in the Ukraine, 1919–1939. Unveröffentlichte Dissertation in 2 Bänden, Bd. I. Chicago, Illinois 1961, S. 164.

Anordnung der Narkompros der RSFSR vom 28.3.1929. Zitiert nach Vladimir Gsovsky: Church and State behind the Iron Curtain. New York 1944, S. 22.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> T.M. Jevsejeva: "Bezbožna p'jatyricka". Dijal'nist' Spilky vojovnyčych bezvirnykiv, in: V.A. Smolij u.a. (Hg.): Holod 1932–1933 rokiv v Ukraïni: pryčyny ta naslidky. Kyïv 2003, S. 656–675.

davon in der Ukraine in den Jahren 1927–1929 rund 600 Priester Gebrauch gemacht, waren es allein im Winter 1929/30 fast 2000.<sup>13</sup>

Diese Kombination aus diskriminierender Gesetzgebung, administrativer Willkür, Polizeiterror und antireligiöser Agitation mit ihrem Höhepunkt 1929/30 traf sämtliche Religionsgruppen in der ganzen Sowjetunion in gleicher Weise. Es stellt sich daher die Frage, ob und inwiefern die sowjetische Politik gegenüber den Kirchen in der Ukraine Besonderheiten aufwies.

## Die Verfolgung der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche

Die Situation der Ukrainischen Kirche in den 1920er Jahren hätte unübersichtlicher kaum sein können. 14 Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches war sie innerlich zerrissen. Bald folgte auch die organisatorische Zersplitterung. 15 Das Schicksal des ukrainischen Exarchats der Russisch-Orthodoxen Kirche, das die größte Anhängerschaft in der Ukrainischen SSR hatte, stand in engem Zusammenhang mit der Mutterkirche und deren Patriarchat in Moskau. Nach dem Tod des Patriarchen Tichon 1925 verhinderte die Sowjetregierung eine Wiederbesetzung des Patriarchenstuhls. Statt dessen wurde mit allen Mitteln versucht, die Kirche durch Agitation, Neugründungen, Verhaftungen und Deportationen von Priestern zu zermürben. Erst als sich 1927 mit Metropolit Sergej (Stragorodskij) ein *locum tenens*, ein Patriarchatsverweser fand, der sich auf Druck der OGPU (*Ob''edinennoe gosudarstvennoe političeskoe upravlenie*, Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung) zu einer bedingungslosen Loyalität gegenüber dem sowjetischen Staat bereit erklärte, änderte sich die Politik – wenn auch nicht für lange.

Doch die vorübergehende Atempause reichte aus, um dem Kiever Metropoliten Michael, Exarch der Patriarchatskirche in der Ukraine, die Rückkehr in sein Amt zu ermöglichen und die zu diesem Zeitpunkt fast auseinandergefallene Kirche wieder neu zu organisieren – freilich nur, weil auch er dem sowjetischen Staat seine bedingungslose Loyalität zugesagt hatte. <sup>16</sup> Nach seinem Tod im März 1929 folgte ihm der

Martyolohija Ukraïns'kych Cerkov u Cotyr'och Tomach. Hg. v. Osyp Zinkevyč, Oleksander Voronyn. Toronto 1987, hier: Bd. 1: Ukraïns'ka Pravoslavna Cerkva. Dokumenty, materijaly, chrystyjans'kyi samvydav Ukraïny, S. 1031.

Friedrich Heyer: Kirchengeschichte der Ukraine im 20. Jahrhundert. Von der Epochenwende des Ersten Weltkrieges bis zu den Anfängen in einem unabhängigen ukrainischen Staat. Göttingen 2003. – V. Paščenko: Pravoslavna cerkva v Ukraïni: period 1921–1945 rr., in: A. Kolodnyj, V. Klymov (Hg.): Istorija Relihiï v Ukraïni. Kyïv 1999, hier: Bd. 3: Pravoslavja v Ukraïni, S. 394–443.

Bohdan Bociurkiw: The Church and the Ukrainian Revolution: The Central Rada Period, in: Taras Hunczak (Hg.): Ukraine, 1917–1921, A Study in Revolution. Cambridge, Mass. 1977, S. 221–246. – Ders.: Ukrainization Movements within the Russian Orthodox Church and the Ukrainian Autocephalous Orthodox Church, in: Harvard Ukrainian Studies, 3–4/1979–80, I: S. 92–111. – Ders.: The Issues of Ukrainization and Autocephaly of the Orthodox Church in Ukrainian-Russian Relations, 1917–1921, in: Peter J. Potichnyj u.a. (Hg.): Ukraine and Russia in Their Historical Encounter. Edmonton 1992, S. 245–273. – J. Reshetar: Ukrainian Nationalism and the Orthodox Church, in: Slavic Review, 10/1951, S. 39–49.

Andrej Starodub: Ekzarch Ukraïny Mytropolyt Michaïl (Ermakov) (1862–1929): dejaki aspekty ostann'oho periodu dijal'nosti ta obstavyny smerti, in: Naukovi zapysky. Zbirnyk prac' molodych včenych ta aspirantiv 9/2003, S. 448–485.

Charkiver Erzbischof Konstantin (Djakov) in dem Amt des Exarchen, das dieser – und dies ist das eigentlich Erstaunliche – über die heftige Antireligionskampagne der Jahre 1929 und 1930 bis zu seiner Verhaftung 1937 wahrnehmen konnte. Zu diesem Zeitpunkt bestand die Russisch-Orthodoxe Kirche in der Ukraine jedoch nur noch aus wenigen versprengten und zermürbten Gemeinden; die meisten Bischöfe waren bereits deportiert oder erschossen worden. Doch anders als die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche überlebte der Ableger der Russisch-Orthodoxen Kirche in der Ukraine immerhin das Jahr 1930. Noch glimpflicher kam die Patriarchatskirche in Moskau davon, die die gesamte Stalin-Zeit überstand.

Ein ähnliches Los teilte die 1923 in Rußland gegründete und 1925 auch in der Ukraine eingeführte Erneuerungskirche; ihre Anhänger wurden Obnovlency, ihre Bewegung Obnovlenčestvo genannt. Auch sie, die wegen ihrer stark laienorientierten Ausrichtung zuweilen als Synodalkirche bezeichnet wurde, überlebte die 1930er Jahre in der Ukraine nicht, während ihre Mutterkirche in Rußland noch bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges als Rumpferscheinung fortbestehen konnte. Das Schicksal dieser Kirche mag auf den ersten Blick besonders erstaunen, da sie seit ihrer Gründung als Lieblingskind der Sowjetregierung und der OGPU behandelt wurde und Mitte der 1920er Jahre erheblich zur Zerstörung der Russisch-Orthodoxen Kirche beigetragen hatte. Doch mit der Loyalitätserklärung der Patriarchatskirche von 1927, die sie zu einem gefügigen Instrument der Sowjetregierung gemacht hatte, verlor die Regierung ihr Interesse an der Erneuerungskirche und entzog ihr die Unterstützung, wodurch sie rasch eine große Zahl ihrer Anhänger an die Russisch-Orthodoxe Kirche oder an ihr ukrainisches Exarchat verlor. Gleichwohl konnte das Oberhaupt der Erneuerungskirche, Metropolit Pimen, bis zu seiner Verhaftung und Deportation 1937 im Amt bleiben. Erst 1943 wurde die Kirche zur Selbstauflösung gezwungen, über ein Jahrzehnt später als die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche.<sup>18</sup>

Die ukrainische "Nationalkirche" wurde von Teilen der ukrainischen geistlichen Nationalbewegung wenige Jahre nach der Oktoberrevolution gegründet.<sup>19</sup> In ihrem Selbstverständnis knüpfte sie an die Zeit des 16. und 17. Jahrhunderts an, als die orthodoxe Kirche in den ukrainischen Gebieten dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel unterstellt war und de facto unabhängig agieren konnte. Sie war unter allen orthodoxen Kirchen Ende der 1920er Jahre die einzige Kirche, deren Jurisdiktion sich ausschließlich auf das ukrainische Territorium beschränkte. Zudem trat sie unverhohlen für nationale Belange ein, darunter für die ukrainische Sprache in Gottesdiensten und Gebetsbüchern. Auch auf ihrer Entstehungsgeschichte lastete keine leichte Hypothek: Zum einen hatte sie sich aus der russisch-imperialen Umklammerung gelöst, so daß sie von einer entschieden antirussischen Ausrichtung geprägt war.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Bociurkiw, Soviet Church Policy [Fn. 10], Bd. II, S. 398.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Zur Erneuerungskirche siehe die bereits in Fn. 17 genannten Arbeiten sowie Bociurkiw, Soviet Church Policy [Fn. 10], Bd. I, S. 404–452.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Zur Entstehungsgeschichte der Ukrainischen Autokephalen Kirche vgl. Ricarda Vulpius: Der Kirchenkampf in der Ukraine als Beispiel für Sakralisierung der Nation und Nationalisierung der Religion (1917–1921), in: Martin Schulze Wessel (Hg.): Nationalisierung der Religion und Sakralisierung der Nation im östlichen Europa im 19. und 20. Jahrhundert. Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropas. i. E. 2005. – Dies.: Ukrainische Nation und zwei Konfessionen. Der Klerus und die ukrainische Frage 1861–1921, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 49/2001, S. 240–256.

Zum anderen gelang ihre Gründung nicht zuletzt mit Hilfe der für kurze Zeit existierenden unabhängigen ukrainischen Regierung.<sup>20</sup> Damit folgte sie einem alten Muster der Orthodoxie, wonach immer dann, wenn ein orthodox geprägtes Volk staatliche Unabhängigkeit erlangt hatte, sich auch die Kirche in institutioneller und sozialer Hinsicht zu einer "Nationalkirche" entwickelte (dies gilt für die Kirchen Rußlands, Serbiens, Griechenlands, Bulgariens, Georgiens, Rumäniens und Mazedoniens).

Dieser Nationalisierung der Religion hatte die Sowjetregierung positiv gegenübergestanden, solange sie daraus einen Nutzen zur Schwächung der Hauptkirche, der Patriarchatskirche, ziehen und mithin die allgemeine kirchliche Zersplitterung fördern konnte. Zudem nutzten die Bol'ševiki aufgrund ihrer noch schwachen Stellung in der Ukraine anfangs jede Chance, die ukrainische *Intelligencija* und vor allem die Bauernschaft für sich und ihre Ziele einzunehmen. Als die autokephale Bewegung jedoch immer mehr Anhänger gewann und sich aus einer kontrollierbaren Gruppe eine tatsächliche "Nationalkirche" zu entwickeln drohte, schwenkte die sowjetische Regierung auf einen neuen Kurs ein, der die Schwächung und Repression der Kirche zum Ziel hatte sowie den Versuch, kircheninterne Kontrolle zu erlangen.<sup>21</sup>

Ab 1922 wurde in der Presse immer wieder die Anklage erhoben, die autokephale Kirche wirke konterrevolutionär und kooperiere mit den nationalistischen "Petljura-Leuten". Als schließlich der Wunsch der Regierung nicht aufging, die Ukrainische Autokephale Kirche mit der von der OGPU weitgehend kontrollierten Erneuerungskirche zu fusionieren, wurde 1926 das Kirchenoberhaupt Metropolit Lypkivs'kyj kurzerhand verhaftet, der Kirchenrat aufgelöst und eine Fortexistenz der Kirche an die bedingungslose Loyalität und Kooperation mit dem Sowjetregime geknüpft. In der Kirche gewannen diejenigen die Oberhand, die eine vollständige Liquidation verhindern wollten und daher für die Akzeptanz der sowjetischen Bedingungen plädierten. Metropolit Lypkivs'kyj kam daraufhin frei, allerdings nur, um kurze Zeit später – im Herbst 1927 – auf Druck der ukrainischen GPU als Metropolit endgültig abgesetzt zu werden.<sup>22</sup>

Die neu gewählte Kirchenführung unter dem Metropoliten Mykola Borec'kyj war damit in einer ähnlichen Lage wie der Exarch Michael und sein Nachfolger Exarch Konstantin von der Russisch-Orthodoxen Kirche in der Ukraine. Beide Kirchenleitungen hatten Loyalitätserklärungen gegenüber dem Sowjetregime unterschrieben, in beiden Fällen war an eine freie Ausübung ihrer Religionstätigkeit nicht mehr zu denken. Während jedoch der Exarch der ROK in der Ukraine und die meisten der Bischöfe zumindest formal ihre Ämter behalten konnten, strebte die Sowjetregierung ab 1927/28 eine Liquidierung der gesamten Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche an. 1928 wurden Publikationen der Kirche eingestellt, zahlreiche Kirchen geschlossen sowie eine Reihe von Priestern und zwei Bischöfe verhaftet und depor-

Bohdan Bociurkiw: The Autocephalous Church Movement in Ukraine: The Formative Stage (1917–1921), in: The Ukrainian Quarterly, 16/1960, S. 211–223. – Ders.: The Rise of the Ukrainian Autocephalous Orthodox Church, 1919–1922, in: Geoffrey A. Hosking (Hg.): Church, Nation, and the State in Russian and Ukraine. Edmonton 1990, S. 228–249.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Bohdan Bociurkiw: Soviet Religious Policy in Ukraine in Historical Perspective, in: M. Pap (Hg.): Some Aspects of Tsarist and Soviet Colonial Practices: Russian Empire. Cleveland 1985, S. 95–112.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Zu den Ereignissen aus der Perspektive des Metropoliten: Die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche. Erinnerungen des Metropoliten Vasyl' K. Lypkivs'kyj. Hg. v. Rudolf Armstark. Würzburg 1982.

tiert. 1929 hielt die GPU den Zeitpunkt für gekommen, die Angriffe auf die autokephale Kirche zu verstärken. Im Zuge der Massenverhaftungen der ukrainischen *Intelligencija* wurden nicht nur weitere Bischöfe, sondern vor allem Hunderte Priester und Laienführer der autokephalen Kirche verhaftet – darunter auch der ideologische Kopf der Kirche und ehemalige Premierminister der Direktoriumsregierung von 1918/19, Volodymyr Čechivs'kyj.

Im November 1929, nachdem der Kirchenrat und alle Gemeinden bereits den Befehl erhalten hatten, ihre Aktivitäten einzustellen, erfolgte die offizielle Erklärung: Die GPU habe eine konterrevolutionäre Organisation mit dem Namen *Spilka Vyzvolennija Ukraïny* (Union zur Befreiung der Ukraine) entdeckt und liquidiert. Das Ziel dieser Organisation sei es gewesen, durch einen bewaffneten Aufstand und mit ausländischer Hilfe zum kapitalistischen System in Form einer "Ukrainischen Nationalen Republik" zurückzukehren. Ihre antisowjetische Propaganda habe die Union nicht zuletzt unter der Jugend durch die Hilfsorganisation *Spilka ukraïns'koï molodi* (Union der Ukrainischen Jugend) verbreitet. Unter den Anführern der "Petljuristischen Organisation" hätte sich unter anderem der Chefideologe der autokephalen Kirche, Volodymyr Čechivs'kyj, befunden.<sup>23</sup>

Zeitgleich mit der Intensivierung der Kollektivierungspolitik und im Einklang mit dem skizzierten Frontalangriff auf alle religiösen Institutionen folgte der finale Schlag: Die Ukrainische Autokephale Kirche, zur Einberufung einer außerordentlichen Versammlung gezwungen, mußte Ende Januar 1930 mit einem von der GPU vorbereiteten Text ihre Selbstauflösung beschließen.<sup>24</sup> Wenige Wochen später, vom 9. März bis 19. April 1930, wurde im Charkiver Opernhaus ein Prozeß gegen die angeblichen Konterrevolutionäre der Union zur Befreiung der Ukraine eröffnet. Diesem Prozeß, aufgrund der 45 Angeklagten auch der Prozeß der 45 genannt, gab die Parteiführung eine breite Öffentlichkeit. Er gilt daher als erster politischer Schauprozeß der Stalinzeit. 25 Zwanzig der 45 Angeklagten waren Priester oder Söhne von Priestern, nur die Brüder Volodymyr und Mykola Čechivs'kyj und der Priester Kostjantyn Tovkač standen in direkter Verbindung zur autokephalen Bewegung. Die erzwungene Selbstauflösung der Autokephalen Kirche wenige Wochen zuvor, verbunden mit der diktierten Verurteilung der eigenen Vergangenheit, hatte zweifellos zum Zweck, den Anklägern Material an die Hand zu geben und die Anklage damit erheblich zu erleichtern.<sup>26</sup> Zwar saßen neben der Autokephalen Kirche noch andere Institutionen auf der Anklagebank. Doch wurde der Kirche und ihren angeklagten Vertretern die entscheidende Rolle für den geplanten Aufstand zugeschrieben. Sie habe die Verbindung zwischen der Union zur Befreiung und den Volksmassen dargestellt und damit das "Hauptzen-

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Robert S. Sullivant: Soviet Politics and the Ukraine, 1917–1957. New York, London 1962, S. 174

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Dazu Bociurkiw, Soviet Church Policy [Fn. 11], Bd. I, S. 280–285.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Der vorherige Schauprozeß von 1928 gegen die Leitung der Kohlengruben von Šachty ("Šachty-Prozeß") wurde gemeinhin als ein wirtschaftlicher Prozeß angesehen.

Bociurkiw, Soviet Church Policy [Fn. 11] Bd. I, S. 284. – Große Teile des Prozesses wurden veröffentlicht in der Pravda 27.2.–21.4.1930 und im Buch Spilka Vyzvolennja Ukraïny. Stenohraficnyj zvit sudovoho procesu. Charkiv 1931. – Auszüge in: Petljurivščyna pered proletars'kym sudom ("Spilka Vyzvolennja Ukraïny"). Winnipeg 1930. – Die Dokumente finden sich in: Volodymyr Prystajko, Jurij Šapoval (Hg.): Sprava "Spilky Vyzvolennja Ukraïny". Kyïv 1995.

trum der aufständischen Bewegung",²² das "zuverlässigste organisatorische Rückgrat [...] und den mächtigsten Agitations- und Propagandaapparat der Union zur Befreiung" gebildet²8 – kurzum, sie sei die "politische Zitadelle der Petljurovščina" gewesen.²9 Čechivs'kyj wurde wahrscheinlich aufgrund seiner einstigen Bedeutung als Premierminister der ukrainischen Direktoriumsregierung die Rolle eines teuflischen Spiritus Rector der Kirche zugewiesen, über den die Union zur Befreiung angeblich jeden Schritt der Kirche hätte dirigieren können.³0

Dennoch endete der Prozeß mit Strafen, die für die Zeit noch milde wirkten. Nur neun der Angeklagten erhielten Gefängnis- und Deportationsstrafen, darunter alle drei autokephalen Kleriker.<sup>31</sup> Keiner überlebte jedoch die Deportation oder die Lagerzeit; Čechivs'kyj wurde 1937 erschossen, sein Bruder, Priester Mykola M. Čechivs'kyj erhielt zunächst drei Jahre Isolierungshaft, bevor er nach Sibirien deportiert wurde und dort im Lager starb. Priester Konstjantyn Tovkač wurde zu fünf Jahren Haft in einem politischen Sonderlager mit "strenger Sicherungsverwahrung" verurteilt; auch er kehrte nicht zurück.<sup>32</sup> Die Verhaftungen, Deportationen und Erschießungen der meisten übrigen hochrangigen Mitglieder der Autokephalen Kirche, darunter Metropolit Borec'kyj, erfolgten im Gegensatz zum medienwirksam inszenierten *Prozeß der 45* sehr unauffällig.

Im Jahr der erzwungenen Auflösung der autokephalen Kirche ließ die Sowjetregierung zwar zu, daß einige ihrer Mitglieder sich auf einer zweiten außerordentlichen Versammlung zu einer Neugründung zusammenfinden durften, die in ihrem Namen nicht mehr den politisch verdächtigen Begriff "autokephal" trug. Doch handelte es sich lediglich um eine verlängerte Agonie der Kirche, die wohl vor allem dazu diente, das Protestpotential letzter verbliebener Gemeinden unter strenger Kontrolle des NKVD zu halten. 1934 gab es nur noch vier Gemeinden, 1936 wurde die letzte aufgelöst.<sup>33</sup>

# Von der Korenizacija zum Terror

Die Besonderheiten der sowjetischen Politik gegenüber der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche liegen auf der Hand. Obwohl sich die Kirche wie auch die Erneuerungskirche und die Patriarchatskirche vollständig unterworfen hatte, wurde sie bereits 1930 zur Auflösung gezwungen. Die von der GPU diktierte Resolution zur Selbstauflösung enthielt bemerkenswerte Gründe: Das Prinzip der Autokephalie sei

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Pravda 11.3.1930 und vom 19.3.1930.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Zit. nach D. Ihnatiuk: Ukraïns'ka avtokefal'na cervka i Sojuz Vyzvolennja Ukraïny. Charkiv, Kyïv 1930, S. 23.

Der damalige Generalsekretär des ZK der KP(b)U, D.Z. Manuil'skij, fand diese letzte Bezeichnung für die autokephale Kirche. Zit. nach Jurij Šapoval: Der russische Nationalismus und die Herrschaft Stalins, in: Hildermeier, Stalinismus [Fn. 9], S. 291–306, hier S. 300.

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Bociurkiw, Soviet Church Policy [Fn. 10], Bd. I, S. 285/286.

Keiner der Angeklagten wurde zum Tode verurteilt. Selbst bei einem der Hauptangeklagten, bei Volodymyr Čechivs'kyj, wurde die Todesstrafe in eine zehnjährige Gefängnisstrafe mit "strikter Isolierung" umgewandelt.

Mytrofan Javdas': Ukraïns'ka Avtokefal'na Pravoslavna Cerkva. Dokumenty dlja istoriï Ukraïns'koï Avtokefal'noï Pravoslavnoï Cerkvy. München 1956.

Bociurkiw, Soviet Church Policy, Bd. I, 288–294; – ders.: The Soviet Destruction of the Ukrainian Orthodox Church 1929–1936, in: Journal of Ukrainian Studies, 12/1987, S. 3–21.

von Anfang an ein Symbol der "Petljuristischen Unabhängigkeit" gewesen, die Ukrainisierung des Kirchenlebens habe als Mittel zur "Aufstachelung nationalen Hasses" gedient. Schließlich sei das von der autokephalen Kirche betonte Prinzip des Konziliarismus – also der demokratischen Strukturierung ihres Kirchenlebens – nichts anderes als ein "demagogisches Mittel zur politischen Einflußnahme" gewesen.<sup>34</sup>

Die ersten beiden Vorwürfe weisen deutlich darauf hin, daß es der nationalukrainische Charakter der Kirche war, den die Sowjetregierung als nicht mehr tragfähig ansah. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch den *Spilka*-Prozeß, in dem einerseits die Autokephale Kirche und andererseits die Ukrainische Akademie der Wissenschaften angegriffen wurden. Beiden Institutionen beziehungsweise einigen ihrer wichtigsten Mitglieder legten die Prozeßführer konterrevolutionäre Tätigkeit mit ukrainischem Anstrich zur Last – und brachen damit den beiden wichtigsten verbliebenen intellektuellen ukrainischen Zentren das Rückgrat.

Bei allen übrigen Gemeinsamkeiten der militanten sowjetischen Politik gegenüber den Kirchen im gesamten Imperium läßt sich daher für die Ukraine sehr deutlich der Versuch ablesen, die intellektuelle und institutionelle Basis der ukrainischen Nation zu eliminieren. Als Gründe für eine solche dezidiert antiukrainische Politik um die Jahreswende 1929/30 sollen hier fünf Überlegungen angeführt werden, von denen freilich bislang keine auf einer eindeutigen, quellengesicherten Basis beruht. Bis heute ist das Gerücht nicht einwandfrei belegt, daß die Russisch-Orthodoxe Kirche als Gegenleistung für ihre Unterschrift unter die bedingungslose Loyalitätserklärung von 1927 gefordert hatte, daß ihre Autorität über die orthodoxen Kirchen in allen nichtrussischen Sowjetrepubliken wiederhergestellt würde.35 Aber selbst wenn es ein solches Abkommen nicht gegeben hat, hätte das Mißtrauen der Stalin-Führung gegenüber jeglichem Partikularismus - insbesondere nachdem Stalin 1928 seine Macht gefestigt hatte - das sowjetische Interesse an einer Auflösung der Autokephalen Orthodoxen Kirche genährt. Die Zusammenführung verschiedener orthodoxer Gruppen unter dem Dach eines strikt überwachten Kirchenzentrums versprach eine effizientere Kontrolle als die Aufsicht über zahlreiche Splittergruppen.<sup>36</sup>

Die ukrainische Nationalkirche mußte den Bol'ševiki ein besonderer Dorn im Auge sein, hatte sie sich doch erfolgreich gegen die Zwangsfusion mit der Erneuerungskirche gewehrt. Die Autokephale Kirche bietet ein weiteres Beispiel für die These, daß im sowjetischen Zentrum erdachte Pläne bei weitem nicht maßstabsgetreu umgesetzt werden konnten, sondern auf zum Teil erheblichen Widerstand stießen, der die Regierung zur Verschärfung ihres Vorgehens zwang. Ein dritter möglicher Grund für die

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Zitiert nach Bociurkiw, Soviet Church Policy [Fn. 11], Bd. I, S. 282.

Die russische Emigrantenzeitung Za svobodu wurde von der autokephalen Zeitung Dnipro (1.5.1930, S. 3) mit dieser Vereinbarung zitiert. Bociurkiw, Soviet Church Policy [Fn. 11], Bd. I. S. 275.

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Ende der dreißiger Jahre trat ein weiterer Aspekt ins Blickfeld des sowjetischen Regimes, der sich zugunsten der Patriarchatskirche auswirkte: die Kirche als politische Waffe im Zuge der Expansionspolitik von 1939. Hier erwies sich die Kirche als geeignetes Instrument sowohl zur national-patriotischen Mobilisierung nach innen als auch dafür, durch die gezielte Stärkung der Kirche in den Kriegsjahren die westlichen Alliierten mit dem Schein religiöser Toleranz zu blenden. Schließlich ließ sich die Russisch-Orthodoxe Kirche zur propagandistisch ausgeschlachteten und erzwungenen "Wiedervereinigung" der unierten Gläubigen in den eroberten Gebieten mit der orthodoxen Kirche instrumentalisieren. – Vgl. Bociurkiw, Soviet Religious Policy in Ukraine in Historical Perspective [Fn. 22], S. 99.

sowjetische Entscheidung zur Auflösung der Autokephalen Kirche mag die Feindschaft der Bol'ševiki gegenüber einer erstarkten "modernisierten" Kirche gewesen sein, wie sie die Autokephale Kirche mit ihren zahlreichen Neuerungen in Ritus, Sprache und Selbstorganisation darstellte.<sup>37</sup> Schon Lenin hatte in einer solchen Religion ein weitaus gefährlicheres Hindernis zur Realisierung der kommunistischen Pläne gesehen als in einer "primitiven", "obskuren" und "korrupten" Religion, wie sie in den Augen des Parteichefs zweifellos von der Russisch-Orthodoxen Kirche der späten Zarenzeit verkörpert wurde.

Als noch bedrohlicher dürfte viertens die Gefahr einer potentiellen Führungsrolle der nationalen Geistlichen im Falle eines etwaigen bäuerlichen Widerstandes gegen die Kollektivierung eingeschätzt worden sein. Dieser Aspekt ist in der bisherigen Forschung zur Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche erstaunlicherweise wenig berücksichtigt worden. Dabei gab es für die sowjetische Führung in dieser Hinsicht genügend Anlaß zur Sorge. Schon die Russisch-Orthodoxe Kirche mit Patriarch Tichon an ihrer Spitze hatte knapp zehn Jahre zuvor anläßlich der ersten verheerenden Hungersnot von 1921/22 scharfe Kritik an der Sowjetregierung geübt und damit den Bauern die Kirche zumindest als geistigen Schutzraum angeboten. Tatsächlich war die Symbiose von bäuerlicher und religiös-kirchlicher Welt für die Kommunisten von Anfang an ein Grund, die Bauern- und Kirchenkultur mit ihren sich zum Teil überlappenden Traditionen gemeinsam zu attackieren. Die Kirche blieb – jenseits des Kampfes der Kommunisten gegen die Religion auf ideologischer Ebene – als soziale Schlüsselinstitution der Bauern das antithetische Symbol zum gewünschten sowjetischen Alltag:

Die Kirche gehörte der Gemeinde, indem sie als eine Ikone der Geschichte und der Traditionen des Dorfes und größerer Lebensstationen von der Geburt über die Hochzeit bis zum Tod diente.<sup>38</sup>

Mit der Kampfansage an die bäuerliche Kultur, die von den Bol'ševiki als Inbegriff der Rückständigkeit betrachtet wurde, mußte ein Generalangriff auf die Stützen dieser Kultur erfolgen. Die Nutzung von Kirchen als sozialistische Klubs und Lesehütten, als Lagerhallen für Getreide oder als Schwimmbäder, die Umwidmung der Feiertage – vom Tag des Schutzes der Heiligen Jungfrau (*Pokrov*) zum Tag der Kollektivierung, vom Tag des Elias zum Tag der Elektrifizierung und von Ostern zum Tag der Ersten Ackerfurche – vermitteln einen Eindruck vom umfassend geführten Kulturkampf der Bol'ševiki. Die angeordneten Erschießungen aufgereihter Ikonen und ihr Ersatz durch überlebensgroße Kultbilder Lenins oder Stalins veranschaulichten überdies den kommunistischen Versuch, die neue 'Religion', die Ersatzreligion gleich mitzuliefern. Nicht weniger markant wirkte das Einschmelzen der Kirchenglocken für industrielle Zwecke – ein Akt, der die Transmutation von Symbolen der Bauernkultur zu solchen der neuen, mechanisierten sowjetischen Kultur demonstrierte.<sup>39</sup>

Im Falle der nicht-russischen Peripherie kam hinzu, daß sich für die traditionell orthodoxen Bauern zum Gegensatz von Kirche und Bolschewismus der nationale Faktor

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Bohdan Bociurkiw: The Ukrainian Autocephalous Orthodox Church, 1920–1930: A Case Study in Religious Modernization, in: D. Dunn (Hg.): Religion and Modernization in the Soviet Union. New York 1978, S. 310–347.

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Lynne Viola: Peasant Rebels under Stalin. Collectivization and the Culture of Peasant Resistance. New York 1996, S. 39.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Ebd., S. 42.

gesellte. Für die Ukraine legen die Berichte der GPU an die Parteiführung vom Winter 1929/30 offen, daß das brutale und ideologisch motivierte Vorgehen der Vollstrecker der Kollektivierung von den Bauern als russisch-imperiales Eindringen im sowjetischen Gewande empfunden wurde. So wie 1917 vielen ukrainischen Bauern die Parole "Los von St. Petersburg" geradezu als Heilsversprechen erschienen war, zeigte sich bereits 1929/30 das bäuerliche Potential, den Ausweg aus der Bedrohung durch "Entkulakisierung" und Kollektivierung in einem "Los von Moskau", in der Wiederherstellung einer unabhängigen Ukraine oder in der Emigration ins polnisch beherrschte Galizien zu sehen.<sup>40</sup>

Auch die Bol'ševiki nahmen die Anhänger einer ukrainischen Nation, die Kirche und die Bauern, als eine Allianz wahr. So konstatierte Vsevolod Balickij, seit 1932 Leiter der GPU in der Ukraine, in einem Bericht an die Parteileitung über die Kollektivierung im Februar und März 1930 in Kreisen der Widerspenstigen "eine antisowjetische Agitation von seiten der Petljura-Elemente, Popen und Kulaken".<sup>41</sup> Zudem ist bezeichnend, daß die Anklage beim *Spilka*-Prozeß vom März 1930 besonders die "schädliche" Aktivität der autokephalen Kirche *auf dem Lande* hervorhob. Hier habe "der autokephale Klerus national-politische Samen gesät",

die nationalen Elemente, die in offener Feindschaft zum sowjetischen Regime standen, um die Kirche herum versammelt und diese Elemente gegen [das Regime] und seine Maßnahmen gerichtet.<sup>42</sup>

Mindestens in der Wahrnehmung des jeweils anderen liefen weltanschauliche und nationale Konfliktlinien zusammen. Waren die religiösen Institutionen als Teil des bäuerlichen Lebens der Sowjetführung ohnehin suspekt, so ließ dies die nationalkirchlich organisierte ukrainische Geistlichkeit in den Augen der Sowjetführung noch gefährlicher erscheinen.<sup>43</sup>

Diese "Gefahr" manifestierte sich für die Bol'ševiki auch in nackten Zahlen: Unter den von der OGPU präzise gezählten bäuerlichen Revolten im Jahr 1930 stand bereits an dritter Stelle der Protest gegen Kirchenschließungen (*nach* der Revolte gegen die Kollektivierung und gegen die Deportation von "antisowjetischen Elementen", aber noch *vor* den Aufständen gegen Lebensmittelmangel, gegen Getreiderequirierungen und Lebensmittelkonfiszierungen).<sup>44</sup> Für die Ukraine weisen die Zahlen auf erhöhte

Rapports du GPU d'Ukraine de Février-Mars 1930, in: Cahiers du Monde Russe 35/1994, S. 473–632, hier S. 550, und die Einleitung von Andrea Graziosi: Collectivisation, révoltes paysannes et politiques gouvernementales à travers les rapports du GPU d'Ukraine de Février-Mars 1930, ebd. S. 437–472. – Martin, Affirmative Action Empire [Fn. 2], S. 293f., 301. – 1917/18 war die bäuerliche Haltung in den ersten freien Wahlen mit gleichem Wahlrecht deutlich geworden: Die Mehrheit entschied sich für ukrainische Parteien.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Rapports du GPU d'Ukraine de Février-Mars 1930 [Fn. 40], S. 549.

<sup>42</sup> Pravda, 28.2.1930.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Eine andere Frage ist, ob die sowjetische Politik in dieser Zeit russifizierende Züge trug, wofür es keine Hinweise gibt.

Diese Angaben machte Politbüromitglied Grigorij K. Ordžonikidze, der ab November 1930 dem Obersten Sowjet der Volkswirtschaft der SSSR vorsaß, in einer Rede von 1930. Nach Graziosi entsprechen die Zahlen ungefähr denjenigen, die durch diplomatische Berichte, Memoiren und Berichte von Teilnehmern und Opfern ermittelt werden konnten. Bei den Angaben wurden nur kollektive Aktionen berücksichtigt. Individuelle Akte der Gegenwehr oder gar Attentate fallen nicht darunter. – Andrea Graziosi: The Great Soviet Peasant War.

Rebellion hin: Von insgesamt 13 754 Akten bäuerlichen Widerstands, welche die OGPU im Jahr 1930 registrierte, fanden 4098, also rund 30 Prozent in der Ukraine statt, im März 1930 sollen es gar 45 Prozent gewesen sein – und das bei einem ukrainischen Bevölkerungsanteil in der Sowjetunion von 19,5 Prozent. Zudem fanden die Revolten in der Ukraine fast an denselben Orten statt wie Anfang der zwanziger Jahre und 1905. Selbst den Beamten der OGPU fiel dies auf, die berichteten, daß die rebellischen Dörfer dieselben seien, welche einst die Kavallerie von Semen M. Budennyj zur Hälfte vernichtet hatten.

All dies untermauert die Einschätzung, daß mit dem Vernichtungsschlag gegen die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche von 1929/1930 einem befürchteten bäuerlichen Widerstand gegen die Kollektivierung und andere Maßnahmen unter Führung der nationalen Geistlichen zuvorgekommen werden sollte. Die Symbiose von religiös-kirchlicher und bäuerlicher Welt, die Rebellionsbereitschaft und das nationale Mobilisierungspotential ukrainischer Bauern, das sich dort bereits entlud, wo der Widerstand besonders stark war, und schließlich das gescheiterte Projekt der GPU, die ukrainische Nationalkirche mit der Erneuerungskirche zu fusionieren, ließen der GPU Repressionen notwendig und gerechtfertigt erscheinen.

Gleichwohl ist noch ein fünfter Grund denkbar, der die Inszenierung des *Spilka*-Prozesses und den damit verbundenen Schlag gegen die ukrainische Elite in Wissenschaft und Kirche erklären könnte: der innerkommunistische Zwist in der Ukrainischen SSR zwischen den "Rechts-" und "Linksabweichlern". Während in den 1920er Jahren die Politik der Ukrainisierung als ein Mittel gutgeheißen wurde, um die ukrainische Bevölkerung für die Politik der Sowjetregierung einzunehmen und mittels der ukrainischen Sprache die gesamte Bevölkerung zu erreichen, war diese "Einwurzelung" (*Korenizacija*) genannte Politik gegen Ende des Jahrzehnts immer stärker unter Beschuß geraten. Der Chef der Kommunistischen Partei der Ukraine, Stanislav Kosior, bekannt für seine kritische Haltung gegenüber dem Nationalkommunismus, warnte mehrfach vor der Herausbildung "konterrevolutionärer Kräfte". Mit dem öffentlich geführten *Spilka*-Prozeß und seiner breiten Publizität wurde ein deutliches Signal an jene Kräfte und nicht zuletzt auch an den immer noch selbstbewußt agierenden Bildungskommissar Mykola Skrypnyk gesendet, der Politik der "Ukrainisierung" engere Grenzen zu setzen.<sup>40</sup>

Die Botschaft lautete, daß "Ukrainisierung" nicht als Lizenz für Opposition gegenüber der sowjetischen Politik herhalten dürfe. Dieses oppositionelle Vorgehen aber

Bolsheviks and Peasants, 1917–1933. Harvard Papers in Ukrainian Studies. Harvard College 1996. – Gerhard Simon: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinschen Gesellschaft. Baden-Baden 1986, S. 111.

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> V.P. Danilov, Alexis Berélowitch: Les documents des VČK-OGPU-NKVD sur la campagne soviétique, 1918–1937, in: Cahiers du monde russe, 35/1994, S. 633–682. – Die Zahlen vom März 1930 finden sich bei Martin, Affirmative Action Empire [Fn. 1], S. 293. – Hinweise zu den verbreiteten bäuerlichen Unruhen in der Ukraine gibt auch Gregory L. Freeze: The Stalinist Assault on the Parish, 1929–1941, in: Hildermeier, Stalinismus [Fn. 10], S. 209–232, hier S. 222.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Detailliert zum Spilka-Prozeß: Martin, Affirmative Action Empire [Fn. 1], S. 249–260. – Martin kommt zum Schluß, daß nach dem Prozeß die Ukrainisierungspolitik zunächst weitgehend unverändert blieb, der Terror jedoch gleichzeitig zur Einschüchterung der Vollstrekker dieser Politik (der Nationalkommunisten) diente und insofern ein Signal für die Abkehr von der Korenizacija war (S. 260).

wurde im Rahmen des *Spilka*-Prozesses in den angeblichen Kontakten zu emigrierten Nationalisten und damit mittelbar in einer feindlichen Einstellung zur sowjetischen Industrialisierungs- und Kollektivierungspolitik gesehen. Wer sich zu stark ukrainischen Belangen hingab, machte sich verdächtig und sollte nicht nur in seinem Weg korrigiert werden, sondern dessen gesamte Organisation sollte als illoyal und damit staatsfeindlich gesehen werden. Auch aus diesem Grunde war der *Prozeβ der 45* wegweisend, da mit ihm zum ersten Mal öffentlich der Verrat aus nationaler Motivation thematisiert und damit die Bühne für eine neue Form des Angriffs auf nationale Ausdrucksformen eröffnet wurde.

Zudem gab die Tatsache, daß die Organisation *Spilka Vyzvolennja Ukraïny* nur in den Köpfen der sowjetischen Geheimpolizei existierte, einen Vorgeschmack auf die "Prozeßkultur", die in den folgenden Jahren aufblühen sollte. Von 1930 bis 1938 "entdeckte" die Geheimpolizei 15 angeblich konterrevolutionäre Organisationen! Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die *Spilka* tatsächlich existierte, da sie den Anschuldigungen zufolge über Jahre hinweg einen großen Teil des sowjetischen Kulturlebens kontrolliert und massiv Schulabgänger aus allen Teilen des Landes rekrutiert haben soll. Es ist schwer denkbar, daß die OGPU in den 1920er Jahren, als ihr Überwachungssystem immer engmaschiger wurde, Jahre gebraucht hätte, um eine derart präsente Bewegung aufzudecken. Hinzu kam, daß die OGPU den Vorwurf der "konterrevolutionären Arbeit" der *Spilka* selbst *im* Prozeß durch keine konkreten Beweise zu untermauern wußte und zu sogenannten "Schuldeingeständnissen" – wie im Falle des intellektuellen Anführers der Autokephalen Kirche Volodymyr Čechivs'kyj – nur durch Folter der Angeklagten gelangte.<sup>47</sup>

Zweifellos begann mit den Ereignissen 1930 die Umkehr der sowjetischen Nationalitätenpolitik. Während zuvor immer wieder der sogenannte "großrussische Chauvinismus" als Hauptfeind gebrandmarkt und die Entfaltung der anderen Nationalitäten hingegen gefördert worden war, wurde nach 1930 im *Sowjetpatriotismus* unter Einschluß von Elementen des *russischen* Nationalismus die integrierende, zentralisierende Kraft und damit die Stütze für das zunehmend totalitäre Regime gesehen. An die Stelle des Feindbildes vom "großrussischen Chauvinismus" rückte in der sowjetischen Ukraine allmählich der "ukrainische Nationalismus", wie er in den Angriffen auf ukrainische Historiker, Linguisten, Schriftsteller sowie deren national verfaßte Institutionen ab Frühjahr 1931 und gegen Skrypnyk ab September 1932 offen zutage trat. Spätestens im Dezember 1932 war der Wandel des offiziellen kommunistischen Feindbildes in der Ukraine abgeschlossen. Für das Zentralkomitee der Ukrainischen Kommunistischen Partei stellte zu diesem Zeitpunkt "der ukrainische Lokalnationalismus, der mit den imperialistischen Interventionisten verkoppelt" sei, die "Hauptge-

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Osyp Zinkevyč: Sprava Ukraïns'kovi Avtokefal'noï Pravoslavnoï Cerkvy na Procesi pilky Vzvolennja Ukraïny i ïi Likvidacija u 1930 r., in: Sucastnist', 7–8/1988, S. 218–228. – Jurij Šapoval: Nevidomi dokumenty pro UAPC z zv'jazku zi spravoju "Spilky vyzvolennja Ukraïny", in: A. Zincenko (Hg.): Ukraïns'kyj cerkovno-vyzvol'nyj ruch i utvorennja Ukraïns'koï Avtokefal'noï Pravoslavnoï Cerkvy. Materialy naukovoïkonferenciï Kyïv, 12.10.1996. Kyïv 1997, S. 163-171.

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Zu den 1931 verschärft einsetzenden Verfolgungen und Deportationen ukrainischer Gelehrter siehe: Ukraine. A Concise Encyclopedia. Hg. v. Volodymyr Kubijovyč. Toronto 1963, Bd. 1, S. 819.

fahr" dar.<sup>49</sup> Die Parallelen zur Anklage gegen die Verdächtigten des *Spilka-*Prozesses von 1930 sind nicht zu übersehen.

Dieser Wandel des Feindbildes hatte in der Ukraine einen besonderen Hintergrund. Der Wechsel von nationsbildender zu nationszerstörender Politik ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß Stalin die mit der *Korenizacija* verbundene Hoffnung aufgegeben hatte, den sowjetischen Einfluß im nahen Ausland zu stärken. Im Falle der Ukraine ging es vor allem um diejenigen Ukrainer, die in den einst zum Zarenreich gehörenden Gebieten Polens lebten und sich gegen einen Verbleib dieser Gebiete im polnischen Staat aussprechen und Moskau zuwenden sollten.<sup>50</sup> Als jedoch sichtbar wurde, daß die grenzübergreifenden ethnischen Bande nicht dazu genutzt werden konnten, die Stabilität Polens zu unterminieren, sondern umgekehrt die Furcht vor ausländischem Einfluß auf die sowjetische Ukraine wuchs, griff das sowjetische Regime zum Terror. Ein Brief Stalins vom 11.8.1932 an den Generalsekretär des ZK der Partei, Lazar' M. Kaganovič, bezeugt diese Denkweise mehr als deutlich. Der Brief wurde geschrieben, als sich bereits abzeichnete, daß die Ukraine nicht in der Lage sein würde, die überzogenen Getreiderequirierungen zu erfüllen:

Wenn wir jetzt keine Anstrengung unternehmen, um die Situation in der Ukraine zu verbessern, könnten wir die Ukraine verlieren. Denken Sie daran, daß Piłsudski kein Tagträumer ist und seine Agenten in der Ukraine um ein vielfaches stärker sind als [der ukrainische GPU-Chef] Redens und [der ukrainische Erste Parteisekretär] Kosior glauben. Denken Sie daran, daß in der Ukrainischen Kommunistischen Partei (500 *Tausend* Mitglieder, ha-ha) nicht wenige (ja, nicht wenige!) verkommene Elemente sind, bewußte und unbewußte Petljuristen, als auch direkte Agenten von Piłsudski. Sobald die Dinge sich zum Schlechteren wenden, werden diese Elemente keine Zeit verlieren, um eine Front innerhalb (und außerhalb) der Partei gegen die Partei zu eröffnen.<sup>51</sup>

Vier Monate später, am 14.12.1932, verabschiedete das Politbüro ein Dekret, das das Scheitern der Getreiderequirierungen in der Ukraine und im Nordkaukasus, wo viele Ukrainer lebten, mit dem ukrainischen nationalistischen Widerstand und der Politik der Ukrainisierung in Verbindung brachte.<sup>52</sup> Wenn der *Spilka*-Prozeß und seine Vorbereitungen von 1929/30 den Beginn des Wandels in der Nationalitätenpolitik gegen-

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> S. Kossior, P. Postyschev: Der bolschewistische Sieg in der Ukraine. Moskau 1934, S. 125. – Hier zitiert nach Gerhard Simon: Nationsbildung und Revolution "von oben". Zur neuen sowjetischen Nationalitätenpolitik der dreißiger Jahre, in: Geschichte und Gesellschaft, 8/1982, 233–257, hier S. 249. – Erst seit 1937 begann die semantische Veränderung, später auch begriffliche Verdrängung des Sowjetpatriotismus durch den Nationalismus des "großen Russischen Volkes". – Erwin Oberländer: Sowjetpatriotismus und Geschichte. Köln 1967, S. 25-27 sowie S. 58ff.

<sup>&</sup>lt;sup>50</sup> Terry Martin: The Origins of Soviet Ethnic Cleansing, in: Journal of Modern History, 70/1998, S. 813–861.

<sup>&</sup>lt;sup>51</sup> Martin, Affirmative Action Empire [Fn. 1], S. 298.

<sup>&</sup>lt;sup>52</sup> Holod 1932–1933 rokiv na Ukraïni: ocyma istorykiv, movoju dokumentiv. Kyïv 1990, S. 21.

über der Ukraine markierte, so wurde mit diesem Dekret der Wandel für abgeschlossen erklärt, die Anti-Korenizacija-Politik zumindest vorerst zum offiziellen Kurs.53 Doch trotz dieser Hinweise, die nahelegen, daß es einen engen Zusammenhang zwischen den Angriffen auf ukrainische nationale Institutionen von 1929/30, der Verfolgung der ukrainischen Elite 1932/33 sowie dem organisierten Holodomor gab, bedarf es der Prüfung, ob diese These von der Kontinuität auch mit Blick auf den Zeitraum dazwischen zu halten ist. Zwischen Frühjahr 1930 und Frühjahr 1931 schien vorerst wenig darauf hinzudeuten, daß die sowjetische Politik speziell antiukrainisch ausgerichtet war. Im Gegenteil, die Rede, die Stalin auf dem 16. Kongreß der Kommunistischen Allunionspartei im Juni 1930 hielt – dem ersten Kongreß nach dem radikalen Politikwechsel von der NEP zur Kollektivierung und forcierten Industrialisierung – ließ eine ganz andere Politik erwarten. Zwar hatte Kosior in seinem Bericht der Kommunistischen Partei der Ukraine an den Parteitag geschrieben, daß man auf dem Weg zur "Liquidierung des ukrainischen Nationalismus" weit gekommen sei. 54 Doch erhielten er und seine Gesinnungsgenossen von Stalin eine deutliche Abfuhr, als sie versuchten, mit dem Spilka-Prozeß dem ukrainischen nationalkommunistischen Kurs ein Ende zu bereiten. Stalin machte zwar keinen Hehl daraus, daß nationale Forderungen keinesfalls in Konflikt mit der sowietischen Politik kommen dürften. Doch benannte er nach wie vor den "großrussischen Chauvinismus" als Hauptgefahr und sprach sich für die Entwicklung von Sprache, Kultur und Lebensweise der Ukrainer und anderer Nationalitäten aus.

Entgegen Kosiors Hoffnungen erhielt Skrypnyk erhebliche Rückendeckung. Seine Politik der Ukrainisierung konnte er zunächst sogar psychologisch gestärkt fortsetzen, wenn auch in engeren Grenzen als zuvor. Damit stellt sich die Frage, welche Motive Stalins Position vom Juni 1930 bestimmten und ob sie der These zuwiderlaufen, es gebe einen Zusammenhang zwischen der Kirchenverfolgung, dem Vorgehen gegen die Intelligenz der Ukraine und dem *Holodomor*. Eingedenk des berüchtigten *Pravda*-Artikels Stalins "Vor Erfolgen vom Schwindel befallen" vom 2.3.1930, in dem er verkündete, die Exzesse der Kollektivierung und Kirchenbekämpfung seien sofort zu stoppen, und die lokalen Kader für die Exzesse verantwortlich machte, liegt eine Analogie zu seinem Verhalten auf dem 16. Parteitag der Kommunistischen Allunionspartei nahe. In beiden Fällen wählte Stalin eine Taktik des "Zwei Schritte vor, einen zurück".

Auf einen brachialen Feldzug folgte jeweils eine trügerische Pause. Es liegt nahe, davon auszugehen, daß die Bauern angesichts der noch ausstehenden Ernte zur Kooperation angehalten und die Beziehungen zwischen Partei und Bauern nicht weiter belastet werden sollten.<sup>55</sup> Hingegen gibt es wenig Anlaß, an Stalins grundsätzlicher Abneigung gegenüber dem Ukrainisierungskurs zu zweifeln. Schon in einem vertraulichen Brief an das ukrainische Politbüro vom April 1926 hatte er den Vorwurf gegen die Kommunistische Partei der Ukraine erhoben, sie betreibe eine "mechanische

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> Zu den Details der offiziellen und endgültigen Abkehr von der bisherigen Nationalitätenpolitik im Herbst und Winter 1932: Martin, Affirmative Action Empire [Fn. 1], S. 302–307. – Martin sieht allerdings keine Hinweise dafür, daß die Ukrainisierungspolitik vor dem 14. Dezember 1932 schon in Frage gestellt worden sei.

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> Sullivant, Soviet Politics [Fn. 24], S. 177.

<sup>&</sup>lt;sup>55</sup> Vgl. Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998, S. 396.

Ukrainisierung", um sich "von "Moskau' freizumachen" und führe einen Kampf "gegen die Russen überhaupt".56

Die sich vermehrenden Hinweise auf eine Kehrtwende in der Ukrainisierungspolitik hingegen, die ab März 1931 zunächst auf kultureller, später auch massiv auf politischer Ebene deutlich wurden, erklären sich neben dem erwähnten außenpolitischen Gesichtspunkt mit dem zunehmenden und unerwartet großen Widerstand gegen die Kollektivierung, der besonders in der Ukraine zu einer erheblichen Unterschreitung des Plansolls führte. Der Druck und die Anspannung, die durch die Mißerfolge der Kollektivierung in der Ukraine entstanden, brachten kommunistische Kader im Zentrum dazu, jegliche Ausdrucksformen der Unabhängigkeit auf kultureller und politischer Ebene als Angriff auf die Partei anzusehen. Aus dieser Sicht mußten ukrainische Nationalisten in ihrer Tätigkeit eingeschränkt, wenn nicht beseitigt werden. Die Politik gegen die ukrainischen Eliten von 1932/33 war demzufolge eine Konsequenz der mangelhaften Getreiderequirierungen. Sie war Stalins Antwort auf die schwelende Gefahr des Scheiterns eines seiner wichtigsten ideologischen Projekte, der Überführung des Privateigentums in kollektive Trägerschaft.

#### Resümee

Anders als vielfach angenommen, kam das Ende der Ukrainisierungspolitik nicht 1933,<sup>59</sup> sondern wurde 1929/30 eingeleitet und nur vorübergehend gebremst, weil Stalin und sein Regime auf die Kooperation der ukrainischen Bauern angewiesen waren. Die Antwort auf die Frage nach den Motiven, welche die sowjetische Politik zur Änderung ihres Kurses in der Ukraine bewegte, ist hingegen sehr komplex.

Für die unterschiedliche sowjetische Politik gegenüber den Kirchen in der Sowjetunion insgesamt und gegenüber der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche spielte die vermutete Führungsrolle der Kirche für eine potentielle Opposition der ukrainischen Bauern gegen die Kollektivierungspolitik eine entscheidende Rolle. Dieser Verdacht nährte sich aus drei Quellen. Zum einen bildete die nationalkirchliche Organisation eine Struktur, die sich vollständiger sowjetischer Kontrolle entzog. Zum anderen war die enge Verflechtung der Kirche mit der ukrainischen bäuerlichen Welt offensichtlich.

Mehr noch, die Kirche bildete geradezu das Symbol des ländlichen Lebens, das mit seiner von den Bol'ševiki als rückständig empfundenen Abgeschiedenheit als Antithese zum sowjetischen Projekt wahrgenommen wurde. Eine Allianz von aufgebrachten Bauern, die sich der Kollektivierungspolitik zu widersetzen suchten, und der autokephalen Geistlichkeit unter nationalen Vorzeichen stellte aus Sicht der Bol'ševiki eine besondere Bedrohung für den Erfolg des ideologischen Projekts dar, privates in kollektives Eigentum zu verwandeln. Zum Verständnis der antiukrainischen sowjetischen Politik, deren erste Anzeichen bereits 1929 sichtbar wurden, sind zudem drit-

<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> Iosif Stalin. Werke. Bd. 8, S. 135. Zit. nach Simon, Nationsbildung und Revolution [Fn. 49], S. 248.

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup> Vgl. Sullivant, Soviet Politics [Fn. 23], S. 181.

<sup>&</sup>lt;sup>58</sup> Martin, Affirmative Action Empire [Fn. 1], S. 302–307.

<sup>&</sup>lt;sup>59</sup> So Merl, Entfachte Stalin die Hungersnot [Fn. 6].

tens auch außenpolitische Gründe des stalinistischen Terrors in den Grenzregionen zu berücksichtigen. So wurde die Autokephale Ukrainische Kirche, die eine Brücke zu emigrierten Ukrainern in Polen darstellte, als Trojanisches Pferd für kapitalistische Einflüsse und als potentieller Kollaborateur polnischer Invasoren wahrgenommen.

Darüber hinaus mußte der besonders heftige Widerstand in der Ukraine gegen die Zwangskollektivierung und die Getreiderequirierungen, der sich nicht zuletzt aus einer Tradition bäuerlichen Eigentums an Grund und Boden nährte und fester als bei den Russen verwurzelt war, die Sowjetführung beunruhigen. Auch dürften die Bol'ševiki die auffallende geographische Kontinuität der verschiedenen Rebellionen der letzten Dekade registriert haben. Schließlich wurden ukrainisch-nationale Parolen vor allem in den Hochburgen des bäuerlichen Widerstands vernommen.

Es ist sicher sinnvoll, bei den Vorgängen von 1928–1933 zwischen dem Terror gegen die Bauern, der ausgeübt wurde, um ein Maximum an Getreide zu erpressen, und dem Terror gegen die ukrainische Nation zu unterscheiden, der sich aus einem Unbehagen über die zuvor verfolgte Ukrainisierungspolitik entwickelte und infolge der Getreidekrise massiv verstärkt wurde. Diese Differenzierung überwindet auch die Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Genozid-These (Conquest, Mace) und ihren Gegnern (Merl, Tauger).

Doch hat sich auch gezeigt, daß die beiden Formen des Terrors eng miteinander verflochten waren. Es ist daher davon auszugehen, daß es einen Zusammenhang zwischen der Kirchenverfolgung und dem *Spilka*-Prozeß mit ihrem besonderen antiukrainischen Akzent im Jahr 1930 einerseits und der Hungersnot 1932/33, von der vor allem die Ukraine betroffen war, andererseits gegeben hat. Freilich stellte nicht eine antiukrainische Haltung *eo ipso* das handlungsleitende Motiv dar. Vielmehr ging es konsequent darum, tatsächliche oder mögliche Formen der Selbstbehauptung, von Inseln gesellschaftlicher Autonomie zu beseitigen.

<sup>60</sup> Dies hat Terry Martin in "The Affirmative Action Empire" [Fn. 1] überzeugend herausgearbeitet.

## Nikolaus Katzer

## **Brot und Herrschaft**

# Die Hungersnot in der RSFSR

Der Verfasser betrachtet die Hungersnot in der RSFSR im Zusammenhang mit der staatlichen Getreidebeschaffungskrise seit 1927, der Kollektivierung und "Entkulakisierung" und geht der grundsätzlichen Frage nach dem Wechselverhältnis von Brotversorgung und Herrschaft seit der Oktoberrevolution nach. Ausgangspunkt sind regionalgeschichtliche Forschungsansätze und eine Auseinandersetzung mit Problemen der Opferstatistik und Demographie. Auf der Grundlage des verfügbaren Quellenmaterials werden einige charakteristische Geschehensverläufe bzw. Wahrnehmungs- und Deutungsmuster der Bürgerkriegssituation zu Beginn der 1930er Jahre exemplarisch rekonstruiert. Vornehmlich geschieht dies aus der Perspektive von Dorfbewohnern und Funktionären der Partei- und Sicherheitsorgane. Am Ende werden Forschungsthesen vor dem Hintergrund des regionalgeschichtlichen Befunds erörtert.

In der internationalen Forschung herrscht Einigkeit darüber, daß die Hungersnot von 1932/33 im Kontext der Krise steht, die fünf Jahre zuvor begann. Die staatliche Getreidebeschaffung geriet 1927/28 ins Stocken. Für die Versorgungsengpässe machte die politische Führung nicht die zu hohen eigenen Ernteerwartungen, sondern "getreidehortende Kulaken" verantwortlich.¹ Wie die nachfolgende Spirale der Gewalt in den Beziehungen zwischen Staat und Bauernschaft zu erklären sei, darüber gehen die Meinungen bis heute auseinander. Umstritten ist vor allem, inwiefern objektive Gegebenheiten oder aber politische Manipulationen eine Rolle spielten. War die Hungerkatastrophe das letzte Glied einer antibäuerlichen Interventionspolitik, und vollendete sie den Zyklus aus gewaltsamer Getreiderequirierung, Zwangskollektivierung und Zerstörung unabhängiger Formen der Agrarwirtschaft, der den Industrialisierungskurs flankierte?

Diese Frage rückt auch mögliche langfristige Faktoren in den Blick, welche das Verhältnis der Bol'ševiki zu den Bauern vor und nach 1917 prinzipiell bestimmten. Ideologische Voreingenommenheit gegenüber dem "kleinbürgerlichen" Dorf und antibäuerliche Affekte städtischer Eliten repräsentierten eine Disposition, die als praktische Politik in eine soziale Vernichtungsstrategie münden konnte. Eine Sonderform dieser Kontinuitätsthese stellt die Behauptung dar, die Hungerepidemie sei gezielt genutzt oder sogar zu diesem Zweck ausgelöst worden, um nationalen Widerstand gegen die

**Nikolaus Katzer** (1952), Dr. phil., Historiker, Professor an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr, Hamburg

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> James Hughes: Stalin, Siberia and the Crisis of the New Economic Policy. Cambridge 1991.

Sowjetmacht zu brechen. Bis in die jüngste Vergangenheit sind in der Regel die Ukraine, partiell auch die Republik der Wolgadeutschen und jüngst noch der Fall der Kasachen als Beispiele für eine "genozidale" stalinistische Politik Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre angeführt worden. Dies ist schon allein deshalb fragwürdig, weil die Geschichte dieser drei Hungergebiete höchst ungleich erforscht war und zudem aus Mangel an Quellen keiner ernsthaften vergleichenden Untersuchung unterworfen werden konnte. Die Debatte um einen entweder sozial oder national motivierten "Hunger-Holocaust", um Singularität der Ereignisse und um die genauen Opferzahlen war in den Jahren des Ost-West-Konflikts nicht zuletzt durch politische Positionen bestimmt, wenn großzügige Schätzungen mit "entschieden konservativen Positionen" und entsprechend niedrigere Angaben mit einem Mehr an weltanschaulicher Neutralität gleichgesetzt wurden.<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund beabsichtigen die nachfolgenden Ausführungen zur Hungerkatastrophe in der *Rußländischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik* (RSFSR) nicht, solche Thesen zu belegen oder zu widerlegen. In erster Linie soll es um eine Bestandsaufnahme regionalgeschichtlicher Forschungen zum Thema, um eine Skizze der damit zusammenhängenden Probleme und um die Formulierung möglicher künftiger Untersuchungsfelder gehen.

## Topographie des Hungers

Bis Ende der 1980er Jahre waren Regionalstudien aufgrund der Quellenlage nur sehr eingeschränkt möglich. Inzwischen liegen solche zu Krisenperioden vor, die einen Maßstab auch für die Zeit der Hungersnot setzen können.³ Insbesondere die Forschung in Rußland hat sich diesbezüglich deutlich belebt, wenngleich noch keineswegs alle wichtigen Regionen angemessen einbezogen sind. Heimat- und lokalgeschichtliche Arbeiten werden von der Wissenschaft noch kaum zur Kenntnis genommen, könnten aber bei der Rekonstruktion regionaler Identitäten wertvolle Dienste leisten. Allerdings gehört es zu den Merkmalen dieses Materials, gesamtrussischen Bezügen einen vorrangigen Stellenwert beizumessen. Deshalb folgen landesgeschichtliche Untersuchungen meist der administrativen Kartographie des Gesamtstaates und seinen Registraturen, nicht aber historisch gewachsenen horizontalen Bindungen.⁴ Die veröffentlichten und in den Archiven verfügbaren Quellen eröffnen inzwischen Einblicke in das Geschehen selbst kleinster Lokalitäten. Sie sind unabdingbar, um die lange Zeit recht vager territorialer und geographischer Bezüge in der Literatur

Manfred Hildermeier: Die Sowjetunion 1917–1991. München 2001, S. 128f.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Beispielhaft für die Bürgerkriegszeit Orlando Figes: Peasant Russia, Civil War. The Volga Countryside in Revolution (1917–1921). Oxford 1989.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> A.A. Kulakov, Ž.-P. Depretto (Hg.): Obščestvo i vlast'. Rossijskaja provincija, Bd. 1: 1917 – seredina 30-ch godov. Moskva, Nižnij Novgorod, Paris 2002. – Für das Zentrale Schwarzerdegebiet P.V. Zagorovskij: Social'no-političeskaja istorija Central'no-Černozemnoj oblasti 1928–1934. Voronež 1995. – Im Bürgerkrieg war das strategisch wichtige Gebiet Schauplatz heftiger Gefechte zwischen vereinigten Reiterabteilungen der Donkosaken und Denikins Freiwilligenarmee einerseits und dem roten Reiterkorps Budennyjs und der 8. Armee andererseits. Seit 1928 war Voronež das Zentrum des Zentralen Schwarzerdegebiets (Central'no-černozemnaja oblast'), seit 1934 des Gebiets Voronež (Voronežskaja oblast').

zu präzisieren. Allerdings muß die Repräsentativität dieser teils einzigartigen Dokumente für eine Siedlung, einen Kreis, einen Bezirk, ein Gebiet, ein Gouvernement oder eine Region sehr sorgfältig geprüft werden. Kaum ein Dorf glich dem anderen. Geographische Bezeichnungen und naturräumliche Gegebenheiten überdecken ebenso wie wirtschaftliche, soziale, ethnische und kulturelle Zuweisungen die Eigenarten der kleinräumigen ländlichen Welt. Letztere sind beispielsweise aus den "Briefen an die Macht", aus den Eingaben an die Behörden oder aus den Millionen von Leserbriefen an örtliche oder zentrale Presseorgane wie Krest'janskaja Gazeta, Bednota und Trud, also aus einem wesentlichen Fundus unserer heutigen Kenntnis, nicht immer eindeutig zu erschließen.<sup>5</sup> Seit den 1990er Jahren werden Kollektivierung und Hungersnot beispielsweise im Volga-Gebiet sehr intensiv erforscht.<sup>6</sup> Die Verläufe sind unter Berücksichtigung der regionalen Spezifika auch kartographisch erfaßt.<sup>7</sup> Die heimatkundlichen Arbeiten beanspruchen nicht zuletzt durch Augenzeugenberichte und die Befragung von Überlebenden besondere Beachtung.<sup>8</sup>

Im Jahre 1926 umfaßte die Sowjetunion neben der nach Größe und Bevölkerung mit Abstand größten Teilrepublik, der RSFSR, lediglich fünf weitere Mitglieder, die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (USSR), die Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR), die Transkaukasische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (mit Georgien, Armenien und Azerbajdžan), seit 1924 auch die Turkmenische und die Uzbekische SSR. 1929 folgte die Tadžikische SSR. Da sich die administrative Umorganisation "Turkestans" hinzog, gehörten große Gebiete noch bis Mitte der dreißiger Jahre zur RSFSR. Erst 1936 wurden die Kasachische und die Kirgisische SSR gegründet. In der nachfolgenden Topographie der Hungergebiete der RSFSR werden die kasachischen Gebiete ausgeklammert.9 Noch zu Beginn der 1930er Jahre besaß die RSFSR also weder einen festgeschriebenen Territorialbestand mit klaren Grenzen noch einheitliche und stabile Verwaltungsstrukturen. Bis Ende der zwanziger Jahre bestand die alte Ordnung der Gouvernements (gubernija), Kreise (uezd) und ländlichen Amtsbezirke (volost') fort. Sie wurden schrittweise durch Regionen (kraj), Gebiete (oblast'), Verwaltungsbezirke (okrug) und Rajons abgelöst. In Sibirien blieb die Verwaltungsgliederung nach ethnischen Kriterien mit der 1922 proklamierten, sehr großen und zugleich einzigen, dünn besiedelten Autonomen Republik der Jakuten in der Erprobungsphase stecken.

Die Folgen des Ersten Weltkrieges und des Bürgerkrieges waren noch nicht überwunden und die revolutionäre Umgestaltung des Staates noch nicht abgeschlossen, als die "Revolution von oben" Ende der zwanziger Jahre die innere Konsolidierung jäh un-

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> T.P. Mironova: Krest'janskie pis'ma kak istoričeskij istočnik po izučeniju soznanija krest'jan 20-ch gg., in: Istočnikovedenie XX stoletija. Moskva 1993, S. 137f.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Bilanziert von Viktor Kondrašin, Diana Penner: Golod: 1932–1933 gody v sovetskoj derevne (na materialach Povolž'ja, Dona i Kubani). Samara, Penza 2002.

Istoričeskaja demografija: novye podchody, metody, istočniki. Tezisy VIII Vserossijskoj konferencii po istorii demografii. Ekaterinburg, 13/14 maja 1992 g. Moskva 1992. Beispielsweise hat Mordwinien rege Beachtung gefunden: Aktual'nye voprosy istorii i ėtnologii. Sbornik naučnych statej. Bd. 1–3. Saransk 1998–2001.

N.I. Mošnin, M.S. Polubojarov: Istorija Maloserdobinskogo rajona. Penza 1989, S. 77–88. – M.S. Polubojarov: Začerknutaja stroka, ili organizovannyj golod, in: Volga, 4/1991, S. 127–137.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Siehe Rudolf Mark im vorliegenden Heft, S. 112–130.

terbrach. Die historisch schwach ausgebildeten und durch den staatlichen Zentralismus eingeschränkten Regionen sahen sich erneut massiven wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen ausgesetzt, ohne darauf durch eigene Ressourcenbewirtschaftung reagieren zu können. Wenn Autonomie und Selbstverantwortung gebietsweise doch anzutreffen waren, so erklärten sie sich aus der Abwesenheit zentralstaatlicher Zugriffsmöglichkeiten. Sie gerieten unter dem zentralstaatlichen Druck Ende der zwanziger Jahre teils in eine Verteidigungsposition, teils in einen Schwebezustand zwischen Improvisation und Anarchie. Dieser organisatorische Ausnahmezustand und der Verfall der ungefestigten nachrevolutionären administrativen Strukturen sind für die Dynamik der nachfolgenden rapiden Verelendung und für das Versagen lokaler Selbsthilfe eine wesentliche Voraussetzung gewesen.

In historischer Perspektive standen Regionalismus und Partikularbewußtsein in Rußland in dem Ruf, staatsgefährdenden Sonderinteressen den Weg zu bereiten. Von daher konnten zwar in Notzeiten ganze Gebiete durchaus sich selbst überlassen bleiben. Sobald aber die Zentralinstanzen wieder in der Lage waren, im Eigeninteresse zu intervenieren, hatten die Bedürfnisse der "Provinz" und des "Dorfes" zurückzustehen. Diese traditionelle Grunddisposition und die entsprechenden Methoden der Zentralbehörden im Umgang mit der Bevölkerung auf dem Land bedingte in den Hungerkrisen der sowjetischen Zeit eine erbarmungslose "Bedarfshierarchie" (*ierarchija potreblenija*) (Elena A. Osokina). Seit der Revolution rangierten darin die Armee, die Bürokratie, die Stadtbewohner und die Fabrikarbeiter eindeutig vor den Erzeugern des Getreides. Die Beschäftigung mit der Hungerkatastrophe in der Rußländischen Föderation hat daher neben den geographisch-ethnischen und den regional-administrativen auch die politisch-sozialen Kontexte zu berücksichtigen.

Das traditionell hohe Gewicht der Russen in der RSFSR bedeutet nicht, daß die Statistiken der Hungersnot unmittelbar Auskunft über die Zahl russischer Opfer geben. Immerhin lebten gemäß der Volkszählung von 1926 unter den 100,9 Millionen Einwohnern (ohne die Autonomen Republiken der Kasachen und Kirgisen: 93,4 Millionen) 26,6 Prozent Nichtrussen. Diese siedelten entweder in Autonomen Sozialistischen Sowjetrepubliken (Avtonomnaja Socialističeskaja Sovetskaja Respublika, ASSR), in Autonomen Gebieten (Avtonomnye oblasti, AO) oder verstreut über das gesamte Territorium.

Vom Hunger am stärksten betroffen waren in der RSFSR – neben der Kasachischen ASSR – die Nordkaukasische Region (*Severo-Kavkazskij kraj*) mit der Hauptstadt Rostov am Don und den Gebieten Kuban', Stavropol' und Don sowie die Mittlere und die Untere Volga-Region (*Sredne-Volžskij kraj* und *Nižne-Volžskij kraj*). Unmittel-

Die Unterteilung der Volga-Region in eine Untere und eine Mittlere ist in der Literatur nicht immer eindeutig, in den zeitgenössischen Quellen aber gebräuchlich. Die Region (kraj) Untere Volga bestand als Verwaltungseinheit von 1928 bis 1934 (zuvor Gebiet Untere Volga). 1934 wurde sie in die Regionen Saratov und Stalingrad aufgeteilt. 1936 wurden beide Verwaltungseinheiten in Gebiete umbenannt. Die Region Mittlere Volga wurde 1929 aus dem Gebiet Mittlere Volga unter Einbeziehung des Autonomen Gebiets Mordovija (seit 1934 ASSR) gebildet. Das 1928 geschaffene Gebiet Mittlere Volga hatte die früheren Gouvernements Samara (zum größten Teil), Ul'janovsk, Orenburg, Penza und Teile des Gouvernements Saratov umfaßt. 1934 wurde aus der Region Mittlere Volga das Gebiet Orenburg ausgegliedert. 1935 wurde die Region Mittlere Volga in Region Kujbyšev (heute wieder Samara) umbenannt.

bar in Mitleidenschaft gezogen wurden darüber hinaus die Regionen Südural und Westsibirien sowie die Gebiete Kursk, Tambov, Vologda und Archangel'sk. Doch sind letztere hinsichtlich Ausmaß, Verlauf und Folgen des Großen Sterbens noch weniger erforscht als die genannten drei Schwerpunktzonen.<sup>11</sup>

Die nordkaukasische Region verfügte über ausgedehnte Flächen fruchtbaren Bodens und erfreute sich in der Regel günstiger klimatischer Bedingungen. Von den 34 Rajons des Kuban'-Gebiets hungerten Anfang 1933 gemäß den in Sondermappen (Osobye papki) aufbewahrten Geheimdokumenten des Nordkaukasischen Regionalkomitees der VKP (B) (Kommunistische Allunionspartei/Bol'ševiki) 21, von den 23 Rajons des Don-Gebiets 14 und von den 18 Rajons des Gebiets Stavropol' 12, insgesamt also die Bevölkerung von 63 Prozent eines Territoriums, das gewöhnlich höchste Ernteerträge erzielte. Der extreme Verlauf der Hungersnot veranlaßte das Regionalkomitee, die Rajons nach dem Grad der Betroffenheit in drei Kategorien einzuteilen, in "besonders ungünstige" (osobo neblagopolučnye), "ungünstige" (neblagopolučnye) und "sonstige" (pročie). In den 13 Rajons der ersten Kategorie hungerte nahezu die gesamte Bevölkerung. Die Sterblichkeit war hier außerordentlich hoch. Ganze Straßenzüge und Ortsteile starben aus. Menschen verloren durch den Hunger den Verstand und überschritten die Hemmschwelle zum Kannibalismus.

#### Opferstatistik und Demographie

Der Hunger wütete am heftigsten in den Überschußgebieten der Getreideproduktion und forderte hier auch die meisten Opfer, weil die Kornkammern erstes Ziel der "vollständigen Kollektivierung" waren. Bei der Zerstörung der traditionellen Wirtschaften gingen die Kollektivierungsbrigaden ebenso überhastet, radikal und brutal

<sup>Meist stehen die Kollektivierung und die "Entkulakisierung", nicht aber die Hungersnot im Zentrum: Vgl. S.A. Esikov, E.N. Kuznecova: Golod 1932–1933 gg. v Tambovskom krae. Tambov 1992. – Andere regionale Studien oder Dokumentationen sind breiter angelegt oder haben andere Schwerpunkte, wie etwa Razkulačennye specpereselency na Urale. (1930–1936 gg.). Sbornik dokumentov. Ekaterinburg 1993. – V.A. Il'inych, G.A. Nozdrin: Očerki istorii sibirskoj derevni. Novosibirsk 1995. – V.A. Il'inych, O.K. Kavcevič (Hg.): Politika raskrest'janivanija v Sibiri, Bd. 1: Étapy i metody likvidacii krest'janskogo chozjajstva. 1930–1940. Chronikal'no-dokumental'nyj sbornik. Novosibirsk 2000. – L. Viola, T. MacDonald, S.V. Žuravlev, A.N. Mel'nik (Hg.): Rjazanskaja derevnja v 1929–1930 gg. Chronika golovokruženija. Dokumenty i materialy. Moskva 1998. – P.V. Zagorovskij: Social'no-ėkonomičeskie posledstvija goloda v Central'nom Černozem'e v pervoj polovine 1930-ch gg. Voronež 1998. – A.G. Galjamova, R.N. Gibadulina (Hg.): "Al'met'evskoe delo". Tragičeskie stranicy iz istorii krest'janstva Al'met'evskogo rajona (konec 20-ch – načalo 30-ch gg.). Sbornik dokumentov i materialov. Kazan' 1999.
Grundlegend für die noch in den Anfängen steckende Erforschung: Evgenij N. Oskolkov:</sup> 

Grundlegend für die noch in den Anfängen steckende Erforschung: Evgenij N. Oskolkov: Golod 1932–1933 gg. v zernovych rajonach Severo-Kavkazskogo kraja, in: Holodomor 1932–1933 rr. v Ukraïni. Pryčyny i naslidky. Mižnarodna naukova konferencija Kyïv, 9–10 veresnja 1993 r. Kyïv 1995, S. 113–123. – Ders.: Golod 1932–1933. Chlebozagotovki i golod 1932–1933 gg. v Severo-Kavkazskom krae. Rostov na Donu 1991. – D'Ann R. Penner: Stalin and the Ital'ianka of 1932–1933 in the Don Region, in: Cahiers du Monde russe, 1–2/1998, S. 27–68. – Zur Entwicklung nach dem Bürgerkrieg: A.V. Igonin: Krest'janskoe chozjajstvo na Severnom Kavkaze i agrarnaja politika partii v 20-e gody, in: Novye stranicy istorii Otečestva. (Po materialam Severnogo Kavkaza. Mežvuzovskij sbornik naučnych statej), Bd. 1. Stavropol' 1996.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Kondrašin, Penner, Golod [Fn. 6], S. 216.

vor wie bei der "Entkulakisierung", die parallel verlief oder sich unmittelbar anschloß. Ähnlich rücksichtslos verliefen die "Kampagnen" der Requirierungskommandos für Getreide. Ihnen waren die Bauern, sofern sie nicht den Weg des gewaltsamen Widerstands wählten, weitgehend schutzlos ausgesetzt. Diese Schrittfolge einer harten Intervention in die dörflichen Strukturen, in den Rhythmus von Saat und Ernte und in das System von Bevorratung und Verkauf könnte für sich genommen schon die Genese einer ernsten Nahrungskrise erklären. Doch bevor die möglichen Deutungen des Geschehens benannt und erörtert werden, sollen zunächst die bisherigen Erkenntnisse über die Zahl der Opfer und die demographischen Folgen der Hungersnot in der RSFSR bilanziert werden und die ereignisgeschichtlichen Kontexte skizziert werden, um die Probleme der statistischen Erhebungen wenigstens exemplarisch am empirischen Material zu veranschaulichen.

Statistiken im allgemeinen und Opferzahlen im besonderen haben in der Sowjetzeit eine eigene Geschichte. He Bei den "Errungenschaften" herrschte das Gesetz der großen Zahl, bei den Verlusten meist Schweigen, Verdrängen, Tabuisieren und Minimieren. Doch nicht nur aus diesem Grund erwies es sich als wenig hilfreich, lange Zeit die Arithmetik zur heimlichen Leitwissenschaft der Debatte über die Hungerkatastrophe zu erheben. Weder gab es verläßliche Gesamt- und Einzelerhebungen, noch lagen hinlängliche Kenntnisse über das komplexe Wechsel- und Kausalverhältnis von Zwangskollektivierung, "Entkulakisierung", Fluchtbewegung, Vertreibung, Deportation, Exekutionen und schließlich der Hungerepidemie vor. Das rudimentäre Zahlenmaterial konnte weder die intentionalen Abläufe auf der politischen Ebene noch die Geschehnisse vor Ort erhellen. Erst recht trug es wenig zur Frage möglicher genozidaler Implikationen bei. Es erscheint deshalb sinnvoll, auch die neuerdings verfügbaren Daten nicht über Gebühr zu strapazieren.

An der genaueren Erfassung der Opferzahlen der Hungersnot und ihrer demographischen Folgen beteiligen sich intensiv erst seit Ende der 1980er Jahre Historiker, Demographen, Archivare und Wirtschaftswissenschaftler aus Rußland, nachdem zuvor schon Schriftsteller und Publizisten vage Schätzungen in Umlauf gebracht hatten. Sie konnten dabei wie die langjährige internationale Forschung weder auf eine zeitgenössische Sammelstatistik zurückgreifen, noch die zahlreichen Lücken der lokalen oder regionalen Erhebungen schließen. Zudem mußten sie feststellen, daß die Verleugnung der Katastrophe in den öffentlichen Stellungnahmen von Partei- und Staatsfunktionären bzw. in der Presse in der Verschleierungsrhetorik der internen Dokumente eine Fortsetzung fand. Die einzelnen Etappen der Forschung von den ersten Nachrichten über eine Hungerepidemie, über die Erschließung verstreuter Daten, Quellen und Schätzungen bis hin zum Streit über angemessene Analysemethoden müssen hier nicht nachgezeichnet werden. 15 Die Bandbreite der Schätzungen über die Opfer stand

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Grundlegend: Alain Blum, Martine Mespoulet: L'anarchie bureaucratique. Statistique et pouvoir sous Staline. Paris 2003.

im einzelnen geht es um den disparaten Quellenfundus, der so unterschiedliche Einzelstücke wie die Berichte ausländischer Journalisten, diplomatische Akten oder die Erinnerungen westlicher Politiker umfaßt, sowie um die darauf beruhende Darstellung des lange Zeit maßgeblichen Historikers Robert Conquest bzw. die Gegenpositionen seiner zahlreichen Kritiker. Zur Rezeption dieser Kontroverse in den historischen Debatten der späten Sowjetunion siehe V.P. Danilov: Diskussija v zapadnoj presse o golode 1932–1933 gg. i "demografičeskoj katastrofe" 30–40-ch godov v SSSR, in: Voprosy Istorii, 3/1988, S. 116–121.

und steht bis heute für die prekäre Lage der statistischen und demographischen Sowietunionforschung. Sie reicht von zehn Millionen verbannter und umgekommener Bauern (Churchill unter Berufung auf Stalin), über acht bzw. sechs Millionen Opfer allein des Hungers (davon fünf Millionen in der Ukraine, eine Million in Kazachstan, eine Million im Nordkaukasus, eine Million in den übrigen Gebieten)<sup>16</sup> bis zu vier bis fünf Millionen Toten insgesamt.<sup>17</sup> Die Untersuchungen rußländischer Wissenschaftler förderten nach 1991 aus den Archiven eine Fülle unbekannten Zahlenmaterials zutage, das die Teil- und Gesamtberechungen auf eine neue Grundlage stellte. Als Richtgröße für den Zeitraum 1932/33 wurden zunächst mindestens 3,8 Millionen Hungeropfer in der Sowjetunion ermittelt.<sup>18</sup> Darin war etwa eine Million nicht registrierter Todesfälle berücksichtigt. Diese Schätzung wird angesichts der seither aufgelaufenen, disparaten Ergebnisse statistischer und demographischer Untersuchungen wohl stärker differenziert und nach oben korrigiert werden müssen. Die Notwendigkeit verläßlicher Daten ist unbestritten. Eine höhere Genauigkeit ändert aber nichts daran, daß die Opferzahlen in einem multidisziplinären Forschungsfeld nur eine komplementäre Funktion haben. Im übrigen entfaltet das lückenhafte Material zur Hungersnot seine Brisanz erst vollständig, wenn es zu den Ergebnissen der Volkszählungen von 1926, 1937 und 1939 in Beziehung gesetzt wird. Erst dann tritt das ganze Ausmaß der "demographischen Tragödie" der dreißiger Jahre hervor.<sup>19</sup> Es wird kaum überraschen, daß auch die jüngeren, erstmals auf Archivrecherchen beruhenden Zahlenwerke zur Bevölkerungsbewegung mit beträchtlichen Schwankungen kalkulieren. Das wichtigste Datenmaterial und die Grundlage der meisten neueren Berechnungen bilden die Statistiken der Zentralverwaltung für volkswirtschaftliche Rechnungsführung der UdSSR (CUNCHU SSSR) bei der Staatlichen Planbehörde (Gosplan) und der Ämter für die Personenstandsregister (ZAGS) auf den verschiedenen Verwaltungsebenen der RSFSR. Insgesamt waren schätzungsweise über 30 Millionen Menschen direkt vom Hunger betroffen.20

Robert Konkvest (Conquest): Žatva skorbi. Sovetskaja kollektivizacija i terror golodom, in: Novyj Mir, 10/1989, S. 179–200. – Vgl. ders.: Žatva skorbi. Reestr goloda, in: Voprosy Istorii, 1/1990, S. 137–160. – Stefan Merl: Das System der Zwangsarbeit und die Opferzahl im Stalinismus, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 5–6/1995, S. 277–305, hier S. 293 und 301.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Robert W. Davies, Mark Harrison, Stephen G. Wheatcroft (Eds.): The Economic Transformation of the Soviet Union, 1913–1945. Cambridge 1994, S. 74–76. – Stephen G. Wheatcroft: Soviet Statistics of Nutrition and Mortality during Times of Famine, in: Cahiers du Monde russe, 4/1997, S. 525–558.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Vsevolod V. Caplin: Statistika žertv stalinizma v 30-e gody, in: Voprosy Istorii, 4/1989, S. 175–181, hier S. 178.

Valentina B. Žiromskaja, Igor' N. Kiselev, Jurij A. Poljakov: Polveka pod grifom "sekretno". Vsesojuznaja perepis' naselenija 1937 goda. Moskva 1996. – Jurij A. Poljakov, Valentina B. Žiromskaja, A. A. Isupov, Igor' N. Kiselev (Hg.): Vsesojuznaja perepis' naselenija 1939 goda. Osnovnye itogi. Moskva 1992. – Valentina B. Žiromskaja: Vsesojuznye perepisi 1926, 1937 i 1939 gg. Istorija podgotovki i provedenija, in: Istorija SSSR, 3/1990, S. 93–98. – Davies, Harrison, Wheatcroft, Economic Transformation [Fn. 17], S. 72–77. – S. Rosefielde: Stalinism in Post-Communist Perspective: New Evidence on Killings, Forced Labour and Economic Growth in the 1930s, in: Europe-Asia Studies, 48/1996, S. 959–988.

Naselenie Rossii v XX veke. Istoričeskie očerki, Bd. 1: 1900–1939. Moskva 2000, S. 266. – Zu den wichtigsten Archivbeständen siehe Kondrašin, Penner, Golod [Fn. 6], S. 53–65.

Nicht immer wird aus dem Material erkenntlich, welche Opfer unmittelbar auf den Hunger zurückzuführen sind. Die Hungersnot der Jahre 1932/33 bahnte sich über mehrere Jahre an. Ihre Vorboten forderten ebenso Tribut wie die schon länger verbreiteten Mangelerkrankungen. Die hohe Sterblichkeitsrate im europäischen Teil der RSFSR im Jahr 1933 war sehr ungleich auf die ländliche und städtische Bevölkerung verteilt. Von 1000 Toten entfielen 735 auf das Dorf und 265 auf die Stadt (ohne Moskau und Leningrad). Besonders betroffen waren Säuglinge und Kleinkinder unter vier Jahren. Deutlich übertraf die Sterblichkeit von Männern im arbeitsfähigen Alter die von Frauen. Allerdings liegen geschlechtsspezifische Zahlen nur für einige Städte vor. So waren 1933 beispielsweise von 1000 Verstorbenen im Alter zwischen 20 und 24 Jahren 666 männlichen und 334 weiblichen Geschlechts. In den Altersstufen von 25 bis 29, 40 bis 44 und 45 bis 49 Jahren betrug das Verhältnis 672 zu 328, 687 zu 313 bzw. 698 zu 302.21 Todesursache waren oft Erkrankungen der Atemwege (etwa Bronchitis und Tuberkulose), die durchaus auch auf unzureichende Nahrung zurückgeführt werden können, oder des Verdauungstrakts als eine unmittelbare Folge von Mangelernährung.<sup>22</sup> Nach der laufenden Statistik der CUNCHU starben allein im Jahr 1933 5,7 Millionen Menschen, Allerdings sind darin auch die Todesfälle aufgrund nicht hungerspezifischer Krankheiten, von Unglücksfällen oder Repressionen enthalten.<sup>23</sup>

Eine Entschlüsselung der allgemeinen Sterbeziffern nach Todesursachen wird nur annäherungsweise gelingen können. Sie erscheint bei Regional- und Lokalstudien am aussichtsreichsten, wenn Bestände von Gebiets- und Kreisarchiven erhalten geblieben sind. Dies trifft beispielsweise für einige ländliche Gebiete an der Volga zu, für welche Daten der Erfassungsorgane vorliegen. In vielen dieser Dokumente subalterner Provenienz ist das Tabu, den Hunger als Todesursache anzugeben, offensichtlich weniger genau beachtet worden.<sup>24</sup> Mit Hilfe eines stufenweisen Verfahrens wurde zunächst die Zahl der statistisch erfaßten Hungeropfer der Jahre 1932/33 ermittelt. Sie belief sich für die Regionen Mittlere und Untere Volga auf 189 817. Danach wurden die Opfer der nicht erfaßten Gebiete durchschnittlich geschätzt (142 905). Auf zehn Prozent wurde schließlich die Zahl derer veranschlagt, die vermutlich außerhalb ihres festen Wohnsitzes starben (33 000). Die Gesamtzahl der Verluste belief sich demnach auf 481 387. Davon waren 365 722 Menschen unmittelbar dem Hunger zum Opfer gefallen. Weitere 115 665 wurden der gesunkenen Geburtenrate zugeschrieben.<sup>25</sup>

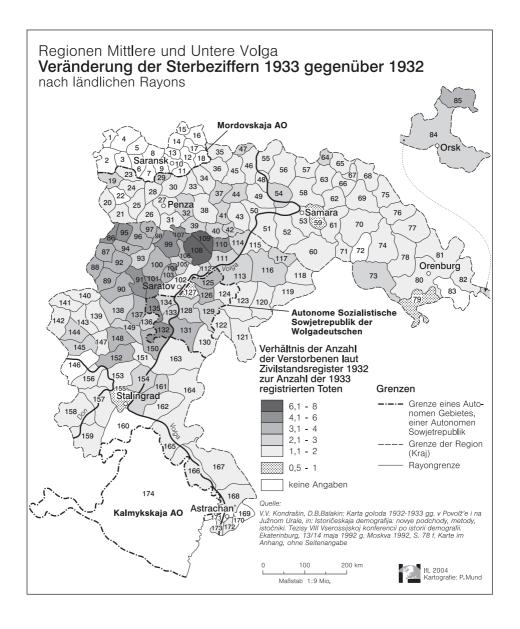
<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Naselenie Rossii v XX veke [Fn. 20], S. 268f.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Ebd., S. 269.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Elena A. Osokina: Žertvy goloda 1933 goda: skol'ko ich? (Analiz demografičeskoj statistiki CGANCH SSSR), in: Istorija SSSR, 5/1991, S. 18–26, hier S. 21–25.

Vgl. S.I. Savel'ev: Raskulačivanie: Kak eto bylo v Nižne-Volžskom krae. Saratov 1994. – V.V. Kondrašin: Obščie demografičeskie poteri derevni Povolž'ja vo vremja goloda 1932–1933 gg., in: Tezisy dokladov i soobščenij VII Vsesojuznoj konferencii po istoričeskoj demografii. Doneck, 14–16 maja 1991 g. Moskva 1991, S. 51f. – Ders.: Golod 1932–1933 godov v derevne Povolž'ja. Diss. kand. istoričeskich nauk. Moskva 1991, S. 19–22. – Naselenie Rossii v XX veke [Fn. 20], S. 274.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Siehe die kartographische Umsetzung dieser Berechnungen: V.V. Kondrašin, D.B. Balakin: Karta goloda 1932–1933 gg. v Povolž'e i na Južnom Urale, in: Istoričeskaja demografija, [Fn. 7], S. 78f.



#### Region Mittlere Volga, Mordovskaja AO

- 1. Ten'guševskij
- 2. Zubovo-Poljanskij
- 3. Torbeevskij
- 4. Temnikovskij
- 5. Krasnoslobodskij
- 6. Kovylkinskij
- 7. Insarskij
- 8. Staro-Šajgovskij
- 9. Ruzajevski
- 10. Saranskii
- 11. Kočkurovskij
- 12. Čamzinskij
- 13. Ramodanovskij 14. Ičalkovskii
- 15. Ignatovskij 16. Ardatovskii
- 17. Atjašenskij
- 18. Dubenskij
- 19. Kerenskij
- 20. Bašmakovskii
- 21. Čembarskij
- 22. Pačelmskii
- 23. Narovčatskij
- 24. Nižne-Lomovskij
- 25. Kamenskij
- 26. Teleginskij
- 27. Penzenskij
- 28. Mokšanskij
- 29. Issinskii
- 30. Duninskij
- 31. Šem'šejskij
- 32. Čaadajevskij 33. Nikolo-Pestrovskii
- 34. Inzenskij
- 35. Surskij
- 36. Korsunskij
- 37. Barynskij 38 Kuzneckii
- 39. Kameškirskii
- 40. Pavlovskij
- 41. Baranovskij
- 42. Staro-Kulatkinskij 43. Novo-Spasskij
- 44. Kuzovatovskij
- 45. Majnskij

- 46. Ul'janovskij
- 47. Bogdaškinskij 48. Sengileevskij
- 49. Novodevičenskij
- 50. Syzranskij
- 51. Privolžskij
- 52. Čepaevskii
- 53. Samarskij
- 54. Stavropol'skij
- 55. Čerdaklinskij
- 56. Melekesskii
- 57. Koškinskij
- 58. Krasnojarskij 59. Kinel'skij
- 60. Bol'še-Glušickij 61. Borskii
- 62. Kinel'-Čerkasskij
- 63. Sergijevskij
- 64. Čelno-Veršinskij 65. Kliavlinskii
- 66. Stalinskij
- 67. Bajtuganovskij
- 68. Boklinskij
- 69. Buguruslanskij
- 70. Buzulukskij
- 71. Andreevskii
- 72. Tockij
- 73. Ilekskij
- 74. Soročinskij
- 75. Abdulinskij
- 76. Ponomarevskij
- 77. Šartykskij
- 78. Pokrovskij
- 79. Sol'-lleckij 80. Orenburgskij
- 81. Kaširinskij
- 82. Petrovskij
- 83. Burtinskij
- 84. Orskii
- 85. Kvarkenskij

- Region Untere Volga
- 86. Tamalinskij
- 87. Turkovskij
- 88. Romanovskii
- 89. Balašovskij
- 90. Samoilovskii

- 91. Balandinskij
- 92. Arkadakskii
- 93. Ekaterinovskij
- 94. Rtiščevskij
- 95. Bekovskij
- 96. Serdobskij 97. Kolvšlenskii
- 98. Maloserdobinskij
- 99. Petrovskij
- 100. Atkarski 101. Lysogorskij
- 102. Saratovskij
- 103. Tatiščevskij
- 104. Eršovskij 105. Vjazovskij
- 106. Novo-Burasskii
- 107. Lopatinskij
- 108. Bazarnokarbulakskij
- 109. Baltajskij
- 110. Čerkasskij
- 111. Voľskij
- 112. Voskresenskij
- 113. Balakovskij
- 114. Chvalynskij
- 115. Duchovnickij
- 116. Pugačevskii
- 117. Ivanteevskij 118. Pereljubskij
- 119. Ozinskij
- 120. Dergačevskij
- 121. Novouzenskij
- 122. Piterskij 123. Jagodno-Poljanskij

#### Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen

- 124. Fedorovskij 125. Marksštadtskii
- 126. Mariental'skij 127. Pokrovskij
- 128. Zel'manskij
- 129. Krasnokutskii 130. Pallasovskij
- 131. Staro-Poltavskij
- 132. Kamenskij 133. Zolotovskij

- 134. Bal'cerskij
- 135. Frankskii

#### Region Untere Volga

- 136. Krasnojarskij
- 137. Rudnjanskij 138. Elanskij
- 139. Preobraženskij
- 140. Novo-Nikolaevskii 141. Urjupinskij
- 142. Nechaevskij
- 143. Novo-Anninskij
- 144. Alekseevskii
- 145. Kumylženskij
- 146. Ust-Medvedickij
- 147. Michajlovskij
- 148. Berezovskij
- 149. Danilovskii 150. Kamyšinskij
- 151. Oľchovskij
- 152. Frolovskij
- 153. Ilovlinskii
- 154. Dubovskij
- 155. Stalingradskij
- 156. Kletskij 157. Kalačevskii
- 158. Nižne-Čirskij
- 159. Koteľnikovskij
- 160. Krasnoarmejskij
- 161. Sredne-Achtubinskij 162 Leninskii
- 163. Nikolaevskii
- 164. Vladimirskij
- 165. Černojarskij 166. Enotaevskij
- 167. Charabalinskij
- 168. Krasnojarskij
- 169. Marfinskij
- 170. Zelengenskij 171. Zacarevskij
- 172. Kamvziakskii 173. Ikrjanskij

## 174. Kalmykskaja AO

Die Demographie in der Region Nordkaukasus stand lange vor unüberwindlichen Schwierigkeiten. Im Gebietsarchiv von Rostov am Don hatten sich offenbar lediglich Materialien erhalten, die einzelne Siedlungen (chutor oder selo), Kollektiv- oder Einzelwirtschaften betrafen. Obwohl nun offizielle Statistiken zur Sterblichkeit in der gesamten Region vorliegen, kann die bisherige Schätzung von einer Million unmittelbaren Hungeropfern nur teilweise konkretisiert werden.26 Im zweiten Halbjahr 1932 stieg der Durchschnitt der monatlichen Sterbefälle in der Gesamtregion von 8270 auf 12 247 deutlich an. Anfang 1933 schnellte er rapide in die Höhe und erreichte von April bis Juni die Spitzenwerte von 59 242, 60 038 bzw. 56 062. Danach sank er allmählich wieder. Von Juli 1932 bis Dezember 1933 betrug der Überschuß der Todesfälle gegenüber dem üblichen Niveau annähernd 350 000 oder 4.4 Prozent der kosakischen und bäuerlichen Bevölkerung. Wie weiter unten zu zeigen sein wird, fielen in dieser Region gerade während der Hungerjahre extrem viele Menschen Repressionen und Deportationen zum Opfer. Einschließlich der Hungertoten belaufen sich diese Verluste allein im Zuge der Getreidebeschaffungskampagne von 1932 auf etwa 620 000. Dies entspricht etwa acht Prozent der Bevölkerung von Don und Kuban'.27

Für Westsibirien ist die Materialbasis wenig befriedigend. Das Dorf war auch hier weit härter betroffen als die Stadt, in der die Menschen an allgemeiner Entkräftung aufgrund chronischer Unterernährung und an Infektionskrankheiten starben. Für das Jahr 1933 wurden 287 100 Todesfälle auf eine erhöhte Sterblichkeit insbesondere bei Kindern und einen Anstieg der Suizidfälle zurückgeführt. Als Vergleichsziffer wurden die entsprechenden Verluste für das Jahr 1928 angegeben. Sie beliefen sich auf 176 000.<sup>28</sup>

Faßt man das Material der Jahre 1932/33 für die einzelnen Regionen der RSFSR zusammen, so ergeben sich für die Dörfer des Volga-Gebiets 0,2 bis 0,4 Millionen unmittelbarer Opfer des Hungers bzw. ein Verlust an Menschenleben von etwa einer Million, wenn die indirekten Verluste durch eine gesunkene Geburtenrate und durch Migration hinzugerechnet werden. Für den Nordkaukasus schwanken die Angaben zwischen 0,3 und 0,6 Millionen Toten.<sup>29</sup> Keine Konkretisierung hat bisher die in der älteren Literatur angesetzte Zahl von etwa einer Million Opfern in den anderen Gebieten der RSFSR (einschließlich des Südurals und Sibiriens) gefunden. Vieles beruht also weiterhin auf Schätzungen und Durchschnittserhebungen. Deshalb stellt auch die Gesamtzahl für die RSFSR von etwa 2,4 Millionen direkten und indirekten Verlusten nur eine teilweise gestützte Richtgröße dar. Sie wäre den zwischen 3,5 Millionen (S.V. Kul'čyc'kyj) und 7,1 Millionen Opfern (P.K. Vasilevskij) schwankenden Angaben für die Ukraine sowie den Verlusten in Kazachstan von 1,3 bis 1,75 Millionen zuzurechen. Dies ergäbe für die Sowjetunion eine Gesamtzahl von 7,2 bzw. 11,25

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Oskolkov, Golod 1932–1933. Chlebozagotovki i golod [Fn. 12], S. 72–74, 80.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Kondrašin, Penner, Golod [Fn. 6], S. 217, 230.

V.A. Isupov: Demografičeskaja sfera v ėpochu stalinizma, in: Aktual'nye problemy istorii sovetskoj Sibiri. Novosibirsk 1990, S. 182–184. – Ders.: Demografičeskoe posledstvija goloda 1932–1933 gg. v Zapadnoj Sibiri, in: Demografičeskoe razvitie Sibiri, 30–80-e gg. (Istoričeskie opyty i sovremennye problemy). Sbornik naučnych trudov. Novosibirsk 1991, S. 11–19. – Ders.: Gorodskoe naselenie Sibiri: ot katastrofy k vozroždeniju (konec 30-ch – konec 50-ch gg.). Novosibirsk 1991, S. 81–83. – Naselenie Rossii v XX veke [Fn. 20], S. 275. – Vgl. die Studie von James Hughes: Stalinism in a Russian Province. A Study of Collectivization and Dekulakization in Siberia. London 1996, welche die Hungersnot ausklammert.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Vgl. die divergierenden Angaben bei Kondrašin, Penner, Golod [Fn. 6], S. 217, 230, 231.

Millionen der Hungersnot geschuldeten Opfern.<sup>30</sup> Die aufgrund einer verbesserten Quellenlage und einer intensiveren Forschung teils nach unten, teils nach oben korrigierten Zahlen bleiben in vieler Hinsicht vorbehaltlich. Sie bestätigen indessen das verheerende Ausmaß der Katastrophe.

#### Repression, Hunger, Widerstand

Die "demographische Tragödie" der dreißiger Jahre wurde von Menschenverlusten und Bevölkerungsbewegungen vertieft, die in einem weiteren Sinne mit der Hungersnot zu tun haben. Diese lassen sich – mit den unvermeidlichen Lücken – zwar ebenfalls statistisch eingrenzen. Ihren historischen Stellenwert erhalten sie aber erst durch berichtende und erzählende, amtliche und private Zeugnisse. Dieses Material verdeutlicht, wie komplex das Ursachengeflecht für das Große Sterben Anfang der dreißiger Jahre gewesen ist, welches die Forschung zu Recht kontrovers diskutiert. In ihm konkretisieren sich die Interdependenzen zwischen exzessiven Getreidekampagnen, Kollektivierung und "Entkulakisierung", Hunger, Flucht und Deportation. Sowohl die darin eingefangenen Wahrnehmungsmuster der bäuerlichen Bevölkerung, der Behörden und einzelner Funktionäre, als auch die Formen eskalierender Gewalt seitens der Sonderorgane und des Widerstands der Dorfbewohner bieten sich für vergleichende Untersuchungen an wie die Intentionen der politischen Führung bei der Einleitung repressiver Maßnahmen oder die Kategorisierung von Opfergruppen bzw. die Klassifizierung von gesellschaftlichen Segmenten. Wo die OGPU (Ob"edinennoe gosudarstvennoe političeskoe upravlenie, Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung) 1930 die meisten Aufstände registrierte, wütete 1933 die Hungersnot am schlimmsten.<sup>31</sup>

Es ist schwierig, den genauen Zeitpunkt zu bestimmen, zu dem das Große Sterben begann. Denn der Hunger setzte erheblich früher als 1932 ein. Spätestens im Frühjahr 1930 nahm die Versorgungskrise in der RSFSR bedrohliche Ausmaße an. In Berichten aus Dörfern der Mittleren Volga häuften sich die Hinweise auf Erkrankungen

Vgl. Naselenie Rossii v XX veke [Fn. 20], S. 275f. und die summarische Schätzung zwischen drei und zehn Millionen Opfern bei Robert C. Tucker: Stalin in Power. The Revolution from above 1928–1941. New York, London 1990, S. 195 und 639, Anm. 68. – Zur höheren Schätzung für Kazachstan von 1,75 Millionen Opfer (42 Prozent der kasachischen Bevölkerung): Žulduzbek B. Abylchožin, Manaš K. Kozybaev, Makaš B. Tatimov: Kazachstanskaja tragedija, in: Voprosy Istorii, 7/1989, S. 53–71, hier S. 67.

Nicolas Werth: Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion, in: Stéphane Courtois, Nicolas Werth [u.a.]: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München, Zürich 1998, S. 51–295, hier S. 188; hier ist von etwa vierzehntausend Bauernrevolten die Rede, die zu 85 Prozent in den späteren Hungergebieten ausbrachen. Tatsächlich findet sich in nahezu jedem Bericht der OGPU aus den ländlichen Gebieten ein Hinweis auf Widerstandshandlungen gegen die Kollektivierung und "Entkulakisierung". Allein für 1930 wurden 13 754 größere bäuerliche Aktionen registriert – A. Berelovič, V. Danilov (Hg.): Sovetskaja derevnja glazami OGPU-NKVD. 1918–1939. Dokumenty i materialy v 4 tomach, Bd. 3,1: 1930–1931. Moskva 2003, S. 16, 18; vgl. die Zahlenangaben in: ebd., Bd. 1: 1918–1922. Moskva 1998, S. 18 – und einer internen Analyse unterworfen (Spravka vom 13. Okt. 1930, in: ebd., Bd. 3,1, S. 774–787). – Vgl. die Berichte in A.K. Sokolov (Hg.): Golos naroda. Pis'ma i otkliki rjadovych sovetskich graždan o sobytijach 1918–1932 gg. Moskva 1997, S. 299–303. – Zu den Formen bäuerlichen Widerstands grundlegend Lynne Viola: Peasant Rebels under Stalin. Collectivization and the Culture of Peasant Resistance. New York, Oxford 1996.

infolge "systematischer Mangelernährung" in Familien armer Bauern. Erste Todesfälle wurden registriert. Ob, seit wann, wie lange und wo sie wirklich systematisch gezählt wurden, ist trotz der beeindruckenden Zahl inzwischen ausgewerteter Regional-, Gebiets- und Kreisarchive aufgrund der beträchtlichen Leerstellen nicht mit Gewißheit zu sagen. Hingegen spiegelt sich in der Wahrnehmung der bäuerlichen Bevölkerung die verzweifelte Lage wider. Frauen taten sich zu Gruppen von 50, 100 oder 200 zusammen. In der Siedlung Malyj Buguruslan an der Mittleren Volga stellte ein solcher "Haufen" (tolpa) dem Dorfsowjet Forderungen: "Gebt uns Brot! Ihr ernährt uns nicht. Wir ziehen umgehend los und brechen Eure Saatspeicher auf."32 Ähnliche Nachrichten von Hungerrevolten trafen von der Unteren Volga, aus dem Zentralen Schwarzerdegebiet, der Industrieregion Ivanovo, Baškortostan und dem Fernen Osten ein. Es folgten Meldungen über "Lebensmittelschwierigkeiten" (prodzatrudnenija) in Dörfern des Nordkaukasus und Sibiriens. Die Menschen griffen zu Nahrungsersatz, erkrankten und starben, oder aber sie schoben das Leiden auf, indem sie die weitere Arbeit in der Kolchose verweigerten, sich das entzogene Vieh wieder aneigneten und schlachteten.33 Ein Kolchosbauer aus Vvedenko im Gebiet Lipeck meinte:

Es lohnt nicht, in der Kolchose zu arbeiten, denn die Bol'ševiki nehmen ohnehin das gesamte Getreide weg. Die Bol'ševiki ruinieren unsere Kolchose [...] Sollen die Kommissare allein arbeiten.<sup>34</sup>

Von Januar bis Juli 1932 sank die Zahl der Kolchosen in der RSFSR um 1,37 Millionen. Das durch die Kollektivierung ausgelöste organisatorische Chaos wurde dadurch aber nicht behoben, sondern weiter verschärft.<sup>35</sup> Für die Bauern stand im Vordergrund, wie sie mit ihren Familien den kommenden Winter und das Frühjahr überlebten. Sie brachten von den kollektivierten Feldern nur das ein und eigneten sich vom Vieh und dem Inventar nur das an, was sie in der aufkommenden Panik selbst zu benötigen wähnten. Als ihnen dies am Ende genommen wurde, gab es kein Überleben mehr. Zunehmend häufiger erschallte der Ruf, sich gewaltsam gegen die Enteignungen und Demütigungen zu verteidigen: "Eher schreiten wir zum Aufstand, als der Macht Getreide zu geben", verlautete aus einem Dorf des Kreises Kozlovsk im Zentralen Schwarzerdegebiet. "Wir werden uns schlagen und das Leben verlieren, aber Getreide werden wir nicht geben", war von der Mittleren Volga zu hören. "Lieber im Kampf sterben, als vor Hunger zugrundegehen", ertönte es aus einem Aul der Region Nordkaukasus.<sup>36</sup> Einige Bauern, die zur Zwangsumsiedlung bestimmt worden waren, brannten ihre Wirtschaft nieder und flohen in die Städte, auf Großbaustellen oder in andere Regionen.<sup>37</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Spravka der OGPU vom 23. April 1930, in: Sovetskaja derevnja, Bd. 3,1 [Fn. 30], S. 310, 311.

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Siehe die regional differenzierten Spravki der OGPU vom 21. und 27. Mai, 18. und 23. Juni 1930, in: Sovetskaja derevnja, Bd. 3,1 [Fn. 30], S. 354–372.

Sondermitteilung der Geheimen Politischen Abteilung der OGPU über die "Lebensmittelschwierigkeiten" an der Unteren Volga und im Zentralen Schwarzerdegebiet vom 1. April 1933, in: Tragedija sovetskoj derevni. Kollektivizacija i razkulačivanie. Dokumenty i materialy v 5-ti tomach, 1927–1939, Bd. 3: Konec 1930–1933. Moskva 2001, S. 662.

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Oleg W. Chlewnjuk: Das Politbüro. Mechanismen der politischen Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre. Hamburg 1998, S. 86.

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Spravka der OGPU vom 21. Juli 1930, in: Sovetskaja derevnja, Bd. 3,1, [Fn. 30], S. 409; vgl. die Berichte vom 26. Aug., 1. und 2. Sept. 1930 aus Westsibirien und dem Dongebiet.

Svodka über die Lage in den Dörfern des Ural, Sibiriens, des Fernen Ostens und der Nordregion vom 23. Juni 1931, in: Sovetskaja derevnja, Bd. 3,1[Fn. 30], S. 692–696.

Die zentrale Getreidebeschaffung war bereits 1928 aus dem Gleichgewicht geraten, weil die nächsten Anbaugebiete in der Ukraine, im Nordkaukasus und auf der Krim durch ungünstige Witterung Ernteeinbußen erlitten hatten. Dadurch stieg die Bedeutung der entfernten Regionen Ural, Sibirien und Kazachstan, obwohl sie aufgrund unzureichender Mühlen-, Lager- und Transportkapazitäten schwieriger in das Verteilungssystem des Zentrums integrierbar waren. Im Frühjahr 1929 berichtete die OGPU von "Lebensmittelschwierigkeiten" in der Region Leningrad, von der insbesondere die ärmsten Landbewohner der Gebiete Pskov, Novgorod und Velikoluck betroffen waren, Ähnliche Nachrichten kamen aus den Gouvernements der Zentralregion Jaroslavl', Kaluga, Tver', Nižnij Novgorod, Ivanovo-Voznesensk, Vladimir, Rjazan' und Tula sowie aus Teilen des Fernen Ostens.38 Als erste traf der Hunger jene, die von staatlichen Rationen abhängig waren. Dies galt selbst in Jahren, in denen die Ernte befriedigend ausfiel. Deshalb waren die Ertragsausfälle des Jahres 1931 Vorboten der Katastrophe.<sup>39</sup> Anfang 1932 schwoll der Strom von Briefen an, den bäuerliche Familienoberhäupter aus dem Volga-Gebiet, dem Ural und Westsibirien an Stalin und Molotov richteten. Darin war von dramatischen Nahrungsengpässen die Rede, die es immer mehr erschwerten, Familien mit Kleinkindern, Alten und Nichtarbeitsfähigen zu versorgen.<sup>40</sup> Verheerend wirkte sich in dieser Lage das am 8. August 1932 in der *Pravda* veröffentlichte Gesetz zum Schutz des sozialistischen Eigentums aus, das die Bauern "Gesetz über die fünf kleinen Ähren" (Zakon o pjati koloskach) nannten. Es stellte Diebstahl von Kooperativ- und Kolchoseigentum – faktisch auch das kleinste Korn vom Acker – unter schwerste Strafen. Auf seiner Grundlage sollen in der Sowjetunion 103 000 Personen verurteilt worden sein, über 6000 (6,2 Prozent) zum Tode.<sup>41</sup> Das bereits 1929 eingeführte Kartensystem für Lebensmittel erwies sich als ungeeignet, die Verteilung des knappen Getreides zu steuern.<sup>42</sup>

Die Beschaffungsvorgaben wurden nicht gesenkt, sondern beispielsweise im Nördlichen Kaukasus von 38 Prozent der Ernte im Jahr 1930 auf 47 Prozent im Jahr 1931 erhöht. In den normalen Zeiten der NEP hatte der Getreideanteil, den die Bauern in den Handel brachten, bei lediglich 15 bis 20 Prozent gelegen. Zwischen 12 und 15 Prozent waren auf die Saatgutrücklage und 25 bis 30 Prozent auf die Verfütterung des

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Elena Osokina: Our Daily Bread. Socialist Distribution and the Art of Survival in Stalin's Russia, 1927–1941. New York 2001. S. 34f.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Ebd., S. 82–88.

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> A.Ja. Livšin, I.B. Orlov, O.V. Chlevnjuk (Hg.): Pis'ma vo vlast'. 1928–1939. Zajavlenija, žaloby, donosy, pis'ma v gosudarstvennye struktury i sovetskim voždjam. Moskva 2002, S. 7; zwischen 1923 und 1933 gingen bei der *Krest'janskaja Gazeta* über fünf Millionen Briefe ein. Im Jahr 1933 wurden allein im Volkskommissariat für Justiz monatlich durchschnittlich 4200 Bittschriften gezählt.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Beschluß des Zentralen Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare der UdSSR "Ob ochrane imuščestva gosudarstvennych predprinjatij, kolchozov i kooperacii i ukreplenii obščestvennoj (socialističeskoj) sobstvennosti" vom 7. Aug. 1932, in: Tragedija sovetskoj derevni, Bd. 3 [Fn. 34], S. 453f. – Zur Genese des Gesetzes vgl. die Auszüge aus den Briefen Stalins an Kaganovič zwischen dem 20. Juli und 17. Aug. 1932, in: ebd., S. 418–420 sowie Il'ja E. Zelenin: "Zakon o pjati koloskach": razrabotka i osuščestvlenie, in: Voprosy Istorii, 1/1998, S. 114–123.

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Osokina, Bread [Fn. 37], S. 35–41. – Vgl. die russische Ausgabe: Za fasadom "Stalinskogo izobilija". Raspredelenie i rynok v snabženii naselenija v gody industrializacii 1927–1941. Moskva 1998, S. 65–70.

Viehs entfallen. Der Rest verblieb zum Eigenverbrauch.<sup>43</sup> Um den Bauern noch die geringsten Reserven abzupressen, bedurfte es kriegerischer Mittel. Die "Stoßbrigaden" "belagerten" die Dörfer und "erstürmten" die letzten Verstecke.<sup>44</sup>

Das Paßgesetz vom 27. Dezember 1932 verbot es den Bauern, die Hungergebiete zu verlassen.<sup>45</sup> Am 22. Januar 1933 erging die streng geheime Direktive Stalins und Molotovs, die aus der Ukraine und dem Kuban' "nach Norden", d. h. ins Zentrale Schwarzerdegebiet, an die Volga, in das Moskauer und das Westliche Gebiet sowie in die Belarussische SSR "eingedrungenen" (*probravšichsja na sever*) Flüchtlinge zurückzudrängen und die "konterrevolutionären Elemente" unter ihnen umgehend zu verhaften.<sup>46</sup> Nach Angaben der OGPU wurden bis zum 13. März 1933 219 460 Menschen festgehalten. 186 588 mußten den Rückweg antreten, die übrigen fielen unter Strafe.<sup>47</sup>

Besonders hart waren Gebiete betroffen, in denen – wie an der Volga, am Don und im Kuban' – außerordentliche Kommissionen operierten. Am 2. November 1932 war eine von ihnen unter der Leitung Lazar Kaganovičs in Rostov am Don eingetroffen. Ihr gehörte auch Genrich Jagoda an. Sie führte noch am selben Tag auf einer Versammlung der Sekretäre der ländlichen Bezirksparteikomitees des Nördlichen Kaukasus einen Beschluß herbei, in welchem das "äußerst klägliche Scheitern" der Getreidebeschaffung, die "Sabotage konterrevolutionärer Kulakengruppen" und die Beteiligung örtlicher Kommunisten und Kolchosdirektoren angeprangert wurden. Gemäß einer "Schwarzen Liste" wurden aus einigen Bezirken sämtliche Waren aus den Läden abgezogen, ein vollständiges Handelsverbot verhängt, die sofortige Rückzahlung laufender Kredite eingefordert und die Verhaftung und Aburteilung von "Saboteuren", "Konterrevolutionären" und "fremden Elementen" verfügt. Für den Fall weiteren Widerstands sollte die gesamte Bevölkerung deportiert werden.

Im Kuban' wurden 15 Kosakensiedlungen (*stanica*) zur Zwangsumsiedlung bestimmt. Unter ihnen waren die Siedlungen Poltavskaja, Medvedovskaja und Urupskaja. Von den hier lebenden 47 500 Personen wurden 45 600 deportiert. Poltavskaja hieß fortan "Krasnoarmejskaja" und wurde mit demobilisierten Rotarmisten besiedelt. Die Deportierten wurden nicht nur nach beruflichen, sozialen und Besitzkriterien registriert. Die OGPU verzeichnete ebenso, ob sie in der Weißen Armee gedient hatten oder Verwandte von Emigranten, Hingerichteten, Repressierten und Verbannten waren.<sup>48</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Moshe Lewin: The Making of the Soviet System. Essays in the Social History of Interwar Russia. London 1985, S. 165–173. – Werth, Ein Staat [Fn. 30], S. 179, zur Hungersnot insgesamt, S. 178–189.

Siehe den Bericht eines Abgesandten des Zentralen Exekutivkomitees aus dem ländlichen Bezirk Elansk der Unteren Volgaregion vom 12. März 1933, in: Nicolas Werth, Gael Moullec (Hg.): Rapports secrets soviétiques. La société russe dans les documents confidentiels 1921–1991. Paris 1994, S. 152–155.

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Zu den verschiedenen Maßnahmen der faktischen Schollenbindung der Bauern Sheila Fitzpatrick: The Great Departure: Rural-Urban Migration in the Soviet Union, 1929–1933, in: W.G. Rosenberg, L.H. Siegelbaum (Hg.): Social Dimensions of Soviet Industrialization. Bloomington 1993, S. 15–40. – Zum Paßsystem allgemein M. Matthews: The Passport Society. Controlling Movement in Russia and the USSR. Boulder 1993, S. 15–30.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Tragedija sovetskoj derevni, Bd. 3 [Fn. 34], S. 634f.

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> N.A. Ivnickij: Repressivnaja politika Sovetskoj vlasti v derevne (1928–1933 gg.). Moskva 2000, S. 313.

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Vgl. die Dokumente des Regionalkomitees der VKP(b) und der OGPU vom 8. Nov., 18., 29. und 31. Dez. 1932, in: Tragedija sovetskoj derevni, Bd. 3 [Fn. 34], S. 530f., 598–601, 610f.,

"Entkulakisierung" wurde zur "Entkosakisierung". Auf der erwähnten Versammlung vom 2. November 1932 drohte Kaganovič:

Die Kuban'-Kosaken sollten wissen, wie 1921 die Terek-Kosaken umgesiedelt wurden, die sich der Sowjetmacht widersetzt hatten. So wollen wir auch jetzt nicht, daß sie die Lande des Kuban', diese goldenen Lande, nicht einsäen und auf sie spucken. Wenn es euch nicht gefällt, hier zu arbeiten, werden wir euch umsiedeln.<sup>49</sup>

Bereits in der Frühphase der Kollektivierung waren Tausende deutscher Kolonisten nach Moskau geströmt, um ihre Ausreise nach Deutschland zu erwirken. Das Vorhaben scheiterte weitgehend an der Unentschlossenheit der Reichsregierung wie an den sowjetischen Behörden, die einer Massenflucht keinen Vorschub leisten wollten. Der Hungertod grassierte bald auch unter den Wolgadeutschen. Zwischen 1. Januar und 1. Mai 1933 zählte der Leiter der Politischen Abteilung der Maschinen- und Traktorenstation Schönthal in seinem Bezirk 1532 Fälle von Menschen mit Hungerödemen und 259 Tote. Tote.

Abgesehen von Moskau und einigen anderen Städten konnten die urbanen Zentren auf Dauer nicht vollständig gegen das ländliche Elend abgeschirmt werden. Immer wieder gelang es Hungerflüchtlingen, bei ihrer verzweifelten Suche nach Nahrung bis in die Städte oder Industriebezirke vorzudringen. Der Tod auf den städtischen Trottoiren gehörte zum Alltag. Ein Arbeiter aus der Stadt Stalino im Donbass begrüßte in einem Schreiben an das Zentrale Exekutivkomitee in Moskau vom 12. August 1932 das fünf Tage zuvor erlassene Gesetz zum Schutz des staatlichen und gesellschaftlichen Eigentums als "gerecht und eisern" im Umgang mit den "inneren Feinden der proletarischen Macht". Zugleich forderte er aber entschiedenere Maßnahmen gegen "die umherziehenden arbeitslosen Elemente" aus den Dörfern, welche, "aufgeschreckt

<sup>613–615. –</sup> N.A. Ivnickij: Kollektivizacija i raskulačivanie (načalo 30-ch godov). Moskva 1994, S. 192f., 198–206.

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Zit. nach Oskolkov, Golod 1932–1933. Chlebozagotovki [Fn. 12], S. 52 f.

Markus Wehner: Stalinistischer Terror. Genese und Praxis der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetunion 1917–1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 37–38/96, S. 15–28, hier S. 19. – Vgl. Alfred Eisfeld, Detlev Brandes, Wilhelm Kahle: Die Rußlanddeutschen. München 1992, S. 104f. Ungeachtet einer umfänglichen Literatur zur Geschichte der Rußlanddeutschen sind die Auswirkungen der Hungersnot in den deutschen Kolonien an der Volga nicht systematisch untersucht worden. Eine wertvolle Quelle stellen die Briefe und Hilfsappelle an die Evangelischen Kirchen in Deutschland dar: Brüder in Not. Dokumente der Hungersnot. Berlin 1933. Siehe auch S.I. Savel'ev: Raskulačivanie: istoki, celi, metody, sledstvija (na materialach Nižne-Volžskogo kraja ASSR Povolž'ja), in: Agrarnyj vopros v Rossii pri formirovanii rynka. Saratov 1993, S. 143–155. – A.A. German: Nemeckaja avtonomija na Volge, 1918–1941, Bd. 2: Avtonomnaja Respublika 1924–1941. Saratov 1994.

Tragedija sovetskoj derevni, Bd. 3 [Fn. 34], S. 676 (Bericht vom 1. Juni 1933). Eine "außerordentlich hohe Sterblichkeit" im Winter 1933 wurde ebenso von der MTS Mokrousovskaja in der ASSR der Wolgadeutschen berichtet. Neben den 250 erfaßten Todesfällen habe es "sehr viele" nicht registrierte gegeben (ebd., S. 677, Bericht vom 21. Nov. 1933). Von der MTS Krasnikovskaja wurden Fälle von Verzehr verendeter Tiere und von Kannibalismus gemeldet (ebd., S. 678, Bericht vom 19. Dez. 1933).

Tucker, Stalin [Fn. 30], S. 193. – Vgl. David L. Hoffmann: Peasant Metropolis. Social Identities in Moscow, 1929–1941. Ithaca, London 1994, S. 39f., 54.

durch die ersten Beschwernisse der Arbeit in der Kolchose", "in Massen durch Bahnhöfe und Städte streifen" und "Raub und Mord auf ihrem Weg verüben". Sie seien mit "nicht weniger als fünf bis zehn Jahren Haft in einem Konzentrationslager zu bestrafen" oder durch GPU und Miliz "auf entfernte Großbaustellen zu jagen". Zur Behebung der "teilweisen Beschwernisse vorübergehenden Charakters mit der Nahrung in einigen Städten", für welche er Spekulanten verantwortlich machte, empfahl er die "höchste Maßnahme der sozialen Verteidigung" – die ausnahmslose Erschießung ohne Gnade.<sup>53</sup> Solche affirmativen Bekundungen orientierten sich an der offiziellen Rhetorik. So gab das Politbüro der ukrainischen Kommunistischen Partei am 6. Mai 1933 eine Verordnung heraus, mit welcher der Zustrom "verwahrloster Kinder" (besprizornye deti) in die großen Städte eingedämmt und die "Säuberung" der Zentren von "vagabundierenden Elementen" forciert werden sollte.<sup>54</sup>

### Wertungen und Perspektiven der Forschung

Die zahlreichen jüngst edierten und in den rußländischen Archiven erschlossenen Ouellen warten noch auf eine angemessene Einbeziehung in die Erforschung von Hunger, Elend und Gewalt während der sowjetischen Periode der Geschichte Rußlands. Es scheint, daß weder der empirische Teil dieser Aufgabe schon hinreichend geleistet ist, noch wird man behaupten können, die bisher in Anwendung gebrachten theoretischen Konzepte hätten für die Dimensionen des Geschehens schon ein schlüssiges Erklärungsmodell geliefert. Entsprechend wartet dieser Grundzug der Sowjetgeschichte auch noch auf seinen unverwechselbaren Platz in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die Festlegung der Zeitgeschichtsforschung auf die Kategorien der Einzigartigkeit und Unvergleichbarkeit von Verbrechen totalitärer Herrschaft hat eine Rangfolge des Schreckens erbracht, aus welcher der nationalsozialistische Genozid an den Juden hervorragt. Dafür gibt es überzeugende Argumente. Offen blieb, ob auch komparatistische Verfahren geeignet sind, die Singularität des "Lebens in der Katastrophe"55 zu erfassen, das die Bevölkerung Rußlands bzw. der Sowjetunion seit dem Ersten Weltkrieg, der Revolution und dem Bürgerkrieg zu fristen hatte. Selbst wenn man die These nicht teilt, die Opfer des Sowjetregimes seien "vom Alibi des Gemeinwohls" verdeckt worden, 56 wird man die Erforschung der Gewaltgeschichte Rußlands im 20. Jahrhundert noch immer als defizitär bezeichnen dürfen. Das schmälert nicht die Verdienste der ertragreichen Studien beispielsweise zum Terror, zum Lagersystem oder zu den Deportationen in unterschiedlichen Perioden, die in der Kontroverse um das "Schwarzbuch des Kommunismus" kritisch bilanziert wurden.<sup>57</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> Pis'ma vo vlast' [Fn. 40], S. 185.

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> Tragedija sovetskoj derevni, Bd. 3 [Fn. 34], S. 670–672.

So der Titel einer wegweisenden Regionalstudie über den Bürgerkrieg und die Anfänge der NÉP im Uralgebiet von Igor' V. Narskij: Žizn' v katastrofe: Budni naselenija Urala v 1917–1922 gg. Moskva 2001.

<sup>56</sup> So der Philosoph Michail Ryklin: Räume des Jubels. Totalitarismus und Differenz. Essays. Frankfurt am Main 2003, S. 56.

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup> Vgl. Helmut Altrichter: "Offene Großbaustelle Rußland". Reflexionen über das "Schwarzbuch des Kommunismus", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 47/1999, S. 321–361. – Jens Mecklenburg, Wolfgang Wippermann: "Roter Holocaust"? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus. Hamburg 1998. – Horst Möller (Hg.): Der rote Holocaust und die Deut-

Allerdings fehlt eine Vorstellung vom inneren Zusammenhang der wiederholten Ausnahmezustände. Worüber öffentlich und offen weder Opfer noch Täter sprachen oder sprechen durften bzw. was nur in der Sprache und mit den Begriffen der herrschenden Eliten zum Ausdruck kam, muß durch die historische und andere Wissenschaften erst dechiffriert werden. In dieser Hinsicht sind nicht die lange unter Verschluß gehaltenen, zudem unzulänglichen Verluststatistiken das Problem. Bei einem Katastrophenzyklus diesen Ausmaßes, dem schätzungsweise 50 Millionen Menschen bei Gewaltakten, Kriegen, Hungersnöten und Epidemien zum Opfer fielen, können letztlich nicht exakte Zahlen über die Stichhaltigkeit von Argumenten und Bewertungsmaßstäben entscheiden. Wesentlicher erscheint die Auseinandersetzung mit der sowjetischen Terminologie und Ikonographie des Todes, des Leidens, der Marginalisierung, Demütigung, Entrechtung und Entmenschlichung großer Teile der Bevölkerung. Bezeichnenderweise kursierten in einer Gesellschaft kaum realitätsnahe Bilder des Todes, für die das vorzeitige und außerordentliche Sterben ein ständiger Begleiter war. 58

Das neue dokumentarische Material zu Kollektivierung, "Entkulakisierung" und Hungersnot in den Regionen Rußlands unterstreicht die Notwendigkeit, die Differenz der sowjetischen Gewaltgeschichte zunächst in den Details der sozialen Praxis zu suchen, um nicht nur der eigenen Sprache der Opfer, sondern auch den konkreten Mechanismen von Repression, Widerstand und Überlebensstrategien auf die Spur zu kommen. Mikrostudien versprechen zunächst mehr als Gesamteinschätzungen, zumal wenn sie wie die unscharfen Termini "Klassen-Genozid" oder "Hunger-Holocaust" anderen Begründungszusammenhängen entlehnt sind. Kulturgeschichtliche Überlegungen zu den Ordnungen der Gewalt in Krisenzeiten versprechen Auskünfte über Täterverhalten und komplexe Täterbiographien, über die Genese mentaler Dispositionen für rücksichtslose Militanz von einzelnen oder Gruppen, über die Mechanismen der Marginalisierung und Ausgrenzung, der Erniedrigung und Dehumanisierung, 59 aber auch – dies ist ein unbestelltes Forschungsfeld – über verweigerte Kollaboration bei der Vernichtung erklärter "Feinde", die Mißachtung von Direktiven durch subalterne Funktionäre oder die Hilfsbereitschaft gegenüber Verfemten. Deportierten und Flüchtlingen, d.h. über Zeichen des zivilen oder dienstlichen Ungehorsams.

Mentalitätsgeschichtliche Untersuchungen zu den traumatischen Erfahrungen und Nachwirkungen des Großen Sterbens Anfang der 1930er Jahre, bei dem – anders als 1921/22 – in- und ausländische Hilfe willentlich versagt bzw. verhindert wurde, lie-

schen. Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München, Zürich 1999. – Michael Klundt: Geschichtspolitik. Die Kontroversen um Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung und das "Schwarzbuch des Kommunismus". Köln 2000.

Vgl. Daniel Weiss (Hg.): Der Tod in der Propaganda. (Sowjetunion und Volksrepublik Polen). Bern [u.a.] 2000 – Catherine Merridale: Night of Stone. Death and Memory in Russia. London 2000 (dt: Steinerne Nächte. Leiden und Sterben in Rußland. München 2001). – Irene Masing-Delic: Abolishing Death. A Salvation Myth of Russian Twentieth-Century Literature. Stanford 1992.

Tristan Landry: La valeur de la vie humaine en Russie. Construction d'une esthétique politique de fin du monde. Québec, Paris 2001. – Stefan Plaggenborg: Gewalt und Militanz in Sowjetrußland 1917–1930, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 44/1996, S. 409–430. – Ders.: Weltkrieg, Bürgerkrieg, Klassenkrieg. Mentalitätsgeschichtliche Versuche über die Gewalt in Sowjetrußland, in: Historische Anthropologie, 3/1995, S. 493–505. – Lynne Viola: The Second Coming: Class Enemies in the Soviet Countryside, 1927–1935, in: J. Arch Getty, Roberta T. Manning (Eds.): Stalinist Terror. New Perspectives. Cambridge 1993, S. 70–98.

gen nicht vor.<sup>60</sup> In vielen Gebieten Rußlands gehörten Hungersnot und Seuchen über Jahrhunderte zu den periodischen Elementarerfahrungen. Elend und Armut prägten die Gouvernements an der Volga in anderer Weise als etwa die nordrussische Provinz oder die großen Städte. Moskau machte in den 1920er Jahren auf auswärtige Beobachter den Eindruck einer "Stadt der Bettler".<sup>61</sup> Der massenhafte Zustrom entwurzelter bäuerlicher Migranten seit Beginn der Kollektivierung übertraf alles bisher Bekannte und brachte die ländliche Not in die Metropole.<sup>62</sup> Geläufige Erfahrungen wurden auf den Kopf gestellt. So drängten zum Erstaunen der Bewohner Notmigranten aus den südlichen Überschußgebieten ausgerechnet in die traditionellen Hungerzentren.

Über jede Vorstellungskraft hinaus gehen die sich kreuzenden Ströme von Deportierten, Zwangsumsiedlern und Hungerflüchtlingen. Für diese Große Wanderung und Bevölkerungsverschiebung und ihre Wirkung auf Mentalität, Weltbild und Identität von Individuen oder Gruppen fehlt eine spezifische Terminologie. Auf den Bahnstationen, in den Deportationszügen, in den Behelfs- und Straflagern und schließlich in der Öde und Wildnis "des Nordens" trafen aber nicht nur Bauernfamilien, sondern auch aufgegriffene Kinder und Jugendliche, verurteilte und ohne Urteil verbannte "Konterrevolutionäre" und "Klassenfeinde" unterschiedlicher Nationalität aufeinander, um – so sie denn die Strapazen überlebten – ihre bloße Existenz zu sichern. Einige Regionen Rußlands erlebten in Friedenszeiten Verheerungen, wie sie sonst nur aus Kriegen bekannt waren.

Der allgegenwärtige oder doch stetig drohende "Hunger" als extremste Ausprägung vielfältiger Formen des Mangels und der Entbehrung kontrastierte scharf mit den staatlichen Konzepten für technischen Fortschritt und industrielle Modernisierung, für den Bau von Fabriken, Kanälen und Eisenbahnlinien oder für eine mechanisierte Landwirtschaft. Seine Geschichte im 20. Jahrhundert zu schreiben, bedarf epochaler und regionaler, diachroner und synchroner Ansätze sowie Vergleichen zwischen der vorrevolutionären Zeit und den Katastrophen von 1921/22,<sup>63</sup> 1932/33 und 1946/47.<sup>64</sup>

Siehe den frühen Problemaufriß des Soziologen Pitirim A. Sorokin: Golod kak faktor. Vlijanie goloda na povedenie ljudej, social'nuju organizaciju i obščestvennuju žizn'. Petrograd 1922. – Vgl. V.V. Kondrašin: Golod v krest'janskom mentalitete, in: V.P. Danilov (Hg.): Mentalitet i agrarnoe razvitie Rossii (XIX–XX vv.). Moskva 1996, S. 115–123. – I.B. Orlov: Meždu "Car'-golodom" i "Tovariščem urožaem" (1921–1922 gg.), in: Social'naja istorija. Ežegodnik 2001/2002. Moskva 2004, S. 467–485.

<sup>&</sup>lt;sup>61</sup> René Fülöp-Miller: Geist und Gesicht des Bolschewismus. Darstellung und Kritik des kulturellen Lebens in Sowjet-Russland. Zürich, Leipzig, Wien 1926, S. 344–354. – Mauricio Borrero: Hungry Moscow. Scarcity and Urban Society in the Russian Civil War, 1917–1921. New York [u.a.] 2003.

<sup>&</sup>lt;sup>62</sup> Zur Verbäuerlichung der Städte Hoffmann, Peasant Metropolis [Fn. 50]. Zum Zusammenhang von Kollektivierung, Hungermigration und der Anwerbung bäuerlicher Arbeitskräfte für die Industrie Stephen Kotkin: Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization. Berkeley, Los Angeles, London 1995, S. 72–105. – Fitzpatrick, The Great Departure, S. 15–40.

<sup>&</sup>lt;sup>63</sup> Serguei Adamets: Guerre civile et famine en Russie: le pouvoir bolchevique et la population face à la catastrophe démographique 1917–1923. Paris 2003. – Zu einigen Forschungsdesiderata an einem regionalen Beispiel Markus Wehner: Golod 1921–1922 gg. v Samarskoj gubernii i reakcija sovetskogo pravitel'stva, in: Cahiers du Monde russe, 1–2/1997, S. 223–242.

Vgl. die Dokumentation Elena Ju. Zubkova [u.a.] (Hg.): Sovetskaja žizn' 1945–1953. Moskva 2003, S. 119–161. – Veniamin F. Zima: Golod v SSSR 1946–1947 godov. Proizchoždenie i posledstvija. Moskva 1996. – Stanislav V. Kul'čyc'kyj [u.a.] (Hg.): Holod 1946–1947 rokiv v Ukraïni. Pryčyny i naslidky. Kyïv 1998.

Besondere Beachtung verdienen die jeweiligen Erscheinungsformen der Versorgungskrisen und des Schwarzmarkts, der Nahrungsmittelknappheit und der Mangelernährung, der Rationierungs- und Kartensysteme, der Stadt-Land-Ströme von Produkten und der Privilegierung einzelner gesellschaftlicher Segmente.65 Inwieweit die Opfergruppen zwischen Stadt und Land, den verschiedenen Ebenen des Partei- und Verwaltungsapparates, der Armee oder der Intelligenz unterscheidbar sind, wird eher symptomatisch als statistisch zu klären sein. Diese langfristige Perspektive würde unweigerlich weitere Kontexte von Entbehrung als allgemeine Befindlichkeit, von Armut und von individuellen oder kollektiven Strategien der Existenzsicherung in den Blick nehmen.66 "Brot" erschiene als der elementare Bezugspunkt der bäuerlichen Kultur der Ernährung und des "Überlebens".67 Von dieser Warte aus erführe nicht nur die offizielle Propaganda mit ihrem Pathos der Fruchtbarkeit und der Ernte einen über die eigentliche Hungerperiode hinausweisenden Sinn. Gemälde, Photographien oder der gewaltige Komplex der Allunions-Landwirtschaftsausstellung von 1939/40 erschienen als Bestandteile einer Utopie dauerhaft gesicherter Sattheit und des Mythos einer Gesellschaft des "Überflusses".68 Der Symbolismus von Nahrung übernimmt in Literatur und Kunst eine wichtige kompensatorische Funktion. Als Erinnerung bzw. Mahnung an die periodische Wiederkehr von Notzeiten verhindert er, daß die latente Furcht vor dem Hunger gänzlich verschwindet.

Einer langfristigen Deutungsperspektive ist die These verpflichtet, Kollektivierung, "Entkulakisierung" und Hungersnot hätten nicht nur das traditionelle Dorf in seinen regionalen Ausprägungen, sondern die gesamte bäuerliche Kultur unwiederbringlich zerstört.<sup>69</sup> Sol-

Mit institutions- und organisationsgeschichtlichem Ansatz, konzentriert auf das Bevorratungs- und Distributionssystem für Getreide: Lars T. Lih: Bread and Authority in Russia, 1914–1921. Berkeley, Los Angeles, Oxford 1990 – Breiter angelegt, ohne das Versorgungsmonopol im Staatsbildungsprozeß nach der Revolution zu fokussieren: Mary McAuley: Bread and Justice. State and Society in Petrograd 1917–1922. Oxford 1991.

<sup>&</sup>lt;sup>66</sup> Siehe als eine erste Orientierung die Beiträge des Sammelbandes Musya Glants, Joyce Toomre (Hg.): Food in Russian History and Culture. Bloomington, Indianapolis 1997. Allerdings sind darin die Bezüge zu den Hungerperioden der russischen und sowjetischen Geschichte, d.h. zu den realen Kontexten der Ernährungsgewohnheiten unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und Schichten sowie zu deren konkreten Erfahrungen mit Entbehrung und Mangel, weitgehend ausgeblendet. Diese prägen jedoch die Einstellungen zur Nahrung insgesamt wie die zur Moralität von Herstellung, Verteilung und Verbrauch im besonderen. Wertigkeit, Menge und Qualität einzelner Lebensmittel variieren deshalb stark.

<sup>&</sup>lt;sup>67</sup> David Moon: The Russian Peasantry 1600–1930. The World the Peasants Made. London, New York 1999, S. 282–324. – Zur Folklore siehe S.A. Arutjunov [u.a.] (Hg.): Chleb v narodnoj kul'ture. Etnografičeskie očerki. Moskva 2004.

<sup>&</sup>lt;sup>68</sup> Peter Noever (Hg.): Tyrannei des Schönen. Architektur der Stalinzeit. München, New York 1994, S. 35. – Margarita Tupitsyn: Das Stigma der Apparatur. Zur "organischen" Wende in der Fotografie und der bildenden Kunst, in: Jurij Murašov, Georg Witte (Hg.): Die Musen der Macht. Medien in der sowjetischen Kultur der 20er und 30er Jahre. München 2003, S. 113–136, hier S. 126f. – Osokina, Za fasadom [Fn. 40], S. 249. – Zur Feier von "Tagen der Ernte und der Kollektivierung" siehe Malte Rolf: Constructing a Soviet Time: Bolshevik Festivals and Their Rivals during the First Five-Year Plan. A Study of the Central Black Earth Region, in: Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History 3/2000, S. 447–473.

<sup>&</sup>lt;sup>69</sup> Kondrašin, Golod v krest'janskom mentalitete [Fn. 58], S. 120. – Il'ja E. Zelenin: "Revoljucija sverchu": zaveršenie i tragičeskie posledstvija, in: Voprosy Istorii, 10/1994, S. 28–42, hier S. 40. Nach Zelenin folgte der "äußeren Entbäuerlichung" durch Deportation oder Flucht in die Städte eine "innere" durch die Verwandlung der Bauern in Kolchozniki, d.h. in

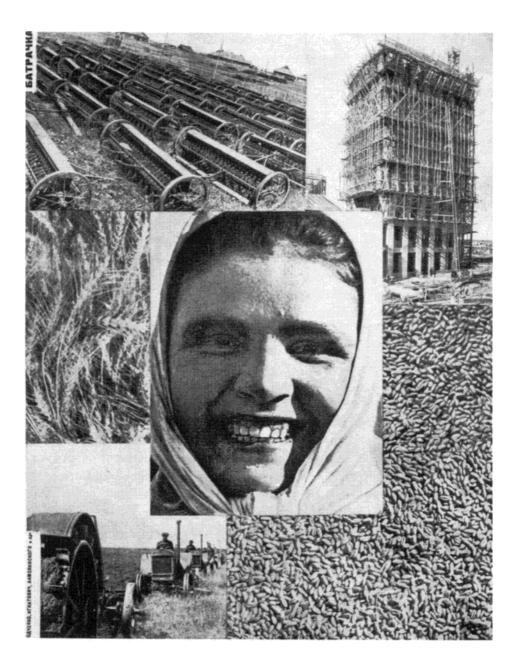
che Ansichten neigen zu einer Idyllisierung der Jahre der NÉP bzw. der vorrevolutionären Zeit, die von verschärften sozialen Gegensätzen unter den Bauern gekennzeichnet waren. Während die zunehmend erfolgreichen Bauern ihr Gefühl wachsender Freiheit für das allgemeine Empfinden hielten und meinten, "unser Dorf" sei auf dem Weg "zum Leben", breiteten sich unter den verarmenden Landbewohnern utopische Vorstellungen vom "Sozialismus als Paradies auf Erden" aus. Doch nicht nur deshalb melden rußländische Historiker Widerspruch gegen die Vernichtungsthese an. Sie verweisen darauf, daß die Katastrophe von 1932/33 nur etwa ein Viertel der ländlichen Bevölkerung der Sowjetunion heimgesucht habe. Des weiteren habe die Regierung nach 1933 dem individuellen Landbau wieder gewisse Entfaltungsmöglichkeiten einräumen müssen. Für eine solche Unterscheidung zwischen erfolgter "Entkulakisierung" und verhinderter "Entbäuerlichung" (raskrest'janivanie) fehlen jedoch sowohl die Unterscheidungskriterien als auch auf ihnen beruhende empirische Untersuchungen.

unfreie Beschäftigte landwirtschaftlicher Betriebe halbstaatlichen Charakters. Die Kollektivierung habe "die gesamte dörfliche Lebensweise zerstört" sowie "die sozialökonomischen und genetischen Wurzeln nicht nur der Reproduktion, sondern auch der Existenz des Bauerntums als solchem abgeschlagen".

Zur Reagrarisierung Rußlands nach dem Bürgerkrieg, zum Rückzug der Bauern in die traditionelle Dorfgemeinde und zur innerparteilichen Agrardebatte vgl. Markus Wehner: Bauernpolitik im proletarischen Staat. Die Bauernfrage als zentrales Problem der sowjetischen Innenpolitik 1921–1928. Köln, Weimar, Wien 1998. – Helmut Altrichter: Die Bauern von Tver. Vom Leben auf dem russischen Dorfe zwischen Revolution und Kollektivierung. München 1984. – Stefan Merl: Der Agrarmarkt und die Neue Ökonomische Politik. Die Anfänge staatlicher Lenkung der Landwirtschaft in der Sowjetunion 1925–1928. München, Wien 1981. – Roger Pethybridge: One Step Backwards, Two Step Forward. Soviet Society and Politics under the New Economic Policy. Oxford 1990 (das Beispiel des Gouvernements Tver', S. 362–388). – Viktor Danilov: Rural Russia under the New Regime. London 1988.

Brief des Dorfkorrespondenten F. Romanovskij vom 18.11.1927 an die *Krest'janskaja Gazeta*, in: A.K. Sokolov (Hg.): Golos naroda: Obščestvo i vlast'. 1930-e gody. Povestvovanie v dokumentach. Moskva 1998, S. 91. – "Socializm – eto raj na zemle" (Krest'janskie predstavlenija o socializme v pis'mach 20-ch godov), in: V.A. Kozlov (Hg.): Neizvestnaja Rossija, Bd. 3. Moskva 1993, S. 199–226 (die Dokumentation wurde bearbeitet von V.V. Kabanov, T.P. Mironova, E.V. Chandurina). Zur widersprüchlichen Entwicklung in den 1920er Jahren und zum Wandel von Wahrnehmungen und Einstellungen: V.L. Telicyn: Vosstanovlenie sel'skogo chozjajstva, in: S.A. Pavljučenkov (Hg.): Rossija nėpovskaja. Moskva 2002, S. 94–120. – Ders.: "Licom k derevne" i lico derevni, in: ebd., S. 208–229. – S.S. Krjukova: Krest'janskie istorii: Rossijskaja derevnja 1920-ch godov v pis'mach i dokumentach. Moskva 2001.

Vgl. die Unterscheidung zwischen der "Entbäuerlichung des Dorfes" erst in den 1940er und 1950er Jahren (N.S. Ivanov) und dem "Verschwinden des Dorfes" in den 1960er bis 1980er Jahren (E.B. Nikitaeva) in: Jurij N. Afanas'ev (Hg.): Sud'by rossijskogo krest'janstva. Moskva 1996, S. 416, 436. – Zelenin, Vvedenie, in: Tragedija sovetskoj derevni, Bd. 3 [Fn. 34], S. 31.



A. Rodčenko, B. Ignatovič. Ernte. 1929

### Rudolf A. Mark

## Die Hungersnot in Kazachstan

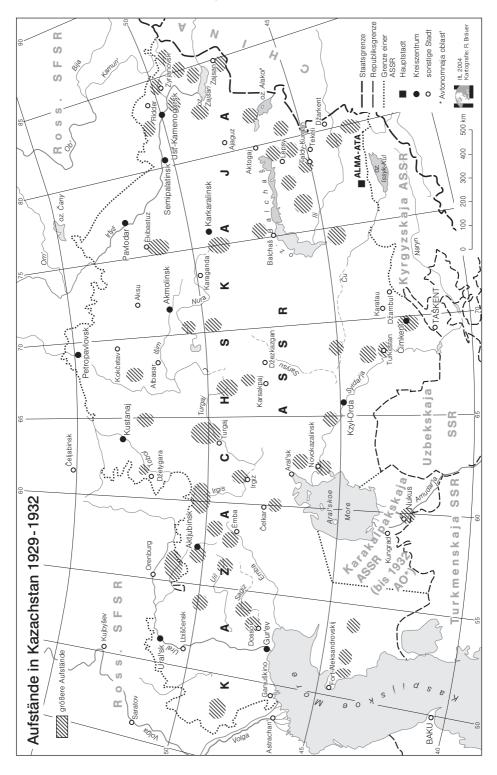
## Historiographische Aufarbeitung im Wandel

Die Hungersnot gehörte zu den großen "weißen Flecken" der sowjetischen Historiographie Kazachstans. Mit der Unabhängigkeit des Staates wurde diese Katastrophe Gegenstand der historischen Forschung – auch als ein nationales Projekt in staatlichem Auftrag. Die Hungersnot wurde lange noch als "Betriebsunfall" oder als "Verletzung Leninscher Prinzipien" erklärt. Mit wachsender Distanz zur Sowjetzeit wird sie zunehmend als Folge der gewaltsamen Nivellierungs- und Disziplinierungspolitik des als totalitär verstandenen Stalinschen Systems interpretiert. Zwar diskutieren wie in der Ukraine auch in Kazachstan Historiker und Demographen über Opferzahlen, Dimension und Wirkmächtigkeit der als Katastrophe bzw. Tragödie codierten Ereignisse und ihre Folgen. Diese Debatte steht aber nicht im Zentrum des wissenschaftlichen Diskurses.

Die Hungersnot in Kazachstan war eine Folge von "Entkulakisierung" und Zwangskollektivierung, von Gewaltmaßnahmen, die zwischen 1927 und 1933 die sozialökonomischen Verhältnisse in der Autonomen SSR von Grund auf veränderten. Schon mit dem Machtantritt der Sowjets erfolgte ein Anschlag auf die traditionelle Gesellschaftsstruktur der Kasachen, als durch sogenannte Entkulakisierungskampagnen zunächst vor allem der Viehbestand umverteilt werden sollte. 1926/27 gab es zudem erste Zuweisungen von Weideland an arme Bauern sowie massive Steuererhöhungen für wohlhabende Wirtschaften. Die systematische Enteignung der sogenannten "Halbfeudalen", der Sultane, Bejs sowie der wohlhabenden Viehzüchter erfolgte dann auf der Grundlage von Beschlüssen und Anweisungen der leitenden Partei- und Staatsorgane zwischen November 1927 und Februar 1930. "Zur Befreiung der armen und mittleren Bevölkerungsschichten von der wirtschaftlichen Abhängigkeit und Expropriation" sollten die "größten Viehzüchter aus der indigenen Bevölkerung" ausgewiesen werden, weil sie, "die halbfeudalen, patriarchalischen Beziehungen und Stammesbeziehungen aufrecht erhalten und mit ihrem Eigentum und gesellschaftlichen Einfluß die Sowjetisierung des Aul behindern [...]",1 wie eine der zentralen Verordnungen lautete. Obwohl gemäß Direktiven von oben lediglich drei bis fünf Prozent

**Rudolf A. Mark** (1951), Dr. phil., Historiker und Politikwissenschaftler, Lehrbeauftragter am Zentrum für Demokratieforschung, Universität Lüneburg

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Iz postanovlennija CIK i SNK KazASSR "O konfickacii bajskich chozjajstv, 27.8.1928, in: Nasil'stvennaja kollektivizacija i golod v Kazachstane 1931–1933 gg. Sbornik dokumentov i materialov. Sost. Kajdar S. Aldažumanov et al. Almaty 1998, S. 28.



aller Höfe als "Kulaken"- oder Bej-Wirtschaften "liquidiert" werden sollten,² wurden diese Vorgaben oft überschritten und in manchen Rajons bis zu 15 Prozent der Betriebe, d. h. vor allem auch die sogenannten Mittelbauern "entkulakisiert". Als solcher klassifiziert wurde, wer drei Pferde, zwei Kühe, zwölf Ziegen und eine Jurte besaß. Ein etwas solider gebautes Wohnhaus oder der Besitz von zwei Pferden konnten aber auch schon genügen, um auf die Kulaken-Listen gesetzt zu werden.3 Dies bedeutete Enteignung, Verlust der politischen Rechte, Arrest, Gewalt, Deportation und Tod. Die Entscheidungen über Aussiedlung sowie über das zu konfiszierende Eigentum wurden meist auf Versammlungen der Kolchosmitglieder, der Dorfarmut und Landarbeiter gefällt. Ein Teil des konfiszierten Vermögens wurde unter ihnen aufgeteilt, diente aber auch als Beitrag neuer Mitglieder zur Aufnahme in die Kolchosen. So wurden allein 1930 und 1931 fast 7000 "Wirtschaften", d. h. Familien, innerhalb Kazachstans verschickt, insgesamt wohl 60-70 000 Menschen. Über die Republiksgrenzen hinweg deportiert werden sollten zudem rund 5000 Familien, denen dieses Schicksal erspart blieb, weil Kazachstan auf deren Arbeitskraft nicht verzichten wollte. Im gleichen Zeitraum wurden ungefähr 66 000 "Kulakenfamilien", mehr als 300 000 Menschen, sowie andere Arbeitskräfte aus verschiedenen Teilen der Union nach Kazachstan zwangsverschickt. Auch hier ist festzuhalten, daß es keine genauen Zahlen gibt.4

Begleitet war das Vorgehen gegen die "Repräsentanten der besitzenden Klassen und der einst privilegierten Stände" seit 1928 von Getreide-, Rohstoff- und Viehrequirierungen, die sich zunächst auf "Kulakenwirtschaften" konzentrierten, aber rasch alle anderen privaten wie kollektiven Wirtschaften einbezogen und so den Vorlauf zur Zwangskollektivierung bildeten.<sup>5</sup> Die betroffenen Bauern versuchten zunächst, das Lebensnotwendige zu retten, wie das Presseorgan der Partei *Bol'ševik Kazachstana* anschaulich berichtete:

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Vgl. I. E. Zelenin: Osuščestvlenie politiki "likvidacii kulačestva kak klassa" (osen' 1930– 1932 gg.), in: Istorija SSSR 1990/6, S. 31–49, hier S. 33.

B. Žanguttin: Vynuždennye migranty v Kazachstane v 1930-e gody: čislennosť i sostav, in: Otan tarichi, 2001/3, S. 95–100, hier S. 97. – Žulduzbek B. Abylchožin, Manaš K. Kozybaev, Makaš B. Tatimov: Kazachstanskaja tragedija, in: Voprosy istorii, 7/1989, S. 53–71, hier S. 56. – Kajdar Aldažumanov: Krestjanskoe dviženie soprotivlenija, in: Deportirovannye v Kazachstan narody: vremja i suďby. Red. koll. Abiš K. Kekilbaev et al. Almaty 1998, S. 66–93, hier S. 91.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Kajdar S. Aldažumanov, Manaš K. Kozybaev: Totalitarnyj socializm: Real'nost' i posledstvija, in: Manaš K. Kozybaev: Kazachstan na rubeže vekov: Razmyšlenija i poiski v dvuch knigach, kn. II: Socializm: nesbyvšiesja nadeždy. Almaty 2000, S. 4-30, hier S. 10. – Kuljas A. Berdenova, V. S. Korobkov, B. T. Tašenov, O. M. Krivošeeva: Ėkonomičeskaja istorija Kazachstana. Učebnoe posobie. Almaty 2001, S. 195ff. – Manaš Kozybaev, Žulduzbek Abylchožin: "Klassovyj" natisk, in: Deportirovannye v Kazachstan [Fn. 3], S. 52–59, hier S. 54f. – A. N. Alekseenko, N. Ė. Masanov: Migracionnye i ėtnodemografičeskie processy v sovetskij period, in: N. Ė. Masanov et al.: Istorija Kazachstana: narody i kul'tury. Učebnoe posobie. Almaty 2001, S. 367–419, hier S. 377f. – Žanguttin, Vynuždennye migranty [Fn. 3], S. 97f.

Zaključenie komissii Prezidiuma Verchovnogo Soveta Respubliki Kazachstan po izučeniju postanovlenij KazCIK i SNK KASSR ot 27 avgusta 1928 goda "Ob ugolovnoj otvetstvennosti za protivodejstvie konfiskacii i vyseleniju krupnejšego i polufeodal'nogo bajstva", ot 19 fevrala 1930 goda "O meroprijatijach po ukrepleniju socialističeskogo pereustrojstva sel'skogo chozjajstva v rajonach splošnoj kollektivizacii i po bor'be s kulačestvom i bajstvom", in: Nasil'stvennaja kollektivizacija i golod [Fn. 1], S. 5–26 hier, S. 6–9. – Amanžol Kuzembajuly, Erkin Abil: Istorija respubliki Kazachstan. Almaty 1998, S. 333. – Berdenova u.a., Ėkonomičeskaja istorija [Fn. 4], S. 195ff. – Žulduzbek Abylchožin: Danniki gosudarstva, in: Deportirovannye v Kazachstan [Fn. 3], S. 29–36, hier S. 32ff.

Um sich für den Lebensunterhalt und die Saat wenigstens eine kleine Menge der Ernte beiseite zu schaffen, ließen die Kol'chozniki beim Mähen schmale Streifen von Getreide an den Wegen, den Grenzrainen und Bewässerungskanälen stehen, kehrten nicht den ganzen Dreschboden, ließen Getreide in die Spreu fallen, ließen Ähren auf den Feldern liegen, gebrauchten mit Absicht nicht regulierte Dreschmaschinen, um mit dem Stroh auch Ähren durchfallen zu lassen usw. usw.<sup>6</sup>

Geahndet wurden diese Verzweiflungstaten mit drakonischen Strafen, die von zehn Jahren Haft bis zur Konfiszierung des Vermögens reichten. Leidtragende waren aber nicht nur die einzelnen Bauern, sondern das gesamte Agrarsystem. Die staatlichen Maßnahmen liefen auf eine systematische Zerstörung des landwirtschaftlichen Privateigentums und der Strukturen der Individualwirtschaft hinaus. Die von den Requirierungskommandos einzutreibenden Mengen basierten auf weit überzogenen Zahlenangaben über Viehbestände, Inventar und ökonomische Möglichkeiten der einzelnen Regionen und ihrer Wirtschaftseinheiten.

1928 waren lediglich 1,8 Prozent der kasachstanischen Wirtschaftseinheiten kollektiviert. Am 1. Oktober 1929 waren es dann bereits 7,4 Prozent, obgleich während des Fünfjahrplanes insgesamt nur 16-18 Prozent aller Höfe in Kolchosen überführt werden sollten.7 Aufgrund dieser ersten Erfolge drängte die kasachstanische Parteiführung unter Filip I. Gološčekin (1925–33) auf eine Überprüfung des Kollektivierungstempos, so daß das Politbüro der VKP(B) (Kommunistische Allunionspartei/Bol'ševiki) Kazachstan den Regionen zuschlug, in denen die Kollektivierung der nichtnomadischen Wirtschaften bis Frühjahr 1932 abgeschlossen sein sollte.8 Zwischen Mai und Dezember 1931 erfolgten zudem Anweisungen des Gebietskomitees und der Regierung der ASSR, auch in den Nomadengebieten das Kollektivierungstempo zu beschleunigen und außerdem die Ansiedlung und Seßhaftmachung der Nomaden und Halbnomaden bis 1933 abzuschließen.9 Schon im Juni 1932 konnte dann die Kollektivierung von 73,1 Prozent aller Wirtschaften und von 97,8 Prozent der Aussaatflächen des bäuerlichen Sektors gemeldet werden, womit Kazachstan den ersten Rang in der gesamten Union einnahm. Ein Jahr später mußte die Parteigebietsleitung dann aber feststellen, daß Kazachstan 90 Prozent seines Viehbestandes verloren hatte.10

Die Folgen dieser Politik waren nämlich verheerend. Von Anfang an stieß sie auf den Widerstand der betroffenen Bevölkerung, der sich nicht nur gegen die Kollektivierung, sondern auch gegen die gleichzeitig betriebene antireligiöse Kampagne sowie die Schließung und Zerstörung von Moscheen, Gebetshäusern und Kirchen richtete.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Zitiert nach Manaš Kozybaev, Žulduzbek Abylchožin, Makaš Tatimov: Novoe o kollektivizacii v Kazachstane, in: Kozybaev, Kazachstan na rubeže [Fn. 4], S. 70–102, hier S. 74.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Žulduzbek B. Abylchožin: Velikij perelom, in: Deportirovannye v Kazachstan [Fn. 3], S. 37–51, hier S. 37f.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Ebd., S. 39f. – Kozybaev, Abylchožin, Tatimov, Novoe o kollektivizacii, [Fn. 6], S. 71.

Zaključenie komissii [Fn. 5], S. 11. – Abylchožin, Velikij perelom [Fn. 7], S. 46. – Manaš K. Kozybaev: Novoe myšlenie i nekotorye problemy istorii kollektivizacii, in: Kollektivizacija sel'skogo chozjajstva v respublikach Srednej Azii i Kazachstana: Opyt i problemy. Otv. red. T. B. Balakaev. Alma-Ata 1990, S. 9–27, hier S. 14. – Alekseenko, Masanov, Migracionnye [Fn. 4], S. 375.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Ebd., S. 375.

So waren rund 80 000 Menschen an fast 400 Erhebungen und Massenprotesten beteiligt, die zwischen 1929 und 1931 beinahe auf dem gesamten Territorium der ASSR ausbrachen. Die größten Aufstände, die 1928 mit Erhebungen im Autonomen Gebiet der Karakalpaken ihren Anfang nahmen, erschütterten die Kreise Semipalatinsk, Syrdarja, Kustanaj und Aktjubinsk, wobei sich neben der indigenen Bevölkerung auch die russische und ukrainische an den Erhebungen in den östlichen Rajons beteiligten. Die oft gewalttätigen Proteste richteten sich vor allem gegen Parteirepräsentanten und Parteieinrichtungen und konnten nur unter massivem Einsatz von Militär und Sicherheitskräften erstickt werden.<sup>11</sup> Somit waren im Unterschied zu den übrigen Regionen der UdSSR die Zwangsmaßnahmen in Kazachstan auf offenen Widerstand gestoßen, der in der Regel auf der Basis der traditionellen Sippengemeinschaften und unter Führung prominenter Persönlichkeiten, an manchen Orten auch von lokalen Parteiund Staatsfunktionären organisiert bzw. mitgetragen wurde. Gleichwohl war der dezidiert antisowjetische Impetus der Widerstandshandlungen unübersehbar. Er reichte bis zu Forderungen, das traditionelle Khan-System zu restituieren. Schließlich bedurfte es zweier Kavalleriedivisionen, zahlreicher Sonderverbände und OGPU-Einheiten, um die Aufstände niederzuschlagen.12

Massencharakter besaßen auch die vielfältigen Formen von passivem Widerstand. Nicht nur "Kulaken" und Bauern verkauften oder schlachteten ihr Vieh und versuchten, den Repressionen und der Kollektivierung durch Flucht zu entkommen, auch Hunderttausende von Nomaden zogen mit und ohne Herden über die Republiksgrenzen in die Mongolei, auf chinesisches Gebiet, nach Afghanistan, Persien und in die Türkei. Zwischen 1930 und 1932 haben mehr als eine Million Menschen die ASSR verlassen, von denen später nur 0,4 bis 0,45 Millionen wieder zurückgekehrt sind. Nicht unerwähnt bleiben darf zudem, daß gleichzeitig in vielen Regionen Kazachstans sowie in den anrainenden Gebieten bis weit nach Sibirien hinein hungernde, kranke und verhungernde Menschen Obdach, Hilfe und Nahrung suchten, wie ein Bericht des Stellvertretenden Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare der RSFSR, Turar R. Ryskulov, im September 1932 an Stalin in dürren Worten, aber unmißverständlich zeigt:

Die Hälfte der kasachischen Wirtschaften nomadisiert außerhalb ihrer Rajons, eine bedeutende Anzahl von Wirtschaften ist in den Nachbargebieten geblieben, unter denen die Mehrheit unter freiem Himmel lebt, ohne Ordnung, und in einer Reihe von Orten herrscht Hunger. Die hungrigen Kasa-

Kuzembajuly, Abil, Istorija respubliki [Fn. 5], S. 335ff. – Nasil'stvennaja kollektivizacija [Fn. 1], S. 62–68. – Abylchožin, Kozybaev, Tatimov, Kazachstanskaj tragedija [Fn. 3], S. 65. – Georgij V. Kan: Istorija Kazachstana: Učebnoe posobie. Almaty 2000, S. 169. – M. Ch. Abuseitova, Ž. B. Abylchožin, S. G. Kljaštornyj et al.: Istorija Kazachstana i central'noj Azii. Almaty 2001, S. 494.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Kuzembajuly, Abil, Istorija respubliki [Fn. 5], S. 338. – Aldažumanov, Krestjanskoe dviženie soprotivlenija [Fn. 3], S. 67-73, 90f.

Zaključenie komissii [Fn. 5], S. 14. – Kuzembajuly, Abil, Istorija respubliki [Fn. 5], S. 40. – Zh. Abylkhozhin, K. Aldazhumanov, Yu. Romanov: Kazakstan in the system of "kazarmennyj socialism", in: History of Kazakstan. Essays. Ministry of Science – Academy of Science of the Republic of Kazakstan. Almaty 1998, S. 142–159, hier S. 156. – Abuseitova u. a., Istorija Kazachstana [Fn. 11], S. 495. – Für Details vgl. Pod grifom sekretnosti. Otkočevki kazachov v Kitaj v period kollektivizacii. Reėmigracija. 1928–1957 gg. Sbornik dokumentov. Ust-Kamenogorsk 1998.

chen sammeln sich in Massen bei den Industrieanlagen (Karaganda, Balchašstroj, Karsakpaj u. a.) und können keine Arbeit finden und stören den normalen Arbeitsgang dieser Industrieanlagen. Auch sammeln sich Kasachen an den Eisenbahnlinien, besonders im Norden Kazachstans, es hat sich Bettelei verbreitet, besonders von Kindern, in nicht wenigen Fällen Morde und Raub aufgrund des Hungers.<sup>14</sup>

Der Hunger war auch ein Resultat von Inkompetenz und Machtarroganz, wie sie für das Gološčekin-Regime typisch waren. Das enteignete Vieh wurde zusammengetrieben, um in riesigen Kolchosen konzentriert zu werden, in sogenannten Landwirtschaftlichen Artelen, in denen anders als in den anfangs betriebenen TOZ (*Tovariščestvo po sovmestnoj obrabotke zemli*) die Produktionsmittel uneingeschränkt vergesellschaftet und ihre private Nutzung verboten wurde. Die Folgen waren schwerwiegend. Massive organisatorische Defizite, unzureichende Investitionsmittel und nicht zuletzt fehlender Sachverstand verhinderten eine artgerechte Tierhaltung. Die riesigen Herden gingen an falscher Pflege, Wassermangel, Unterernährung und Seuchenepidemien rasch ein, was zu einem gewaltigen Rückgang des Viehbestandes in katastrophalem Ausmaße führte.

Tabelle 1: Viehbestand (in Millionen)

	Rinder	Schafe	Pferde	Kamele
1928	6,509	18,560	3,610	1,420
1932	0,965	1,386	0,416	0,063

*Quellen:* Alekseenko, Masanov, Migracionnye [Fn. 12], S. 375. – Kuzembajuly, Abil, Istorija respubliki [Fn. 14], S. 335.

Bis 1933 waren also bis zu 90 Prozent des gesamten Viehbestandes und damit auch die Existenzgrundlage vor allem der nomadisch lebenden Bevölkerung vernichtet worden. Eine allmähliche Verbesserung der Lage trat erst nach der Ersetzung Gološčekins durch Levon I. Mirzojan im Februar 1933 ein, als Partei- und Staatsführung die Folgen der Zwangsmaßnahmen lindern wollten. So wurden Nahrungsmittel zugeteilt und Sorge getragen, daß ein Teil der über die Grenzen abgezogenen Nomaden zurückkehren konnte. Als eine wichtige Voraussetzung dafür wurden zudem in den Nomaden- und Halbnomadenrajons bis 1934 die meisten Landwirtschaftsartele abgeschafft bzw. in die – kasachischen Verhältnissen eher entsprechenden – TOZ reorganisiert. Außerdem wurden 624 Großfarmen aufgelöst, deren Vieh sowie persönliches Eigentum an die Mitglieder zurückgegeben, die darüber hinaus Vieh von Kolchosen und Sowchosen kaufen konnten. 15 Endgültig zerstört waren jedoch die lange die Steppe Kazachstans beherrschenden Nomadenkulturen.

Nasil'stvennaja kollektivizacija [Fn. 1], S. 186f. – Vgl. CK VKP(b) – t. Stalinu s. ch. otdel CK VKP(b) t. Kaganoviču SNK SSR – t. Molotovu (9.3.1933), in: Golod v kazachskoj stepi. Sost. S. Abdirajymov et al. Alma–Ata 1991, S. 168–175. – Žulduzbek Abylchožin, Manaš Kozybaev: Stalin: Naša strana stanet samoj chlebnoj stranoj v mire, in: Deportirovannye v Kazachstane[Fn. 3], S. 60–65, hier S. 63f.

N.V. Alekseenko: Istoričeskaja demografija Kazachstan. Ust'-Kamenogorsk 2001, S. 31. – Abylchožin, Velikij perelom [Fn. 7], S. 49. – CK VKP[b] tov. Stalinu SNK tov. Molotovu (29.3.1933), in: Golod v kazachskoj stepi [Fn. 14], S. 197–200.

#### Das Problem der Opferzahlen

Exakte Zahlen über die Opfer der Hungersnot infolge der in Sowjet-Kazachstan zwischen 1928 und 1933 exekutierten Zwangsmaßnahmen gibt es nicht. Es wurden keine Sterbelisten geführt, weil es sich anders als im Falle des Holocaust und ungeachtet der Brutalität gegenüber den Opfern um keine systematisch geplante Vernichtungsaktion handelte. Zuverlässige Zahlen stehen noch aus, weil trotz erleichterter Archivzugänge nicht alle Bestände für die Forschung freigegeben sind.

Die Erhebungen basieren daher auf dem Vergleich der Volkszählungsergebnisse, auf Hochrechnungen von Sterbe- und Geburtenraten, auf Angaben über Heiratsgewohnheiten, Migrationssalden sowie vergleichbaren Faktoren und Vektoren der historischen Demographie<sup>16</sup> – ergänzt um Schätzungen und Erfahrungswerte. Erschwerend kommt hinzu, daß die so ermittelten Zahlen sich teilweise auf die gesamte Bevölkerung Kazachstans, teils nur auf die kasachische beziehen und daher entsprechend variieren.

Die 1936 zur Unionsrepublik umgebildete Kasachische SSR war am 26. August 1920 als Autonome Kirgisische SSR im Verbund der RSFSR gegründet worden. 1925 in Kasachische ASSR umbenannt, gliederte sie sich 1930 in ein Autonomes Gebiet sowie 13 Kreise (okruga), die wiederum in 192 Rajons unterteilt waren.<sup>17</sup> Bezogen auf die heutigen Grenzen hatte Kazachstan damals, d.h. gemäß der Volkszählung von 1926 eine Gesamtbevölkerung von 6 198 467 Einwohnern, von denen die Kasachen mit 3 627 612 rund 58 Prozent, die Russen mit 1 275 055 rund 20 Prozent und die Ukrainer mit 860 201 fast 14 Prozent stellten. Mit 2,1 Prozent und weniger folgten Usbeken, Tataren, Ujguren, Deutsche, Belarussen und zahlreiche kleinere Nationalitätengruppen.<sup>18</sup> Die Zugehörigkeit zur RSFSR zu Beginn der 1930er Jahre dürfte auch ein Grund dafür gewesen sein, daß die Hungersnot und ihre Folgen in Kazachstan, d. h. an der Peripherie der Rußländischen Sowjetrepublik, in der Regel auf weniger Aufmerksamkeit stieß, als dies für die Ukraine der Fall war.

Die meist genannte Zahl von 1,75 Millionen Hungertoten erfaßt zunächst nur die indigene kasachische Bevölkerung ("korennoe naselenie"). Bereits in einem von den Mitarbeitern der kasachischen Akademie der Wissenschaften Žulduzbek B. Abylchožin, Manaš K. Kozybaev und Makaš B. Tatimov 1989 in der historiographischen Zeitschrift *Voprosy istorii* erschienenen Beitrag war diese Zahl genannt worden.<sup>19</sup> Seither ist sie eine feste Größe,<sup>20</sup> wobei die Tatsache, daß nur wenige neue Forscher

Vgl. – Istorija perepisej naselenija i ėtnodemografičeskie processy v Kazachstane. Pod red. Ž. A. Kulekeeva. Almaty 1998, S. 5, 32. – Alekseenko, Istoričeskaja demografija [Fn. 15], S. 30f.

Erkin A. Abil: Istorija gosudarstva i prava Respubliki Kazachstana (s drevnejšich vremen do 1992 goda). Učebnoe posobie. Astana <sup>2</sup>2001, S. 160. – Berdenova u. a., Ekonomičeskaja istorija [Fn. 4], S. 172f. – Martha Brill Olcott: The Khazaks. Stanford, Cal. <sup>2</sup>1995, S. 200ff.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> T. Ž. Žumasultanov, A. T. Ibraev: Naselenie Kazachstana s drevnejšich vremen do našich dnej. Almaty 2000, S. 24. – Istorija perepisej naselenija [Fn. 16], S. 36f.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Abylchožin, Kozybaev, Tatimov, Kazachstanskaja tragedija [Fn. 3], S. 67.

Manaš K. Kozybaev, Žulduzbek B. Abylchožyn, Kajdar S. Aldažumanov: Kollektivizacija v Kazachstane: Tragedija krest'janstva. Alma-Ata 1992, S. 28. – Učebnoe posobie po istorii Kazachstana s drevnejšich vremen do našich dnej. Hg. Institut istorii i etnologii im. Č. Č. Valichanova Akademii nauk Respubliki Kazachstan. Alma-Ata 1992, S. 126. – Istorija Kazachstana s drevnejšich vremen do našich dnej. Glav. red. Manaš K. Kozybaev. Almaty 1993, S. 311. – Abylkhozhin, Aldazhumanov, Romanov, Kazakstan in the system of "kazarmennyj socialism"

den Kreis der mit der Hungersnot befaßten Wissenschaftler erweitert haben, nicht ohne Bedeutung sein dürfte. Abweichungen von jener Zahl sind selten. So finden sich neben den schon in sowjetischer Zeit genannten 1,3 Millionen<sup>21</sup> auch Angaben, die sich auf zwei Millionen<sup>22</sup> und mehr<sup>23</sup> belaufen, wobei nicht immer klar ist, auf welchen Grundlagen die zitierten Zahlen basieren.<sup>24</sup> Entsprechende Angaben für die gesamte Bevölkerung Kazachstans variieren daher von zwei und 2,1 Millionen<sup>25</sup> bis zu drei und mehr Millionen Opfern.<sup>26</sup> In Prozenten ausgedrückt verloren demnach allein die Kasachen zwischen 36,2 Prozent (unmittelbar Umgekommene) und 64 Prozent (Migrations- und demographische Verluste eingeschlossen) ihres Ethnos.

Auf den Schätzungen älterer Studien basierend wurde die Zahl der Opfer von Martha Brill Olcott mit mehr als 1,5 Millionen<sup>27</sup> präzisiert, eine Angabe, die seither von den meisten (westlichen) Autoren übernommen wurde.<sup>28</sup> Sie korrespondiert mit der seit Ende der 1980er Jahre in der Historiographie Kazachstans immer häufiger genannten von 1,7 bis 1,8 Millionen, eine Zahl, die von sowjetischen Historikern und Demographen als zu hoch bezeichnet wurde. Sie sprachen in der Regel von 1,3 Millionen.<sup>29</sup> Leidtragende der Katastrophe waren aber auch die übrigen Bevölkerungsgruppen des Landes. In den meisten der hier untersuchten Darstellungen wird darauf verwiesen, daß nicht nur Kasachen, sondern auch Angehörige der anderen Nationalitäten – wenn auch in einem geringeren Ausmaß – Opfer der Hungersnot und ihrer Folgen waren. So werden in einem Kommissionsbericht des Obersten Sowjets Kazachstans auf der Basis der Volkszählungsergebnisse von 1926 und 1937 Verluste angegeben, die von sechs und acht Prozent bei der russischen und der usbekischen Bevölkerung bis zu 13 und 25 Prozent bei Ujguren und Kirgisen reichen. Für Tataren, Belarussen, Dunganen und

<sup>[</sup>Fn 12], S. 155. – Istorija perepisej naselenija [Fn. 16], S. 32. – Kozybaev, Abylchožin, Stalin: Naša strana [Fn. 14], S. 61. – Kozybaev, Abylchožin, Tatimov, Novoe o kollektivizacii v Kazachstane [Fn. 6] S. 95. – Abuseitova u. a., Istorija Kazachstana [Fn. 11], S. 495. – Alekseenko, Masanov, Migracionnye i ėtnodemografičeskie [Fn. 4], S. 374, 376. – Vgl. auch N. A. Ivnickij: Golod 1932–1933 godov: kto vinovat?, in: Golod 1932–1933 godov. Sb. Statej. Otv. red. Jurij N. Afanas'ev. Moskva 1995, S. 41–65, hier S. 64.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Žumasultanov, Ibraev, Naselenie Kazachstana [Fn. 18], S. 28.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Kuzembajuly, Abil, Istorija respubliki [Fn. 5], S. 335.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Makaš B. Tatimov: Demografičeskie posledstvija peregibov v kollektivizacii: "Belye pjatna" v istoričeskoj demografii Kazachstana, in: Kollektivizacija sel'skogo chozjajstva [Fn. 9], S. 103–110, hier S. 108, wo Tatimov von 2,6 Mio. spricht, die auch rund 400.000 über die kasachischen Grenzen migrierte Nomaden mit einschließen. – 2,2 Mio. nach Zaključenie komissii [Fn. 5], S. 15. – Vgl. auch Alekseenko, Istoričeskaja demografija [Fn. 15], S. 31.

Vgl. die wohl für einen breiteren Leserkreis gedachte Darstellung bei Kuzembajuly, Abil, Istorija respubliki [Fn. 5], S. 335.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Vgl. T. B. Balakaev, Ch. I. Bisenov, Ž. I. Kuanyšev: Istorija kollektivizacii sel'skogo chozjajstva Kazachstana v novom svete, in: Kollektivizacija sel'skogo chozjajstva [Fn. 9], S. 87–102, hier S. 102 (1 bis über 2 Mio.). – Kan, Istorija Kazachstana [Fn. 11], S. 168 (2,1 Mio.).

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Učebnoe posobie po istorii Kazachstana [Fn. 20], S. 115 (von 1,5 bis 3 Mio.). – Manaš K. Kozybaev, Kajdar S. Aldažumanov: Novoe myšlenie i nekotorye problemy istorii kollektivizacii, in: Kozybaev, Kazachstan na rubeže [Fn. 4], S. 52–70, hier S. 61 (bis 3 Mio.).

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Olcott, The Kazakhs [Fn. 17], S. 184.

Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998, S. 401. – Hans-Heinrich Nolte: Kleine Geschichte Rußlands. Stuttgart 2003, S. 230.

Kozybaev, Novoe myšlenie i nekotorye problemy [Fn. 9], S. 20. – Istorija Rossii s drevnosti do našich dnej. Posobie dlja postupajuščich v vuzy. Pod red. M. N. Zueva. Moskva 1994, S. 282f.

"übrige" werden jeweils zehn, für Ukrainer und Deutsche jeweils elf Prozent sowie für die Mordvinen zwölf Prozent genannt. Insgesamt sollen rund 200 000 Menschen umgekommen sei. 30 Rund doppelt so hoch belaufen sich deren Opferzahlen in anderen Darstellungen. 31 Wie immer die Wahrheit gewesen sein mag, die angeführten Zahlen indizieren, daß die überwiegend nomadisch lebende Bevölkerung, d. h. Kasachen und Kirgisen, die höchsten Verluste erlitten hat, weil ihre Existenzform von der Rationalität des stalinistisch-bolschewistischen Systems am weitesten entfernt war.

### Ursachenforschung und Erklärungsversuche

Im folgenden soll nun der Frage nachgegangen werden, ob und wie die Hungerkatastrophe in der Historiographie der seit 1991 unabhängigen Republik Kazachstan thematisiert wird. Dabei ist zum einen von Interesse, welche konzeptionellen und möglicherweise personellen Veränderungen in der postsowjetischen Phase stattgefunden und einen "Paradigmenwechsel" gefördert haben, vor allem aber soll untersucht werden, wie die Katastrophe in der Geschichtsschreibung aufgearbeitet wird oder anders ausgedrückt, welche Narrative sie zur Konstituierung einer kollektiven kasachischen bzw. kasachstanischen Gedächtniskultur anbietet. Letztere ist allerdings nicht Gegenstand diese Beitrages oder nur insofern, als die Historiographie ein wesentliches Instrument der Erinnerung darstellt und die soziokulturelle und soziopolitische Verfassung eines Staates und seiner Gesellschaft widerspiegelt.

Sowjetische Publikationen übergingen bis zum Schluß Hungersnot und Tod in Kazachstan, gaben aber zu erkennen, daß "Entkulakisierung", Kollektivierung und erzwungene Seßhaftmachung der nomadischen Bevölkerung alles andere als planmäßig und reibungslos verliefen. Eine entsprechende Textpassage lautete beispielsweise, daß 1932 "ein gewisser Abzug von Bauern aus den Kolchosen hauptsächlich der Getreide anbauenden Rajons der RSFSR [...]" zu beobachten gewesen sei und auf "Schwierigkeiten in jener Reorganisationsperiode" zurückgeführt wurde. Diese seien durch Trockenheit und Mißernten bedingt gewesen sowie Resultat von "Ränken des zerschlagenen, aber noch nicht ganz vernichteten Klassenfeindes – des Kulakentums".³² Wie schon in Stalins *Kratkij kurs* vorgegeben,³³ wurden die Geschehnisse als Ergebnis grober Fehler der lokalen Funktionäre sowie der zuständigen Staats- und Parteistellen qualifiziert. Der Klassenfeind habe diese Fehler ausgenützt und unter der Bevölkerung "für das Abschlachten des Viehs" agitiert. "Die räuberische Massenschlachtung und das Wegtreiben von Vieh, die von den Bejs und deren Helfershelfer organisiert wurden, und der Wegzug der Bevölkerung" hätten dann "zu einer erheblichen Verrin-

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Zaključenie komissii [Fn. 5], S. 15. – Kozybaev, Aldažumanov, Totalitarnyj socializm [Fn. 4], S. 8.

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Alekseenko, Istoričeskaja demografija [Fn. 15], S. 31. – Tatimov, Demografičeskie posledstvija [Fn. 23], S. 105.

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Kratkaja istorija SSSR, č. vtoraja: Ot Velikoj Oktjabr'skoj socialističeskoj revoljucii do našich dnej, izd. četvertoe, ispravlennoe i dopolnennoe. Otvetst. Red. A. M. Samsonov. Moskva 1983, S. 225.

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bol'ševiki). Kurzer Lehrgang. Unter Redaktion einer Kommission des Zentralkomitees der KPdSU (B). 1938. Berlin 1946, S. 371ff.

gerung des Viehbestandes in der Republik und zu ernsthaften Nahrungsmittelschwierigkeiten in vielen Viehzucht-Rajons" geführt.<sup>34</sup> Daß die Folgen der Zwangsmaßnahmen verheerend waren und auch in Kazachstan zu Hungersnot und Massensterben führten, blieb unerwähnt.<sup>35</sup>

Die Hungersnot gehörte zu Beginn der 1990er Jahre zu den "weißen Flecken" der Geschichte Kazachstans. Sie war ein Tabu für Historiker, denen der Zugang zu Archiven und anderen Informationsquellen verwehrt war. Dies änderte sich im Laufe der Perestrojka und mit der Unabhängigkeit des Landes, als die "Geschichte Kazachstans" Universitätsdisziplin und an den Schulen selbständiges Unterrichtsfach wurde. Seither konnte man die bis dato verheimlichten Fakten der Geschichte Kazachstans aufdekken³6 und "dem Volk sein historisches Gedächtnis zurückgeben", wie es das Autorenkollektiv einer 1993 erschienenen Monographie ausdrückte.³7 Dies allein den Historikern zu überlassen, scheint jedoch nicht im Sinne der politischen Führung gewesen zu sein. Der Oberste Sowjet Kazachstans setzte am 12. November 1991 eine spezielle Kommission ein, der neben Wissenschaftlern auch Abgeordnete und Vertreter von Regierungsbehörden angehörten.³8 So wurde die Untersuchung der Hungersnot zu einer Staatsangelegenheit.

Ein der Öffentlichkeit offenbar erst 1998 vorgelegter Bericht nebst einer Auswahl erstmals veröffentlichter Dokumente enthält bereits alle Fakten des Katastrophenszenariums, wie es in den seit 1990 erschienenen Publikationen, ergänzt um Detailuntersuchungen, entfaltet, dargestellt und akzentuiert wurde. Dies ist allerdings nicht verwunderlich, weil die in die Kommission berufenen Historiker, meist Mitglieder und Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften, nicht nur die wichtigsten Publikationen zum Thema verfaßten haben, sondern auch als Herausgeber, Redakteure und Koautoren die historiographische Aufarbeitung bis in die Gegenwart mitbestimmen. Vor allen anderen fungiert der mit zahlreichen Staatspreisen ausgezeichnete Manaš Kozybaev, der die Leitung jener Kommission innehatte, offensichtlich weiter als Mentor und wissenschaftliche Autorität. Von Elitenwechsel kann nicht die Rede sein, Ansätze von Wandel sind jedoch erkennbar.

Das in der Historiographie Kazachstans entworfene Bild von der Hungersnot, deren Ursache und Erklärung haben sich erkennbar verändert. Bis Mitte der 1990er Jahre gab das sowjetische Paradigma Forschungsansatz und Interpretationsrahmen vor. Die Kollektivierung wurde als grundsätzlich positiv bewertet, weil sie "die Kanäle der klassenbedingten Schichtung und der Ausbeutung geschlossen", landwirtschaftliche Ressourcen mobilisiert und damit geholfen habe, den Zweiten Weltkrieg zu gewinnen.<sup>39</sup> Auch die Politik, die nomadische Bevölkerung zur Ansässigkeit zu bringen, sei

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Istorija Kazachskoj SSR s drevnejšich vremen do našich dnej v pjati tomach, t. IV. Alma-Ata 1977, S. 436.

<sup>35</sup> Vgl. Jörg Baberowski: Der Rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus. München 2003, S. 124.

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Siehe dazu Kan, Istorija Kazachstana [Fn. 11], S. 7–11. – Učebnoe posobie po istorii [Fn. 20], S. 122. – Novejšaja istorija Kazachstana: Sbornik dokumentov i materialov (1917–1939 gg.), T. 1: Posobie dlja vysšych, srednich učebnich zavedenij i obščeobrazovatel'nych škol. Sost. K. Karažanov, A. Takenov. Almaty 1998, S. 4f. – Kozybaev, Abylchozin, Tatimov, Novoe o kollektivizacii [Fn. 6], S. 91.

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Istorija Kazachstana s drevnejšich vremen [Fn. 20], S. 3.

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Zaključenie komissii [Fn. 5], S. 5.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Kollektivizacija sel'skogo chozjajstva [Fn. 9], S. 4.

"an sich [...] ein sehr progressiver Akt" gewesen, dem nur die nötige Vorbereitung und Beachtung der "Leninschen Prinzipien" gefehlt habe, wie der cantus firmus dieser Historiker lautet.<sup>40</sup> Ihnen zufolge haben "grobe Verletzungen der Leninschen Prinzipien, schädliche Übertreibungen und Gewalt gegen die bäuerlichen Massen" zu der Tragödie der Hungersnot geführt.<sup>41</sup>

Die in diesen Untersuchungen recht behutsam geäußerte Kritik scheint einigen Historikern allerdings schon zu weit gegangen zu sein. Sie monierten, daß für eine adäquate Aufarbeitung noch die Quellenbasis fehlte<sup>42</sup> und führten "methodologische" Bedenken an. Man dürfe, so heißt es bei ihnen, das "Prinzip des Historismus" nicht ignorieren und so komplizierte Phänomene wie Probleme des Klassenkampfes, der revolutionären Gewalt und der Lösung von Widersprüchen in einer Übergangsperiode nach unserem heutigen Verständnis von Demokratie und Humanismus beurteilen. Denn dies führe dann nur zu all den

'Wehklagen' über den ermordeten Zaren, zur Idealisierung und Rehabilitierung der feudal-patriarchalischen Struktur der kasachischen Gesellschaft, [...] zur Verdichtung der Schrecken des roten Terrors usw.<sup>43</sup>

Immer wieder wird die in Kazachstan Ende der 1920er Jahre eingeleitete forcierte Industrialisierungs- und Urbanisierungspolitik als Hintergrund und Auslöser der Kollektivierungs- und "Entkulakisierungs"-maßnahmen genannt.<sup>44</sup> Durch sie sollten auf Kosten der ländlichen Bevölkerung die nötigen Mittel und Arbeitskräfte gefunden und dem Staat die Kontrolle über die Produktionsmittel garantiert werden. Dies sollte zu einer "Umverteilung der Arbeitsressourcen vom Dorf in die Stadt"<sup>45</sup> führen, nachdem andere Methoden wie die Enteignung der Bauern durch erhöhten Steuerdruck und niedrige Agrarpreise gescheitert waren.<sup>46</sup> Verschärft worden sei die Lage zudem durch die gleichzeitig seit 1928 durchgeführten Requisitionen, die ursprünglich nur "Kulaken"- und Bej-Wirtschaften treffen sollten, schließlich aber selbst die Kolchosen in Mitleidenschaft gezogen hätten. Außerdem wird in den Darstellungen hervor-

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Balakaev, Bisenov, Kuanyšev, Istorija kollektivizacii [Fn. 25], S. 97. – Bakhytnur Otarbaeva: A Brief History of the Kazakh People, in: Nationalities Papers, 3/1998, S. 421–431, hier S. 427.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Kollektivizacija sel'skogo chozjajstva [Fn. 9], S. 5.

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> G. Ja. Kozlov: Novaja koncepcija istorii Kazachstana sovetskogo perioda: Nekotorye metodologičeskie voprosy, in: Nekotorye voprosy istorii Kazachstana (sbornik statej). V. M. Koz'menko (otv. red.). Almaty 1994, S. 37–47, hier S. 44. – A. K. Kusainov: K istoriografii problem vzaimootnošenij rabočego klassa i krestjanstva v 20–40 gg., in: ebd., S. 65–70, hier S. 68.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Kozlov, Novaja koncepcija [Fn. 42], S. 40.

Die Begriffe "Entkulakisierung", "Liquidierung des Kulakentums" etc. werden in den untersuchten Texten in der Regel ohne Anführungszeichen als feststehende Termini technici verwendet und in ihrer Bedeutung nur insofern in Frage gestellt, als einzelne Autoren hervorheben, daß es sich bei diesen Gewaltaktionen nicht um eine "Entkulakisierung" (razkulačivalis'), sondern um eine "Entbäuerlichung" (raskrest'janivalis') gehandelt habe, vgl. Zaključenie komissii, S. 13. – Berdenova u.a., Ekonomičeskaja istorija [Fn. 4], S. 204. – Kozybaev, Abylchožin, Tatimov, Novoe o kollektivizacii [Fn. 6], S. 76.

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Alekseenko, Masanov, Migracionnye [Fn. 4], S. 374.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Istorija Kazachstana [Fn. 20], S. 307. – Učebnoe posobie po istorii [Fn. 20], S. 125. – Kuzembajuly, Abil, Istorija respubliki [Fn. 5], S. 333. – Aldažumanov, Kozybaev, Totalitarnyj socialism [Fn. 4], S. 11. – Kan, Istorija Kazachstana [Fn. 11], S. 166. – Berdenova u.a., Ekonomičeskaja istorija [Fn. 4], S. 204.

gehoben, daß nicht nur Getreide und Nahrungsmittel, sondern auch Werkzeug, Gerätschaften. Wolle und Hausvieh bis zur letzten Ziege requiriert wurden – und dies unter der zynischen Losung der dazu von außerhalb geholten, Tausende Funktionäre und Freiwilligen: "Keine Übertreibungen zulassen und keine Paarhufer zurücklassen!"47 Die Aufbringungskampagnen seien zudem auch dann nicht eingestellt worden, als bereits Hunderttausende von Menschen Hunger litten.<sup>48</sup> Verheerend habe sich zudem die Beschleunigung der Kollektivierungsmaßnahmen durch die lokalen und regionalen Behörden ausgewirkt. Diese hätten nämlich nicht nur jeden Sachverstand missen, sondern sich auch von persönlichem Ehrgeiz und politischen Ambitionen leiten lassen und Parteibeschlüsse ignoriert. Vor allem in den frühen Darstellungen wird der Vorwurf erhoben, daß es sich dabei um linksradikale Auswüchse bzw. um stalinistische Willkürakte gehandelt habe, da die "Freiwilligkeit" der Kollektivierung mißachtet und Terror wie Gewaltanwendung als "Hauptmethode der sozialistischen Rekonstruktion" betrachtet wurden. Dabei habe die "Liquidierung" der Bejs als Kulaken und Klassenfeinde eigentlich gar nichts mit der physischen Vernichtung der Bejs und ihrer Familien zu tun gehabt. Hier habe die "ungenügende marxistische Vorbereitung einiger leitender Funktionäre der Republik" eine wichtige Rolle gespielt. Parteiführer wie der Zweite Sekretär I. M. Kuramysov, wie Bekker, Uraz D. Isaev u. a. seien Befürworter der "Theorie von den großen Opfern" gewesen, die hinzunehmen seien beim Übergang von einer sozialökonomischen Formation zur nächsten.<sup>49</sup>

In diesem Zusammenhang konzentriert sich die Kritik in vielen Untersuchungen auf Gološčekin, der von Moskau bewußt für Kazachstan ausgewählt worden sei, da er als ein "Verwaltungszerberus" brutalster und kompromißlosester Natur galt und für Stalin zum "innerparteilichen "Orden der Schwertträger" zählte. Als Erster Parteisekretär war er der regionale Vertreter des Stalinschen Systems und folglich der Hauptverantwortliche vor Ort. Er wird als "kleiner Stalin in Kazachstan" apostrophiert, 50 der die Zustimmung Stalins erhalten habe, die "Entwicklung Kazachstans auf sozialistische Gleise zu stellen", weil die Revolution den kasachischen Aul noch nicht erreicht hatte. 51 Er habe sich zudem als Theoretiker des Sozialismus einen Namen schaffen wollen und die Losungen vom "Oktober im Aul", vom "Kleinen Oktober", von der "Sowjetisierung des Aul" ausgegeben. 52 Seine Politik wird analog zu der des Moskauer Zentrums unter Stalin gesehen. Kaum an die Macht gekommen, habe dieser Be-

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Učebnoe posobie po istorii [Fn. 20], S. 124. – Istorija Kazachstana, [Fn. 20], S. 309. – Kuzembajuly, Abil, Istorija respubliki [Fn. 5], S. 334.

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Balakaev, Bisenov, Kuanyšev, Istorija kollektivizacii [Fn. 25], S. 95. – Istorija Kazachstana [Fn. 20], S. 307.

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Ebd., S. 308. – Zaključenie komissii [Fn. 5], S. 10. – Balakaev, Bisenov, Kuanyšev, Istorija kollektivizacii [Fn. 25], S. 90ff. – M. S. Burabaev, S. V. Kajnazarova: Levackie ošibki pri provedenii kollektivizacii v Kazachstane: Antinaučnaja suščnost' "teorii bol'šich žertv", in: Kollektivizacija sel'skogo chozjajstva [Fn. 9], S. 156–165, hier S. 158ff.

<sup>&</sup>lt;sup>50</sup> Abylchožin, Danniki gosudarstva [Fn. 5], S. 30. – Aldažumanov, Kozybaev, Totalitarnyj socializm [Fn. 4], S. 16. – Tulepbaev, B.: Predislovie, in: Golod v kazachskoj stepi [Fn. 14], S. 114–116, hier S. 114.

Aldažumanov, Kozybaev, Novoe myšlenie [Fn. 26], S. 56f. – Abylkhozin, Aldazhumanov, Romanov, Kazakstan in the system, [Fn. 13], S. 148.

Kozybaev, Novoe myšlenie [Fn. 9], S. 13. – Kan, Istorija [Fn. 11], S. 166. – Kajdar S. Aldažumanov, Murat T.-M. Bajmachanov, Manaš K. Kozybaev: Navečno v pamjati naroda, in: Kozybaev, Kazachstan na rubeže [Fn. 4], S. 152–167, hier S. 153.

rufsrevolutionär das Parteiaktiv der Republik nationalistischer Abweichungen geziehen und eine "Säuberungskampagne" gestartet, der Teile der kasachischen Elite und nationale Führer wie T. Ryskulov, Smagul Sadvokasov, Saken Sejfullin, Sultanbek Chodžanov, Ž. Munbaev u. a. zum Opfer fielen. Damit sei für ihn der Weg frei gewesen, den Klassenkampf künstlich zu verschärfen, auch in Kazachstan einen stalinistischen Kurs zu steuern und alle reale Macht im zentralen Parteiapparat und in seinen Händen zu konzentrieren. Nach Meinung der zitierten Historiker schuf Gološčekin so die Grundlage für einen regionalen Führerkult ("Voždizm"), wurde "Hauptexekutor des Willens Stalins und des Systems in der Steppe und Urheber allen Elends". Seine Amtszeit wird daher als "Gološčekina" bezeichnet, als "totalitäres Regime", als "Gološčekin-Stalinsches Modell" der Revolution in der Steppe.<sup>53</sup>

Gološčekin, der nach Baberowski "an einer ausgeprägten Nomadenphobie litt",<sup>54</sup> war demnach verantwortlich für die unnötige Forcierung und Ausweitung der Kollektivierung, die damit verbundene Seßhaftmachung der Nomaden sowie die Durchsetzung aller Maßnahmen durch örtliche und zahlreiche aus Rußland dazu geholte Kader. Sie alle hätten nur Gološčekins Ehrgeiz und eigene Ambition befriedigen wollen; sie seien zudem brutal und gänzlich unvorbereitet gewesen und hätten ohne jede Kenntnis der Verhältnisse vor Ort die Kollektivierung exekutiert.

Mit zunehmendem Abstand zur Sowjetzeit werden die "tragischen Ereignisse" in den Darstellungen deutlicher und öfter als zuvor als systembedingt erklärt. Sie seien keineswegs zufällig gewesen, und nicht nur "Fehler und Übertreibungen", wie früher behauptet. Es habe sich im Gegenteil um "gesetzmäßige Erscheinungen" gehandelt, die die "objektive Logik des Stalinschen Gesellschaftsmodells" wiedergegeben haben. Auch hätten Stalin und seine Entourage durchaus von der Katastrophe Kenntnis gehabt, wie Eingaben an ihn, Vjačeslav M. Molotov und Lazar' M. Kaganovič belegen. Kazachstan sei jedoch bei der Sicherung der Lebensmittelversorgung der Städte und der zahlreichen Industrie- und Infrastrukturprojekte die Funktion eines wichtigen Rohstofflieferanten zugedacht worden. Darüber hinaus – so schon im Bericht der erwähnten staatlichen Kommission von 1992 – sei "Kazachstan zu einem gigantischen Übungsplatz zur Durchführung eines unmenschlichen sozialen Experiments" geworden, in dem auf verbrecherische Weise das "orthodox-marxistische Postulat des möglichen Übergangs der zurückgebliebenen Völker zum Sozialismus unter Umgehung des Kapitalismus" habe verwirklicht werden sollen. Die seich weise das "orthodox-marxistische Postulat des möglichen Übergangs der zurückgebliebenen Völker zum Sozialismus unter Umgehung des Kapitalismus" habe verwirklicht werden sollen. Die seien keinen kei

Noch einen Schritt weiter gehen die Autoren einer unlängst erschienenen Arbeit, in der "Entkulakisierung" und Kollektivierung expressis verbis als strategische Mittel Stalins und der Bol'ševiki zur gesellschaftlichen Nivellierung und als Ausdruck des totalitären Charakters des Sowjetsystems beschrieben werden. Sie berufen sich dabei auf Ralf Dahrendorf, nach dessen Theorie im Totalitarismus alle Widersprüche unter-

Manaš K. Kozylaev, Žulduzbek B. Abylchožin, Jurij I. Romanov, Kajdar S. Aldažumanov: I bol', i skorb' naroda, in: Kozybaev: Kazachstan na rubeže [Fn. 4], S. 189. – Kozybaev, Novoe myšlenie [Fn. 9], S. 13. – Zaključenie komissii [Fn. 5], S. 16f. – Kuzembajuly, Abil, Istorija respubliki [Fn. 5], S. 332. – Kan, Istorija Kazachstana [Fn. 11], S. 166.

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> Jörg Barberowski: Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus. München 2003, S. 686.

<sup>&</sup>lt;sup>55</sup> Abylchožin, Kozybaev, Stalin [Fn. 14], S. 62ff. – Aldažumanov, Krestjanskoe dviženie soprotivlenija [Fn. 3], S. 88f. – Kan, Istorija Kazachstana [Fn. 11], S. 116. – Kuzembajuly, Abil, Istorija respubliki [Fn. 5], S. 333.

<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> Zaključenie komissii [Fn. 5], S. 5.

drückt und durch Gleichförmigkeit und Zustimmung zum bestehenden Machtsystem ersetzt werden. Das totalitäre Regime der Sowjetunion sei ein Ergebnis des Klassenkampfes gewesen, der an drei Fronten ausgetragen worden sei: Zwischen Proletariat und Bauern, zwischen Proletariat plus Staat und den "Kulaken" sowie als Klassenkampf innerhalb des Dorfes. Nur durch Repressionen sei aber der Klassenkampf nicht zu gewinnen gewesen, denn 80 Prozent der Bevölkerung hätte man nicht ins Lager sperren können. Aber man habe einen "Kolchosen-Agrogulag schaffen [können], der die ganze agrarische Peripherie mit Stacheldraht umzäunt hat". Daher sei die Kollektivierung der einzige Weg gewesen, die unterstellte bäuerliche Opposition zu beseitigen, die bäuerliche Bevölkerung selbst mit allen ihren spezifischen Merkmalen "in der kollektiven Anonymität", in den Kolchosen, den Korporationen des "neuen sowjetischen Typus", aufgehen zu lassen und damit unter die absolute Kontrolle des totalitären Regimes zu bringen. Die Konzentration und erzwungene Seßhaftmachung von Nomaden und Halbnomaden sei Teil dieser Strategie gewesen.

Erst in den neueren Arbeiten werden nicht nur die ideologische Begründung und die Zweckmäßigkeit der "Entkulakisierung" bezweifelt, sondern diese auch deutlicher als bisher als eine Art Zivilisationsbruch verstanden und erklärt. Demzufolge handelte es sich um "ein Attentat auf den Lebensstil von Bauern und Nomaden, in Rußland wie an der Peripherie".58 Es wird hervorgehoben, daß durch die "Entkulakisierung" und Kollektivierung die gewachsene Gemeinschaft, zu der die "Kulaken"- und Bej-Wirtschaften gehörten, zerstört wurde. Damit habe die bäuerliche Bevölkerung ihre traditionellen Sicherungssysteme, ihren "sozialen Raum" verloren, in dem der Bauer seine Risiken hatte aufteilen können, weil er dank der traditionellen paternalistischen Verhältnisse und bestehenden Umverteilungsmechanismen eine Überlebensgarantie besaß. Dies sei daher auch ein wesentlicher Grund für die Proteste und Erhebungen gewesen, die schließlich in ganz Kazachstan in blutige Aufstände übergegangen waren.59

Wurden in älteren Arbeiten nomadische Wirtschafts- und Lebensformen mitunter noch als sozialökonomisch niedrig und zurückgeblieben charakterisiert, 60 wird inzwischen das Nomadentum mit seiner zweckmäßigen sozialen Organisation sowie der gewachsenen Komplexität seines ökonomischen und kulturellen Systems als die adäquate Lebensweise im ariden Steppengebiet Kazachstans hervorgehoben. Somit wird die erzwungene Seßhaftigkeit der Nomaden und Halbnomaden als eine menschliche, wirtschaftliche und soziokulturelle Katastrophe betrachtet, als wider die Natur der Kasachen und den naturräumlichen Gegebenheiten gerichteter Gewaltakt der Bol'ševiki und des Stalinschen Regimes. Denn "nur durch die nomadische Produktionsweise [...] konnten die gigantischen Wüsten- und Halbwüstenterritorien relativ effektiv erschlossen werden". Dies habe die einzig ökonomisch und ökologisch sinnvolle Wirtschaftsform dargestellt, deren ökonomisches Potential bei weitem noch nicht ausgeschöpft gewesen sei. Mit der Zwangsansiedlung und Seßhaftmachung seien dieses Öko-System und die darauf beru-

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup> Abuseitova u.a., Istorija Kazachstana [Fn. 11], S. 487f.

Jörg Barberowski: Stalinismus "von oben". Kulakendeportationen in der Sowjetunion 1929–1933, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 4/1998, S. 572–591, hier S. 586.

<sup>&</sup>lt;sup>59</sup> Istorija Kazachstana s drevnejšich vremen [Fn. 20], S. 303. – Abylchožin, Velikij perelom [Fn. 7], S. 42. – Berdenova u. a., Ekonomičeskaja istorija [Fn. 4], S. 203.

<sup>&</sup>lt;sup>60</sup> A. B. Tursunbaev: O nekotorych voprosach istorii kooperacii sel'skogo chozjajstva Kazachstana, in: Kollektivizacija sel'skogo chozjajstva [Fn. 9], S. 70-80, hier S. 72. – Kozlov, Novaja koncepcija [Fn. 42], S. 40.

henden sozioökonomischen und ethnokulturellen Strukturen bewußt zerstört worden, weil deren Rationalität nicht erkannt worden sei und sich diese dem Machtanspruch des Stalinschen Systems widersetzt habe.

Demnach ging es Moskau vor allem darum, eine sehr heterogene Peripherie mit einer "dispersen Landbevölkerung" durch Konformität, d.h. durch die Nivellierung aller historisch-strukturell und regional bedingten Unterschiede unter Kontrolle zu bringen.<sup>62</sup> Man kann dies durchaus als "Feldzug gegen die kulturelle Resistenz fremder Lebensformen" sehen.<sup>63</sup> In der Historiographie Kazachstans werden die Ereignisse zwar weniger direkt, aber nicht minder klar als "Zerstörung der traditionellen Gemeinschaft durch die Liquidierung der sozialen Differenzierung" bzw. als Versuch, "den weiten ariden Raum sozial zu adaptieren" bezeichnet.<sup>64</sup> Sie seien zudem kein neues Phänomen in der Geschichte Kazachstans, sondern werden als Kulminationspunkt eines Entkulturisierungsprozesses beschrieben, der schon mit dem Machtantritt der Bol'ševiki eingesetzt habe.

Angeführt werden die schon zu Beginn der 1920er Jahre verordneten rechtlichen Bestimmungen, die mit der Abschaffung von Brautgeld, Aksakal (Ältesten)-Gerichten, Polygamie und der Baranta (eine Form traditioneller Selbstjustiz) tief in die Lebensweise der Nomadengesellschaften eingegriffen hätten. Ende der 1920er und in der ersten Hälfte der 1930er Jahre seien in Kazachstan schließlich eine ganze "Reihe wichtigster sozialökonomischer Maßnahmen" durchgeführt worden, die "auf die endgültige Liquidierung der Nomadengemeinschaft" gezielt hätten. Dies habe bedeutet, daß die Nomaden Jurten und Aule gegen (russisches) Dorf und Stadt, vor allem aber gegen Kolchosen hätten tauschen und "sich in das Zukunftssystem eines "Sozialistischen Kazachstans" einzutragen" gehabt hätten. Als Muster und Maßstab hätten russische Verhältnisse gedient, die man unüberlegt und auf geradezu groteske Weise auf die Steppe übertrug. So wurde, wie in einer der Darstellungen anschaulich und nicht ohne Sarkasmus geschildert wird, einfach

[...] eine große Menge von Jurten in regelmäßigen Quadraten und ideal ausgerichtet direkt im Schnee aufgebaut. Dann konnte es geschehen, daß für ein Viertel die Jurten nicht ausreichten, was die ästhetisch begeisterten Progressisten augenscheinlich deprimierte. Dann wurden noch einige weitere Aule [...] zusammengetrieben, deren Jurten die "Dorfstraßen" komplettierten, welche die Namen der Genossen Kaganovič, Rosa Ljuksemburg oder des "Führers aller Werktätigen Kazachstans, des Gen. Gološčekin", trugen.66

Als "Wege des Fortschritts" für Viehhalter, Nomaden und Halbnomaden habe man damals ausschließlich die "administrativ gesteuerte Evolution der Viehzuchtwirtschaft zu einer Ackerbau oder stationäre Tierzucht treibenden Wirtschaft", der sogenannten

<sup>&</sup>lt;sup>61</sup> Učebnoe posobie po istorii [Fn. 20], S. 124. – Zaključenie komissii [Fn. 5], S. 9. – Abylchožin u.a, I bol' i skorb' [Fn. 53], S. 191. – Berdenova u. a., Ekonomičeskaja istorija [Fn. 4], S. 200.

<sup>&</sup>lt;sup>62</sup> Alekseenko, Masanov, Migracionnye [Fn. 4], S. 379.

<sup>&</sup>lt;sup>63</sup> Barberowski, Stalinismus von oben [Fn. 58], S. 587.

<sup>&</sup>lt;sup>64</sup> Kuzembajuly, Abil, Istorija respubliki [Fn. 5], S. 332. – Abuseitova u.a., Istorija Kazachstana [Fn. 11], S. 479.

<sup>&</sup>lt;sup>65</sup> Abil, Istorija gosudarstva [Fn. 17], S. 165f.

<sup>&</sup>lt;sup>66</sup> Abuseitova u.a., Istorija Kazachstana [Fn. 11], S. 480.

"sozialistischen Viehtreibe- und Freilandhaltung-Wirtschaft" vorgesehen.<sup>67</sup> Dies sei die Ursache für die Katastrophe gewesen, bei der Kazachstan nicht nur Millionen Tote, sondern auch den Verlust seiner Produktionskapazitäten zu beklagen hatte. Die kasachische Gesellschaft sei damit auf lange Zeit zur Rückständigkeit verurteilt worden und aller Möglichkeiten verlustig gegangen, den Weg der allgemeinmenschlichen Zivilisation und der ihr eigenen Universalien zu gehen, lautet dazu die Wertung in einem früh erschienenen Lehrbuch. Ähnlich auch das Resümee einer neueren Arbeit, deren Verfasser von einer lang anhaltenden Marginalisierungsphase sprechen, in welche die kasachische Gesellschaft als Folge der sowjetischen Zwangsmaßnahmen "in allen Sphären von Sein und Bewußtsein" geraten sei.<sup>68</sup> Diese Argumentation läßt aber auch erkennen, daß die Hungersnot primär als eine kasachische und erst in zweiter Linie als eine kasachstanische perzipiert und dargestellt wird.

## Zur "Genozid"-Frage

Alle Verfasser sind sich über die Exzeptionalität und die Ungeheuerlichkeit der mit dem Terminus Hungersnot belegten Ereignisse einig. Von Genozid, von Völkermord im Sinne des internationalen Rechts, ist dabei aber selten die Rede. Daneben werden als semantisch eingeschränkte, abgeschwächte Varianten oft Wendungen gebraucht, welche die Geschehnisse als einen "sozial-klassengebundenen Genozid" oder auch als "Erscheinungsform einer Politik des Genozids" apostrophieren. Es scheint darüber aber keine Diskussion oder Auseinandersetzung unter den Historikern stattgefunden zu haben, denn eine semantische Klärung oder eine verbindliche Definition des Begriffs läßt sich in keiner der untersuchten Darstellungen finden. Allerdings betonen einige Autoren, daß es sich im Fall Kazachstans – anders als in der "westlichen sowjetologischen Literatur" und auch in der kasachstanischen Historiographie behauptet – keineswegs um einen "speziell geplanten Genozid" bzw. um gar keinen Genozid gehandelt habe.

Auch die Attributierung der Ereignisse als "Ethnozid", als eines "wichtigen Bestandteils dieses Genozids" wird in diesem Kontext explizit abgelehnt.<sup>72</sup> Sie ist auch in keinem der Texte zu finden, es sei denn man versteht Formulierungen wie "Genozid

<sup>&</sup>lt;sup>67</sup> Kuzembajuly, Abil, Istorija respubliki [Fn. 5], S. 333. – Abuseitova u.a., Istorija Kazachstana [Fn. 11], S. 479.

<sup>&</sup>lt;sup>68</sup> Učebnoe posobie po istorii [Fn. 20], S. 127. – Berdenova u.a., Ékonomičeskaja istorija [Fn. 4], S. 205.

<sup>&</sup>lt;sup>69</sup> Explizit von einem "Genozid" ist die Rede nur in Zaključenie komissii [Fn. 5], S. 15. – Učebnoe posobie po istorii [Fn. 20], S. 127. – Berdenova u.a., Ėkonomičeskaja istorija [Fn. 4], S. 203. – Kuzembajuly, Abil, Istorija respubliki [Fn. 5], S. 341, 333 spricht von oder einem "Genozid großen Maßstabes".

Manaš Kozybaev, Žulduzbek Abylchožin: "Klassovyj" natisk, in: Deportirovannye v Kazachstan [Fn. 3], S. 52–59, hier S. 53.

<sup>&</sup>lt;sup>71</sup> Zaključenie komissii [Fn. 5], S. 6.

<sup>&</sup>lt;sup>72</sup> Kozybaev, Abylchožin, Tatimov, Novoe o kollektivizacii [Fn. 6], S. 92.

gegen das kasachische Ethnos<sup>473</sup> als synonyme Varianten. Dann entsprechen diese aber nicht den üblichen Definitionen dieses Begriffs.<sup>74</sup>

Die kommunistische Partei, heißt es in einer Studie, habe zwar im Bereich der interethnischen Beziehungen ein "staatliches Apartheid-System" geschaffen, das auf einem "Ethnozentrismus und der Diskriminierung von Völkern unter "nationalem" Vorzeichen" basierte, sich aber nicht ausschließlich gegen die Kasachen gerichtet habe. Diese Politik habe das gesamte Sowjetvolk, vor allem aber die Intelligenz und die sogenannten feindlichen Klassen im Visier gehabt. Außerdem seien in der Stalin-Zeit Deutsche, Juden, Kosaken und Nordkaukasier viel stärkeren Anfeindungen ausgesetzt gewesen als die Kasachen. Daher könne von keinem Genozid die Rede sein. Hungersnot und das Massensterben der Kasachen waren demzufolge Resultat einer bestimmten Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik der KPdSU und nicht Ergebnis einer spezifisch antikasachischen Politik.<sup>75</sup>

Häufiger werden die Hungersnot und ihre Folgen einfach als "tragische Ereignisse", als "Tragödie", <sup>76</sup> als eine "schreckliche Tragödie des kasachischen Volkes"<sup>77</sup>, aber auch als eine "der größten Tragödien in der Geschichte der Menschheit"<sup>78</sup> bezeichnet. Noch öfter taucht dafür der Begriff "Katastrophe" auf und – infolge der demographischen Auswirkungen für Kazachstan – auch Wendungen wie "demographische Katastrophe".<sup>80</sup> bzw. "präzedenzlose demographische Katastrophe".<sup>80</sup>

Eine Genozid-Diskussion wie etwa in der Ukraine und der ukrainischen Diaspora hat in Kazachstan bis heute nicht stattgefunden. Dafür sind die praktischen, die demographischen Folgen der Hungersnot Gegenstand zahlreicher Studien und Darstellungen. Die Gesamtbevölkerung der kasachischen Republik sei zwischen 1930 und 1933 um das 2,6fache, nämlich von 5,873 Mio. auf 2,493 Mio. zurückgegangen<sup>81</sup>, während gleichzeitig ungeachtet der Hungersnot – wie von den meisten Autoren hervorgehoben wird – ein kontinuierlicher Zustrom andersethnischer Migranten nach Kazachstan stattgefunden hat. So hat sich der Anteil der indigenen Bevölkerung in der Republik von 57,6 Prozent 1926 auf 38,0 Prozent 1939 reduziert und die Kasachen zur nationalen Minderheit im eigenen Land werden lassen. Hingewiesen wird dabei vor allem auch auf die hohen Migrationsverluste der Kasachen, die sich vor allem in den östli-

Perdenova u.a., Ekonomičeskaja istorija [Fn. 4], S. 203. – Ähnlich: Zaključenie komissii [Fn. 5], S. 15

<sup>&</sup>lt;sup>74</sup> Vgl. dazu aktuell Rainer Lindner: Der "Genozid" im kulturellen Gedächtnis der Ukraine und Weißrußlands. Vernichtungstraumata in sowjetischer und nachsowjetischer Zeit, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 2/2003, S. 109–151, hier S. 109f.

<sup>&</sup>lt;sup>75</sup> Alekseenko, Masanov, Migracionnye [Fn. 4], S. 376.

Kollektivizacija sel'skogo chozjajstva [Fn. 9], S. 5. – Kozybaev, Abylchožin, Stalin [Fn. 14], S. 62f. – Kan, Istorija Kazachstana [Fn. 11], S. 168.

<sup>&</sup>lt;sup>77</sup> Alekseenko, Istoričeskaja demografija [Fn. 15], S. 31.

<sup>&</sup>lt;sup>78</sup> Kozybaev, Aldažumanov, Totalitarnyj socializm [Fn. 4], S. 9.

Abil, Istorija gosudarstva [Fn. 17], S. 169. – Alekseenko, Masanov, Migracionnye [Fn. 4], S. 374. – Abuseitova u.a., Istorija Kazachstana [Fn. 11], S. 495.

<sup>80</sup> Istorija Kazachstana s drevnejšich vremen [Fn. 20], S. 310.

<sup>&</sup>lt;sup>81</sup> Alekseenko, Masanov, Migracionnye [Fn. 4], S. 376. – Alekseenko, Istoričeskaja demografija [Fn. 15], S. 32.

chen und nördlichen Kreisen auf bis zu 63,5 Prozent beliefen.<sup>82</sup> Von den Migrationsgewinnen hätten vor allem die Russen profitiert, die 1926 noch 20,6 Prozent zählten, 1939 aber ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung auf 40 Prozent erhöht hatten. Dies sei ein Zustand, den es so in keiner anderen SSR gegeben habe. Die gleichen Autoren sehen darin eine Konstante der russisch-kasachischen Beziehungen, da schon die Kolonialpolitik des Zarenreiches auf eine Veränderung der ethnischen Verhältnisse in dieser Region angelegt gewesen sei.<sup>83</sup>

Fast in allen untersuchten Darstellungen wird auf die negativen demographischen Folgen eingegangen. In einem neueren Handbuch wird dabei ausgeführt, daß die Kollektivierung Kasachen über die halbe Welt verstreut habe. Heute (2000/2001) lebten 4,5 Millionen Kasachen in der Diaspora: in den Nachfolgestaaten der UdSSR und in 25 Ländern des "Fernen Auslands". Allerdings, so der Verfasser weiter, meinten "einige Spezialisten", daß nur rund 800 000 zur Diaspora zählten, weil die übrigen 3,7 Millionen eine Irridenta bildeten.<sup>84</sup> Während dies eher eine Einzelmeinung wiederzugeben scheint, sind sich die Verfasser der übrigen Darstellungen aber weitgehend einig, daß die Kasachen den Bevölkerungsverlust der Kollektivierungsperiode erst 40 Jahre später – und nur dank einer "demographischen Explosion" – hätten ausgleichen können; dessen ungeachtet würden aber die Folgen dieser Katastrophe noch einige Generationen lang Wirkung zeigen.<sup>85</sup>

#### **Fazit**

Die Hungersnot und deren Folgen gehörten zu den großen "weißen Flecken" der sowjetischen Historiographie Kazachstans. Mit der Unabhängigkeit des Staates wurden sie zu einem Gegenstand der historischen Forschung, die sich des Themas auch als eines nationalen Projektes in staatlichem Auftrag annahm. Aus der Feder der damit befaßten Historiker stammen die meisten seither publizierten Untersuchungen und Synthesen, die erst gegen Ende der 1990er Jahre um Arbeiten jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erweitert wurden. In den ersten Jahren der historischen Rekonstruktionsbemühungen bestimmte neben der Faktensicherung noch überwiegend das sowjetische Paradigma Forschungsansatz und Interpretationsrahmen. Die Hungersnot wird oft noch als eine Art "Betriebsunfall" dargestellt, der mit der Abweichung von der ideologischen Generallinie und der "Verletzung Leninscher Prinzipien" erklärt wird. Mit wachsender Distanz zur Sowjetzeit tritt dieser Aspekt in den Hintergrund, während nun die Hungersnot als Folge der gewaltsamen Nivellierungs-

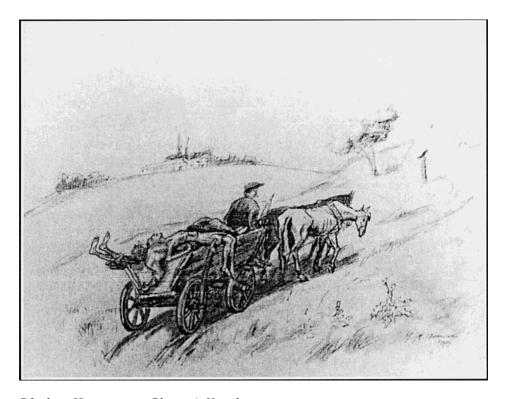
Wčebnoe posobie po istorii [Fn. 20], S. 115. – Vgl. auch Istorija perepisej naselenija [Fn. 16], S. 36f. – Žumasultanov, Ibraev, Naselenie Kazachstana [Fn. 2], S. 29. – Alekseenko, Masanov, Migracionnye [Fn. 13], S. 376.

Žumasultanov, Ibraev, Naselenie Kazachstana [Fn. 18], S. 24, 28f. – Manaš K. Kozybaev: Nezavisimost' – stolbovaja doroga k progressy, in: Otan tarichi, 3/2001, S. 15–20, hier S. 15.

<sup>&</sup>lt;sup>84</sup> Kan, Istorija Kazachstana [Fn. 11], S. 168. – Vgl. auch G. M. Mendykulova: Diasporologija v Kazachstane – dostiženie suvereniteta, in: Otan tarichi, 2001/3, S. 74–77.

<sup>85</sup> Ebd., S. 168. – Istorija Kazachstana s drevnejšich vremen [Fn. 20], S. 311. – Kozybaev, Abylchožin, Stalin [Fn. 14], S. 64. – Žumasultanov, Ibraev, Naselenie Kazachstana [Fn. 18], S. 25. – Alekseenko, Masanov, Migracionnye [Fn. 4], S. 377. – Alekseenko, Istoričeskaja demografija [Fn. 15], S. 31. – Tatimov, Demografičeskie posledstvija [Fn. 23], S. 110.

und Disziplinierungspolitik des als totalitär verstandenen Stalinschen Systems interpretiert wird. In diesem Kontext werden speziell die Zwangsansiedlung der nomadischen Bevölkerung und die damit verbundene Zerstörung ihrer traditionellen Strukturen als ein Anschlag auf die dem Sowjetmodell fremden und mit dessen Rationalität inkompatiblen Lebensstile der Steppengesellschaften gewertet. Damit komplettiert die Historiographie das nationale Geschichtsbild um traumatisch erinnerte Ereignisse, die symbolisch für die in der Sowjetzeit schwer beschädigte Gesellschaft Kazachstans und insbesondere der Kasachen stehen. Anders als im Falle der Ukraine wird zwar auch unter den Historikern und Demographen Kazachstans eine Diskussion über exakte Opferzahlen, Dimension und Wirkmächtigkeit der als Katastrophe bzw. Tragödie codierten Ereignisse und ihrer Folgen geführt, sie steht aber nicht im Zentrum des wissenschaftlichen Diskurses.



Pferde in Hungerzeiten. Photo: A. Vinerberger

# Jurij Šapoval

## Lügen und Schweigen

## Die unterdrückte Erinnerung an den Holodomor

Der Beitrag zeigt die Methoden und Verfahren, mit denen das kommunistische Regime die Wahrheit über die Hungersnot zu Beginn der 1930er Jahre verheimlichen wollte. Die Propaganda sowie die offizielle Statistik in der UdSSR verschwiegen alle Nachrichten über die Hungersnot. Dabei waren sowohl die Führung der UdSSR wie die der Ukrainische SSR über die Geschehnisse gut informiert. Erst Gorbačevs Politik der Glasnost' machte den Weg frei für eine Aufarbeitung der Hungertragödie, deren ganzes Ausmaß die in letzter Zeit zugänglich gewordenen Archivquellen offenbarten.

Vjačeslav Molotov, einer der ergebendsten Mitkämpfer Stalins, lebte im hohen Alter auf einer Datscha bei Moskau und traf sich dort häufig mit dem Schriftsteller Feliks Čuev, man erinnerte sich an die Vergangenheit. Čuev hat diese Begegnungen in einem Büchlein aufgearbeitet: "Einhundertvierzig Gespräche mit Vjačeslav Molotov", in dem folgendes zu lesen ist:

- Unter Schriftstellern wird darüber gesprochen, daß die Hungersnot 1933 absichtlich von Stalin und Ihrer gesamten Führung organisiert worden ist.
- Das sagen die Feinde des Kommunismus!
- Aber es hat den Anschein, daß beinahe 12 Millionen Menschen bei der Hungersnot 1933 zugrunde gegangen sind.
- Ich halte diese Fakten für nicht bewiesen, behauptet Molotov.
- Nicht bewiesen?
- Nein, keinesfalls. Ich bin in jenen Jahren bei der Getreidebeschaffung herumgereist. Ich konnte an solchen Dingen nicht vorbeigehen. Ich bin damals zweimal in der Ukraine wegen der Getreidebeschaffung gewesen, in Syčovo, im Ural war ich, in Sibirien habe ich etwa nichts gesehen? Das ist ja absurd! Nein, das ist völlig absurd.<sup>1</sup>

Das ist tatsächlich absurd, denn auf der Sitzung des Politbüros des ZK der VKP(B) am 3. August 1932 sagte niemand anderes als Molotov: "Wir stehen tatsächlich vor dem Gespenst einer Hungersnot, und zwar in den reichen Getreiderayons."

Die Jahre sind dahingegangen, und einer der "Stalinschen Adler" glaubte so sehr an die offizielle Unwahrheit, in die über lange Jahrzehnte die Ereignisse vom Beginn der

**Jurij Šapoval** (1953), Prof. Dr., Historiker, Institut für politische und ethnonationale Studien, Nationale Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Kiev

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Feliks I. Čuev: Molotov. Poluderžavnyj vlastelin. Moskva 1999, S. 453.

Holod-henocyd 1933 roku v Ukraïni: istoriko-polityčnyj analiz social'no-demohrafičnych ta moral'no-psycholohičnych naslidkiv. Kyïv, New York 2000, S. 112.

1930er Jahre gehüllt waren, daß er mit sich selbst in Widerspruch geriet. Die offizielle Propaganda und Statistik in der UdSSR nämlich verschwieg nicht nur das Ausmaß des Hungers zu Beginn der 1930er Jahre, sondern bemühte sich, selbst das Wort "Hunger" nicht zu benutzen und statt dessen von "Nichterfassung von Todesfällen" zu sprechen. Von welcher Doktrin ließ sich das kommunistische Establishment, das den Bauern

Von welcher Doktrin ließ sich das kommunistische Establishment, das den Bauern das Getreide und praktisch alle Lebensmittel wegnahm, leiten? Welches waren die situativen Motive? Und wie konnte man die Wahrheit verbergen, da von der Hungersnot riesige Territorien – die Ukraine, der Nordkaukasus, die Untere Volga, Westsibirien, die Zentrale Schwarzerderegion und Kazachstan – betroffen waren?<sup>3</sup>

Die Spezifik der Ukraine bestand darin, daß sie zusammen mit dem Nordkaukasus mehr als die Hälfte des gesamten Getreides in der UdSSR produzierte. Hinsichtlich der Situation in der Ukraine im Jahre 1932 bemerkte Stalin, daß "eine Reihe von Rayons mit einer guten Ernte sich im Zustand des Niedergangs und des Hungers befand."4 Jedoch schloß die Regierung im Kreml daraus, daß die Kolchosbauern und Einzelbauern in der Ukraine große Getreidevorräte vor dem Staat versteckten, und griff daher zu Repressalien während der Getreidebeschaffung. Die Absenkung der Pläne zur Getreiderequirierung in einer Reihe von Gebieten des Ural, der Mittleren Volga und Kazachstans im Mai 1932 wurde nicht auf die Ukraine und den Nordkaukasus ausgeweitet. Bereits 1931 wurde in der Ukraine weniger Getreide aufgebracht als im Jahr zuvor. Deshalb erklärte das ZK der VKP(B) in einem besonderen Beschluß den Januar 1932 zum besonderen Kampfmonat für den Abschluß der planmäßigen Getreidebeschaffung. Die Stalinsche Führung hoffte, auf Kosten der Ukraine große Getreidevorräte anlegen zu können. Infolge dieser Maßnahmen starben in der Ukraine schon im Jahre 1931/32 etwa 150 000 Menschen.<sup>5</sup> Im März und April 1932 erschienen in den ukrainischen Dörfern viele Hungernde, und in den Städten tauchten ausgesetzte Kinder auf. Aber auch das hat die Machthaber nicht gebremst, die die Verantwortung auf die örtliche Verwaltung abschoben.

Am 3. Januar 1932 beriet das Politbüros des ZK der KP(B)U ein Telegramm Stalins und Molotovs, welches die unbedingte Erfüllung der Pläne der Getreidebeschaffung forderte. 83 leitende ukrainische Mitarbeiter fuhren auf das Land in der Ukraine, um diese durchzusetzen. Am 26. April 1932 schrieb der Parteiführer der Ukraine Stanislav Kosior an Stalin:

Einblick vermitteln die Dokumente in: Valerij Vasil'jev, Jurij Šapoval (Hg.): Komandyry velykoho holodu. Pojizdky V. Molotova i L. Kahanovyča v Ukrajinu ta na Pivničnyj Kavkaz. 1932–1933 rr. Kyïv 2001. – Das Buch enthält Dokumente über die Tätigkeit der Außerordentlichen Kommissionen zur Getreidebeschaffung unter der Leitung des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Vjačeslav Molotov, und des Sekretärs des ZK VKP(B) Lazar Kaganovič in der Ukraine und im Nordkaukasus in den Jahren 1932 und 1933. Es handelt sich um Telegramme zwischen Stalin, Molotov und Kaganovič, Briefe, Berichte an sie, Entscheidungsentwürfe der regionalen Führungsorgane, die von Stalins Abgesandten redaktionell überarbeitet wurden, ihre Ansprachen bei verschiedenen Zusammenkünften. Schließlich enthält dieses Buch die einzigartigen Tagebücher der Reisen von Kaganovič in der Ukraine und im Nordkaukasus. Darin festgehalten wurden die tägliche Arbeit, die Begegnungen, Ansprachen und Anweisungen zur "Stimulierung" der Getreidebeschaffung.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ebd., S. 23.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Stanislav Kul'čyc'kyj: 1933 rik: stalins'kyj teror holodom, in: Urjadovyj kurjer, 8.11.2002.

Bei uns gibt es Einzelfälle und sogar Dörfer, die hungern, aber dies ist lediglich die Folge der örtlichen Schlamperei, der Übertreibungen, insbesondere soweit es die Kolchosen betrifft. Alles Gerede vom "Hunger" in der Ukraine ist kategorisch zurückzuweisen.<sup>6</sup>

Wie wir sehen, wurde schon im Frühjahr 1932 eine eigensinnige Formel erfunden: Hunger gibt es, aber das Gerede vom Hunger ist "kategorisch zurückzuweisen". Dahinter stand vor allem die Absicht des Regimes zu leugnen, daß die administrativen und repressiven Methoden der Führung im Agrarbereich die wesentliche Ursache für die katastrophale Lage auf dem Dorfe waren.

Am 10. Juni 1932 schrieb der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Ukrainischen SSR, Vlas Čubar, an Molotov und Stalin:

Ihre Vorwürfe, daß wir, die Ukrainer, nicht wissen, was auf dem Dorf vor sich geht, und daß wir uns nicht so mit dem Dorf beschäftigt haben, wie es notwendig ist, sind voll und ganz gerechtfertigt [...] Derzeit kann man davon ausgehen, daß wenigstens 100 Rayons (statt 61 wie Anfang Mai) der Ernährungshilfe bedürfen und in denen die Pläne für die Frühjahrsaussaat geplatzt sind. In diesen Rayons werden auch die Feldbearbeitung und die Ernte der technischen Kulturen [Kartoffeln, Zuckerrüben, Ölfrüchte] und des Getreides ausfallen.<sup>7</sup>

Alle Versuche der örtlichen Funktionäre, sich den Direktiven von oben entgegenzustellen, wurden hart bestraft. Sie wurden aus der Partei ausgeschlossen und als Verräter angeklagt. Bis zum 1. Januar 1932 wurden in 146 der 484 Rayons der Ukrainischen SSR wegen Sabotierung der Getreidebeschaffung 250 Kolchosleitungen aufgelöst und 345 vor Gericht gestellt. 1931 und in der ersten Hälfte 1932 wurden in der Ukraine 80 Prozent der Sekretäre der Rayonkomitees der Partei ausgetauscht. So wurde die "Mauer des Schweigens" vor allem im Partei- und Staatsapparat selbst errichtet, dessen Mitarbeiter für den Versuch, auf die Hungerkatastrophe hinzuweisen und den Betroffenen zu helfen, streng bestraft wurden.

Die letzte Chance, über die heraufziehende Katastrophe für die Ukraine zu sprechen, war die Dritte Parteikonferenz im Juli 1932 in Charkiv, an der Molotov und Kaganovič teilnahmen. So waren zusammen mit Stanislav Kosior, der seit 1928 an der Spitze des ZK der KP(B)U stand, drei Mitglieder des Politbüros der Partei anwesend. Das Stenogramm der Konferenz wurde als Broschüre noch 1932 publiziert. Es handelte sich jedoch nicht um den authentischen Text. Der redaktionell veränderte Text war einer der ersten Schritte auf dem Weg, die wirklichen Ereignisse zu verfälschen.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> F. M. Rudyč (Hg.): Holod 1932–1933 rokiv na Ukraïni: očyma istorykiv, movoju dokumentiv. Kyïv 1990, S. 148.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Vasil'jev, Šapoval [Fn. 3], S. 206.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Ebd., S. 160.



El Lissitzky. Lebensmittelindustrie, 1936. Lithographie



El Lissitzky. Lebensmittelindustrie, 1936. Lithographie

Es ist außerordentlich aufschlußreich, jene Stellen in dem in den Archiven erhaltenen ursprünglichen Text zu lesen, die später nicht in die offiziell publizierte Version eingingen. Einige leitende Parteifunktionäre aus den betroffenen Rayons versuchten, in ihren Ausführungen die Dramatik der Situation zu schildern und zu unterstreichen, daß insbesondere in den kurz zuvor geschaffenen Rayons die Verantwortung nicht alleine an die örtlichen Behörden verwiesen werden dürfte. Aber diese Stimmen erweichten die Abgesandten Stalins nicht. Im Kreml war man davon überzeugt, daß der Getreidebeschaffungsplan realistisch sei und daß die Führer der Ukraine sich mit ihren Bitten lediglich das Leben erleichtern wollten.

Die Delegierten der Konferenz billigten daher eine Resolution, die am 9. Juli 1932 vom Plenum des ZK KP(B)U bestätigt wurde und die eine "uneingeschränkte Erfüllung" des Getreidebeschaffungsplans für die Ukraine vorsah, nämlich 356 Mill. Pud seitens des bäuerlichen Sektors. Dieser Plan wurde dreimal gekürzt; bis zum 1. November 1932 wurden in der Ukraine jedoch nur 136 Millionen Pud Getreide aufgebracht.<sup>10</sup>

Die Ukraine wurde mit den ihr gestellten Aufgaben nicht fertig, worauf Stalin mit einem Brief an Kaganovič vom 11. August 1932 reagierte, den niemand außer den Mitarbeitern der Partei in den 1930er Jahren kannte. Nachdem dieses außerordentlich wichtige Dokument 70 Jahre im Archiv gelegen hat, wurde es erstmals von der Moskauer Zeitung Nezavisimaja gazeta im Jahre 2000 publiziert. Darin schrieb Stalin über die schlechte Arbeit der Partei- und der Staatsverwaltung sowie der GPU (Staatliche Politische Verwaltung) in der Ukraine im Kampf gegen die "Konterrevolution". Vor allem aber zweifelte Stalin die Loyalität der gesamten Parteiorganisation der Ukraine an. In der Parteiorganisation dominierten nach seiner Behauptung "die Petljura-Leute" und Agenten Piłsudskijs. "Sobald die Dinge schlechter gehen", schrieb Stalin, "werden diese Elemente nicht zögern, eine Front innerhalb (und außerhalb) der Partei gegen die Partei zu eröffnen. Das schlimmste ist, daß die ukrainische Führung diese Gefahren nicht sieht." Aber am interessantesten sind folgende Weisungen Stalins: "Sich das Ziel setzen, die Ukraine in kürzester Zeit in eine wirkliche Festung der UdSSR zu verwandeln, in eine tatsächlich vorbildliche Republik. Kein Geld ist dafür zu schade."11

Das war ein eindeutiges antiukrainisches Signal. Es war klar, daß die Euphemismen "wirkliche Festung" und "vorbildliche Republik" zu einer Reihe politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen führen mußten. Sie hatten folgende Ziele:

Zum einen sollte aus der Ukraine ein Maximum an Getreide herausgepumpt werden, was mit der Notwendigkeit der Modernisierung und der Ernährung der Städte begründet wurde. Zum anderen sollte eine repressive Säuberung aller Sphären der Gesellschaft durchgeführt werden, was mit dem Überhandnehmen der latenten "ukrainischen Nationalisten" und anderer Feinde gerechtfertigt wurde. Aus den in den letzten Jahren veröffentlichten Dokumenten wird klar, daß die folgenden Ereignisse aus der Umsetzung dieser Ziele gesehen werden müssen und daß diese von Anfang an nicht ohne Opfer bleiben konnte.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Jurij Šapoval: III konferencija KP(B)U: Prolog tragedii goloda, in: Vasil'jev, Šapoval [Fn. 3], S. 165–178.

Stanislav V. Kul'čyc'kyj: 1933. Trahedija holodu. Kyïv 1989, S. 33.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Stalin i Kaganovič. Neizdannaja perepiska. 1931–1936. Moskva 2001, S. 274.

## Der ukrainische Hunger und die internationale Gemeinschaft

Als die Zahl der Opfer zu steigen begann, beschloß die Stalin-Führung, den Hunger vor der Weltöffentlichkeit geheim zu halten. Am 14. Januar 1933 beantwortete der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Maksim Litvinov, die zahlreichen Anfragen aus dem Ausland mit einer besonderen Erklärung, in der er feststellte, daß es in der Sowjetunion keine Hungersnot gebe, es sich bei den Gerüchten um Hirngespinste handele.

Da Informationen über die Geschehnisse jedoch auf diplomatischen Kanälen in den Westen gelangten und auch Auslandskorrespondenten vom Hunger berichteten, verabschiedete das Politbüro des ZK der VKP(B) am 23. Februar 1933 den Beschluß "Über die Reisen ausländischer Korrespondenten in der UdSSR", wonach diese "nur mit Erlaubnis der Hauptverwaltung der Miliz in der UdSSR reisen und sich an bestimmten Orten aufhalten dürfen".¹² Diese Erlaubnis erhielten vor allem jene Korrespondenten, an deren Loyalität das Stalinsche Regime nicht zweifelte. Zu ihnen gehörte der Korrespondent der *New York Times* Walter Duranty, der am 31. März 1933 nach einer Reise durch die Ukraine berichtete:

Es gibt keinen wirklichen Hunger oder Todesfälle infolge von Hunger, allerdings sind Todesfälle als Folge von Unterernährung verbreitet.<sup>13</sup>

Ungeachtet der Hungersnot exportierte die UdSSR Getreide zu Dumping-Preisen ins Ausland. Der Vertreter der Regierung der Ukrainischen Volksrepublik in der Emigration Oleksandr Šul'hin wendete sich daher mit folgenden Worten an die von der Londoner Wirtschaftskonferenz geschaffene Getreidekommission:

Während das Beraterkomitee die Menge des Getreides, das aus der UdSSR ausgeführt wird, festsetzen soll, bitten wir Sie im Namen der Humanität, sich jeder Ausfuhr von Nahrungsmitteln und besonders von Getreide aus der UdSSR zu widersetzen. Dieses Getreide gehört in Wahrheit denen, die es gesät haben und die nun vor Hunger sterben – den Bauern der Ukraine und des Kuban'. Wir unsererseits protestieren energisch gegen eine solche Ausfuhr, die wir nicht anders als verbrecherisch qualifizieren können.<sup>14</sup>

Als in Westeuropa und den USA Proteste gegen den Getreideimport aus der UdSSR laut wurden, lud die Stalin-Führung den ehemaligen französischen Premierminister Eduard Herriot sowie die Schriftsteller Romain Rolland, Henri Barbusse und Bernard Shaw in die UdSSR ein. Alle erklärten, daß sie keinen Hunger gesehen hätten. Bernhard Shaw wandte sich in einem Interview mit der *Pravda* an die westlichen Staatsmänner und fragte sie:

Wenn sie die Sowjetunion hindern, ihre Nahrungsmittel ins Ausland zu verkaufen, was soll sie dann damit tun? Diesen Staatsmännern, die hohe Posten

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Ebd., S. 307.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> T. Hunčak: Holodomor – 32/33 – bil' serdcja vsijeï Ukraïny, in: Den', 1.8.2003.

<sup>14</sup> Ebd

haben, ist es offenbar noch niemals in den Sinn gekommen, daß die UdSSR diese Lebensmittel selbst essen kann. 15

Zynischerweise jedoch dachte das Regime nicht daran, die für den Export vorgesehenen Produkte dem eigenen Volk zur Verfügung zu stellen, obgleich es wußte, daß Millionen Menschen hungerten. Die Weltwirtschaftskrise führte darüber hinaus zu einem enormen Preisverfall für Industriegüter. Die sowjetischen Außenhandelsorganisationen kauften sie ein und zahlten dabei in Valuta unter Ausnutzung günstiger Zahlungsbedingungen. Noch stärker aber fielen die Preise für landwirtschaftliche Produkte. Um Devisen zu erwirtschaften, verkaufte die UdSSR vor allem Getreide und Holz. Deshalb wurden die Pläne für die Getreidebeschaffung erhöht, der Staat pumpte aus den Kolchosen die gesamte Ernte heraus und beschlagnahmte sogar das Saatgut. Dabei überzeugte man den Westen davon, daß es keinerlei Hungersnot gebe, und die westlichen Staaten schlossen im Grunde ihre Augen vor dem tatsächlichen Preis des importierten Getreides.

Allerdings gab es auch jene, die nicht schwiegen. Der Korrespondent des *Manchester Guardian* etwa schrieb am 21. November 1933:

Kein ernsthafter Beobachter, der sich mit offenen Augen umschaut, kann behaupten, daß in den Dörfern, in denen ich gewesen bin, jetzt und heute Hunger herrscht, aber er wird nicht leugnen, daß es Hunger gegeben hat und zwar in erheblichem Umfang vor allem im April und Mai. Man kann ohne weiteres sagen, daß keine Provinz so gelitten hat wie die Ukraine und der Nordkaukasus.<sup>16</sup>

## Die "Schuldigen" wurden gefunden, die Sache ist "abgeschlossen"

Besonders gefährlich für das Stalinsche Regime war, daß die Bauern versuchten, die Hungergebiete zu verlassen. Bereits im Juni 1932 drückte Stalin in einem seiner Briefe an Kaganovič seine Unzufriedenheit darüber aus, daß

einige zehntausend ukrainische Kolchosbauern noch immer im gesamten europäischen Teil der UdSSR herumreisen und mit ihrem Klagen und Jammern die Kolchosen in Gefahr bringen.<sup>17</sup>

Um diesen Zustand einzudämmen, wurde im Herbst 1932 und im Winter 1933 eine sogenannte Nahrungsmittelblockade an der Grenzen der Ukraine eingeführt, die unter Einsatz der inneren Streitkräfte und der Miliz organisiert wurde. Sie hinderte die Bauern an der Ausreise aus der Ukraine, d.h. auch an der Verbreitung von Informationen über den Hunger. So wurde auch ein Rückfluß von Nahrungsmitteln unmöglich gemacht, da Privatpersonen keine Möglichkeit erhielten, ohne staatliche Erlaubnis Lebensmittel aus der RSFSR oder der Belarussischen SSR in die Ukraine zu bringen.

Am 22. Januar 1933 versandten Stalin und Molotov eine Direktive an die Partei- und Sowjetorgane, in der sie behaupteten, die Hungermigration der Bauern sei von den

<sup>15</sup> Bernhard Shaw in: Pravda, 12.9.1932.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Zitiert nach: Jurij Šapoval: Nevyhadani istoriï. Kyïv 2004, S. 84f.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Stalin i Kaganovič [Fn. 11], S. 179.

Feinden der Sowjetmacht, den Sozialrevolutionären und den Agenten Polens [organisiert worden] mit dem Ziel, mit Hilfe der Bauern in den nördlichen Rayons der UdSSR gegen die Kolchosen und überhaupt gegen die Sowjetmacht zu agitieren.

Der GPU der Ukrainischen SSR und des nördlichen Kaukasus wurde befohlen, eine Ausreise der Bauern in andere Regionen zu verhindern. Entsprechende Anweisungen wurden den Transportabteilungen der OGPU (*Ob"edinennoe gosudarstvennoe upravlenie*, Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung) der UdSSR erteilt.<sup>18</sup> Die Geheimdienste wurden angewiesen, jeglichen Widerstand der Bauern niederzuwerfen. Dabei war es gerade der Geheimdienst, der um den Hunger sehr genau informiert war. Am 16. Februar 1933 wurde eine Direktive der Partei- und der Staatsorgane herausgegeben:

Es ist kategorisch verboten, daß irgendeine Organisation die Fälle von Ödemen und Tod infolge des Hungers registriert außer den Organen der OGPU.<sup>19</sup>

Eine der Hauptaufgaben der GPU der Ukrainischen SSR bestand darin, die Existenz einer Hungersnot und ihre fatalen Folgen geheim zu halten, wie folgernder Beschluß des Politbüros des ZK der KP(B)U vom 13. März 1933 zeigt:

Genosse Balyc'kyj beauftragen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Übermittlung von Informationen über die Hungersnot im Dorf Starošvedskoe ins Ausland unmöglich zu machen.<sup>20</sup>

Die Dorfsowjets erhielten die Anweisung, bei der Registrierung von Toten die Todesursache nicht zu erwähnen. Im Jahre 1934 wurden die *Ämter für die Personenstandsregister* (ZAGS) angewiesen, alle Sterbebücher der Jahre 1932 und 1933 an Sonderabteilungen zu übergeben, wo ein erheblicher Teil der Bücher vernichtet wurde.

Ein wichtiger Schritt zu Verdeckung der Ursachen der Hungersnot waren die Kaderveränderungen des Jahres 1933, mit denen Stalin auf die Versuche der ukrainischen Führer, die Pläne der Getreidebeschaffung aufzuweichen, reagierte. Auf einen Bericht, in dem der Sekretär des ZK der KP(B)U und des Charkiver Gebietskomitees, Roman Terechov, Ende 1932 über die Hungerkatastrophe berichtete, antwortete Stalin:

Man hat mir gesagt, daß Sie, Genosse Terechov, ein guter Redner sind. Es zeigt sich, daß Sie ein guter Geschichtenerzähler sind, Sie haben da so ein Märchen über dem Hunger erzählt, Sie haben gedacht, uns damit zu erschrecken, aber daraus wird nichts! Wäre es nicht besser, daß Sie den Posten des Sekretärs des Gebietsparteikomitees und des ZK der KP(B)U verlassen und im Schriftstellerverband arbeiten; da können Sie Märchen schreiben, und irgendwelche Esel werden sie lesen.<sup>21</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Central'nyj gosudarstvennyj archiv obščestvennych ob"edinenij Ukrainy (CGA OOU), fond 1, opis' 16, delo 9, listy 115f.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> N. Ivnickij: Rol' Stalina v golode 1932–1933 godov na Ukraine. Po materialam byvšego kremlevskogo Archiva Politbjuro CK KPSS, unveröffentlichtes Manuskript.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> CGA OOU, fond 1, opis' 16, delo 9, list 190.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Zitiert nach: Pravda, 26.5.1964.

Aufgrund des Beschlusses des ZK der VKP(B) vom 24. Januar 1933 verlor nicht nur Terechov seinen Posten. Von Bedeutung war die Ernennung von Pavel Postyšev auf den Posten des Zweiten Sekretärs des ZK der KP(B)U und Ersten Sekretärs des Gebietsparteikomitees von Charkiv. "Zweiter Erster Sekretär", so nannten Vertreter der damaligen Nomenklatur Postyšev inoffiziell, weil er mit umfassenden Vollmachten ausgestattet wurde.

Postyšev und seine Gruppe setzten gemeinsam mit Parteifunktionären, die aus Rußland zur Verstärkung der Kader gekommen waren, die Parteilinie durch, die darauf abzielte, die Getreiderequirierungen rigoros durchzusetzen und die Partei und Gesellschaft von Petljura-Leuten und ukrainischen Nationalisten zu säubern. Einbezogen in diese Arbeit wurde auch die GPU der Ukrainischen SSR mit Vsevolod Balyc'kyj an der Spitze. Schon im Herbst 1932 begann eine "breit angelegte Operation, um dem Klassenfeind einen direkten Schlag beizubringen" und "konterrevolutionäre Zentren, die Sabotage und die Vereitelung der Getreidebeschaffung und anderer wirtschaftlicher und politischer Maßnahmen organisieren", aufzudecken.

In diesem Zusammenhang wurde in der Landwirtschaft der Ukrainischen SSR eine "konterrevolutionäre Organisation" aufgedeckt, die man sehr bald mit analogen Organisationen in Moskau, Rostov und Minsk "in Verbindung brachte". Die in Moskau verhafteten ukrainischen Spezialisten schrieb man noch dazu einer gewissen Allunionsorganisation zu, die das Ziel gehabt habe, "die Landwirtschaft zu untergraben und Hunger im Lande hervorzurufen". In den Regionen wurden Massenverhaftungen durchgeführt, und 35 Personen einer fiktiven Organisation mit dem ehemaligen Stellvertreter des Volkskommissars für die Landwirtschaft der UdSSR, dem Ukrainer Fedor Konar an der Spitze, wurden vom Kollegium der OGPU der UdSSR am 11. März 1933 zum Tode verurteilt.<sup>22</sup>

Allein von November 1932 bis Januar 1933 liquidierte die GPU der UkrSSR 1 208 "konterrevolutionäre" Kolchosgruppen. Im Jahre 1933 wurden aus 24 191 Kolchosen etwa 200 000 Menschen "herausgesäubert". Die Untersuchungen erfaßten auch die Sowchosen, das System des staatlichen Getreideaufkaufs und die Verbraucherkooperativen. Ebenso war die KP(B)U von Säuberungen betroffen. Geschickt lastete die Sowjetmacht den so verurteilten Menschen die Organisation des Hungers an.<sup>23</sup>

Im Jahre 1933 wurde in der Zeitschrift Červonyj šljach (Roter Weg) in der Ukraine die Erzählung "Hunger während einer reichen Ernte" des japanischen Schriftstellers Naoshi Tokunaga veröffentlicht. Zwar spielt die Erzählung in Japan, doch ist klar, daß sie auf die Ereignisse in der Ukraine anspielt. Im Vorwort erklärte die Zeitschrift, die Erzählung beschreibe, wie die japanische Bauernschaft von den Kulaken und Grundbesitzern ausgebeutet werde, wie "die Armut, die im Schweiße ihres Angesichts arbeitet, nicht einmal eine Handvoll Reis hat für die eigenen Bedürfnisse".<sup>24</sup>

Das Thema "des Kulaken" und insbesondere der überaus schwammigen Kategorie des "Kulakendieners" dominierte die ukrainische Belletristik jener Zeit, wobei unterstrichen wurde, daß man diese Feinde nur durch die "bolschewistische Brille" erkennen könne. Die Geschichten dienten ebenso wie die Verurteilungen dazu, Lügen über die Schuldigen an der Katastrophe zu konstruieren, wobei der Hunger selbst aber

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Jurij I. Šapoval: Ukraïna 20–50-ch rokiv: storinki nenapysanoïji istoriï. Kyïv 1993, S. 106f.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Ju.I. Šapoval, V.A. Zolotar'ov: Vsevolod Balyc'kyj. Osoba, čas, otočennja. Kyïv 2002, S. 193.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Červonyj šljach, 7/1933, S. 90.

tabuisiert wurde. Es durfte nur von "ökonomischen Schwierigkeiten" oder vom "Einbruch in der Landwirtschaft" gesprochen werden, sollten Manuskripte oder aber auch persönliche Briefe die Zensur passieren.

Ein Bericht der GPU der Ukrainischen SSR vom Mai 1934 gibt Aufschluß über die negative Stimmung der Bauern, die in Briefen an Soldaten der Roten Armee ihr Leid klagten:

Über die Arbeit in den Kolchosen und die ökonomische Lage der Kolchosbauern überwiegen die Mitteilungen über den Mangel an Getreide im Dorf, über Ödeme, über Sterbefälle und Selbstmorde aufgrund des Hungers. In einer Reihe von Fällen bitten die Schreiber die Rotarmisten, mit Lebensmitteln zu helfen:

"Bis zum heutigen Tag steht in unserem Kolchos die gesamte Arbeit still, weil die Leute hungrig sind, aufschwellen und sterben. Viele haben ihre Hütten verlassen und sind weggefahren. Die Mutter ist krank, komm' nach Hause, sonst wirst du sie nicht mehr sehen. Wenn es was zu essen gebe, dann könnte sie noch leben (Lebedin, Gebiet Charkiv)."

"Der Kolchos gibt kein Getreide, das Getreide haben sie dem Staat abgegeben, aber wir selbst sind hungrig und barfuß. Bei uns ist jetzt eine schreckliche Hungersnot, viele Leute sind vor Hunger gestorben. Eine Frau hat bei uns ihre vier Kinder erwürgt und hat dann selbst noch zwei Wochen gelebt und gehungert."

"Lieber Sohn, wir müssen alle vor Hunger sterben, denn in unserem Weiler gibt es sehr viele, die hungern. Wir haben schon das ganze Stroh aufgegessen, nun werden wir alle sterben. In unserem Dorfsowjet ist überall Hunger, schwerlich werden wir bis zur neuen Ernte aushalten." (Horodnja Rayon)

"Bei uns gibt es nichts zu essen. Wir essen Unkraut und Kraut. Hilf uns, vergiß nicht, daß deine Brüder vor Hunger gestorben sind, schick uns Brot, wenn du kannst."

In manchen Mitteilungen weisen die Schreiber auf die materielle Armut im Dorf hin und raten den Rotarmisten, nach Abschluß ihrer Dienstzeit nicht nach Hause zurückzukommen.<sup>25</sup>

Als Stalin in seiner Rede auf dem XVII. Parteikongreß der VKP(B) 1934 jedoch vom Wachstum der Bevölkerung der UdSSR im Jahr 1933 sprach, hörte man sogar in den geheimen Dokumenten auf, den Hunger zu erwähnen.

## Der schwere Weg zur Wahrheit

1939 wird die Hungerkatastrophe in einem Aufsatz von Michail Šolochov in einem Sammelband anläßlich des 60. Geburtstags von Stalin erstmals erwähnt. Šolochov schrieb, daß im Nordkaukasus im Zuge des Kampfes gegen die Sabotage der Getreidebeschaffung das gesamte Getreide beschlagnahmt wurde, darunter auch jenes, das als Bezahlung für die Arbeitstage ausgegeben worden war. Infolgedessen "begann in den

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Gosudarstvennyj archiv Služby bezopasnosti Ukrainy (GA SBU), fond 16, opis' 27, delo 3, list 51.

Kolchosen der Hunger".² Auf einer Zusammenkunft im Jahre 1940, auf der der Film *Das Gesetz des Lebens* nach dem Buch des Schriftstellers Aleksandr Avdeenko besprochen wurde, bekannte Stalin, daß "bei uns ungefähr 25 bis 30 Millionen Menschen gehungert haben". Aber die Ursachen und die Schuldigen am Hunger wurden nicht genannt.² Sehr deutlich und klar aber benannte diese Petro Šelest, der Erste Sekretär des ZK der KPU zwischen 1963 und 1972. In seinem zunächst unveröffentlichten Tagebuch, das er später mit Erinnerungen anreicherte, schrieb er:

In jener Zeit – 1932 bis 1934 – gab es in der Ukraine eine schreckliche Hungersnot. Auf dem Dorf starben ganze Familien an Hunger, sogar ganze Dörfer. An vielen Orten gab es sogar Kannibalismus – es war eine Tragödie. Aber eines Tages wird es doch bekannt werden, wie viele Menschen damals den Hungertod starben. Das war einfach ein Verbrechen unserer Regierung, über das schamhaft geschwiegen wird. Alles wird auf die Erfolge und Schwierigkeiten des "Aufbaus" geschoben.<sup>28</sup>

In den 1960er Jahren begann das Thema des Hungers die Barrieren der Zensur in der sowjetischen Belletristik zu durchbrechen. So wird die Tragödie in den Büchern Ljudi ne angeli (Menschen sind keine Engel) von Ivan Stadjuk, Četyre broda (Die vier Furten) von Michail Stel'mach, Ivuška neplakučaja (Die Nichttrauerweide) von Michail Alekseev thematisiert. Zahlreiche Dissidenten verweisen in ihren Erklärungen und Publikationen auf den Hunger. Ein zentrales Thema ist er in jenen in den USA erschienenen Erinnerungen von General Petro Hryhorenko<sup>29</sup> sowie in den Publikationen von Evgenij Sverstjuk, Mykola Rudenko, Vjačeslav Čornovyl, Michail Osadčyj. Über den Hunger schrieben des weiteren Aleksandr Solženicyn, Roj Medvedev, Lev Kopelev. 1961 wurden das fertige Manuskript sowie Entwürfe, Aufzeichnungen, ja sogar die Schreibmaschinenbänder und Kopien für Vasilij Grossmans Buch Žizn' i sud'ba (Leben und Schicksal, dt. ungekürzt 1987) von KGB-Mitarbeitern konfisziert. In diesem eindrucksvollen Werk über den Terror der Stalin-Zeit wird ebenso wie in Grossmans Erzählung Vse tečet (Alles fließt, dt. 1972) auch der Hunger zu Beginn der 1930er Jahre geschildert. Auf die Frage des Schriftstellers 1962, wann sein Buch publiziert werden würde, antwortete der Chefideologe der Partei, Michail Suslov, daß dies nicht früher als in 200 (!) Jahren geschehen werde. 30 Aber es kam anders. 1974 wurden Fotokopien der Reinschrift in den Westen geschmuggelt und 1980 in russischer Sprache in der Schweiz publiziert.

Die Mauer des Schweigens war damit jedoch noch nicht zerstört.

Als Resultat aktiver Anstrengungen der ukrainischen Dispora in den USA und in anderen Ländern, die die Moskauer Führung des Genozids beschuldigte und in der Erinnerung an den Hunger einen wichtigen Faktor zur Verselbständigung der Ukraine sah, unterstützte der US-amerikanische Präsident Ronald Reagan die Tätigkeit der Kommission des Kongresses der Vereinigten Staaten zur Untersuchung der Hungers-

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> I.V. Stalin. K šestidesjatiletiju so dnja roždenija. Moskva 1940, S. 239.

A. Latyšev: Stalin i kino. Surovaja drama naroda. Učenye i publicisty o periode stalinizma. Moskva 1989, S. 503.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Ju. Šapoval (Hg.): Petro Šelest: Spravžnij sud istorii šče poperedu. Spohady. Ščodennyky. Dokumenty. Materialy. Kyïv 2003, S. 65.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> P.G. Grigorenko: Memoirs. New York, London 1982.

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Vasilij Grossman: Žizn' i sud'ba. Moskva 1988, S. 817.

not in der Ukraine in den Jahren 1932–1933. Der Kommissionsbericht erschien 1987 auf der Grundlage vor allem von Zeitzeugenberichten.<sup>31</sup> Er wurde im Westen verbreitet und auch sowjetischen Diplomaten übergeben.

Die UdSSR ihrerseits ergriff Gegenmaßnahmen. So erklärte der Vertreter der Ukraine bei den Vereinten Nationen, Ivan Chmyl', am 10. Oktober 1983 vor der Generalversammlung der UN in New York, daß die Informationen über den Hunger 1932 und 1933 Erfindungen ukrainischer bourgeoiser Nationalisten seien, die zur Zeit des Zweiten Weltkrieges Hitler gedient hätten und danach in die USA übergesiedelt seien. Um ihre Anwesenheit in den USA zu rechtfertigen, hätten sie begonnen, falsche Gerüchte über eine Hungersnot zu verbreiten. Die sowjetische Führung leugnete die Hungersnot und behauptete, es habe lediglich "Versorgungsschwierigkeiten" gegeben. Geleugnet wurde ebenso die antiukrainische Politik der Kremlführung 1932/33. Wer im Westen das Thema des Hungers aufgriff, wurde Opfer gezielter Diskreditierungen. An dieser Propagandaarbeit war insbesondere auch der Botschafter der UdSSR in Kanada, der spätere Architekt der Perestrojka Aleksandr Jakovlev, beteiligt. Im März 1983 machte er in einer besonderen Aufzeichnung konkrete Vorschläge zur "Neutralisierung der feindlichen ideologischen Aktionen der ukrainischen bourgeoisen Nationalisten".32 Am 5. Juli des gleichen Jahres erklärte die Botschaft der UdSSR in Kanada ihren offiziellen Protest gegen die Pläne, im Zentrum der Stadt Edmonton ein Denkmal für die Opfer der Hungersnot zu errichten:

Diese Aktion kann nicht anders als ein grober antisowjetischer Vorstoß betrachtet werden, der das Ziel verfolgt, die historische Wahrheit über die Kollektivierung der Landwirtschaft in der UdSSR zu fälschen und Feindschaft gegenüber dem sowjetischen Volk zu säen.<sup>33</sup>

Über die Nachrichtenagentur *Novosti* in Kanada konstatierte die Botschaft in einem Bericht für Moskau im Januar 1984, daß diese der Konterpropaganda im Zusammenhang mit dem 50jährigen Jahrestag der Hungersnot erhebliche Aufmerksamkeit gewidmet habe:

Die überregionale bourgeoise Presse Kanadas berichtete in der Regel über diese Zusammenkünfte [zur Erinnerung an die Opfer der Hungersnot, die von den Ukrainern veranstaltet wurden – Anm. d. Verf.], diese Berichte wurden begleitet von "schrecklichen" Geschichten der "Augenzeugen", die als Kinder aus der Ukraine ausgereist waren, sowie von Fotografien von bis zur Unkenntlichkeit ausgemergelten Menschen, die eindeutig aus den Archiven der nationalsozialistischen Konzentrationslager stammten.<sup>34</sup>

Doch nicht nur sowjetische Diplomaten wurden propagandistisch tätig. Spezialisten und Historiker wie Viktor Danilov in Moskau oder Stanislav Kul'čyc'kyj in Kiev wurden praktisch genötigt, mit "Berichtigungen" oder "Verurteilungen" der Behauptungen westlicher Autoren aufzutreten. Das betraf insbesondere Robert Conquests

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> First Interim Report of Meetings and Hearings of and before the Commission on the Ukraine Famine Held in 1986. Washington, Government Printing Office 1987.

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> GDA OOU, fond 1, opis' 25, delo 2603, listy 22–25.

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Ebd., list 27.

<sup>34</sup> Ebd., delo 2859, list 122.

Buch *The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine*, das 1986 in russischer Übersetzung in London erschien.

Einen erstaunlichen Versuch, das Offensichtliche auf internationaler Bühne zu widerlegen, stellte das 1987 in Toronto erschienene Buch *Fraud, Famine and Fascism. The Ukrainian Genocide Myth from Hitler to Harvard* dar. Obgleich der Journalist Douglas Tottle als Autor auf dem Buchumschlag figurierte, handelte es sich um eine Auftragsarbeit aus der UdSSR, die aus den Anstrengungen eines Autorenkollektivs hervorgegangen war. Dieses Werk sollte die Quellen und Autoren früherer Publikationen diskreditieren. Die erste Version des Manuskripts mit dem Titel *Täuschung, Hunger und Faschismus* wurde zur Begutachtung nach Kiev geschickt, wo die Direktoren von drei akademischen Instituten das Manuskript als ganzes billigten, aber vorschlugen, die Erwähnung des ukrainischen Faschismus zu streichen, weil es einen solchen nicht gegeben habe und die Hinweise auf Publikationen sowjetischer Konterpropagandisten zu kürzen.<sup>35</sup> Tottle zufolge würden in vielen Publikationen über den Hunger Faktoren wie

Trockenheit und Sabotage ignoriert, abgestritten, klein geredet oder verzerrt. Sowjetische Übertreibungen und Fehler wurden unsachgemäß betont, mit einer antiukrainischen Motivation unterlegt, als bewußt geplant beschrieben, und die Folgen wurden übertrieben mit der Beschreibung von vielen Millionen Hungertoten.<sup>36</sup>

Der entscheidende Durchbruch für die Wahrheit über den Holodomor kam erst unter Michail Gorbačev, wobei die Verlautbarungen des Ersten Sekretärs des ZK der KPU, des konservativen und vorsichtigen Volodymyr Ščerbyc'kyj, anläßlich des 70. Jahrestages der Sowjetmacht in der Ukraine am 25. Dezember 1987, daß es Anfang der 1930er Jahre im ukrainischen Dorf "Versorgungsschwierigkeiten und auf dem Lande auch Hunger" gegeben habe,<sup>37</sup> die Wende einleiteten. Danach wurde in der Ukraine immer offener über den Hunger gesprochen und publiziert, woraufhin die Moskauer Parteiführung sich zu einem folgenschweren Schritt durchrang: Sie erkannte an, daß es eine Hungersnot in der Ukraine gegeben hatte, bestritt jedoch irgendwelche spezifisch antiukrainischen Akzente in den Handlungen Stalins und seiner Gefährten.

Am 23. Mai 1988 eröffnete Professor Jacob Sundberg in Brüssel die Anhörungen der *Internationalen Kommission zur Aufdeckung der Tragödie der Hungersnot in der Ukraine, ihrer Ursachen und Folgen.* Die Kommission betrachtete die Ereignisse unter dem Blickwinkel des Völkerrechts. Obwohl die Perestrojka schon im Gang war, entschied sich die Sowjetunion, Protest einzulegen. Am 14. Oktober 1988 erklärten vier Juristen und vier Historiker aus der Ukraine, die in der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR arbeiteten, gegenüber Professor Sundberg, die

Untersuchungen der Kommission [...] haben [...] einen politischen Charakter und sind Teil einer gezielten ideologischen Aktion. Ein derartiges Tun ist unvereinbar mit den Prinzipien einer objektiven Untersuchung und kann

<sup>35</sup> Ebd., list 124.

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Douglas Tottle: Fraud, Famine and Fascism. The Ukrainian Genocide Myth from Hitler to Harvard. Toronto 1987, S. 2.

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Zitiert nach: Holodomor: bil' narodnyj..., in: Trybuna, 11/1990, S. 8.

wohl kaum die Wahrheit ans Licht bringen. Deshalb kann es lediglich Mißtrauen und Protest hervorrufen.<sup>38</sup>

Die erste wissenschaftliche Untersuchung der UdSSR erschien 1990 mit Zustimmung des Politbüros des ZK der KPU unter dem Titel: *Der Hunger in den Jahren 1932–1933 in der Ukraine: Aus der Sicht von Historikern, in der Sprache der Dokumente*. Sie enthielt erschütternde Dokumente der obersten Partei- und Staatsinstanzen der Ukrainischen SSR.<sup>39</sup> Sie machte deutlich, daß es weder Trockenheit noch umfangreiche Sabotageakte gegeben hatte und daß es sich um eine Massenhungersnot gehandelt hatte: Der Hunger 1932 und 1933 war keineswegs ein Hirngespinst der Vertreter der ukrainischen Diaspora, sondern ein historisches Faktum.

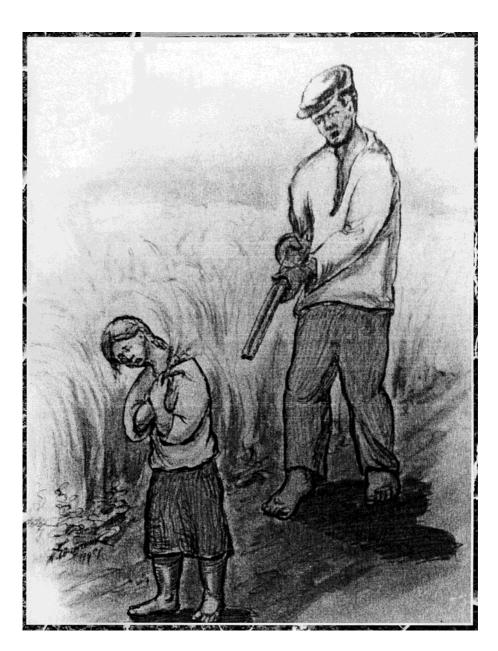
In der Frage, ob die Aktionen des Kreml eine antiukrainische Stoßrichtung hatten, gewann die sowjetische Propaganda, wobei diese sich die Unsicherheit der westlichen Wissenschaftler zunutze machten, denen zahlreiche Archiv-Dokumente nicht zugänglich waren. Hier einige Zitate aus einer Publikation der amerikanischen Zeitung The Village Voice vom 12. Januar 1988, und zwar aus einem Aufsatz unter der Überschrift Auf der Suche nach dem sowjetischen Holocaust: "Es gibt keinen einzigen Beweis dafür, daß [der Hunger] bewußt gegen die Ukrainer gerichtet war", sagte der Patriarch der Sowjetologie Alexander Dallin von der Stanford University. "Das würde gänzlich dem widersprechen, was wir wissen." - "Das ist Unsinn, Dummheit", meinte Moshe Levin von der University of Pennsylvannia, dessen Buch Die Bauern in Rußland und die Sowjetmacht ein Meilenstein in der Sozialgeschichtsschreibung war. "Ich bin Antistalinist, aber ich verstehe nicht, was diese Kampagne [die Behauptung, es habe sich um einen Genozid gehandelt – Anm. d. Verf.] zu unserem Wissen beiträgt." – "Ich lehne das alles absolut ab", sagte Lynn Viola, die erste amerikanische Historikerin, die die Kollektivierung in den Moskauer zentralen staatlichen Archiven erforschte. "Warum um Gottes Willen sollte diese paranoide Regierung eine Hungersnot organisiert haben, wenn sie doch so stark den Krieg [mit Deutschland] fürchtete?"40 Die Perestrojka und insbesondere die Arbeit in den Archiven in den letzten Jahren haben solche Behauptungen erheblich korrigiert.

Aus dem Russischen von Gerhard Simon, Köln

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Das Schreiben befindet sich im Archiv des Autors.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Holod 1932–1933 rokiv [Fn. 6].

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Jeff Coplon: In Search of a Soviet Holocaust: A 55–Year–Old Famine Feeds the Right, in: The Village Voice, 12.1.1988, S. 31.



M. Ivančenko. Ähren. Ohne Jahr

# Wilfried Jilge

### Holodomor und Nation

## Der Hunger im ukrainischen Geschichtsbild

Die Hungersnot 1932/1933 gehörte in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik bis Ende 1987 zu den "weißen Flecken" in der sowjetischen Geschichte. Ihre Enttabuisierung nach der Reaktorkatastrophe von Čornobyl' 1986 förderte die Delegitimation des sowjetischen Systems. In diesem Beitrag werden die Bedeutung des *Holodomor* für die Herausbildung eines nationalukrainischen Geschichtsbildes und die Bewältigung der totalitären Vergangenheit untersucht und seine Funktionen in der Geschichtspolitik der Ukraine analysiert.

Angesichts der katastrophalen Ausmaße ist das Urteil, die Hungersnot 1932/1933 sei das "fürchterlichste Verbrechen Stalins" (V. Danylov), nicht von der Hand zu weisen.¹ In den ukrainischen (Schwarzerde-)Gebieten mit einem reichen und selbstbewußten Bauerntum wirkte sich die Hungersnot besonders hart aus und hatte nachhaltige Folgen für die Nationsbildung, die bis in die jüngste Zeit reichen. Insofern verwundert es nicht, daß die von der Mehrheit ukrainischer Historiker und patriotischer Intellektueller "Genozid" oder "Ethnozid" gegen das ukrainische Volk genannte Hungersnot 1932/33 zu den Schlüsselereignissen im nationalen Geschichtsbild nach 1991 zählen.² In diesem Beitrag sollen die Bedeutung und Funktion der Hungersnot in einem nationalen Geschichtsbild sowie ihr Wandel seit der Perestrojka untersucht werden. Dabei soll nicht nur der Frage nachgegangen werden, mit welchen historischen Stereotypen welche Form der Nation aus dem Ereignis abgeleitet wird,³ sondern ob und wie die Deutung der nationalen Unterdrückungserfahrung des Holodomor als politische Ressource genutzt wird und Gegenstand der Selbstvergewisserung einer Gesellschaft im Übergang vom totalitären System zur Demokratie war und ist.⁴

**Wilfried Jilge** (1970), M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V. (GWZO), Leipzig

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Zit. nach Stephan Merl: War die Hungersnot von 1932–1933 eine Folge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft oder wurde sie bewußt im Rahmen der Nationalitätenpolitik herbeigeführt? In: Guido Hausmann, Andreas Kappeler (Hg.): Ukraine: Geschichte und Gegenwart eines neuen Staates. Baden-Baden 1993, S. 145–166 hier S. 147.

Rainer Lindner: Der "Genozid" im kulturellen Gedächtnis der Ukraine und Weißrußlands. Vernichtungstraumata in sowjetischer und nachsowjetischer Zeit, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 2/2003, S. 109–151.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Rudolf Jaworski: Osteuropa als Gegenstand historischer Stereotypenforschung, in: Geschichte und Gesellschaft, 13/1987, S. 63–76.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Barbara Christophe: Staat versus Identität. Zur Konstruktion von "Nation" und "nationalem Interesse" in den litauischen Transformationsdiskursen von 1987 bis 1995. Köln 1997, S. 167–171.

Seit der Perestrojka versuchten Intellektuelle in Osteuropa, so auch in der Ukraine, durch eine "Nationalgeschichte" die Nation als Erinnerungsgemeinschaft zu konstruieren und mit den ihr zugrundeliegenden Geschichtsbildern den politischen Anspruch auf einen Staat zu legitimieren. Die Debatten um die Nationalgeschichte können in Anlehnung an Peter Niedermüller auch als Teil eines postsozialistischen "Diskurses des Nationalen" bezeichnet werden. Der Postsozialismus wird dabei von den Intellektuellen "ethnisch-moralisch inszeniert" und dem "geschichts-, moral- und ethiklosen Raum" des Sozialismus entgegengestellt. Das rekonstruierte historische Gedächtnis wird als "wahre Geschichte" der nationalen Geschichte gleichgesetzt und der "falschen Geschichte" der Sowjetzeit entgegengestellt.5 Diese ideologisch ausgerichtete und kulturelle Umwertung vorgefundener Gesellschaften kann mit dem leicht modifizierten Ansatz von Graham Smith als ein Dreischritt von Essentialisierung, Historisierung sowie der möglichen Totalisierung verstanden werden, wobei die Umwandlung relativer Differenzen in absolute (z.B. von Sprache und Religion) durch die "Nationalgeschichte" untermauert wird.6 Selektiv erinnerte Schlüsselereignisse erfüllen die Funktion politischer Symbole, z.B. Gesellschaft zu mobilisieren oder Herrschaft zu legitimeren.

### Die Hungerdebatte in Wissenschaft und Geschichtspolitik

Die These vom geplanten Genozid am ukrainischen Volk ist in der ukrainischen Forschung mehrheitsfähig, international aber höchst umstritten. Anläßlich des 50. Jahrestages der Katastrophe wurde die Hungersnot 1983 von amerikanischen und ukrainischen Wissenschaftlern aus der Diaspora thematisiert. Robert Conquest und James Mace stellten die These auf, daß der Genozid am ukrainischen Volk von Stalin gezielt verursacht worden sei.<sup>7</sup> Neuere Forschungen haben agrarpolitische mit nationalitätenpolitischen Forschungen verbunden und auf die Relevanz des nationalen Faktors im Verlauf der Hungersnot hingewiesen. Gleichzeitig zeigen sie, daß die Politik der Bol'ševiki erheblich widersprüchlicher war, als es jene Ansätze nahelegen, die ausschließlich von nationalen und politischen Faktoren ausgehen.<sup>8</sup> Der internationale Forschungsstand ist weder einheitlich, noch sind die Ursachen der Hungersnot abschließend geklärt. Methodische Brückenschläge, die nicht nur nationalitätenpolitische Motive in Erwägung ziehen, wurden von ukrainischen Historikern Anfang der 1990er Jahre unterbreitet.<sup>9</sup>

Peter Niedermüller: Zeit, Geschichte, Vergangenheit. Zur kulturellen Logik des Nationalismus im Postsozialismus, in: Historische Anthropologie, 5/1997, S. 245–267, hier 247.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Graham Smith u.a. (Hg.): Nation-building in the Post-Soviet Borderlands. The Politics of National Identities. Cambridge 1999, S. 15–16.

Robert Conquest: The Harvest of Sorrow: Soviet Collectivization and Terror-Famine. London 1986. – James E. Mace: The Man-Made Famine of 1933 in Soviet Ukraine, in: Roman Serbyn, Bohdan Krawchenko (Eds.): Famine in Ukraine 1932–1933. Edmonton 1986, S. 1–14.

Terry Martin: The 1932–33 Ukrainian Terror: New Documentation on Surveillance and the Thougt Process of Stalin, in: Wsewolod W. Isajiw (Ed.): Famine-Genocide in Ukraine: Western Archives, Testimonies and New research. Toronto, Ontario 2003, S. 97–114. – Ders.: The Affirmation Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939. Ithaca, London 2001. – R.W. Davies, Stephen G. Wheatcroft: The Years of Hunger: Soviet Agriculture, 1931–1933. 2004, S. 431ff.

Valerij Vasil'jev, Jurij Šapoval (red.): Komandyry velykoho holodu. Poïzdky V.Molotova i L. Kahanovyča v Ukraïnu ta na Pivničnyj Kavkaz. 1932–1933 rr. Kyïv 2001. – V.M.

Eher in den Bereich der Geschichtspolitik gehören Thesen, welche die Hungersnot als einen durch das sowjetische Regime von langer Hand geplanten und gegen das ukrainische Volk gerichteten Genozid deuten und diese Interpretation zum "endgültigen" Forschungsstand erklären – ohne diesen nationalitätenpolitischen Ansatz mit strukturellen, sozialgeschichtlichen und politisch-ideologischen Ansätzen zu konfrontieren.<sup>10</sup> Angesichts der nicht geklärten Ursachen der Hungersnot muß die Frage nach dem Genozid nicht ausschließlich geschichtspolitisch motiviert sein, zumal die Kriterien für die Definition und Anwendung des Begriffs "Völkermord" nicht unumstritten sind.<sup>11</sup>

#### Die Anfänge der Debatte über die Hungersnot

Während der Perestrojka waren es die nicht registrierten und weder mit Partei noch Staat verbundenen informellen Gruppen sowie Literaten des Schriftstellerverbandes der Ukraine (SPU), welche seit 1986 die Hungersnot als Teil des Diskurses des Nationalen thematisierten. Den Auftakt bildete die Rede von Ivan Drač auf dem 9. Kongreß des Schriftstellerverbandes im Juni 1986. Drač machte die KPU-Führung für das Desaster der Reaktorkatastrophe in Čornobyl' verantwortlich und wies darauf hin, daß die Große Hungersnot – zu dieser Zeit offizielles Tabu – mehr Menschenleben gefordert habe als der Zweite Weltkrieg. Er verknüpfte den "Ökozid" Čornobyl' mit der Vernichtungserfahrung der Hungersnot und verwies auf die ethnisch-kulturelle Repression der Ukraine in der Sowjetunion. Es ist nicht verwunderlich, daß diese Passage der Rede in der *Literaturna Ukraïna* nicht abgedruckt wurde.

Die radikalste Stellungnahme stammte von dem 1987 entlassenen politischen Häftling und Mitglied der Ukrainischen Helsinki-Gruppe, Vjačeslav Čornovil (1937–1999). In seinem "Offenen Brief an Michail Gorbačev" vom 5. August 1987 bezeichnete er den Hunger 1932/33 als einen "echten Genozid an der ukrainischen Nation" und forder-

Danylenko, H.V. Kas'janov, S.V. Kul'čyc'kyj: Stalinizm na Ukraïni: 20-30-ti rr. Kyïv 1991, S. 120.

Vasyl' Maročko: Henocyd proty ukraïns'koho narodu (1932–1933), in: O.M. Veselova, V.I. Maročko, O. M. Movčan (Hg.): Holodomory v Ukraïni. 1921–1923, 1932–1933, 1946–1947. Zločyny proty narodu. Kyïv 2000; S. 83–152.

Frank Selbmann: Der Tatbestand des Genozids im Völkerstrafrecht. Leipzig 2003. Der Tatbestand des Genozids bzw. Völkermords ist in Art. II der Völkermordkonvention (VMK) der Vereinten Nationen festgelegt, die eine direkte Reaktion auf den Völkermord an den Juden darstellt. Völkermord liegt vor, "wenn jemand in der Absicht, eine nationale ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, Mitglieder dieser Gruppe tötet [...]" oder ihnen nach den Kriterien der VMK schweren Schaden zufügt. – Mischa Morgenbesser: Staatenverantwortlichkeit für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Zürich u.a. 2003, S. 16.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Taras Kuzio, Andrew Wilson: Ukraine: Perestrojka to Independence. New York 1994 S. 63–79.

Bohdan Nahaylo: The Ukrainian Resurgence. London 1999, S. 62-63. – Im März 1987 sprach Ivan Dzjuba das Thema Hungersnot indirekt in einer Rezension eines Romans zum ukrainischen Dorf während der Kollektivierung an. Ivan Dzjuba: Vyzrivaje slovo pravdy, in: Kyïv, 3/1987, S. 122–125, hier S. 125.

Vjačeslav Čornovil: Vidkrytyj lyst heneral'nomu sekretarevi CK KPRS Gorbačovu M.S., in: Ukraïns'kyj Visnyk, 7, 8, 9–10/1987, 13–33, S. 26. Die Dissidenten hatten bereits in den 1970er Jahren die Hungersnot als Teil einer grundlegenden Kritik des sowjetischen Geschichtsbildes verurteilt. Herausragend ist das Traktat "Das Recht zu leben" von Jurij Badz'o

te, dem Volk die "ganze Wahrheit" über die Vergangenheit zu sagen und sich nicht auf den Stalinismus zu beschränken. Ohne die ukrainische Unabhängigkeit direkt zu fordern, bettete er die Hungersnot in ein ukrainisches Geschichtsbild ein, wobei er als Ausdruck der "nationalstaatlichen Eigenständigkeit des ukrainischen Volkes" sowohl die Zeit der Ukrainischen Volksrepublik (UNR) als auch den Untergrundkampf der Organisation der Ukrainischen Nationalisten – Todfeinde der sowjetischen Führung – ansprach. Damit nahm Čornovil mit seinem Brief, der in Oppositionskreisen eine große Resonanz auslöste, bereits 1987 die Grundzüge des Diskurses des Nationalen der nächsten Jahre vorweg.

#### Die Enttabuisierung auf offizieller Ebene

Bis 1988 war die Hungersnot in der Ukraine offiziell tabu. Geschichtspolitische Bedeutung erlangte sie durch die Einsetzung der "Kommission über die ukrainische Hungersnot" durch den amerikanischen Kongreß 1985.¹⁵ Diese Kommission und die befürchtete Instrumentalisierung der Hungersnot durch die USA anläßlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution veranlaßten das ZK der KPU im Herbst 1987, eine eigene Kommission zur Untersuchung der Ereignisse von 1932/1933 zu bilden. Sie setzte sich aus Wissenschaftlern der Akademie der Wissenschaften (AN) der USSR zusammen und sollte die "Falsifizierungen der ukrainischen bürgerlichen Nationalisten" aufdecken.¹⁶ Wie brennend das Problem für die Ukraine war, zeigt die Tatsache, daß der ukrainische KP-Chef Volodymyr Ščerbyc'kyj in seiner Rede anläßlich der Feiern zum "Großen Oktober" das Faktum des Hungers, der seiner Meinung nach durch Mißernte hervorgerufen worden war, anerkannte.¹²

Erst nach dieser Rede konnten die Historiker erste Ergebnisse veröffentlichen. Im ersten Beitrag wies Stanislav Kul'čyc'kyj die Thesen der US-Kommission zurück, erkannte aber das Ereignis der Hungersnot an und wies indirekt auf Fehler der Führung bzw. Stalins hin. Angesichts der Ausführungen zu den Errungenschaften in der sowjetischen Landwirtschaft nach 1933 erschien die Hungersnot als schreckliche Ausnahme infolge einer tragischen Verkettung von Umständen und Fehlern. Neben der "künstlicher Forcierung" der Kollektivierung sei vor allem die "alte Psychologie" der Bauern für die Hungersnot verantwortlich gewesen.¹8 Trotz des "Verdienstes", neue Fakten genannt zu haben, war der Parteiauftrag unverkennbar. Literaten bemängelten den Beitrag des Historiker als unkritisch und verurteilten die Hungersnot schär-

<sup>(1977/1978).</sup> Jurij Badz'o: Pravo žyty. Ukraïna v skladi SRSR, ljudyna v systemi totalitarnoho socializmu. Kyïv 1996.

Die Gründung der Kommission war Ergebnis der Lobbyarbeit der ukrainischen Diaspora in Kanada und Amerika. Dadurch wurde 1983 anläßlich des 50. Jahrestages der Hungersnot erstmals das Interesse der Weltgemeinschaft auf die Vorgänge in der Sowjetukraine 1932/33 gelenkt.

Stanislav Kul'čyc'kyj: Problema holodu 1932–1933 rr. ta ïi misce v suspil'no-polityčnomu žytti Ukraïny kincja 80-ch – počatku 90-ch rokiv, in: Holod-henocyd 1933 roku v Ukraïni: Istoryko-politolohičnyj analiz social'no-demografičnych ta moral'no-psycholohičnych naslidkiv. Kyïv, N'ju-Jork 2000, S. 27–45 hier 37–39.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Stanislav Kul'čyc'kyj: Holodomor, in: Dovidnyk z istoriï Ukraïny. Kyïv 2001, S. 167–168, hier 168.

Stanislav Kul'čyc'kyj: Do ocinky stanovyšča v sil's'komu hospodarstvi USRR u 1931–1933 rr., in: Ukraïns'kyj Istoryčnyj Žurnal, 3/1988, S. 15–27.

fer.<sup>19</sup> Stellungnahmen in der *Literaturna Ukraïna* knüpften an die Diaspora-These vom geplanten Genozid an und sahen im Parteiapparat die Verantwortlichen für die Katastrophe.<sup>20</sup> Während der Perestrojka gewannen die Forschungen von Mace, Conquest und Diaspora-Ukrainern zunehmend Einfluß auf die Bildung eines ukrainischen Geschichtsbildes. Die national interpretierte Hungersnot wurde zum Ansatzpunkt, um die sowjetische Geschichte als Geschichte der Unterdrückung und als Bedrohung des nationalen Gedächtnisses bzw. der Nation zu interpretieren. So forderten Schriftsteller die Herausgabe eines "kollektiven Buches" des "Volksgedächtnisses" mit Zeitzeugenaussagen von Überlebenden aus allen Regionen der Ukraine.<sup>21</sup>

In einer Antwort auf die Schriftsteller Anfang 1989 kritisierte Kul'čyc'kyj die Stalinsche Führung zwar schärfer, trat aber sowohl der These, daß die Hungersnot vom Staats- und Parteiapparat hervorgerufen worden sei, als auch der "irrationalen" These des US-Kongresses entgegen, daß die Hungersnot gegen das ukrainische Volk organisiert worden sei.<sup>22</sup>

#### Die Einschreibung des Holodomor in das nationale Geschichtsbild

Das bedeutendste politische Ereignis des Jahres war der Gründungskongreß der Volksbewegung zur Unterstützung der Perestrojka *Ruch* im September 1989. Bereits in der Präambel eines Programmentwurfs von *Ruch* wurde der "künstliche Hunger 1933 mit Millionen von Opfern" in einer langen Reihe der "Verbrechen der Stalinschen und Neostalinschen Brežnevschen obersten Führer gegen das ukrainische Volk" bis zu Čornobyl' genannt. Auch die Hungerkatastrophen von 1921/22 und 1946/47 wurden erwähnt. Der Schriftsteller Serhij Plačynda verwies bei der Deutung der sowjetischen Kollektivierung auf das Dorf als Hort nationalukrainischer Tradition. Damit integrierte er die Hungersnot in ein nationales Geschichtsbild als Geschichte von physischen und ökologischen Vernichtungserfahrungen des ukrainischen Dorfes und der Bauern und damit der Nation.<sup>23</sup>

Während des Wahlkampfes 1990 vor den ersten freien Wahlen zum Parlament sowie den Gebiets- und Stadträten der USSR kam es zu einer zunehmenden Ritualisierung des Diskurses des Nationalen in Massendemonstrationen und öffentlichen Veranstaltungen. Dadurch wurde ein öffentlicher, nichtsowjetischer und nationaler Erinnerungsraum konstruiert, in dem das Gedenken an die Hungersnot einen zentralen Platz einnahm. Auf Initiative des Schriftstellers Oleksij Kolomijec' sollte ein Hügelgrab als Denkmal für die Opfer des Holodomor errichtet werden, um so an die Tradition der in der Steppe aufgeschütteten Gräber der Zaporoher Kosaken anzuknüpfen. Im August fand in Lubeny (Gebiet Poltava) unweit eines Klosters die Einsegnung des Denkmalortes nach "kosakischem Ritus" statt: Der Ex-ZK-Sekretär und damalige Parlamentsvorsitzende Leonid Kravčuk, der mittlerweile auf einen nationalen politischen Kurs eingeschwenkt war, erklärte, daß alle Gäste sich geschworen hätten, nicht mehr vom

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Ivan Dzjuba: V oboroni ljudyny i narodu, in: Literaturna Ukraïna, 23.6.1988.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Vasyl' Pacharenko: Holod, in: Literaturna Ukraïna, 10.11.1988.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Jevhen Hucalo: Stvorymo knyhy narodnoï pam"jati, in: Literaturna Ukraïna, 10.11.1988.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Stanislav Kul'čyc'kyj: 1933: trahedija holodu, in: Literaturna Ukraïna, 12.1.1989.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Spivpovid' Serhija Plačyndy, in: Literaturna Ukraïna, 21.9.1989.

Weg der Unabhängigkeit abzurücken. Die bereits im Juli verkündete Souveränität der USSR innerhalb der UdSSR wurde so legitimiert und die Unabhängigkeit im Sinne eines Vermächtnisses der Hunger-Toten als nationale Aufgabe gerechtfertigt.<sup>24</sup>

Die Entwicklung zu einem endgültig antisowjetischen Geschichtsbild 1990/1991 markierte der Vorsitzende der ukrainischen *Memorial*-Gruppe Volodymyr Manjak mit seinem *Volksbuch Memorial*. Er forderte 1991 nach dem Vorbild des Nürnberger Prozesses ein internationales Tribunal über das Stalinsche Imperium und den Neostalinismus, um die "blutigen Seiten der Geschichte des ukrainischen Volkes" zu untersuchen, und mahnte, sich nicht mehr länger mit "jahrzehntelangen Falsifizierungen und Verschweigen abzufinden".<sup>25</sup> Die historische Erinnerung durch das *Volksbuch Memorial* war laut Manjak die Garantie für die Wiedergeburt des ukrainischen Volkes und der Bauern als seiner Träger.

Die Hungerdebatte illustrierte, wie durch die Moralisierung des "Diskurses des Nationalen" und die davon abgeleitete "Wahrheit" Freund- und Feindbilder geschaffen werden. Das Buch erzählte die "wahre" Geschichte des Hungers, weil es auf den "echten" Quellen des Volkes als Opfer eines demoralisierten Regimes beruhte: Das in dem Buch zu Wort kommende Volk war nach Manjak der "wahre Historiker" und "heilig".26 Indem Manjak die "wahre Geschichte" dieses Volkes mit historischen Stereotypen verband, konstruierte er eine "wahre" Nationalgeschichte. "Geschichte" und nationales Gedächtnis waren damit deckungsgleich. Diese Nationalgeschichte grenzte er nicht mehr nur von der sowjetischen, sondern implizit auch von der "falschen", weil unmoralischen russischen Geschichte ab. Er stellte die Hungersnot auf eine Stufe mit den Verfolgungen der Anhänger des ukrainischen Hetmans Ivan Mazepa durch Zar Peter den Großen und konstruierte so einen stereotypen Gegensatz zwischen freiheitsliebenden Ukrainern und russischem Despotismus. So konnte die eigene Opfergeschichte deterministisch erfaßt und mit dem Bild des bedrohlichen "Anderen" erklärt werden. Dieses ansatzweise exklusive Geschichtsbild enthielt jedoch auch politische Ressourcen, um das totalitäre System zu delegitimieren: Manjak forderte nun die Rückkehr aus der sowjetischen Sackgasse zur "vollen ökonomischen und politischen Unabhängigkeit der Ukraine".<sup>27</sup>

## Die Hungersnot in den öffentlichen Debatten nach 1991

Nach 1991 wurde die Hungersnot auch von der postsowjetischen Nomenklatura um Leonid Kravčuk zur Legitimation von Nation und Staat genutzt. In öffentlichen Reden wurde das von *Ruch* entwickelte antisowjetische Geschichtsbild, die Ukraine als Opfer zu zeichnen und die Hungerkatastrophe als Genozid zu verstehen, übernommen. Auch wenn Kravčuk Rußland nicht explizit als Schuldigen totalitärer Genozid-

Vyroste kurhan skorboty . . . Reportaž pro osvjačennja miscja kurhana vičnoï sorboty žertvam holodomoru na Ukraïni v 1932–33 rokach, in: Literaturna Ukraïna, 16.8.1990. Mit dem kosakischen Ritus wurde der Holodomor symbolisch mit den kurz zuvor unter massenhafter Beteiligung durchgeführten "500. Jahrestages der Gründung der Zaporoher Sič" verknüpft.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Volodymyr Manjak: 33-j: holod. Narodna knyha-memorial. Kyïv 1991, S. 7–14.

Volodymyr Manjak: Narodovi povertajet'sja istorija, a istorii – pravda, in: Literaturna Ukraïna, 27.7.1989.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Manjak, 33-j: holod, [Fn. 25], S. 13.

politik nannte und durchaus selbstkritisch auf das Versagen von Politikern der Ukraine hinwies, waren antirussische Untertöne unüberhörbar.<sup>28</sup>



Briefmarke zum 60. Jahrestag des Holodomor 1993

Für ehemalige Nomenklaturčiki aus Partei und Staat der USSR hatte die Hungersnot eine spezifische Funktion: Sie diente dazu, die politische Biographie dieser Gruppe in den Kontext des nationalen Emanzipationsprozesses zu stellen und so nachträglich zu legitimieren sowie einzelne ehemalige KPU-Repräsentanten in der postsozialistischen Ukraine als patriotisch handelnde Politiker zu rechtfertigen: In einem Interview erklärte der frisch gewählte Präsident Kravčuk 1992, als er 1987 die Wahrheit über die Hungersnot erfahren habe, sei für ihn klar gewesen sei, daß er entweder seine Philosophie ändern oder den Dienst in der Politik quittieren müsse.29 Auf ihrer "Vierten allukrainischen Versammlung" verabschiedeten die Delegierten der Volksbewegung Ruch die Deklaration "Zum 60. Jahrestag des Holodomor in der Ukraine".

In dieser Erklärung deuteten sie die Hungersnot als eine von der "imperialen, bolschewistischen Obrigkeit erdachte und geplante Genozid-Politik gegen die ukrainischen Bauern als Hauptfeind des totalitären Regimes" und damit als Verbrechen gegen die Grundlage der ukrainischen Nation. Aus diesem Geschichtsbild leitete ein Teil der *Ruch*-Führung um Vjačeslav Čornovil die radikale "Dekommunisierung" der ukrainischen Gesellschaft als politisches Ziel ab, in der er eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Staatsbildung und Demokratisierung. Die Versammlung forderte den Präsidenten und das Parlament auf, ein von Memorial geplantes internationales Symposium zum Thema "Holodomor-Repressionen-Genozid" als Grundlage für ein "Gericht über die KPdSU-KPU" zu unterstützen. Damit rückte die vergangenheitspolitische und juristische Dimension der Debatte über die Hungersnot in den Vordergrund. So konnte auch das Präsidium des Parlaments der Ukraine am 26. August 1991 das Verbot der Kommunistischen Partei der Ukraine mit dem Hinweis auf deren Mitverantwortung für den Holodomor rechtfertigen. Der Hinweis auf die kriminelle Zerstörung des landbesitzenden, arbeitsamen ukrainischen Bauerntums, das einst "halb Europa zu versorgen" wußte, diente dazu, die Wiedereinführung des Privateigentums in der Landwirtschaft zu legitimieren. Auch wenn hier von der "kolonialen Geschichte der Ukraine vom XVII.-XX. Jahrhundert" gesprochen wurde, überwogen die politischen Ziele die ethnonationalen Konnotationen deutlich. Die beschlossene Erinnerungspolitik wurde bereits 1992 und 1993 von staatlichen Institutionen in modifizier-

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Leonid Kravčuk: Speech at the Congress of Ukrainians (22.1.1992), in: Leonid Kravčuk: Our Goal – a Free Ukraine. Kiev 1993, S. 118–121, hier S. 118, 119.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Leonid Kravčuk: A politician should have patience and willpower. Interview with *The Wall-Street Journal*, 10.2.1992, in: Kravčuk, Goal [Fn. 28], S. 125–127, hier S. 126.

ter Form – etwa durch Aufstellen eines Gedenkzeichens und eine "Woche der Trauer" für die Opfer des Holodomor – aufgegriffen, teilweise aber erst 1998/2003 umgesetzt.<sup>30</sup>

#### Die Hungersnot als Gedenktag und Symbol der unabhängigen Ukraine

Mit den Gedenkzeremonien zum 60. Jahrestag der Hungersnot wurde im September 1993 erstmals offiziell an den Holodomor erinnert. Sie gehören zu den bedeutendsten geschichtspolitischen Ritualen des jungen Staates nach der Unabhängigkeit und belegen, welche besondere Bedeutung die Hungersnot im ukrainischen Diskurs des Nationalen hat. Am 19. Februar 1993 ordnete Präsident Kravčuk für alle staatlichen und regionalen Ebenen "Tage der Trauer und des Gedenkens an die Opfer des Holodomor in der Ukraine 1932–1933" an. Im Organisationskomitee unter Vizepremierminister Mykola Žulyns'kyj dominierten Angehörige der "Sechziger" (Šistdesjatnyky) und iene Repräsentanten von Ruch, die aus dem Schriftstellerverband stammten, der Gruppe angehörten, die – im Gegensatz zu Čornovil – Präsident Kravčuk unterstützten. Sie bestimmten die Geschichts- und Symbolpolitik bis Mitte der 1990er Jahre.<sup>31</sup> Das Organisationskomitee berief eine Konferenz mit dem Titel "Der Holodomor 1932-1933 in der Ukraine: Ursachen und Folgen" ein, die für den Verlauf der Debatte über die Hungersnot aufschlußreich ist. Mykola Žulyns'kyj bekräftigte in seinem Grußwort, daß die Hungersnot von der Führung der Kommunistischen Partei geplant worden sei und ein ukrainischer "Holocaust" gewesen sei.<sup>32</sup> Der Ex-Ruch-Vorsitzende Ivan Drač lenkte die Debatte auf die vergangenheitspolitische Dimension und das ukrainisch-russische Verhältnis. Drač plädierte dafür, daß Rußland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion sich für das Verbrechen der Hungersnot entschuldigen und für seine "Sünden" büßen müsse. Er integrierte die Hungersnot in ein ethnonationales Geschichtsbild und konstruierte mit Hilfe historischer Stereotypen eine deterministische Schuld Rußlands: Seit Fürst Andrej Bogoljubskij (12. Jh.) sei es erklärtes Ziel des russischen Staates, die Sprache, Kultur und Existenz der ukrainischen Nation zu unterdrücken. Dem "großrussischen Rassismus" und der "erbarmungslosen Unterdrückungspolitik" stellt er "Ehre", "Würde", "Toleranz" und "Weisheit" der ukrainischen Nation entgegen, die selbst ihren Feinden gegenüber nachsichtig sei. Drač stilisierte Rußland zum bedrohlichen "Anderen", das die Eigenständigkeit der Ukraine in Frage stellte. Zugleich deutete er die sowjetische Geschichte als russisch dominierte Fremdgeschichte, mit der die ukrainische Nation nichts zu tun habe.

Diesem von der nordamerikanischen Diaspora geprägten Geschichtsbild der Hungersnot ist inhärent, eine ethnisch exklusive nationale Gemeinschaft zu konstruieren, was insbesondere die starke russische Minderheit und russophone Ukrainer im Osten und Süden des Landes zurückstoßen konnte. Insofern wies Dračs Rede Tendenzen der für den Diskurs des Nationalen typischen Totalisierung auf: Aus einem essentialistisch gedeuteten Ereignis werden absolute, deterministische Kriterien der Inklusion und Exklusion

<sup>&</sup>quot;Z pryvodu 60-riččja holodomoru v Ukraïni", in: Tysjača rokiv ukraïns'koï suspil'no-polityčnoï dumky. U dev'jaty tomach. Tom IX (1989–2001). Kyïv 2001, S. 269–270.

<sup>&</sup>quot;Pro zachody u zv'jazku z 60-my rokovynamy holodomoru v Ukraïni". Erlaß 38, 19.2.1993. Im Organisationskomitee waren James Mace und Robert Conquest vertreten.

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Zu anderen Interpretationen: Valerij Vasil'ev in diesem Heft, S. 165–182.

sowie zur Konstruktion von "fremd" und "eigen" abgeleitet. Dieser Befund ist jedoch in das politische Umfeld von 1992/1993 zu stellen. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit herrschten zwischen Rußland und der Ukraine ernsthafte Spannungen, weil die separatistischen Tendenzen auf der Krim, die von rußländischen Politikern unterstützt wurden, oder der Streit um die Schwarzmeerflotte in der Ukraine als Bedrohung der Unabhängigkeit empfunden wurden.<sup>33</sup>

Diese Totalisierung des Diskurses des Nationalen verband sich mit modernen, auf die staatliche Zukunft ausgerichteten Aspekten, zumal nicht alle Konferenzteilnehmer Dračs ethnonationale Zugänge geteilt haben dürften. Dies illustrierte der Auftritt des Präsidenten Kravčuk. Er verurteilte die "künstliche" Hungersnot von 1932/1933 und reihte sie als Genozid in eine Linie mit den "künstlichen" Hungersnöten von 1921 und 1946/47 ein. Er enthielt sich jedoch offener ethnonationaler oder antirussischer Untertöne und lenkte den Blick auf die Lehren für Staat und Gesellschaft: Eine Ursache der Hungersnot sei die Existenz einer geschlossenen sowjetischen Gesellschaft gewesen. Weil niemand etwas von der Ukraine gewußt habe, habe Stalin erst seine Machenschaften durchführen können. Eine Gesellschaft mit freiem Zugang zu Informationen und einer demokratischen Struktur bewahre das Volk vor solchem Unglück. Der Präsident nutzte das durch die Hungersnot konstruierte nationale Gedächtnis als politische Ressource zur Legitimation eines unabhängigen, demokratischen Staates.<sup>34</sup>

Die aufwendigen öffentlichen Gedenk- und Trauerfeierlichkeiten hatten dabei die Funktion, das durch die Erinnerung konstruierte nationale Bewußtsein in der Gesellschaft zu verankern. Entlang der zentralen Prachtstraße Kreščatyk in Kiev wurden Dokumente, Zeitzeugenberichte und Fotos von hungernden ukrainischen Bauern und Familien ausgestellt. Viele Besucher brachten Blumen, Früchte und Brot an einen zu Ehren der Opfer der Hungersnot auf dem Kreščatyk errichteten Altar. Die blau-gelben Staatsflaggen auf den Regierungsgebäuden wehten auf Halbmast und waren mit schwarzen Trauerschleifen versehen.

Die Hauptveranstaltung fand auf dem Sophienplatz um das Chmel'nyc'kyj-Denkmal statt. Die gesamte Staatsspitze und 5000 Besucher waren versammelt. Die Anwesenheit von Würdenträgern aller größeren in der Ukraine vertretenen Religionen sollten Einheit und Toleranz als Werte des jungen Staates unterstreichen. Nach dieser Zeremonie fand eine als "Kreuzweg" bezeichnete Prozession statt, die zum Michaelsplatz zog, wo das Denkmal für die Opfer des Holodomor eingeweiht und eingesegnet wurde. Das Denkmal aus Granit und Bronze symbolisiert ein Kreuz mit der Silhouette einer "Mutter-Beschützerin" als Symbol der Ukraine mit einem Kind an der Brust, deren Arme zum Zeichen der Verzweiflung ausgestreckt sind. Das lakonische, von Monumentalismus freie Denkmal zeigt authentisch die Trauer und das Gedenken an die Opfer der Hungersnot.

Während der Zeremonie am 12. September wurde durch das Gedenken an die Hungersnot auch die Einheit aller Regionen im jungen Staat symbolisch untermauert: Repräsentanten fast aller Regionen legten am Denkmal Kränze nieder.<sup>36</sup> Bewohner der

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Ivan Dračs "Čy pokajets' ja Rosija?", in: Tysjača rokiv [Fn. 30], S. 281–289.

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Vid orgkomitetu "Holodomor – 33", in: Holos Ukraïny, 9.9.1993.

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Valentyn Labuns'kyj: I mertvam, i žyvym i nenarodžennym..., in: Holos Ukraïny, 14.9.1993.

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Bil'. Spokuta. Pam'jat', in: Holos Ukraïny, 14.9.1993. In der "Woche der Trauer" wurden weitere Denkmäler eingeweiht und Ausstellungen durchgeführt.

östlichen und zentralen Regionen brachten Erde von Massengräbern der Hungeropfer nach Kiev, während Repräsentanten der 1932/33 zu Polen gehörenden Westukraine Dokumente ausstellten, die ihre von der sowjetischen Regierung nicht ins Land gelassenen Hilfeleistungen zeigten. Durch diese "Woche der Trauer und Erinnerung" wurde die Hungersnot als eines der Schlüsselereignisse des nationalen Geschichtsbildes der Nationalbewegung in das nationalstaatliche Geschichtsbild eingeschrieben. Dabei schrieben die Geschichtspolitik und die Wissenschaft bereits zu dieser Zeit die Deutung der Hungersnot als "Genozid am ukrainischen Volk" fest. Das Ereignis wurde zu einer Abbreviatur, die im öffentlichen Raum des jungen Staates die zentralen Funktionen eines nationalstaatlichen Symbols erfüllte. Auch nach außen präsentierte sich die Ukraine als Staat, der sich mit der totalitären Vergangenheit auseinandersetzt: 1993 wurde das Außenministerium beauftragt, sich an die UNESCO mit der Bitte zu wenden, den 60. Jahrestag in den Kalender der Jahrestage herausragender historischer Ereignisse aufzunehmen.<sup>37</sup>

Catherine Wanner hat den "Tag der Trauer" im September als Teil des offiziellen Feiertagskalenders der unabhängigen Ukraine dargestellt und als "ersten Versuch des postsowjetischen Staates, diese Erinnerung zu einem permanenten Ereignis zu machen" interpretiert. Diese Deutung ist fragwürdig: Der Gedenktag zur Hungersnot ist bis heute kein arbeitsfreier staatlicher Feiertag. Erst 1998 wurde er zu einem nationalen Gedenktag. Eine populäre und kontinuierlich gepflegte Gedenktradition hat sich weder auf staatlicher noch gesellschaftlicher Ebene entwickelt.38 In den Geschichtsschulbüchern wurde die Genozid-These als Teil eines keineswegs unumstrittenen nationalstaatlichen Geschichtsbildes verankert.<sup>39</sup> Die Lehrbücher der Akademie der Wissenschaften übernahmen ebenfalls die Genozidthese, blieben aber gegenüber ethnonationalen Argumentationen zurückhaltend. In dem wichtigsten Lehrbuch "Geschichte der Ukraine. Neue Sichtweisen" setzten die Autoren einen anderen Akzent als etwa F. Turčenko. Auch sie sprachen von einem "Genozid", betonten aber seine soziale Einfärbung: Demnach zielte "der Genozid in den Grenzen der Ukraine mit seiner Spitze nicht auf die Ukrainer als solche, sondern die ländliche Bevölkerung". Nur im Zusammenhang mit der Hungersnot in den mehrheitlich ukrainisch besiedelten Gebieten des Nordkaukasus und mit dem dort eingeleiteten Abbruch der Ukrainisierung durch die bolschewistische Führung betonten sie den nationalen Faktor. Diese Deutung wurde in Neuauflagen der "Sichtweisen" bis 2002 beibehalten.<sup>40</sup>

## Die Hungersnot im Diskurs der "nationalen Einheit" unter Kučma

In der Geschichtspolitik unter Präsident Leonid Kučma, der seit 1994 amtierte, spielte die Hungersnot mit ihren antisowjetischen Konnotationen anfangs keine Rolle. Kuč-

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> 1993 hatte auch der Film "Holod-33" von Oles' Jančuk Premiere, zu dem Serhij Djačenko und *Ruch*-Aktivist Les' Tanjuk das Drehbuch nach dem Roman von Vasyl' Barka schrieben.

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Catherine Wanner: Burden of Dreams. History and Identity in Post-Soviet Ukraine. Pennsylvania 1998, S. 150 und 157. – Der "Tag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution" wurde erst 2000 als Staatsfeiertag gestrichen.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> F.H. Turčenko: Novejšaja istorija Ukrainy. Čast' pervaja 1917–1945 gody. Kyïv 1995, S. 225.

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Istorija Ukraïny. Vydannja 3-e, dopovnene j i pereroblene. Kyïv 2002. Leiter des Autorenkollektivs war S. Kul'čyc'kyj, der auch den Abschnitt zum Hunger verfaßt haben dürfte.

ma versuchte, die mehrheitlich russischsprachige Bevölkerung im Osten und Süden des Landes auf der Basis einer modifizierten, von antirussischen Konnotationen freien Symbolpolitik zu gewinnen und sich als starker Präsident einer unabhängigen Ukraine und als konsolidierende Kraft jenseits der Regionen zu profilieren. Charakteristisch war die Verbindung des Gedenkens zum 50. Jahrestag des Sieges im "Großen Vaterländischen Krieg" am 8. Mai 1995 mit einer Belebung der spezifisch nationalukrainischen Traditionen des Kosakentums aus Anlaß des 400. Geburtstages von Hetman Bohdan Chmel'nyc'kyj.

Seit 1995 wurde vom Präsidenten und seinen für geschichtspolitische Fragen zuständigen Beratern Zug um Zug eine symbolische Politik der nationalen Einheit entwikkelt, die den Präsidenten als Garanten der Einheit von Staat und Nation über alle ethnokulturellen und regionalen Grenzen hinweg in den Mittelpunkt stellte. Diese Geschichtspolitik war primär mit den Konnotationen "Integration", "starker Staat" verbunden und beruhte auf dem Angebot einer eher territorialstaatlich als sprachlichkulturell orientierten Identität.41 Bis 1998 wurde diese Geschichtspolitik auf dem Boden der zentralen Symbole des nationalen Geschichtsbildes von 1991/1992 entwikkelt, wobei die offene Übernahme politischer Deutungsmuster des sowjetukrainischen Geschichtsbildes zunächst weitgehend vermieden wurde.<sup>42</sup> Die Modifikationen in der nationalen Geschichtspolitik gingen auch mit einem Wechsel der Akteure einher, die für die Geschichtspolitik verantwortlich zeichneten. Einige wichtige Vertreter waren in den wissenschaftlichen und politischen Institutionen der USSR sozialisiert worden und hatten bis 1991 gegen Ruch das sowjetukrainische Geschichtsbild verteidigt. Gleichzeitig berief der Präsident auch Politiker aus dem reformorientierten und national-demokratischen Lager in die Regierung. So konnte er auch im Westen des Landes Zustimmung gewinnen.

So ist es keineswegs verwunderlich, daß die Hungersnot als Schlüsselereignis des nationalen Geschichtsbildes auf die geschichtspolitische Agenda der Staatsführung kam und von den Beratern des Präsidenten 1996 als von Stalin und anderen Parteiführern verursachter "Genozid" bezeichnet wurde.<sup>43</sup> Anläßlich des 65. Jahrestages der Hungersnot beschloß das Kabinett unter Premierminister V. Pustovojtenko die Durchführung von "Gedenkentagen an die Opfer des Holodomor in der Ukraine" sowie zahlreiche Aktivitäten, die von staatlichen Verwaltungen aller Gebiete sowie vom Staatskomitee für religiöse Angelegenheiten vorbereitet werden sollten. Das Programm sah Ausstellungen von Dokumenten zur Hungersnot in Kiev, Gebete, Trauermärsche, Unterrichtsstunden in den Schulen vor.<sup>44</sup>

Mit ausdrücklichem Bezug auf diesen Kabinettsbeschluß fand 1998 eine Konferenz zur Hungersnot statt, die von der "Assoziation der Holodomorforscher in der Ukraine" und dem Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften organisiert wurden. Sie illustrierte nicht nur die Verquickung der nun teilweise wieder "offiziösen" Akademiehistoriographie mit der Politik, sondern auch die im Laufe der 1990er Jahre zunehmen-

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Vasyl' Kremen', Dmytro Tabačnyk, Vasyl' Tkačenko: Ukraïna: Al'ternatyvy postupu. Kyïv 1996.

Wilfried Jilge: Exklusion oder Inklusion? Geschichtspolitik und Staatssymbolik in der Ukraine, in: OSTEUROPA, 7/2003, S. 984–994, hier S. 993.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Kremen' u.a., Ukraïna [Fn. 41], S. 378.

<sup>&</sup>lt;sup>44</sup> Beschluß des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 1696, 26.10.1998 "Pro 65-ti rokovyny holodomoru v Ukraïni", in: Urjadovyj kur'er, 29.10.1998.

de Übernahme der ethnonational gefärbten Genozid-These durch die Mehrheit der ukrainischen Historiker. Die These vom geplanten Genozid am ukrainischen Volk wurde auf der Konferenz durch den Vizepremierminister der Ukraine und Direktor des Instituts für Geschichte, Valerij Smolij, im Rahmen eines nationalen Geschichtsbildes, das die freiheitsliebenden, grundbesitzenden ukrainischen Bauern mit ihren kosakischen Vorfahren in Verbindung brachte, kanonisiert: Smolij erklärte, daß die "Ursachen und Folgen des Hungers geklärt seien" und daß die Wissenschaftler den Hunger von 1933 als Genozid anerkannt hätten. 45 Der ehemalige Dissident und Vorsitzende der Assoziation der Holodomorforscher in der Ukraine, Levko Luk'janenko, forderte unter Hinweis auf die Völkermordkonvention der Vereinten Nationen von 1948, die Schuldigen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Außerdem solle die Rußländische Föderation ihre Schuld und Reue gegenüber der Ukraine nach dem Vorbild Deutschlands in bezug auf die Verbrechen des Hitler-Regimes anerkennen. Der Staat solle sich für die internationale Anerkennung der Hungersnot als Genozid des ukrainischen Volkes einsetzen. Schließlich kritisierte er das mangelnde Interesse an der Aufarbeitung und am Gedenken der Opfer des Holodomor.46

Ausgerechnet Präsident Kučma, der der sowjetischen Nomenklatura entstammte und von Ex-Dissidenten und Nationalisten als "russophil" gescholten wurde, griff einige diese Initiativen auf und bestimmte per Erlaß den vierten Samstag im November zum "Gedenktag für die Opfer der Holodomore und politischer Repressionen". Ein Jahr vor den Präsidentenwahlen präsentierte sich Kučma als nationaler Führer, der die Erinnerung an die Hungersnot und die Repressionen der Sowjetzeit im Wahlkampf 1999 gegen seinen kommunistischen Konkurrenten Petro Symonenko einsetzte.<sup>47</sup> Unter Kučma kam es auch zu ersten diplomatischen Initiativen zur weltweiten Anerkennung der Hungersnot als Genozid.<sup>48</sup>

Gleichzeitig änderte sich auch die offizielle Geschichtspolitik. Die Staatsführung griff zunehmend auf sowjetukrainische und sowjetische Symbole neben dezidiert nationalen Symbolen zurück und inszenierte sich als autoritärer Wahrer staatlicher Einheit.<sup>49</sup>

Valerij Smolij: 1933 rik v našij pam'jati, v našij istoriï, in: Holod-Henocyd 1933 roku v Ukraïni: istoryko-politolohičnyj analiz social'no-demohrafičnych ta moral'no-psycholhičnych naslidkiv. Mižnarodna naukovo-teoretyčna konferencyja, Kyïv 28 lystopada 1998 r.: Materialy. Kyïv, New York 2000, S. 11–15, hier: S. 13. Die Hungersnot von 1932/1933 wurde nun in eine Kontinuität der Hungersnöte von 1921–1923 und 1946–1947 eingereiht. Die Hungersnot von 1946/47 wurde als "weiterer Versuch eines Ethnozids" gewertet. Abgewogener wird die Herausarbeitung der Unterschiede zwischen den drei Ereignissen in dem von Kul'čyc'kyj verfaßten Abschnitt behandelt. Vgl. Veselova, Maročko, Movčan, Holodomory v Ukraïni [Fn. 10], S. 248.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Levko Luk'janenko: Jurydyčni aspekty holodomoru 1932–1933 rokiv, in: Holod-Henocyd [Fn. 45], S. 241–247.

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Erlaß des Präsidenten der Ukraine Nr. 1310, 26.11.1998 "Pro vstanovlennja Dnja pam'jati žertv holodomoriv ta polityčnych represij", in: Urjadovyj kur'er, 28.11.1998.

<sup>48</sup> Statement by H.E. Mr. Volodymyr Yel'chenko, Ambassador, Permanent Representative of Ukraine to the United Nations, 2 December 1998, auf der Generalversammlung der UN anläßlich des 50. Jahrestages der Annahme der Völkermordskonvention, in: <a href="http://www.faminegenocide.com/ambassador.html">http://www.faminegenocide.com/ambassador.html</a>.>

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Diese Änderungen setzten im Herbst 2000 ein, als die Ermordung des Journalisten Gongadze eine innenpolitische Krise auslöste. Diese widersprüchliche Geschichtspolitik verbindet prorussische mit sowjetischen Konnotationen und zielt auf die Wählerbasis im Osten des Landes. Diese von gelenkten Medien gestützte Strategie, die auf nichtsowjetische, nationalstaat-

Ausgangspunkt für die Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag war ein Präsidialerlaß vom 20. März 2002.

Die beschlossenen Aktivitäten ähnelten jenen aus den Verordnungen von 1998. Sie reichten von der Errichtung von Denkmälern und Grabstätten über Öffentlichkeitsarbeit bis zu Konferenzen und Unterrichtsstunden in den Schulen. Neben einer parlamentarischen Anhörung im Februar 2003 und einer Sondersitzung des ukrainischen Parlaments zum Gedenken an den Holodomor verabschiedete das Parlament eine Empfehlung an das Kabinett, ein "Staatliches Forschungszentrum zur Untersuchung der Ursachen und Folgen der Hungersnöte" in der Ukraine einzurichten und eine Gedenkstätte in der Hauptstadt Kiev zu schaffen.

Erneut wurde die Empfehlung an das Außenministerium ausgesprochen, international aktiv zu werden, um die Anerkennung des Holodomor 1932/1933 als staatlichen Genozid zu erreichen. Das Ministerium sollte der Generalversammlung der UNO vorschlagen, auf einer ihrer Sitzungen der Opfer des Holodomor mit einer Schweigeminute zu gedenken und ein internationales Holodomor-Museum unter der Ägide der UNO zu unterstützen.<sup>50</sup>

Aufschlußreich für den Bedeutungswandel, den die Hungersnot im Diskurs des Nationalen durchlief, waren die parlamentarischen Anhörungen, die Sondersitzung des Parlaments sowie die öffentlichen Stellungnahmen der Staatsführung 2002/2003. Auf der Sondersitzung am 15. Mai 2003 wurde mit den Stimmen der Regierungsmehrheit und großer Teile der Opposition (bei demonstrativem Auszug der Kommunisten) eine Erklärung an das ukrainische Volk zum Gedenken an die Opfer des Holodomor verabschiedet, die ausführlich auf die historischen Hintergründe des Ereignisses einging. <sup>51</sup>

Bereits am 28. November 2002 hatte das Parlament den "bewußt organisierten [...] Holodomor 1932/1933 als Akt des Genozids des ukrainischen Volkes" verurteilt, der "von den Führern des sowjetischen totalitären Regimes gegen die Bürger der Ukraine und den nationalen Geist, die Mentalität und den genetischen Bestand des ukrainischen Volkes" durchgeführt worden sei. Vor allem wurde die enorme gesellschaftliche und politische Bedeutung des Holodomor hervorgehoben: die Wahrheit über den Holodomor habe eine herausragende Rolle bei der nationalen Wiedergeburt gespielt.

Politisch stand die Integrationsfunktion für Nation und Staat an erster Stelle: Die Klassifikation dieser Katastrophe der ukrainischen Nation als Genozid habe "grundlegende Bedeutung für die Stabilisierung der gesellschaftlich-politischen Verhältnisse in der Ukraine" und sei ein wichtiger Faktor bei der Erneuerung der historischen Gerechtigkeit. Außerdem sei diese Bewertung ein Beweis für die "Unumkehrbarkeit der Demokratisierungsprozesse in der Gesellschaft" und ein "strenger Vorbehalt gegenüber Versuchen, in der Ukraine eine neue Diktatur einzurichten und das Recht auf Leben als

liche Symbole nicht verzichtet, fand einen Höhepunkt im Präsidentenwahlkampf 2004. Vor der Wahl organisierte die Staatsmacht eine Militärparade zur Erinnerung an den "60. Jahrestag der Befreiung der Ukraine von den faschistischen Besatzern", zu der die Präsidenten Putin (Rußland), Lukašenko (Belarus') und Aliev (Azerbajdžan) eingeladen waren.

<sup>&</sup>lt;sup>50</sup> Beschluß der Obersten Rada der Ukraine Nr. 258-IV, 28.11.2002 "Pro 70-ti rokovyny holodomoru v Ukraïni", in: Holos Ukraïny, 6.12.2002.

<sup>&</sup>lt;sup>51</sup> Beschluß der Obersten Rada der Ukraine Nr. 789-IV, 15.5.2003 "Pro Zvernennja do Ukraïns'koho narodu učasnykiv special'noho zasidannja Verchovnoï Rady Ukraïny 14 travnja 2003 roku ščodo všanuvannja pam''jati žertv holodomoru 1932-1933 rokiv", in: Holos Ukraïny, 23.5.2003.

wichtigstes Recht des Menschen zu mißachten". Erst mit der offiziellen Bewertung des Holodomor als Genozid am ukrainischen Volk und der "Erneuerung der historischen Wahrheit" seien die "wahre" Nationalgeschichte und die Nation wiederhergestellt.

In seiner Ansprache im November 2002 verurteilte Präsident Kučma nicht nur den Holodmor als Genozid, sondern die kommunistische Ideologie, für die das Leben des einzelnen keinen Wert habe. Dabei nutzte er das Gedenken an den Holodomor zu innenpolitischen Zwecken: Er könne nicht verstehen, wie sich Kommunisten und die Erben derer, die unter ihnen gelitten hätten, heute unter einer gemeinsamen Fahne vereinen könnten. Dies zielte nicht nur auf die Kommunisten, sondern auf die Opposition, die im Herbst 2002 im Rahmen der Aktion "Ukraine ohne Kučma" einige Male gemeinsam gegen Regierung und Präsident demonstrierte. Der wegen autoritärer und sowjetischer Verhaltensweisen kritisierte Kučma grenzte sich so von der "Straße" ab und fügte sich dann in die Opfer- und Gedächtnisgemeinschaft des ukrainischen Volkes ein. Außerdem erinnerte Kučma daran, daß nur die Unabhängigkeit und der demokratische Staat die Garantie böten, daß sich Ereignisse wie die Hungersnot nicht wiederholten. Die versuchte Hilfeleistung der Ukrainer in Polen 1933 habe gezeigt, daß man eine "einige Nation" sei. So präsentierte sich Kučma als Wahrer der Einheit der Nation eines unabhängigen Staates.<sup>52</sup>

Auch Regierungsmitglieder und Repräsentanten der präsidentennahen Fraktionen stellten in der parlamentarischen Anhörung im Februar 2003 die "Stabilisierung der gesellschaftlichen-politischen Beziehungen in der Ukraine" und die nationale Einheit und Konsolidierung in den Mittelpunkt.<sup>53</sup> Volodymyr Lytvyn, Vorsitzender der Rada, Akademie-Historiker und Spitzenkandidat des präsidentennahen Blocks "Für eine einige Ukraine" bei den Wahlen 2002 plädierte für eine "ausgewogene und weitsichtige Analyse des tragischen Abschnitts der vaterländischen Geschichte" und mahnte, politische Auseinandersetzungen zu vermeiden. Gleichzeitig werteten Regierungsvertreter die Hungersnot als Genozid und wiesen Stalin und seinem Gefolge die Verantwortung zu.<sup>54</sup>

Die Deutung der Hungersnot als Genozid teilten alle Teilnehmer einschließlich der Sozialistischen Partei. Nur Petro Symonenko von der Kommunistischen Fraktion bestritt die Verantwortung der damaligen Parteiführung und bewegte sich weitgehend im sowjetischen Geschichtsbild, obwohl er den Hunger als Tragödie für die UdSSR und die Ukraine anerkannte. Als "Unverbesserlicher" zog er massive Kritik auf sich und trug gerade so zu einem relativ einheitlichen Bild aller Fraktionen bei. 55

Kaum einer der oppositionellen Abgeordnete vermochte sich der staatlichen Deutung des Holodomor als Genozid und damit der konstruierten Einheit zu entziehen. Nur der Vorsitzende der "Assoziation der Holodomorforscher" Luk"janenko kritisierte die doppelbödige Geschichtspolitik der Staatsführung und forderte eine Erklärung der Regierung für den offiziellen Gedenktag aus Anlaß des 85. Geburtstages des ehemaligen Chefs der KPU Ščerbyc'kyj. Die vergangenheitspolitischen Auseinandersetzun-

<sup>&</sup>lt;sup>52</sup> Die Ansprache in: Urjadovyj Kur''er, 26.11.2002.

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> Zit. aus dem Protokoll der parlamentarischen Anhörung des Ausschusses für Fragen der Menschenrechte, nationalen der Minderheiten und internationalen Beziehungen vor: Parlaments'ki sluchannja. 12 ljutoho 2003 roku, 16.00 hodyna,.

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> Ebd., Blätter 1–7, 7–17; der Wille zum Konsens bestimmte alle Beiträge.

<sup>&</sup>lt;sup>55</sup> Ebd., Blätter 42–46.

gen mit Rußland stellten oppositionelle Abgeordnete aus der ehemaligen Ruch-Führung in den Mittelpunkt. Öffentlich wiederholten sie die seit der Perestrojka erhobene Forderung nach einem "Nürnberg II", also nach einer juristischen Aufarbeitung der Hungersnot und stalinistischer Verbrechen nach dem Vorbild der Nürnberger Prozesse. Ivan Drač (Block Unsere Ukraine) verknüpfte diese Forderung mit dem russisch-ukrainischen Verhältnis. Laut Drač ging es dem Moskauer Zentrum um die Vernichtung der ukrainischen Nation als solcher. Er widersprach ausdrücklich seinem für Minderheitenfragen zuständigen Fraktionskollegen Hennadyj Udovenko, der als einer der wenigen in seiner gemäßigten Rede den Begriff des "Genozids einer politischen Nation" gebrauchte und dabei auf die anderen Ethnien in der Ukraine als Teil der Nation verwies: Drač betonte dagegen ausdrücklich, daß es nicht um einen Genozid einer politischen Nation, sondern des ukrainischen Ethnos ging. Er forderte von Rußland eine offizielle Entschuldigung. Mehr noch: Er weitete diese Forderung auf die Juden aus, die er implizit mit der jüdischen Herkunft des engen Gefolgsmannes Stalins Lazar' Kaganovič begründete und somit unterschwellig auf das antisemitischen Stereotyp der "Judäokommune" zurückgriff.56

Dagegen äußerten die Redner des Präsidentenblocks keine Ansprüche an Rußland: Die Begriffe "Rußland" oder "Russen" kamen in den Beiträgen nicht vor. Statt dessen beschlossen die Präsidenten der Ukraine und der Rußländischen Föderation unmittelbar vor den Anhörungen demonstrativ, im Hunger-Gedenkjahr 2003 ein Kulturjahr Rußlands in der Ukraine durchzuführen, was oppositionelle Abgeordnete und nationale Vereinigungen massiv kritisierten.<sup>57</sup>

Eine Ausnahme in der Debatte bildete ein ausführlicher Zeitungsartikel des Führers der Fraktion "Unsere Ukraine", Viktor Juščenko. Juščenko unterstrich die Bedeutung einer freien Presse und einer in Europa integrierten, nicht isolierten Ukraine. Hätte 1932/33 ein solcher ukrainischer Staat existiert, hätte die kommunistische Führung den Hunger nicht verschweigen und die Hilfeleistungen von außen nicht unterbinden können. Der Oppositionsführer leitete somit systematisch aus dem Ereignis der Hungersnot eine politische Lehre für die Gegenwart und Zukunft ab und kritisierte die staatliche Gängelung der Medien unter Kučma, ohne dabei in die geschichtspolitische Falle des russischukrainischen oder innerukrainischen Ost-West-Gegensatzes zu tappen. Juščenkos Äußerung und die kritische Auseinandersetzung einer wachsenden Minderheit von Intellektuellen mit dem staatlichen Gedenken an den Holodomor machen deutlich, daß die Deutung des nationalen Symbols der Hungersnot nicht nur im zeitlichen Wandel, sondern auch nach unterschiedlichen Milieus differenziert werden muß.

Die nationale Einheit konnte die Staatsführung auch nach außen inszenieren, indem das Außenministerium 2002/2003 die Initiativen zur Anerkennung des Holodomor als Genozid durch die internationale Gemeinschaft aufgriff. Dazu kam es jedoch nicht. Statt dessen unterzeichneten die Delegationen von 26 Staaten eine Erklärung, in der anläßlich des 70. Jahrestages der Großen Hungersnot von 1932/1933 in der Ukraine an "die nationale Tragödie für das ukrainische Volk" mit sieben bis zehn Millionen Toten erinnert wird. Ebenso wird an die Opfer anderer Nationen wie Russen und

Ebd., Blatt 18, 21 (Udovenko), 65–67 (Drač). Dabei ist nicht klar, ob Dračs Äußerung judenfeindlich motiviert ist oder auf die Wahrung eines besonderen Opferstatus der Ukrainer zielt.

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup> Les' Tanjuk in: Ekspres, 30.1.–6.2.2003.

<sup>&</sup>lt;sup>58</sup> Viktor Juščenko: Holodomor: počuty holosy kriz' movčannja, in: Holos Ukraïny, 11.2.2003.

Kasachen erinnert. Auch Rußland und Kazachstan unterzeichneten das Dokument. Diese Erklärung ist das erste offizielle Dokument der UN, das an die Opfer der Hungersnot in der Ukraine erinnert.<sup>59</sup>

#### **Fazit**

Durch staatliche Erinnerungspolitik ist die Hungersnot in eine offiziell kanonisierte Deutung und damit in eine narrative Abbreviatur verwandelt worden, die alle zentralen Funktionen eines Staatssymbols erfüllt. In offiziellen Beschlüssen wird die Bedeutung für Demokratie und Unabhängigkeit genannt. Tatsächlich sind im politischen Diskurs in jüngster Zeit diese Bedeutungsinhalte in den Hintergrund getreten. Im Vorfeld der Präsidentenwahlen im Oktober 2004 nutzte die Staatsmacht das ehemals antitotalitäre Symbol des Holodomor vor allem zur Inszenierung der Einheit in Staat und Gesellschaft und damit auch zur Verschleierung eigener autoritärer, postsowjetischer Verhaltensweisen. Obwohl der Staat durch administrativen Druck Schwerpunkte der Medienberichterstattung leicht bestimmen kann und eine breite Behandlung der Hungersnot empfohlen worden war, gab es im Vorfeld und am Gedenktag im November 2003 kaum Informationen zur Hungersnot - weder im Staatsfernsehen noch auf den anderen Fernsehkanälen. Die Berichte zeigten lediglich Kranzniederlegungen durch Vertreter der Staatsmacht. 60 Dieser Befund steht im Widerspruch zur offiziell beschworenen Bedeutung, die der Anerkennung des Holodomor als Genozid des ukrainischen Volkes für das Werden einer "vollwertigen, zivilisierten Nation" zukomme.

Den in der nationalen und demokratisch orientierten Opposition für die Geschichtspolitik verantwortlichen Kräften, die sich immer noch weitgehend aus den Künstlerverbänden und ersten *Ruch*-Repräsentanten rekrutieren, gelingt es häufig nicht, die Hungersnot als politisches Argument und Kontrastprogramm zum staatlichen Einheitsdiskurs zu nutzen oder ausreichend in der Öffentlichkeit zu popularisieren. In diesem Unvermögen kommt auch der Wandel eines Teils dieser Intellektuellen von einer patriotisch-emanzipatorischen und staatskritischen Haltung zu einem ethnotraditionalistischen und staatsaffirmativen Denken zum Ausdruck.

Ob die jüngste Form staatlichen Gedenkens zur nachhaltigen Aufklärung über eines der schlimmsten Verbrechen des totalitären sowjetischen Staates beitragen kann, ist fraglich. Insbesondere in den südlichen und östlichen Regionen der Ukraine wird die Hungersnot nicht als spezifische, nationale Tragödie oder ethnisch motivierter Genozid empfunden, auch wenn es während der Perestrojka private und gesellschaftliche Gedenkinitiativen gab. Zumindest hat die Erinnerung an den Hunger die dort noch starke sowjetische Feiertagskultur und die positive Haltung zur sowjetischen Vergangenheit

<sup>&</sup>lt;sup>59</sup> Die Parlamente in Argentinien, Australien, Kanada und den USA haben eigene Erklärungen angenommen, in denen zum Teil explizit vom Genozid gesprochen wird.

Tetjana Mel'nyks Programmanalyse zum 22.11.2003; <www.telekritika.de>, 18.11.2003. – Volodymyr Kulyk: Televizijnyj cynizm i ukraïns'ka hromads'kist', in: Krytyka, 12/2003, S. 22–24.

nicht wesentlich beeinträchtigt: Nach jüngeren Umfragen beurteilen 62 Prozent der Befragten die Zugehörigkeit der Ukraine zur UdSSR positiv.<sup>61</sup>

Die ambivalente Haltung zur Hungersnot in der Ukraine hat auch sozialgeschichtliche Gründe: Während die nationalbewußte Westukraine kaum von der Hungersnot betroffen war, zerstörten Kollektivierung und Hunger in den zentralukrainischen und östlichen Regionen mit dem traditionellen ukrainischen Dorf eine soziale und kulturelle Basis des ukrainischen Nationalismus. Das eigenständige ukrainische Bauerntum wurde durch ein Kolchosbauerntum ersetzt, das sich nie gegen die Sowjetmacht auflehnte und bis in die 1990er Jahre kaum politische und gesellschaftliche Aktivität entfaltete. Vor diesem Hintergrund sollten anhand der Deutung der Hungerdebatte keine voreiligen Schlüsse zur Erinnerungskultur der ukrainischen Gesellschaft gezogen werden.

Die These von der Hungersnot als "Genozid am ukrainischen Volk" ist nicht nur Ergebnis der ukrainischen wissenschaftlichen Forschung, sondern auch Folge der Politisierung des Themas während der Perestrojka sowie der engen Verbindung von staatlicher Erinnerungspolitik und Wissenschaft seit 1991. Problematisch ist dabei, daß gemäß den Beschlüssen des Parlaments und der Regierung die politische und wissenschaftlich "objektive" Anerkennung des Hungers als Genozid zu einer "patriotischen Pflicht" erklärt und tendenziell zum Ausweis einer "patriotischen" Gesinnung oder fachlich "richtigen" Meinung wird. Die Integration der Erinnerung an den Hunger 1932/1933 in ein zunehmend homogenes, monumentales und staatsaffirmatives Geschichtsbild droht eine tiefgreifende, nicht an "runden" Jubiläen orientierte Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit zu verdrängen, die auf dem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist.

<sup>&</sup>lt;sup>61</sup> Rehional'na Ukraïna. Kyïv 2003, S. 16. Noch heute steht in Kiev das Denkmal für S. Kosior, als Parteichef der KPU (b), 1928–1932, einer der Verantwortlichen für die Hungersnot, an der Ecke zur Čornovil-Straße.

<sup>&</sup>lt;sup>62</sup> Andrew Wilson: The Ukrainians. Unexpected Nation. New Haven, London 2002, S. 145–46.



Oleksandr Kanjuk. Ohne Titel. 1978 1932-1933, Jahre des vom Moskauer Okkupanten organisierten Hungers in der Ukraine

# Valerij Vasil'ev

# Zwischen Politisierung und Historisierung

## Der Holodomor in der ukrainischen Historiographie

Die Hungersnot 1932–1933 stand in den vergangenen zwanzig Jahren im Zentrum der wissenschaftlichen und politischen Debatte. Angestoßen durch eine Untersuchungskommission des amerikanischen Kongresses, trug das Nachdenken über den Holodomor zu einem neuen Selbstverständnis der ukrainischen Gesellschaft bei. Die Forderung nach Auflösung der UdSSR und die Frage nach der neuen Gesellschaftsordnung in der Ukraine standen in einem engen Wechselverhältnis mit der wissenschaftlichen Suche nach dem Ausmaß der Katastrophe, den Ursachen und Motiven. Die ukrainische und internationale Historiographie hat die politischen, ökonomischen und sozialen Aspekte der Massenvernichtung herausgearbeitet und die Frage nach der Schuld, der internationalen Anerkennung des Holodomor als Genozid sowie der Sühne neu gestellt.

Seit der Unabhängigkeit der Ukraine führen Historiker und Politiker einen Kampf um die Geschichte der Ukraine. Ihr Ziel ist die Festigung der ukrainischen Staatlichkeit, die richtige Auslegung der Geschichte soll diesem Zwecke dienen. In der Ukraine spielte sich ab, was überall in der Welt bei der Bildung von Nationalstaaten vonstatten geht: Die Neuorganisation des historischen Bewußtseins der Gesellschaft soll dem neuen Staat geschichtliche Legitimität verschaffen. Eine wesentliche Rolle bei der Verdrängung des sowjetischen Paradigmas der ukrainischen Geschichte und ihrer Neudeutung spielte in den vergangenen fünfzehn Jahren die Hungersnot der Jahre 1932/33.

Die ukrainischen Historiker wußten zu sowjetischen Zeiten praktisch nichts von dieser entsetzlichen Tragödie. Während des Ost-West-Konflikts konzentrierten sie sich darauf, "bourgeoise Falsifikatoren" der Geschichte der Ukraine zu entlarven. In Darstellungen der 1930er Jahre durfte das Wort "Hunger" nicht fallen. Statt dessen wurde von Versorgungsschwierigkeiten gesprochen, für welche "die Kulaken" verantwortlich gewesen seien, die die Kolchosen sabotiert hätten. Allenfalls "Organisationsprobleme" in den neuen Kolchosen wurden eingeräumt.¹

Der Anstoß für ein Umdenken kam aus dem Ausland. Als der amerikanische Kongreß 1985 eine Kommission unter der Leitung von James Mace einsetzte, welche die Hun-

Valerij Vasil'ev (1961), Kandidat istoričeskich nauk, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Ukraine, Akademie der Wissenschaften, Kiev

Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang. Unter Redaktion einer Kommission des ZK der KPdSU (B). 1938. Berlin 1946, S. 371ff. – Kratkaja istorija SSSR, č. 2: Ot velikoj Oktjabr'skoj socialističeskoj revoljucii do našich dnej, izd. 4-oe, ispravlennoe i dopolnennoe. A.M. Samsonov (red.). Moskva 1983, S. 225.

gersnot in der Ukraine untersuchen sollte, und Robert Conquests Buch The Harvest of Sorrow: Soviet Collectivization and the Terror-Famine im Westen Aufmerksamkeit erregte, setzte die kommunistische Führung der UkrSSR 1986 ebenfalls eine Kommission ein, die Gegendarstellungen liefern sollte. Die in der UdSSR verschwiegene und im Westen kaum beachtete Massenhungersnot wurde so zu einem Thema von internationalem Interesse. In der sowjetischen Kommission, die nur auf dem Papier bestand, begann sich der Stellvertretende Direktor des Instituts für die Geschichte der Ukraine, Stanislav Kul'čyc'kyj, mit der Hungersnot zu beschäftigen. Nach einigen Monaten Archivrecherche übergab er dem ZK der KP der Ukraine eine Untersuchung über die Hungersnot. Die kommunistische Führung der Ukraine erachtete eine offizielle Erwähnung der Hungersnot als eine wichtige politische Entscheidung. Sie zögerte lange, bevor im Dezember 1987 der KP-Chef der Ukraine, Volodymyr Ščerbyc'kyj, in seinem Vortrag anläßlich des 70. Jahrestags der Sowjetukraine das Wort "Hungersnot" fallen ließ und diese auf außergewöhnliche klimatische Bedingungen zurückführte. Damit war das von Stalin 1932/33 verhängte, mehr als fünfzig Jahre wirksame Tabu gebrochen. Anfang 1988 wurde Kul'čyc'kyjs Analyse der Ereignisse von 1931–1933 in der Zeitschrift *Ukraïns'kyj Istoryčnyj Žurnal* veröffentlicht.<sup>2</sup> Daraufhin entwickelte sich die Erforschung der Hungersnot dynamisch, die Zahl der Publikationen geht mittlerweile in die Tausende.3

### Risse im sowjetischen Eis – Abweichung, Katastrophe, Verbrechen

Kul'čyc'kyjs Untersuchung bewegte sich im Rahmen der von Stalin im "Kleinen Kurs der Geschichte der VKP(b) [Kommunistische Allunionspartei/Bol'ševiki]" vorgegebenen Interpretationsmuster. Als wichtigste Ursache der Hungersnot 1932–1933 nannte Kul'čyc'kyj eine "kurze, aber gefährliche Krise in der Landwirtschaft", die durch Anarchie und mangelhaftes Wirtschaften in den Kolchosen hervorgerufen worden sei. Auf diese Weise sei ein erheblicher Teil des Getreides verlorengegangen. Die staatlichen Maßnahmen zur Getreideaufbringung hätten die Krise verschärft. Kul'čyc'kyj bestritt, was ukrainische Exilwissenschaftler behaupteten: daß die Hungersnot gezielt organisiert worden sei und vor allem, daß es sich um einen Genozid am ukrainischen Volk gehandelt habe. Er betonte, daß das Ausmaß des Hungers 1932–1933 bedeutend geringer gewesen sei als während der Hungersnot 1921. Dennoch ist Kul'čyc'kyjs Publikation zum Holodomor als bahnbrechend zu werten, da sie das Schweigen in der Ukraine beendete.

Die meisten Historiker, die Ende der 1980er Jahre mit Untersuchungen zu der Hungersnot 1932–1933 an die Öffentlichkeit traten, vermieden kategorische Schlüsse. So

Stanislav V. Kul'čyc'kyj: Do ocinky stanovyšča v sil's'komu hospodarstvi USRR u 1931–1933 rr., in: Ukraïns'kyj istoryčnyj žurnal [im folgenden UIŽ], 3/1988, S. 15–27.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 6338 Publikationen sind zum Thema verzeichnet: Holodomor v Ukraïni. 1932–1933. Bibliohrafičnyj pokažčyk. Odesa, L'viv 2001. – Vgl. Volodymyr Kaliničenko, Jelysaveta Jacenko: Istoriohrafija holodomoru 1932–1933 rokiv v Ukraïni, in: Holod-henocyd 1933 roku v Ukraïni: istoryko-politolohičnyj analiz social'no-demohrafičnych ta moral'no-psycholohičnych naslidkiv. Mižnarodna naukovo-teoretyčna konferencija, Kyïv 28 lystopada 1998 r.: Materialy. Kyïv, New York 2000, S. 15–26. – Volodymyr V. Holovko: Doslidžennja holodu 1933 r. ukraïns'kymy istorykamy, in: Holod 1932–1933 rokiv v Ukraïni: pryčyny ta naslidky. Kyïv 2003, S. 108–132.

publizierten Jevhenija Šatalina und Vasyl' Maročko im *Ukraïns'kyj Istoryčnyj Žurnal* Archivmaterialien über die Hungersnot. In der Einleitung wiesen sie darauf hin, daß man sich seiner komplexen Natur wegen des Problems nicht ohne weiteres annehmen könne. Als Hauptursachen für den Hunger nannten sie die "blitzartige Kollektivierung", mangelhafte Beachtung der ökonomischen Gesetze durch die kommunistischen Führer, die Getreideaufbringungen ohne Rücksicht auf den Zustand der Kolchosen, Massenkonfiskationen von Getreide sowie eine verantwortungslose Einkommensaufteilung unter den Kolchozniki. Für die Historiographen des Holodomor stand zu dieser Zeit schon fest, daß die Bauern bereits 1931 unter Hunger litten und die damalige Führung der Ukraine die Lage kannte.<sup>4</sup>

1990 erkannte dann das ZK der ukrainischen KP an, daß es eine Hungersnot gegeben hatte und führte sie bereits auf politische Ursachen zurück:

Aufgrund des verbrecherischen Kurses von Stalin und seiner Umgebung (Molotov, Kaganovič) gegenüber den Bauern wurde die Hungersnot der Jahre 1932/33 zu einer Tragödie für das Volk.<sup>5</sup>

Zudem verurteilte das ZK die prinzipienlose Politik der kommunistischen Führung der Ukraine (Stanislav Kosior, Vlas Čubar') bei der Getreideaufbringung.<sup>6</sup> Auf Anordnung der Partei wurde der Dokumentenband "Die Hungersnot in der Ukraine 1932–1933 in den Augen der Historiker und in der Sprache der Dokumente" veröffentlicht. In Kommentaren zu diesen Materialien wurden die Politik der Parteiführung und deren Folgen für die Landwirtschaft analysiert. Stanislav Kul'čyc'kyj berechnete die demographischen Verluste. Auf der Basis des zugänglichen statistischen Materials kam er zu dem Ergebnis, daß durch die Hungersnot ein Bevölkerungsverlust von 3,531 Millionen Menschen in der Ukraine zu beklagen sei, wobei er auf die noch ungenügend untersuchte Migration in der Republik hinwies.8 Er schätzte die indirekten Verluste durch natürliche Sterblichkeit, ungeborene Kinder sowie Todesfälle nach Erkrankungen und gab die Gesamtzahl der Verluste mit fünf Millionen Menschen an.9 Die Autoren dieses Bandes führten die Hungersnot hauptsächlich auf die Verletzung Leninscher Prinzipien, den Rückgang der Getreideernte infolge der Zwangskollektivierung, die "Entkulakisierung" sowie die niedrige Agrarkultur und die schlechte technische Ausrüstung der Kolchosen zurück. Sie unterstrichen, daß die Politik der obersten Parteiführung der UdSSR und der UkrSSR an der Wende der 1920er zu den 1930er Jahren die jahrhundertealte Lebensform der Bauern zerstört, objektive ökonomische Gesetze verletzt und so die Hungersnot hervorgerufen habe. Schuld sei vor allem Stalin persönlich gewesen, dessen Politik eine Abweichung von der wahren und "weisen" Politik Lenins und der KP dargestellt habe. Maj Pančuk schrieb, daß die damalige Führung der KP, nicht aber die Partei als solche, die Verantwortung für die

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Vasyl' Maročko, Jevhenhija Šatalina: Holod na Ukraïni (1931–1933rr.), in: UIŽ, 7/1989, S. 99–101, hier S. 99; 8/1989, S. 105–117, hier S. 105; 9/1989, S. 110–121, hier S. 112.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Holod 1932–1933 rokiv na Ukraïni ta publykacyju pov''jazanych z nym archyvnych materialiv. Postanova CK Kompartiï Ukraïni, in: Holod 1932–1933 rokiv na Ukraïni: očyma istorykiv, movoju dokumentiv. Kyïv 1990, S. 3–5, hier S. 3.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> S.V. Kul'čyc'kyj: 1933: trahedija holodu. Kyïv 1989, S. 47.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> S.V. Kul'čyc'kyj: Trahična statystyka holodu, in: Holod [Fn. 5], S. 66–84, hier S. 79.

Tragödie trage. Damit bewegten sich die Vorstellungen vieler ukrainischer Wissenschaftler über die Hungersnot weiterhin im Rahmen der während der Perestrojka üblichen Versuche, einen "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" zu schaffen und die "weißen Flecken der Geschichte" zu beseitigen. Schon in diesem Band forderte Volodymyr Savel'ev, daß ein objektiver Zugang zu den Arbeiten der ukrainischen Exil-Geschichtsschreibung gefunden werden müsse. Man müsse von der Konfrontation zum Dialog übergehen und die überflüssige Politisierung der Ereignisse von 1932-1933 durch die Historiker überwinden.<sup>10</sup>

Der Dialog begann, als James Mace 1990 zum ersten Mal die Ukraine besuchte. Er übergab Kul'čyc'kyj Dokumente mit den 206 Zeugenaussagen über die Hungersnot, die von der Kommission des amerikanischen Kongresses gesammelt worden waren, und trat in Kiev auf dem Symposium "Holodomor – 1933" auf. Auf diesem ersten Kongreß zur Hungersnot in der Ukraine kritisierten Politiker, Schriftsteller und Vertreter der Zivilgesellschaft die Historiker des Landes für das Verschweigen der Tragödie und die mangelnde Bereitschaft, sie entschieden zu verurteilen. Die Teilnehmer des Symposiums verabschiedeten eine Erklärung, in der sie die Hungersnot 1932-1933 als Genozid am ukrainischen Volk werteten.<sup>11</sup>

Damit hatten die Ansichten von Mace und Conquest Anhänger in der Ukraine gefunden. In Harvest of Sorrow, das 1993 in ukrainischer Übersetzung erschien, bezichtigte Conquest das Stalin-Regime des Terrors gegen die ukrainischen Bauern. Es habe mit übertriebenen Getreiderequirierungen die Hungersnot organisiert, Informationen über Hunger nicht zur Kenntnis genommen, den an Hunger sterbenden Bauern keine Hilfe geleistet, sondern sogar noch massenhaft Getreide exportiert und schließlich verboten, das Wort "Hunger" auch nur zu erwähnen. Conquest wies darauf hin, daß die Grenzen zwischen der Ukraine und Rußland geschlossen worden waren, um die Versorgung der Hungernden oder ihre Flucht zu verhindern. Er hob hervor, daß die Hungersnot in Rußland auf einige ländliche Regionen, unter anderem das Kuban'-Gebiet, in dem mehrheitlich Ukrainer lebten, begrenzt blieb. Nach Conquests Schätzungen starben 1932–1933 in Rußland zwei Millionen und in der Ukraine fünf Millionen Menschen an Hunger. Im Unterschied zu Kazachstan, wo die Hungersnot Folge einer unsinnigen, ideologisch motivierten Politik gewesen sei, sei sie in der Ukraine bewußt und zielgerichtet hervorgerufen worden. Conquest schloß, daß die Hungersnot als Teil der antiukrainischen Nationalitätenpolitik Stalins gesehen und als Genozid betrachtet werden müsse. 12

In seinem Bericht an den US-Kongreß wies James Mace 1988 nach, daß die UdSSR die Ausweitung der Hungersnot bewußt gefördert hatte, um die "Ukrainer auf die Knie zu zwingen".<sup>13</sup> Mace argumentierte, daß die Ukrainer, die nach dem Zusammenbruch des

Volodymyr Savel'ev: Trahedija ukraïns'koho narodu u vysvytlenni zarubižnoï istoriohrafiï, in: Holod 1932-1933 rokiv [Fn. 5], S. 85–108, hier S. 85f.

Mižnarodnyj sympozium "Holodomor 1932-1933 rokiv na Ukraïni", Kyïv, 5–7 veresnja 1990 r., in: Vysnyk AN URSR 1/1991, S. 8–9. – Holodomor byl' narodnyj. . ., in: Trybuna, 11/1990, S. 9–12.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Robert Conquest: The Harvest of Sorrow: Soviet Collectivization and the Terror-Famine. New York, Oxford 1986. Ukrainisch: Žnyva skoroboty: radjans'ka kolektyvizacija i holodomor. Kyïv 1993.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Investigation of the Ukrainian Famine 1932–1933. Report to Congress. Washington, D. C. 1988. – V. Maročko: Pro dijal'nist' Mižnarodnoï komisiï dlja rozsliduvannja holodu v Ukraïni 1932–1933 rr., in: UIŽ, 10/1988, S. 47–53.

Zarenreichs für ihre Unabhängigkeit gekämpft hatten, ein Hindernis für die Schaffung eines administrativ-zentralisierten und russozentrischen Staates dargestellt hätten. Außer ihnen hätten während des Bürgerkrieges auch die Kosaken des Nordkaukasus, die ethnisch zu den Ukrainern zählen, gegen die Sowjetmacht gekämpft. Schließlich hätten die an der mittleren Volga lebenden Deutschen den Einmarsch der deutschen Armeen in die Ukraine 1918 begrüßt. Die kommunistischen Führer hätten die erbitterten Kämpfe im Bürgerkrieg nicht vergessen und die Kollektivierung genutzt, um künstlich eine Hungersnot gegen diese ethnischen Gruppen herbeizuführen. Das Handeln der kommunistischen Führer erfülle daher den Tatbestand der "Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords" vom Januar 1948.<sup>14</sup>

Conquests und Mace' Thesen, die Instrumentalisierung der Hungersnot durch die ukrainischen nationaldemokratischen Kräfte im Kampf gegen das kommunistische Regime, der Zerfall der UdSSR 1991 und die Unabhängigkeit der Ukraine konnten nicht spurlos an den ukrainischen Historikern vorbeigehen. Zu Beginn der 1990er Jahre änderten sich die Akzente der Forschung. Drehte sich die historiographische Debatte zunächst um die Frage, ob es in den 1930er Jahren eine Hungersnot gegeben hatte, so diskutierten die Historiker nun deren Ursachen und versuchten, sie in der Geschichte der Ukraine im zwanzigsten Jahrhundert zu verorten.

1991 kritisierte Vasyl' Maročko, daß Wissenschaftler und Publizisten einzelne Ursachen verabsolutierten und forderte, die Hungersnot nicht mehr für politische Ziele zu mißbrauchen. Er hielt die ökonomisch unbegründete Getreideablieferungspflicht und die Zwangskollektivierung für die Hauptursache der Hungersnot. Die sowjetische Führung hätte von der Tragödie Kenntnis gehabt, so daß diese vermeidbar gewesen wäre, wenn sie den Kurs gewechselt hätte. Auch Maročko betonte nachdrücklich, daß die Hungersnot künstlich hervorgerufen worden sei.

Im gleichen Jahr publizierte Stanislav Kul'čyc'kyj seine Monographie zur Hungersnot "Der Preis des großen Umbruchs".¹⁶ Er vertrat weiterhin die Ansicht, daß die Abkehr von Leninschen Prinzipien bei den Landwirtschaftsreformen und die von Stalin initiierte Zwangskollektivierung, die ein nicht überlebensfähiges Kolchossystem geschaffen habe, Hauptursachen der Hungersnot gewesen seien. Um die Situation zu verbessern, habe die Parteiführung die Repressionen gegen die Bauern intensiviert und die Zwangsabgabepflicht eingeführt, so aber den *Holodomor* hervorgerufen. Dieser Begriff tauchte nicht zufällig in Kul'čyc'kyjs Text auf: Er bedeutet Hungersnot, hat aber im Ukrainischen die Konnotation einer von der Staatsmacht absichtlich organisierten Katastrophe. Kul'čyc'kyj schlug vor, die Hungersnot von 1932 von der des folgenden Jahres zu unterscheiden, weil diese unterschiedliche Erscheinungen darstellen würden. Detaillierter hat Kul'čyc'kyj seine Ansichten in der von mehreren Autoren herausgegebenen Monographie "Der Stalinismus in der Ukraine in den 20er und 30er Jahren" dargestellt.¹¹ Hier erklärte er, daß ein vollständiges Bild von der Hungersnot nur erhalte, wer die Vorstel-

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> International Commission of Inquiry into the 1932–1933 Famine in Ukraine. The Final Report. Toronto 1990.

V. Maročko: Holod na Ukraïni (1931–1933 rr.): pryčyny ta naslidky, in: Problemy istorii Ukraïny: fakty, sudžennja, pošuky. Respub. mižvid. zb. nauk prac', vyp. 1. Kyïv 1991, S. 59–65.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> S.V. Kul'čyc'kyj: Cina "velykoho perelomu". Kyïv 1991.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Viktor M. Danylenko, Heorhij V. Kas'janov, S.V. Kul'čyc'kyj: Stalinizm na Ukraïni: 20–30-ti roky. Kyïv 1991.

lung, die Hungersnot sei eine nicht vorhergesehene Folge der Wirtschaftskatastrophe gewesen, mit der Sichtweise verbinde, daß sie absichtlich herbeigeführt worden sei.

Als Hauptursache der Hungersnot betrachtete Kul'čyc'kyj den wirtschaftlichen Zusammenbruch in der UdSSR, der eingetreten sei, als die Partei versuchte, die Geldwirtschaft durch einen direkten Gütertausch zu ersetzen und die Kollektivierung forcierte. Dies habe die Produktivität der Landwirtschaft und die Arbeitsmotivation der Bauern rapide sinken lassen, was zur Hungersnot 1932 geführt habe. Die Hungersnot von 1933 sei hingegen durch die Konfiskation von Nahrungsmitteln hervorgerufen worden, welche die hungernden Bauern zur Fügsamkeit gegenüber den kommunistischen Machthabern habe "erziehen" sollen. Vor allem habe das Regime durch Hungerterror den Widerstand des ukrainischen Bauerntums brechen wollen. Die Hungersnot sei in den Holodomor übergegangen, als Stalin beschloß, daß darüber keine Informationen ins Ausland verbreitet werden durften. Die unmittelbare Verantwortung für den Terror trügen die von Vjačeslav Molotov und Lazar' Kaganovič geleiteten außerordentlichen Getreideaufbringungskommissionen in der Ukraine und im Nordkaukasus. Nach Ansicht Kul'čyc'kyjs sei an der Volga, wo eine Aufbringungskommission unter Pavel Postyšev tätig war, kein Terror ausgeübt worden.<sup>18</sup>

Im Vorwort zu einem Dokumentenband wiederholte Kul'čyc'kyj dies mit dem Hinweis, daß die Ereignisse zu Beginn der 1930er Jahre im Kontext eines zweiten "kriegskommunistischen" Sturmangriffs der KP-Führung in der UdSSR zu betrachten seien. Mit Jevhenija Šatalina wiederholte er, daß zwischen den Hungersnöten der Jahre 1931 bis 1933 insofern zu unterscheiden sei, "als in jedem Jahr [andere] Gründe existierten, die das Ausmaß der Hungersnot beeinflußten". Anfang der 1990er Jahre hörten die ukrainischen Historiker auf, die Hungersnot als Abweichung Stalins vom "wahren Leninschen Kurs" zu betrachten. Je intensiver der Dialog mit ausländischen Historikern wurde, desto eher wurde sie als komplexe gesellschaftliche Erscheinung verstanden. Die Öffnung der Archive half, die politische Entwicklung in der UdSSR detailliert zu rekonstruieren und die Besonderheiten der Hungersnot in jedem Jahr von 1931 bis 1933 zu spezifizieren. In der *scientific community* der Ukraine verfestigte sich die Auffassung, daß die Hungersnot absichtlich hervorgerufen worden sei.

#### Genozid oder Soziozid?

Anläßlich des 60. Jahrestags der Hungersnot 1993 wurde in Kiev auf staatliche Initiative die internationale Konferenz "Der Holodomor 1932–1933 in der Ukraine: Ursachen und Folgen" durchgeführt. Die Organisatoren verstanden die Hungersnot als eine von der kommunistischen Staatsmacht provozierte Katastrophe. Auf der Konferenz erklärte der Stellvertretende Premierminister der Ukraine, Mykola Žulyns'kyj, daß sich die Verluste der Ukrainer innerhalb der USSR auf 7,5 Millionen Menschen belaufen hätten und die Hungersnot "von den Führern der VKP(b) in Moskau planmäßig organisiert worden [sei] und ihre Handlanger in der Ukraine den Völkermord durchgeführt" hätten.<sup>20</sup> Der

<sup>18</sup> Ebd., S. 120f.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> S. Kul'čyc'kyj, Je. Šatalina: Peredmova, in: Kolektyvizacija i holod na Ukraïni 1929–1933. Zbirnyk dokumentiv i materialiv. Kyïv 1992, S. 5–18.

Vstupne slovo holovy Orhkomytetu z pidgotovky ta provedennja zachodiv u zv''jazku z 60-mi rokovynami holodomoru v Ukraïni, vice-prem''jer-ministra, akademyka Mykoly

erste Präsident der Ukraine, Leonid Kravčuk, der von mindestens acht Millionen sprach, unterstützte diese These, indem er die Hungersnot als geplante Aktion bzw. als einen Genozid am eigenen Volk, der nach Direktiven eines anderen Zentrums [des Kremls – V.V.] begangen wurde, bezeichnete.<sup>21</sup>

Mace konzentrierte seine Aufmerksamkeit auf die politischen Hintergründe des Holodomor. Er beschuldigte seine westlichen Opponenten offen der intellektuellen Trägheit und unterstrich, daß es viel leichter sei, mit den eigenen subjektiven Interpretationen wichtiger Ereignisse der sowjetischen Geschichte die politische Konjunktur zu bedienen, als Kenntnisse über die Bedingungen in den verschiedenen Sowietrepubliken zu erwerben, um dann erst Schlüsse zu ziehen. Mace erwähnte, daß der Holodomor nicht nur die Ukraine, sondern auch Gebiete im Nordkaukasus erfaßte, wobei es im ukrainisch-kosakischen Kuban'-Gebiet zu den härtesten Maßnahmen der außerordentlichen Aufbringungskommission L. Kaganovičs gekommen sei. Der Terror sei nicht nur gegen die ukrainische Bevölkerung gerichtet gewesen, sondern auch gegen die Kosaken und deren Freiheitsgeist. Das Stalin-Regime habe gewußt, wohin die unrealistischen Getreideaufbringungspläne führen würden. Insofern müsse man die Getreideaufbringungen als eine "Technologie" zur Verwüstung des ukrainischen Dorfes durch Hunger sehen. Die Herbeiführung des Holodomor habe weder als Mittel, den bäuerlichen Widerstand gegen die Kollektivierung zu brechen, noch als wirtschaftspolitische Maßnahme Sinn gemacht. In jenen Jahren sei der sozialistische Sektor auf dem Lande nicht angewachsen.

Im Gegenteil: Der massenhafte Austritt der Bauern aus den Kolchosen sei ein ernsthaftes Problem für das Regime geworden. Schwer habe zudem die enorme Sterblichkeit der Menschen in der Landwirtschaft und die dadurch verringerte Produktivität des Agrarsektors gewogen. Damit widersprach Mace Kul'čyc'kyjs Ansicht, wonach der Holodomor eine Methode gewesen sei, durch Druck auf die Bauern die vollständige Kollektivierung der Landwirtschaft zu erreichen. Die Motive der Stalin-Führung seien nicht alleine ökonomische gewesen, vielmehr müsse der Holodomor als Teil der allgemeinen Politik der Bol'ševiki und ihrer Nationalitätenpolitik betrachtet werden. Im Bürgerkrieg habe Lenin mit blutiger Konsequenz die Strategie verfolgt, die Ukraine dem bolschewistischen Rußland anzugliedern. Stalin sei überzeugt gewesen, daß die "nationale Frage in Wirklichkeit eine Bauernfrage ist"22. Basis des Nationalismus sei nicht das Dorf in Rußland, sondern das ukrainische Dorf gewesen. Die Ukrainisierungspolitik in den 1920er Jahren habe zu ukrainischen Mehrheiten in den ukrainischen Städten geführt. Während des ersten Fünfjahrplanes sei die Ukraine ein mächtiger nationaler Staat geworden – ungeachtet seiner polizeistaatlichen Momente. Stalin, so Mace, habe die Nichterfüllung des von Moskau vorgegebenen Plans zur Getreideaufbringung genutzt, um die soziale Basis der politischen Selbständigkeit der UkrSSR zu vernichten und Terror und Repressionen auch gegen die Mitglieder der KP(b)U gerichtet. Der zentralistischen Herrschaft hätten vor allem die Politabteilungen in den Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) gedient, die von den örtlichen Organen unab-

Žulyns'koho, in: Holodomor 1932–1933 rr. v Ukraïni: pryčyny ta naslidky. Mižnarodna naukova konferencija, Kyïv, 9–10 veresnja 1993 r. Materialy. Kyïv 1995, S. 7–8.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Leonid Kravčuk: My ne majemo prava znechtuvaty urokamy vinuloho, ebd., S. 8–11.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Iosif V. Stalin: K nacional'nomu voprosu v Jugoslavii. Reč v jugoslavskoj komissii IKKI 30 marta 1925 g., in: Ders.: Sočinenija, Bd. 7. Moskva 1947, S. 69–76, hier S. 72.

hängig waren und die Ausführung der Anweisungen aus Moskau sicherstellen sollten. Im Januar 1933 habe Stalin zudem den ihm gefügigen Pavel Postyšev zum zweiten Sekretär des ZK der KP(b)U ernannt und Hunderte neuer Parteifunktionäre in die Ukraine geschickt, welche an die Stelle der daraufhin verfolgten und ermordeten Nationalkommunisten und der vernichteten ukrainischen Intelligencija traten. Die künstliche Krise in der Landwirtschaft sei somit, ein wichtiger Baustein in Stalins Strategie gewesen, die Selbständigkeit der Ukraine auszulöschen.<sup>23</sup>

Auf der gleichen Konferenz bezeichnete Kul'čyc'kyj zum ersten Mal die Hungersnot als Genozid, der verübt worden sei, um die Doktrin vom Aufbau des Kommunismus zu realisieren.<sup>24</sup> Er erklärte nun, daß der Hunger nicht Folge der wirtschaftlichen Zerrüttung gewesen sei, welche die Einführung des kommunistischen Systems der Produktion und Verteilung materieller Güter verursacht habe. Dieser Zusammenhang könne zwar die Hungersnot 1921–1923 erklären. Die Hungersnot 1932-1933 sei jedoch ein Instrument des kommunistischen Aufbaus gewesen. Die totalitäre Macht habe methodisch Hungerterror ausgeübt, um die im März 1919 von der RKP(b) (Rußländische Kommunistische Partei/Bol'ševiki) beschlossenen Ziele für die Landwirtschaft umzusetzen. Die Bol'ševiki hätten sich für den Hungerterror entschieden, weil sich andere Methoden, die unnatürlichen Produktionsverhältnisse zu festigen, nicht hätten finden lassen. Seit 1929 habe sich die Mehrheit der leitenden Kader der KP um Stalin gesammelt und den "kriegskommunistischen Sturmangriff" wiederaufgenommen. Es sei wieder – gemäß dem Parteiprogramm – um den Aufbau einer marktfreien Wirtschaft als Fundament des totalitären politischen Regimes gegangen. Zwar sei der Sturmangriff zusammengebrochen, aber die Kollektivierung der Landwirtschaft durchgeführt worden. Daher stehe der Hunger im Kontext der Kollektivierung.

Stalin habe 1932-1933 angeordnet, die Bauern durch Hungerterror in den Kolchosen zu gewissenhafter Arbeit für den Staat zu zwingen, indem sie das "erste Gebot" erfüllten – den Getreideaufbringungsplan. Das ukrainische Dorf, das sich am meisten gegen die Kollektivierung wehrte, sei daher als exemplarische "Erziehungsstätte" ausgewählt worden. Zwar sei überall dort, wo die Requirierungskommissionen tätig waren, Getreide beschlagnahmt worden, "Naturalienstrafen", also die Konfiskation aller Lebensmittel, sei weder für das Volga-Gebiet noch für die Kreise des Nordkaukasus typisch gewesen – mit Ausnahme des Kuban'-Gebiets, wo mehr als 70 Prozent der ländlichen Bevölkerung ukrainischer Herkunft waren. Auch in der Ukraine seien den Bauern alle Lebensmittel und Essensvorräte abgenommen und so die große Hungersnot hervorgerufen worden. Gleichzeitig sei in den ukrainischen Siedlungsgebieten in der RSFSR die Ukrainisierung der vorhergegangenen zehn Jahre rückgängig gemacht worden. Die ukrainische Intelligencija sei schon 1932/33 Opfer einer "Hexenjagd" geworden, die in diesem Ausmaße in anderen Regionen der UdSSR erst ab 1937 vom Zaun gebrochen wurde. Kul'čyc'kyj konkretisierte die Bevölkerungsverluste der Ukraine von 1932-1933. Den Gesamtverlust - einschließlich ungeborener Kinder – veranschlagte er für 1932 auf 443 000 und für 1933 - unter Einbeziehung der niedrigeren Geburtenraten 1934 - auf 4,207 Millionen, insgesamt also auf 4,649 Mil-

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Džejms Mejs: Polityčni pryčyny holodnoho moru, in: Holodomor 1932–33 [Fn. 20], S. 14-22.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Stanyslav Kul'čyc'kyj: Teror holodom jak instrument kolektivizaciï sil's'koho hospodarstva, in: Holodomor 1932–33 [Fn. 20], S. 23–35.

lionen Menschen. Mit dem "Genozid an den Ukrainern am Kuban" habe der Holodomor daher sechs Millionen Menschenleben gekostet.<sup>25</sup> Mir diesen Thesen lag Kul'čyc'kyj nahe bei Conquests Überlegungen. Der Kiever Historiker erklärte, der Hunger sei organisiert worden, um den Widerstand der Bauern gegen das kommunistische Regime zu brechen.

Stärker noch als Kul'čyc'kyj betonte Maročko den nationalen Aspekt des Holodomor. Er erklärte, die Ukraine sei in den 1920er Jahren zum Rohstofflieferanten des imperialen Zentrums und das ukrainische Volk zur "Geisel eines gigantischen Experimentes des totalitären kommunistischen Staates" geworden. In dieser Periode sei die Vernichtung des ukrainischen Volkes und seiner nationalen Eigenständigkeit fortgesetzt worden. 1929 habe Stalin den Angriff auf die ukrainischen Bauern und die ukrainische Intelligencija gestartet. Die Führer des totalitären Regimes hätten die bei den ukrainischen Bauern fest verankerte Tradition des Privateigentums an Grund und Boden zerstören wollen. Im Herbst 1929 habe dann die Führung der VKP(b) einen Krieg gegen das ukrainische Volk eröffnet. Durch Zwangskollektivierung, kriminelle "Entkulakisierung" und offenen Terror hätten die Bol'ševiki auf radikale Weise die private bäuerliche Landwirtschaft als Grundlage der Nation zerstört. Die Bauernfrage in der Ukraine sei primär eine nationale Frage gewesen. An konkreten Beispielen führte Maročko aus, daß die Sowjetregierung bewußt Bedingungen herbeigeführt habe, die zu einer großen Zahl von Opfern führten. Entsprechend betonte auch er unter Berufung auf die Genozidkonvention der UNO, daß es sich bei dem Holodomor um einen Völkermord gehandelt habe.26

Auf der Konferenz kamen auch andere Meinungen zum Ausdruck. Aleksandr Morozov erklärte, daß Ende 1927 der administrative Druck des Staates auf die Bauern in offenen Versorgungsterror umgeschlagen sei. Dies sei nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß in der Sowjetführung und unter der städtischen Bevölkerung die Ansicht verbreitet gewesen sei, daß die Bauern Geld und Sachwerte anhäuften. So seien aus dem Dorf nicht nur Lebensmittel "herausgepumpt" worden. Selbst in den entferntesten ländlichen Rayonzentren seien früher nie gesehene *Torgsin*-Läden eröffnet worden, in denen während der schlimmsten Hungersnot 1933 Nahrungsmittel gegen Gold verkauft wurden.<sup>27</sup> Stanislav Horoško wertete den Hunger als Methode im Kampf des totalitären Staates gegen die Bauernschaft. Er habe der Stabilisierung der Kolchosen und Sovchosen dienen sollen. Daher habe es sich um einen Soziozid gehandelt.<sup>28</sup>

Die Konferenz kam zu dem Schluß, daß der zweite "kriegskommunistische Sturmangriff" der KP, der die Kollektivierung der Landwirtschaft zum Ziel hatte, zum Rückgang der Produktionskräfte und starken Absinken des Lebensstandards in der UdSSR geführt habe. Darauf hätten die Bauern mit Widerstand reagiert, weil sie in den Kolchosen nicht unentgeltlich hätten arbeiten und ohne Bezahlung keine Lebensmittel an den Staat hätten abgeben wollen. Daher seien die außerordentlichen Requirierungskommissionen geschaffen worden, die praktisch alle Getreideressourcen in den

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Ebd., S. 33–34.

V. Maročko: Nacional'nyj aspekt holodomoru 1932–1933 rr. v Ukraïni, in: Ebd. [Fn. 20], S 66–73

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Oleksander Morozov: Ekonomični perdumovi prodovol'čoho teroru v ukraïns'komu seli na počatku 30-ch rokiv, in: Ebd. [Fn. 20], S. 84–89; Torgsin= Torgovlja s inostrancami.

Stanislav Horoško: Holod jak zasib borot'by totalitarnoï deržavy proty seljan, in: Ebd. [Fn. 20], S. 95–104.

Hauptanbauregionen der Ukraine, im Nordkaukasus und an der Volga konfisziert hätten. In der Ukraine und am Kuban' habe Stalin die Getreideenteignungen uneingeschränkt zugelassen. Bemäntelt als Getreidebeschaffungen und sogenannte "Naturalienstrafen", die in Fleisch und Kartoffeln zu zahlen waren, seien alle Nahrungsmittelvorräte beschlagnahmt worden. Gleichzeitig seien diese Regionen von Militär umstellt worden, damit die hungernde Landbevölkerung nicht fliehen konnte. Angesichts des Verbots, mit Nahrungsmitteln zu handeln und von anderen Orten heranzuschaffen, seien die Bauern zum Hungertod verurteilt gewesen. Alle diese Maßnahmen, an denen hunderttausende Menschen beteiligt waren, seien vom Kreml geleitet und mit nie gesehener Brutalität umgesetzt worden. Tausende Dokumente und Augenzeugenberichte belegten den an den ukrainischen Bauern begangenen Genozid.

Die nationale Stoßrichtung des Genozids sei in der nur in der Ukraine und am Kuban' uneingeschränkten Konfiszierung aller Nahrungsmittel, dem Abbruch der Ukrainisierung außerhalb der UkrSSR sowie in den dort gegen die ukrainische Intelligencija organisierten Terroraktionen zum Ausdruck gekommen. Der Genozid habe die ukrainischen Bauern, die sich der Kollektivierung widersetzten, "belehren" und ihnen, wie es der damalige Generalsekretär der KP(b)U Kosior ausdrückte, "Verstand beibringen" sollen.

Einig in den Schlußfolgerungen der Konferenz, übersahen die teilnehmenden ukrainichen, amerikanischen und rußländischen Wissenschaftler die Widersprüche in ihren Formulierungen. Wenn die Bol'ševiki die ukrainischen Bauern und die Intelligencija vernichten wollten, wie konnten sie gleichzeitig beabsichtigen, diesen "Verstand" beizubringen? Sollten nach der Ermordung einiger Millionen Ukrainer die in Todesangst Überlebenden zu Sowjetmenschen, zu der Macht ergebenen Kolchozniki erzogen werden?

Diese Frage stand in den folgenden Jahren im Zentrum des wissenschaftlichen Interesses. Neue Forschungsergebnisse wurden im November 1998 auf der internationalen Konferenz "Der Hunger-Genozid von 1933 in der Ukraine". Eine historischpolitologische Analyse der soziodemographischen und moralisch-psychischen Folgen" vorgestellt. Valerij Smolij, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Direktor des Instituts für die Geschichte der Ukraine und Stellvertretende Premierminister, bekräftigte, daß die physische Vernichtung der ukrainischen Bauern durch eine organisierte Hungersnot eine bewußte terroristische Aktion des kommunistischen Regimes gewesen sei. Stalin sei über die Folgen der Ukrainisierung beunruhigt gewesen, die das nationale Selbstbewußtsein der Bauern, der sozialen Basis der Nation, geweckt habe. Nach 1933 habe es kein bäuerliches Privateigentum mehr gegeben und Millionen ukrainischer Kolchozniki seien vollständig in die Planwirtschaft integriert worden, die das Fundament des diktatorischen Regimes bildete.

V. Smolij erklärte, daß die Hungersnot von 1933 eine Tragödie von weltgeschichtlichem Ausmaß gewesen sei, die Historiker jedoch ihre globalen Folgen noch nicht untersucht hätten. Die Hungersnot habe nur organisiert werden können, weil die Weltgemeinschaft, insbesondere die Führung jener Staaten, die nur die Demokratie im eigenen Hause verteidigten, weggeschaut hätten.<sup>29</sup> Die Konferenz zeigte, daß die

Valerij Smolij: 1933 rik v našij pam"jati, v naši istorii, in: Holod-henocyd 1933 roku [Fn. 3], S. 11–26, hier S. 12, 14. – V. Maročko: Dyplomatija zamovčuvannja: stavlennja zachid-

Erforschung der Hungersnot in den vergangenen Jahren an Tiefe und Breite gewonnen hatte. Kul'čyc'kyj analysierte die Einflüsse des Hungersnotproblems auf Gesellschaft und Politik der Ukraine Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre sowie die Anfänge ihrer historiographischen Erforschung. Volodymyr Serhijčuk versuchte, die Migration während der Hungerperiode zu bewerten:

Mit Bestimmtheit läßt sich behaupten, daß der künstliche, von der bolschewistischen Macht organisierte Holodomor 1932/33 in der Ukraine nicht nur zum Genozid, sondern zum Ethnozid an einem bedeutenden Teil der Ukrainer geführt hat. Dies war ein Ergebnis spontaner Migrationsbewegungen der bäuerlichen Bevölkerung – damals wesentliche Träger des nationalen Selbstbewußtseins – in die Industriezentren wie auch über die Grenzen der Ukraine.<sup>30</sup>

James Mace wandte sich wieder den politischen Aspekten der Hungersnot zug. Er unterstrich, daß die Politik der Stalin-Führung nur vor dem Hintergrund des Ziels verstanden werden könne, die Gesellschaft vollkommen zu transformieren. Das Regime habe fanatisch daran geglaubt, daß es allein die "wissenschaftlichen" Formeln zur Verwirklichung der Utopie besitze. Die sowietische Politik sei im Kontext der politischen Machtfrage zu betrachten: Der von Stalin wiederaufgenommene Krieg gegen die Bauern habe die in der Zeit der Einwurzelungs-Politik (korenizacija) entstandene relative Autonomie der Unionsrepubliken zerstören sollen. Es habe zwar ökonomische Schwierigkeiten in der UdSSR gegeben, die aufgrund der ökonomischen Unvernunft des Stalinschen Projektes entstanden seien. Diese Probleme seien den Bol'ševiki jedoch nicht unbekannt gewesen. Mace vermutete, daß im Juli 1932 auf der III. Allukrainischen Parteikonferenz, als auf Druck der Kremlvertreter Molotov und Kaganovič unrealistische Getreideaufbringungspläne angenommen worden waren, ein kritischer Moment entstanden sein könnte. Jene Pläne hätten sich sofort nach Beginn der Ernte als nicht erfüllbar erwiesen. Daher habe die Führung der UdSSR Ende Oktober 1932 Sonderkommissionen zur Getreideaufbringung unter Molotov für die Ukraine, unter Kaganovič für den Nordkaukasus und unter Postyšev für das Volga-Gebiet entsandt. So habe sich Moskau die direkte Kontrolle über die Getreideaufbringungskampagne gesichert. Molotov habe das ZK der KP(b)U am 18. November 1932 gezwungen, eine Verordnung anzunehmen, nach der die an Kolchozniki vergebenen staatlichen Vorschüsse aus Mitteln der neuen Ernte zu begleichen waren. Dies lasse sich nur als eine zielgerichtete Auslösung einer Hungersnot betrachten. Mace ging es somit schon nicht mehr um die Kausalität eines objektiven Prozesses, sondern um die Motive für ein vorsätzliches Verbrechen. Im Dezember 1932 und im Januar 1933 seien die ukrainischen Kommunisten vom ZK der VKP(b) beschuldigt worden, die Getreideaufbringungen nicht effektiv zu organisieren. Dies sei das Signal für den Beginn des Terrors gegen die ukrainischen Kommunisten und Kulturschaffenden, die Rückkehr zum "Kriegskommunismus" und zur Usurpation der direk-

noevropejs'kych deržav do holodomoru 1932–1933 rr. v Ukraïni, ebd., S. 146–158, hier S. 158.

St. Kul'čyc'kyj: Problema holodu 1932–1933 rr. Ta ïi misce v suspil'no-polityčnomu žytti Ukraïny kincija 80-ch – počatku 90-ch rr., in: Holod-henocyd [Fn. 3], S. 27–45. – Volodymyr Serhijčuk: Mihracijni procesy v Ukraïni na počatku 30-ch rokiv jak naslidok holodomoru 1932–1933 rokiv, in: Ebd. [Fn. 3], S. 124–128, hier S. 128.

ten Macht über das ganze Land - ohne Rücksicht auf irgendwelche nationalen Unterschiede und regionale Besonderheiten - gewesen. Diese Politik sei besonders gegen die Ukraine und das Kuban'-Gebiet gerichtet gewesen, da die UkrSSR die bevölkerungsreichste Sowjetrepublik und die Ukrainer das größte nichtrussische Volk der UdSSR waren. War die Ukraine zerschlagen, so war der Weg frei zur Unterwerfung aller anderen Republiken. In diesem Sinn stellte der Holodomor für Mace eine wichtige Maßnahme zur Konsolidierung der totalitären Macht in der Hand Stalins dar sowie einen Genozid an ganzen Völkern, die dem im Wege standen.<sup>31</sup>

Großen Einfluß auf den Verlauf der Konferenz hatte der Vorsitzende der Asocijacija doslidnykiv holodomoriv v Ukraïni (Assoziation der Holodomor-Forscher in der Ukraïne), Levko Luk'janenko, der 25 Jahre in sowjetischen Lagern verbracht hatte. Er bezeichnete die Hungersnot als ein internationales Verbrechen. Nach Luk'janenko war der "rußländische Imperialismus in seinem kommunistischen Stadium" der Täter, die ukrainische Nation das Opfer. Da die Rußländische Föderation der Rechtsnachfolger der UdSSR sei, habe sie auch die Verantwortung für deren Verbrechen übernommen. Rußland müsse sich bei den Bürgern der Ukraine entschuldigen. Rußland solle die Schuld anerkennen und Reue zeigen, wie dies die Bundesrepublik Deutschland für die Verbrechen des Hitler-Regimes getan habe. Zudem sei im Geiste des ukrainischen Gesetzes "Über die Rehabilitierung der Opfer von politischen Repressionen in der Ukraine" eine materielle Wiedergutmachung zu leisten. 32 Auf Initiative Luk' janenkos wandte sich die Konferenz mit der Bitte an die Regierung der Ukraine, eine rechtliche Bewertung der Ereignisse 1932/33 vorzunehmen und die Organisatoren des Hunger-Genozids vor ein internationales Gericht zu bringen. Die an der Arbeit dieses wissenschaftlichen Forums beteiligten Wissenschaftler kamen nochmals darin überein, daß der Hunger-Genozid in der Ukraine künstlich hervorgerufen worden war.33

Mitte der 1990er Jahre gewann die Erforschung der Hungersnot durch zahlreiche Regionalstudien weiter an Substanz.<sup>34</sup> Auch wurden neue Dokumente und Materialien erschlossen. Entscheidend war, daß der Holodomor nicht mehr als Abweichung der Stalin-Führung von den "wahren Ideen" Lenins betrachtet wurde. Die ukrainische Historiographie begann, die Ereignisse von 1932/1933 durch das Prisma der Widersprüche zwischen dem politischen Regime in Moskau und den Interessen der ukrainischen Bauern zu interpretieren. Besonders hoben sie dabei die subjektiven Motive Stalins und seiner engeren Umgebung hervor. Die Mehrzahl der Historiker unterstützte nun die Schlüsse von Mace und Conquest, daß die Hungersnot absichtlich hervorgerufen worden sei und daher als von der Partei vorsätzlich organisierter Genozid an den ukrainischen Bauern und der ukrainischen Nation zu bewerten sei.

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Dž. Mejs: Polityka holodomoru, in: Ebd. [Fn. 3], S. 46–51.

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Levko Luk'janenko: Jurydyčni aspekty holodomoru 1932–1933 rokiv, in: Ebd. [Fn. 3], S. 240-247.

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Vysnovky i rekomendaciï, in: Ebd. [Fn. 3], S. 530–531.

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Holod na Podilli: Kniha sviden. Redaktor-uporjadnyk V. Macko. Kam'janec-Podils'kyj 1993. – F. Vynokurova, R. Podkur: Holod 1932-1933, 1946–1947. Vynnyc'ka oblast'. Dokumenty i materijaly. Vynnyca 1993. – Narodna trahedija: Dokumenty i materialy pro holod 1932–1933 rokiv na Dnipropetrovščyni. Uporjadnyky A.I. Holub, Ju.A. Mycyk, N.R. Romanec. Dnipropetrovsk 1993. – Kollektivizacija sil's'koho hospodarstva I holod na Poltavščyni. 1929–1933. Sbirnyk I materialy. Poltava 1997. – Mykolaïvščyna: kollektivizacija sil's'koho hospodarstva i holod, 1929–1939. Dokumenty i materialy. Mykolaïv 2000.

#### Politisierung oder Historisierung?

Seit Ende der 1990er Jahre stand die Forschung über den Holodomor im Zeichen des nahenden 70. Jahrestages der Tragödie. Zwei Konferenzen in den Jahren 2000 und 2002 hatten symbolische Bedeutung für die ukrainische Historiographie. Auf der ersten Konferenz "Der Genozid am ukrainischen Volk: historisches Gedächtnis und politisch-rechtliche Bewertung" zeigte sich, daß die Historiker die Hungersnot zunehmend in den Gesamtkontext der repressiven, terroristischen Politik des totalitären Sowjetstaates von den frühen 1920er bis Mitte der 1950er Jahre stellten.

Eine wichtige Rolle spielten methodische Fragen zur Erforschung des Holodomor, was einige Teilnehmer dazu veranlaßte, den Historikern mangelnden Mut zu offenen Worten vorzuwerfen. Luk'janenko forderte, daß ein internationales Gericht einen zweiten Nürnberger-Prozeß abhalten solle, auf dem über die KPdSU gerichtet werden müsse. Dies sei unabdingbar zum Verständnis der totalitären Vergangenheit und zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft. Er konnte sich jedoch nicht durchsetzen, und die Konferenz beschränkte sich in ihrem Schreiben an den Präsidenten und das Parlament auf die Forderung, alle in der Ukraine aufbewahrten Dokumente über die politische Repression, insbesondere die in Archiven staatlicher Behörden gelagerten Materialien, freizugeben. <sup>36</sup>

Viel weiter gingen die Teilnehmer der zweiten Konferenz "Der Holodomor 1932/33 als größte Tragödie des ukrainischen Volkes" im November 2002. Charakteristisch für die in der Wissenschaft herrschende Stimmung war V. Maročkos Auftritt. Er erklärte, daß die politisch-rechtliche Analyse der Mechanismen, die zur Hungersnot führten, die schwache Seite der Holodomor-Geschichtsschreibung sei. Er kritisierte die Ersetzung des Terminus "Genozid am ukrainischen Volk" durch die Bezeichnung "klassenbedingter Genozid" und verwies darauf, daß die Kolchosbauern keine Bedrohung für das totalitäre Regime dargestellt hätten. Gerade das *ukrainische* Bauerntum sei dem Regime als potentieller Widerstandsherd gefährlich erschienen, der Genozid sei nicht nur nach klassenspezifischen, sondern auch nach nationalen Erwägungen verübt worden. Maročko präzisierte seine Vorstellungen:

1932/33 setzte das totalitäre Regime die furchtbarste Waffe der Massenvernichtung, der sozialen Unterwerfung und der Versklavung der Landbevölkerung und eine neue Form des Terrors ein – Genozid durch Hunger.<sup>38</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Levko Luk'janenko: Njurnberg-2, in: Henocyd ukraïns'koho narodu: istoryčna pam''jat' ta polityko-pravova ocinka. Mižnarodna naukovo-teoretyčna konferencija, Kyïv, 25 lystopada 2000 r. Materialy. Kyïv, New York 2003, S. 36–72.

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Zverennja učasnykiv naukovo-teoretyčnoï konferenciï ,henocyd ukraïns'koho narodu: istoryčna pam''jat' ta polityko-pravova ocinka' do Prezydenta Ukraïny, Verchovnoï Rady Ukraïny, Holovonoho archyvnoho upravlinnja pry Kabinety Ministriv Ukraïny ,Pro zabezpečennja dostupu do dokumentiv Nacional'noho archyvnoho fondu pro polityčni represiï v Ukraïni, in: Ebd., S. 589–591, hier S. 590f.

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Vasyl' Maročko: Henocyd v ukraïns'komu seli 1932–1933 rokiv: istoryko-politolohičnyj aspekt, in: Holodomor 1932–1933 rokiv jak velyčezna trahedija ukraïns'koho narodu. Materialy Vseukraïns'koï naukovoï konferenciï, Kyïv, 15 lystopada 2002 r. Kyïv 2003, S. 32–43, hier S. 32.

<sup>38</sup> Ebd., S. 33.

Die Konferenz richtete eine Reihe von Appellen an ukrainische und internationale Behörden. An die UNO trat sie mit der Bitte heran, die Hungersnot "als einen von der bolschewistischen Macht und deren Führern geplanten Genozid am ukrainischen Volk" anzuerkennen.<sup>39</sup> In dem Schreiben äußerten die Unterzeichnenden die Hoffnung, daß die UNO eine unabhängige, nichtstaatliche Kommission zur Untersuchung der Ursachen und Folgen der Tragödie einrichten würde. Die Verchovna Rada der Ukraine forderte die Historiker auf, die Hungersnöte 1921-1922, 1932-1933 und 1946-1947 als Genozid am ukrainischen Volk anzuerkennen und sich mit einer Bitte an den Internationalen Strafgerichtshof zu wenden, damit dieser die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehe. Des weiteren schlug die Konferenz vor, in der Ukraine eine Juristenkommission zu schaffen, um die Verbrechen am ukrainischen Volk aufzuklären und die Hungersnöte zum Thema einer parlamentarischen Anhörung zu machen.<sup>40</sup>

#### Ausweitung und Ausdifferenzierung der Forschung

In den letzten Jahren haben die ukrainischen Historiker ihre konzeptionellen Vorstellungen weiter präzisiert. In einer im Jahr 1999 veröffentlichten Monographie erklärte Stanislav Kul'čyc'kyj, daß die Hungersnot eine Methode zur Einführung des Kolchossystems und der Bestrafung jener Bauern gewesen sei, die nicht in Kolchosen arbeiten wollten.41 Er konzentrierte sich auf die Frage, in welchem Verhältnis nationale und soziale Faktoren bei dem von ihm weiter als Genozid charakterisierten Verbrechen standen. Der Vergleich der demographischen Statistik nach Nationalität sowie nach Städten und Dörfern habe gezeigt, daß sich die Sterblichkeit in den Städten nur wenig von der natürlichen Sterbequote unterschied, während sie auf dem Land um ein Vielfaches höher war. Daraus zog er den Schluß, daß der Genozid in der UkrSSR sowie in den Rayons der anderen Republiken der UdSSR mit einer kompakt siedelnden ukrainischen Bevölkerung nicht gegen die Ukrainer, sondern gegen die ländliche Bevölkerung gerichtet gewesen sei. Gleichzeitig wies Kul'čyc'kyj darauf hin, daß an der Volga zwar Getreide, aber anders als in der Ukraine nicht alle Lebensmittel requiriert worden seien. Das Ausmaß des Hungers in jener Region nach der Getreideaufbringung anläßlich der Ernte von 1932 habe annähernd dem nach den Requirierungen von 1931 entsprochen. Es habe an der Volga ein Massensterben gegeben, anders als in der Ukraine seien aber nicht Millionen Menschen umgekommen.

Wieder anders sei die Situation im Nordkaukasus gewesen. Nach Erhebungen von 1926 lebten dort mehr als drei Millionen Ukrainer. Die meisten Ukrainer der Region – mehr als 900 000, 62 Prozent der Bevölkerung – lebten im Kuban'-Gebiet. Am Don waren 500 000 (44 Prozent der ansässigen Bevölkerung) und im Kreis Armavir mehr als 300 000 Ukrainer (33 Prozent) gezählt worden. So erkläre sich, warum am Kuban' die gleichen Methoden wie in der Ukraine angewandt wurden und warum diese Region besonders unter Kaganovičs Getreideaufbringungskommission zu leiden hatte. Die eigentliche nationale Ursache des Genozids klinge kaum vernehmbar im Text der Verordnung des Sovnarkom (Rat der Volkskommissare) der UdSSR und des ZK der

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Zvernennja do Orhanizacii Ob"ednanych Nacij učastnykiv Vseukrains'koi naukovoi konferencii "Holodomor 1932–1933 rokiv jak velyčezna trahedija ukrains'koho narodu", in: Holodomor 1932–1933 rokiv [Fn. 37], S. 268.

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Siehe den Beitrag von Wilfried Jilge in diesem Heft, S. 147–163.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Stanislav V. Kul'čyc'kyj: Ukraïna miž dvoma vijnamy (1921–1939rr.). Kyïv 1999, S. 183f.

VKP(b) über die Getreideaufbringungen vom 14. Dezember 1932 an. Die KP-Führer hätten nicht nur das Problem der Ukrainisierung im Nordkaukasus berührt, was mit dem Thema der Verordnung eigentlich nichts zu tun gehabt habe, sondern auch konkrete Entscheidungen gutgeheißen. Die Ukrainisierung von fast der Hälfte der Rayons des Nordkaukasus sei als "Petljura"-Ukrainisierung verurteilt und daraufhin rasch rückgängig gemacht worden. Diese Argumentation ist nicht ganz widerspruchsfrei: Denn nach Kul'čyc'kyj war der Genozid in der Ukraine ein Soziozid an den Bauern, während er in der UdSSR den Charakter eines Ethnozids an den Ukrainern annahm. 2000 veröffentlichten Vasyl' Maročko, Oleksandra Veselova und Ol'ha Movčan eine Monographie, in der sie die Hungersnöte von 1921-1923, 1932-1933 und 1946-1947 verglichen. In der Einleitung hob Kul'čyc'kyj hervor, daß alle drei ukrainischen Hungersnöte vor allem auf die Errichtung einer dem totalitären Regime gemäßen Planwirtschaft zurückzuführen seien. In der Aufbauphase zu Beginn der 1930er Jahre habe der gegen die Bauern und Kosaken gerichtete Staatsterror den Hunger zusätzlich verschärft.

Der Hungerterror wurde zu einem umfassenden Repressionsmittel, um die freiheitsliebenden ukrainischen Bauern unterzuordnen und konkrete nationalitätenpolitische und sozialökonomische Probleme zu lösen. Mit ihm wurden die selbständigen Bauernwirtschaften, die soziale Basis der ukrainischen Nation, zerstört, mit der Kolchoswirtschaft die Leibeigenschaft eingeführt, ein Kolchosbauerntum als eine neue Klasse von Sklaven gebildet und Kolchosen als sozialistische Getreidefabriken und Rohstofflieferanten für die Industrie geschaffen.<sup>42</sup>

Das Thema Staatsterror 1932–1933 wurde in einem weiteren Sammelband weiter entwickelt. Kul'čyc'kyj betrachtete hier die Anordnungen der Führung der UdSSR seit Ende 1929 als eine Serie staatlicher Terroraktionen, mit denen die Enteignung bäuerlicher Eigentümer erreicht werden sollte. Zum Terror zählte er die "Entkulakisierung", die brutalen Getreideaufbringungen sowie die Hungersnot. Den "Anstoß zum Staatsterror" gab nach Kul'čyc'kyj "die kommunistische Doktrin"<sup>43</sup>.

Den Forschungsstand versucht der 2003 erschienene umfangreiche Sammelband "Der Hunger in der Ukraine in den Jahren 1932-1933: Ursachen und Folgen" zu bilanzieren.<sup>44</sup> Im Vorwort unterstrich der Parlamentspräsident der Ukraine, der Historiker Volodymyr Lytvyn, die Bedeutung der Hungersnot für die ukrainische Gesellschaft. Internationale Historiker und Politologen charakterisierten die Hungersnot als absichtlich ausgelöst. Dies sei zwar eine publizistische Wertung, sie stimme aber insofern, als sie auf die fehlenden natürlichen Ursachen des Hungers hinweise und hervorhebe, daß es sich um eine bewußte, zynische und terroristische Aktion des Stalinschen Regimes in der Ukraine gehandelt habe.<sup>45</sup>

Der Sammelband zeigt, wie stark sich die Forschung ausdifferenziert hat. Ruslan Pyrih, Nadija Platonova, Tamara Vrons'ka, Vasyl' Maročko, Viktor Danylenko und Volodymyr Prystajko beschreiben und klassifizieren Archivmaterialien zur Hungers-

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Oleksandra Veselova, Vasyl' Maročko, Ol'ha Movčan: Holodomory v Ukraïni 1921–1923, 1932–1933, 1946–1947: Zločyny proty narodu. Kyïv 2000, S. 14, 250.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> S.V. Kul'čyc'kyj: Podolannja kryzy kolhospnoho ladu, in: Polityčnyj terror i terorizm v Ukraïni. XIX – XX st. Istoryčni narysy. Kyïv 2002, S. 376–391.

<sup>44</sup> Holod 1932–1933 rokiv v Ukraïni: pryčyny ta naslidky [Fn. 3].

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Volodymyr M. Lytvyn: Peredmova, in: Holod 1932–1933 rokiv [Fn. 3], S. 5–7, hier S. 5f.

not, die nicht nur in den öffentlich zugängigen Archiven der Ukraine, sondern auch in denen des Innenministeriums und der Sicherheitsdienste zu finden sind. Ausführlich, jedoch nicht immer objektiv analysieren Volodymyr Holovko, Vasyl' Maročko und Frank Sysyn die internationale Forschung zum Holodomor. Ol'ha Movčan, Vasyl' Maročko, Vladyslav Hrynevyč, Stanislav Kul'čyc'kyj, Oleksander Ivanov und Ihor Ivan'kov beleuchten die Entwicklung auf dem Land während der NÉP, die Kollektivierung, die Politik der KP-Führung 1932-1933, die Handlungsweise der Machtorgane, die Situation in der Roten Armee sowie die Hungersnot als demographische Katastrophe. Ol'ha Movčan und Vasyl' Maročko stellen erstmals Erkenntnisse über den Widerstand gegen die Getreiderequirierungen und über die verzweifelten Versuche der Menschen vor, dem Hungertod zu entgehen. Sie zeichnen ein Bild der entsetzlichen Lage der Kinder und belegen Fälle von Kannibalismus.

In einem äußerst interessanten Beitrag analysiert Hennadij Jefimenko den Strategiewechsel von der Ukrainisierung zum Kampf mit den ukrainischen "nationalen Abweichlern". Auf der Basis der Untersuchung der sowjetischen Nationalitätenpolitik in der Ukraine 1932-1933 kommt der Autor zu dem Schluß, daß die KP-Führung eine breit angelegte "Säuberung" der Kader vorgenommen habe, um die Welle von Unzufriedenheit einzudämmen, welche die unteren Partei- und Sowjetorgane erfaßt habe. Die Stalin-Führung sei davon ausgegangen, daß ein neuer Weltkrieg drohe, weshalb die Unzufriedenheit der Anhänger einer Autonomie der Ukraine Stalin als sehr gefährlich erschienen sei. Daher seien die ukrainischen Führungskräfte, die für die Ukrainisierung verantwortlich waren, und die ukrainische Intelligencija gewaltsamen Repressionen unterworfen worden. Die Führer der VPK(b) hätten sich aber nicht von der Ukrainisierung und deren Hauptziel, das Regime in der Ukraine zu verankern, losgesagt. Sie hätten lediglich die Methode gewechselt, um die Ukrainer erfolgreich zu bolschewisieren und zu sowjetisieren und ihnen die Illusion eigener Staatlichkeit und Gleichheit mit dem russischen Volk zu geben. Die ukrainischen Repräsentanten in der Ukrainischen KP hätten so aufgehört, Subjekte der nationalen Politik zu sein und hätten die Möglichkeit einer selbständigen Entwicklung verloren. Die Nationalitätenpolitik sei der Kontrolle durch die Bol'ševiki in Moskau unterstellt worden.46 Mit dieser Interpretation näherte sich Jefimenko den Ansichten von James Mace.

Nahezu gleichzeitig hielt der amerikanische Historiker Terry Martin einen Vortrag am *Ukrainian Research Institute* der Harvard-Universität, in dem er darlegte, daß die sowjetische Führung im Dezember 1932 der Krise der Getreideaufbringung eine "nationale" Färbung gegeben habe, indem sie den Widerstand gegen diese als Zeichen eines ukrainischen Nationalismus unter den Bauern und der nationalkommunistischen Führung erklärt habe. Dies habe zum antiukrainischen Terror von 1933 geführt, der die ohnehin dramatische Hungersnot in den Siedlungsgebieten der ethnischen Ukrainer verschärft habe.<sup>47</sup> Nach dieser Interpretation gehörte der nationale Faktor nicht zu den wesentlichen Ursachen des Hungers, sondern war eher ein Resultat der durch den Hunger hervorgerufenen Krise. Nachdem die Stalin-Führung aber die Geschehnisse in

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Hennadij H. Jefimenko: Zminy polityko-ideolohičnych priorytetiv ukraïnizaciï ta borot'ba z nacional-uchyl'nykamy, in: Ebd. [Fn. 3], S. 682–710.

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Konferenz: The Ukrainian Terror-Famine of 1932–1933: Revisiting the Issues and the Scholarship 20 Years after the HURI Famine Project. – Teri Martyn: Pro kožnoho z nas dumaje Stalin..., in: Krytyka, 21/2003, S. 14–18.

einen nationalen Zusammenhang gestellt hatte, entwickelte sich daraus eine eigene Logik. Terry Martin führte die Veränderungen der Nationalitätenpolitik in jener Periode auf die außenpolitischen Einschätzungen Stalins zurück.

Diesen Zusammenhang gibt es, jedoch spielte er nicht die Rolle, die ihm Martin zuweist. Stalin instrumentalisierte die außenpolitische Bewertung und das sogenannte "Piemont-Prinzip" in der Nationalitätenpolitik, um seinen Kurswechsel zu begründen, der auf die Überwindung des ukrainischen Widerstandes zielte. Stalins Politik war pragmatisch und mit Blick auf die Situation im Lande spekulativ, wie aus seinem Briefwechsel mit Kaganovič und Molotov hervorgeht.<sup>48</sup> Insgesamt ist die Argumentation von Jefimenko und Martin jedoch überzeugend und widerspricht der Auffassung von James Mace, daß der Wandel der Nationalitätenpolitik ein entscheidender Beweis für den Genozid am ukrainischen Volk gewesen sei.

#### Resümee

Wie James Mace und Robert Conquest vertritt die Mehrzahl der ukrainischen Historiker heute die Meinung, daß die Hungersnot von 1932-1933 bewußt und zielgerichtet hervorgerufen worden sei. Sie werten sie als Genozid an den Bauern in der Ukraine und als Ethnozid an den Ukrainern in den anderen Republiken der UdSSR. Künftige Untersuchungen der Hungersnot von 1932-1933 sollten jedoch beachten, daß Richard Davies und Stephen Wheatcroft in ihrem methodisch sehr sauberen und auf einer breiten Quellenbasis beruhenden Buch zu anderen Schlüssen gelangten als Conquest. Dessen These, daß die Hungersnot bewußt und zielgerichtet hervorgerufen worden sei, und insbesondere die Folgerung: "daß die kommunistische Ideologie die Motivation für eine präzedenzlose Vernichtung von Männern, Frauen und Kindern geliefert" hätte, sei so nicht zu halten.

Davies und Wheatcroft sprechen Stalin keineswegs von seiner Verantwortung für den Hunger frei. Seine Bauern-Politik war erbarmungslos und grausam, aber die ihrer Studie zugrundeliegenden Quellen belegen, daß die sowjetische Führung während der Hungersnot mit einer Krise zu kämpfen hatte, die aus einer falschen Politik resultierte. Die Krise sei für die Führer der UdSSR unerwartet gekommen und alles andere als erwünscht gewesen. Die Hungersnot sei nicht nur eine Folge der ideologisch motivierten sowjetischen Agrarpolitik. Auch die forcierte Industrialisierung sei in Rechung zu stellen. Insbesondere sei die Hungersnot aber in den breiten Kontext der Gewaltgeschichte Rußlands, den Erfahrungen des Bürgerkriegs, der internationalen Situation, der besonderen geographischen und klimatischen Umstände sowie der

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Darauf hatte zuvor Martin selbst hingewiesen: Terry Martin: The Affirmation Action Empire: Nations and Nationalizm in the Soviet Union, 1923–1939. Ithaca, London 2001.

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Richard W. Davies, Stephen G. Wheatcroft: The Years of Hunger: Soviet Agriculture, 1931–1933. Hampshire, New York 2004.

Wie Davies und Wheatcroft wissen ließen, habe ihnen R. Conquest in einem Schriftwechsel im September 2003 mitgeteilt, daß er nicht der Ansicht sei, daß "Stalin die Hungersnot 1933 absichtlich hervorgerufen habe. Nein, ich habe bekräftigt, daß er angesichts der wachsenden Gefahr einer Hungersnot diese hätte verhindern können, er aber "sowjetisches Interesse" höher gestellt habe als die Versorgung der Hungernden mit Lebensmitteln, weshalb er bewußt zur Ausweitung der Hungersnot beigetragen hat."

Handlungsrationalität des unter Stalin geschaffenen Systems zu stellen.<sup>51</sup> Wenn sich die Erforschung des Holodomor auf eine emotionalisierte Debatte über dessen Anerkennung als Genozid verengt, mit der vor allem politische Zwecke verfolgt werden, kann dies dem umfassenden Verständnis des Ausmaßes, der Ursachen und der Folgen der Tragödie nur abträglich sein. Vielleicht wäre es sinnvoller, nicht immer wieder zu fragen, ob die historischen Ereignisse juristischen Begriffen oder sozialwissenschaftlichen Kategorien entsprechen, sondern diese Kategorien für neue empirische Kenntnisse zu öffnen. Dann würde auch den Opfern von Massenvernichtung nicht die Anerkennung verweigert werden, weil sie nicht in eine gültige Kategorie passen.<sup>52</sup>

Aus dem Russischen von Rudolf A. Mark, Lüneburg



El Lissitzky. Lebensmittelindustrie, 1936. Lithographie

Davies, Wheatcroft, The Years [Fn. 49], S. 441.

<sup>&</sup>lt;sup>52</sup> Hryhorij Hrabovyč: Holodomor i pam"jat', in: Krytyka, 12/2000, S. 10–13. – Israel W. Carny: Toward a Generic Definition of Genocide, in: George J. Anreopoulos (Ed.): Genocide: Conceptual and Historical Dimensions. Philadelphia 1994, S. 64.

#### Rolf Göbner

#### Verbrannte Seelen

#### Der Holodomor in der ukrainischen Belletristik

Ulas Samčuks *Marija* und Vasyl' Barkas *Žovtyj knjaz'* stellen die bedeutendsten Romane der ukrainischen Literatur zur Hungersnot dar. Der vorliegende Aufsatz konzentriert sich auf literaturgeschichtliche und literaturwissenschaftliche Aspekte in den beiden Prosawerken. Sie schwanken zwischen dokumentarischer Gestaltung und künstlerischer Verarbeitung. Beide verstehen den Holodomor 1932-1933 als Genozid am ukrainischen Volk, als nationale Katastrophe.

Die siebzigste Wiederkehr der Jahre der künstlich organisierten Hungersnot in der Ukraine 1932-1933, eines der schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit im 20. Jahrhundert, wurde im Herbst 2003 durch zahlreiche Gedenkveranstaltungen begangen. Politik und Wissenschaft riefen die sozialen, psychischen und demographischen Folgen dieser historischen Tragödie des ukrainischen Volkes ins Gedächtnis. Große Resonanz hatte das Thema "Hungertod" auch in der UNO. Die Vollversammlung nahm auf ihrer 58. Tagung eine gemeinsame Resolution der Delegationen der USA, Kanadas, der Ukraine, Rußlands und anderer Staaten als offizielles Dokument an. In New York wurde im November 2003 mit zahlreichen Veranstaltungen der Opfer der Hungersnot gedacht. Auch in Deutschland, Frankreich, Griechenland, Polen, Ungarn, Kroatien, Australien, Argentinien und anderen Ländern erinnerte die ukrainische Diaspora auf Gedenkveranstaltungen und Konferenzen an den Holodomor.

Es war ein langer und schwieriger Weg, bis das Tabu um den Hungerwinter gebrochen und gesicherte historische Kenntnisse gewonnen waren. 1990 erschien der Dokumentenband *Holod 1932–1933 rokiv na Ukraïni: očyma istorykiv, movoju dokumentiv* (Der Hunger der Jahre 1932–1933 in der Ukraine: Im Blick der Historiker, in der Sprache der Dokumente). Den einstweiligen Höhepunkt bildet das fast 900 Seiten starke Gemeinschaftsprojekt des Instituts für die Geschichte der Ukraine *Holod 1932–1933 rokiv v Ukraïni: pryčyny ta naslidky* (Der Hunger der Jahre 1932–1933 in der Ukraine: Gründe und Folgen) aus dem Jahr 2003. Auch gibt es mittlerweile einige Verarbeitungen des Holodomor, etwa Semen Starivs *Strata holodom* (Vom Hunger gerichtet), das in der ersten Druckfassung 1985 in der Emigration erschien, oder der

**Rolf** Göbner (1942), Dr. phil. habil., Literaturwissenschaftler, Ukrainist, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Ukrainistik an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Holod 1932–1933 rokiv na Ukraïni: očyma istorykiv, movoju dokumentiv. Kyïv 1990

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Holod 1932–1933 rokiv v Ukraïni: pryčyny ta naslidky. Kyïv 2003.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Semen Stariv: Strata holodom. Kyïv 2002.

1989 in Kiev verlegte Roman *Hipsova ljal'ka* (Die Gipspuppe) von Jurij Bedzyk.<sup>4</sup> Vor kurzem erschien der Roman *Dovhi prysmerky* (Lange Dämmerungen) von Ševčenko-Preisträger Vasyl' Zacharčenko, in dem dieser den Hungertod und die politischen Repressionen als Apokalypse gestaltet.<sup>5</sup>

Bei der systematischen Erforschung dieses vielseitigen Materials eröffnen sich auch die zahlreichen Gründe für den Hungertod, die mittlerweile als historisch gesichert betrachten werden können: die tragischen Folgen der Herrschaft des totalitären Sowjetregimes; der pathologische Wunsch Stalins, ein System unbegrenzter persönlicher Macht einzuführen; die Massenrepressionen, Gefängnisse und Speziallager; die Willkür der sowjetischen Parteinomenklatur und des militärischen Kommandos; die Aufstandsbewegungen und der Widerstand gegen eine gewaltsame Kollektivierung; die verschärfte kriminelle Situation; die unrealistischen Pläne der Getreidebeschaffung; die parteilichen Säuberungen und andere. Wir haben es also mit einer Vielzahl von Ursachen zu tun, deren Zusammentreffen in den Jahren 1932–1933 in der Ukraine nicht zufällig war.

Die bedeutendsten literarischen Werke über den *Holodomor* bleiben aber bis auf den heutigen Tag die früher erschienenen Romane Ulas Samčuks *Žovtyj knjaz*' und Vasyl' Barkas *Marija*, die weiterhin als literarische Standardwerke über die Hungersnot bezeichnet werden können. Barkas und Samčuks Romane sind nicht die einzigen, die den Hunger behandeln. Fast alle Werke, die in der ersten Hälfte der 1930er Jahre entstanden sind, setzen sich mit ihm auseinander. Durch eine differenzierte Betrachtung der äußeren Handlung ergibt sich eine neue Sicht auf die Ereignisse:

Wir müssen wohl von neuem lernen, die Literatur der 1930er Jahre zu lesen. Von neuem ihr Material, ihren Begriffsapparat und ihre Sprache durchdenken. Erstens in ihrem allgemeinen Pathos und der Tendenz, die Weltanschauung des Autors von unvermeidlichen Ritualen zu trennen, die vom literarischen Regime diktiert wurden. Zweitens wenig erkennbare Abweichungen vom offiziellen Dogma zu sehen, die damals nicht leicht zu benutzen waren, die man sich zu bemerken scheute, weil das die Sache von Spitzeln war. Drittens auch in den orthodox interpretierten Bildern jenen objektiven Gehalt zu sehen, der die orthodoxe Interpretation übersteigt und über ihre Grenzen verweist.<sup>7</sup>

### Vasyl' Barka und Ulas Samčuk - Zeit- und Augenzeugen des Holodomor

Samčuk und Barka haben vieles selbst erlebt oder aus erster Hand übernommen. Ihre Romane schwanken zwischen dokumentarischer und künstlerischer Verarbeitung. Der Wunsch, Gedächtnis faktengetreu zu bewahren und weiterzugeben, kreuzt sich mit der Absicht, literarisch zu gestalten. Dabei stellen bereits die Fakten selbst, noch viel mehr aber die Bücher von Barka und Samčuk große Anforderungen an einen ästhe-

Jurij Bedzyk: Hipsova ljal'ka. Kyïv 1989. Einen Überblick gibt Ivan Dzjuba: Vidobražennja holodu zasobamy chudožn'oï literatury, in: Holod 1932–1933 rokiv v Ukraïni [Fn. 2], S 165–185

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Vasyl' Zacharčenko: Dovhi prysmerky. Kyïv 2003.

Oleksandr Astaf'jev: Das Thema des Hungertodes in der ukrainischen Literatur. Versuch einer existentiellen Analyse. Unveröffentlichtes Manuskript.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Dzjuba, Vidobražennja holodu [Fn. 4], S. 185.

tisch geschulten Leser. Es scheint fast unmöglich, die angeführten Ereignisse als Fakten und nicht als Truggebilde einer kranken Psyche zu begreifen. Obwohl die Suche nach formaler Vollkommenheit während des Schreibens vermutlich keine Rolle gespielt hat, wird im folgenden der Versuch einer literaturwissenschaftlichen Annäherung unternommen, weil gerade durch das Schreiben die nachhaltigste Einflußnahme auf den gegenwärtigen Leser erfolgt.

Die genannten Werke sind zu unterschiedlichen Zeiten und in verschiedenen Emigrationszentren entstanden. Im Impressum von *Marija*<sup>8</sup> wird das Jahr 1933 genannt – hier handelt es sich also um die erste bekannte Darstellung der Ereignisse von 1932–1933. Barkas *Žovtyj knjaz*' (Der gelbe Fürst)<sup>9</sup> – eine Metapher für den Hungertod – wurde dagegen erst in den Jahren 1958 bis 1961 niedergeschrieben: Barka schildert die schrecklichen Ereignisse, deren Augenzeuge er gewesen war, mit einem Abstand von mehr als 25 Jahren und darüber hinaus aus dem fernen nordamerikanischen Exil.

Barka wurde 1908 geboren, er gilt als einer der Hauptvertreter der ukrainischen Exilliteratur und lebte bis in die allerjüngste Zeit in der Nähe von New York. Er hat zahlreiche Lyriksammlungen veröffentlicht; aus seinen frühen Werken ragen vor allem *Šljachy* (Wege)<sup>10</sup> und *Cechy* (Zünfte)<sup>11</sup> heraus. Von 1943 bis 1950 lebte der Schriftsteller im deutschen Exil. Nach seiner Übersiedelung in die USA erschienen die Lyrikbände *Apostoly* (Die Apostel)<sup>12</sup> und *Bilyj svit* (Die weiße Welt),<sup>13</sup> in denen er sich den Quellen des Volksschaffens zuwandte und sowohl den Traditionen Taras Ševčenkos wie auch denen des jungen Pavlo Tyčyna nachging. Nach dem Roman *Raj* (Das Paradies)<sup>14</sup> folgen die Gedichte *Psalom holubynoho polja* (Psalm des Taubenfeldes)<sup>15</sup> und *Okean* (Der Ozean)<sup>16</sup> sowie – als literarischer Höhepunkt – *Žovtyj knjaz*.'.<sup>17</sup>

In den 1950er und 1960er Jahren näherte sich Barka der *New Yorker Gruppe* von ukrainischen Autoren (Jurij Tarnavs'kyj, Bohdan Rubčak, Bohdan Bojčuk, Vira Vovk und anderen) an. Die künstlerischen Parallelen zwischen Barka und einigen Vertretern der Gruppe sind unübersehbar. In vielen seiner Werke aus der Folgezeit setzt er dem sowjetischen Totalitarismus Züge einer christlichen Nächstenliebe und des fast mythischen Glaubens an eine Wiederauferstehung der Ukraine entgegen. Unter dem Titel *Steppe vor Gericht* arbeitete Barka über Jahre hinweg an einem heroischen Poem im Stil der *Ilias* – wie er es selbst bezeichnete –, das auch in der ukrainischen Literatur ein neuer Markstein werden sollte. Überhaupt hat er zahlreiche Arbeiten zum literarischen Stil geschrieben – etwa seine Dissertation über den Stil von Dantes *Göttlicher Komödie*, die

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Ulas Samčuk: Marija. Kyïv 1999, S. 5.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Vasyl' Barka: Žovtyj knjaz'. Kyïv 2003.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Ders.: Šljachy. 1930.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Ders.: Cechy. 1932.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Ders.: Apostoly. 1946.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Ders.: Bilyj svit. 1947.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Ders.: Raj. 1953.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Ders.: Psalom holubynoho polja. 1958.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Ders.: Okean. 1959.

Ders.: Žovtyj knjaz'. 1963. Nach Motiven dieses Romans wurde 1991 im Dovženko-Filmstudio in Kiev der Spielfilm *Holodomor-33* nach einem Szenarium von Serhij Djačenko und Les Tanjuk gedreht (Regie: Oles Jančuk), der mit mehreren Preisen – unter anderem der Amerikanischen Filmakademie 1992 – ausgezeichnet wurde. Dieser Film entlarvt die Hungersnot als Verbrechen des bolschewistischen Regimes gegen das ukrainische Bauerntum.

er am 13. März 1940 am *Moskauer Pädagogischen Institut* verteidigte. Nach einem reichen literarischen Schaffen verstarb er im April 2003 im Alter von fast 95 Jahren. Nach eigenen Worten befand sich Barka zur Zeit der Hungersnot im Kuban'-Gebiet, wo fast jeder Dritte der Katastrophe zum Opfer fiel. Er schreibt über sich selbst:

Ich hatte an die zwölf Wunden am Körper. Sie liefen linienförmig an den Blutgefäßen entlang. Aus ihnen sickerte eine braune Flüssigkeit hervor. Meine Beine waren bereits aufgeplatzt, und ihre Oberfläche war genauso schmierig. Meine Beine waren aufgedunsen. Bein Laufen hielt ich mich an Zaun und Wänden fest, dort, wo bereits Tote lagen. Ich hoffte nicht mehr darauf, zu überleben. Die Hungersqual bis hin zu dem Moment, wo der Tod kommt, ist schrecklich. Hören Sie, ich kannte das nicht, andere Schmerzen kannte ich, von einer Verletzung, aber das ist etwas, das das ganze Wesen verbrennt. Und vielleicht deshalb, weil ich das kennengelernt habe, ist es mir im "Gelben Fürsten" gelungen, die psychologische Tiefe dieses Hungertodes erneut nachzubilden. Das Unglück dient manchmal auch einer guten Sache.<sup>18</sup>

Im Kuban'-Gebiet setzte der Höhepunkt der Katastrophe erst im Winter 1933–1934 ein. Barka konnte also den Ausbruch der Hungersnot sowohl in der Ukraine wie auch am Kuban' erleben. Ein Vierteljahrhundert Vorbereitungszeit von 1934 bis 1958 ließ ihm darüber hinaus die Möglichkeit, Augenzeugenberichte zu sammeln, von denen freilich viele in den folgenden Jahren verloren gegangen seien.<sup>19</sup>

Einen ähnlichen Weg ging Ulas Samčuk (1905–1987), der zum "alten Herrn" der ukrainischen Emigration in Kanada wurde und hier eine große Anzahl von Prosawerken verfaßte, die zum einen die Ukraine im 20. Jahrhundert, zum anderen aber auch die ersten Schritte von Exilanten aus der Heimat ins nordamerikanische Asyl darstellen. Geboren wurde er in einem Dorf in der Nähe des westukrainischen Rivne (Wolhynien), das in der Zwischenkriegszeit zu Polen gehörte. Bereits 1928 ging er ins damals deutsche Breslau zum Studium – er war also bereits außer Landes, als er von den schrecklichen Ausmaßen der Hungersnot Kenntnis erlangte. Von 1929 bis 1931 studierte er an der Prager Ukrainischen Freien Universität²0 Geschichte und Philologie, um dann – wie auch Barka – nach einem längeren Aufenthalt in Deutschland 1948 nach Nordamerika weiterzuziehen. Samčuk siedelte sich als freier Schriftsteller in Toronto an.

Samčuks erste Erzählungen – im Unterschied zu Barka debütierte er als Prosaiker – stammen aus den Jahren 1925–1926, später nahm er sie in seinen ersten Sammelband *Das wiedergefundene Paradies*<sup>21</sup> auf. Dieses Buch läßt trotz einiger Anfangsschwächen den späteren Meister erahnen, wie er dann auch sehr bald mit der Trilogie *Wolhynien*<sup>22</sup> an die literarische Öffentlichkeit trat. Samčuk bemühte sich, ein treffendes Bild seiner Nachfolgegeneration – der ukrainischen Jugend der späten 1920er und beginnenden 1930er Jahre – und deren Wunsch, "beim Westen zu lernen", zu zeichnen. Seine Helden wollen Kurs nehmen auf das westeuropäische Schrifttum, und zwar

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Iz rozmovy Mykoly Žulyns'koho s Vasylem Barkoju, in: Literaturna Ukraïna, 20.8.1998, S. 9.

<sup>19</sup> Ebd.

Die "Ukraïns'kyj Vil'nyj Universitet" diente in den Jahren der Emigration als wissenschaftliches Zentrum außerhalb der Grenzen der Sowjetunion. In der Gegenwart setzt sie ihre Tätigkeit in München fort.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Ulas Samčuk: Vidnajdenyj raj. L'viv 1929.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Ders.: Volyn'. L'viv (1932ff.).

nicht mit dem Ziel, die eigene Kunst und Literatur an irgendein neues Schlußlicht anzubinden – sie wollen sich von der drückenden Atmosphäre des Epigonentums befreien. Nach Europa gehen sie, um zu lernen, aber mit dem Hintergedanken, in einigen Jahren selbständig zu werden.

Unterbrochen wurde die Arbeit an *Wolhynien* durch den ebenfalls aus drei Teilen bestehenden Roman *Marija*, der kurz nach dem Ende des Massensterbens erschien und "den Müttern, die den Hungertod in der Ukraine in den Jahren 1932 bis 1933 starben" gewidmet ist. Obwohl Samčuk aufgrund seiner frühen Emigration kein Augenzeuge der Ereignisse gewesen ist, fühlte er sich doch verpflichtet, seinen toten Landsleuten ein Denkmal zu setzen und besonders die ukrainischen Frauen zu ehren, die Unvorstellbares ausgehalten hatten. Die Frau steht bei ihm symbolisch für das Schicksal der gesamten Ukraine – ein Eindruck, der durch das grammatische Geschlecht der "Ukraïna" noch verstärkt wird.

#### Nicht zu überbietende Suggestivität

Für beide Autoren ist die Antwort auf die Frage, über die sich heute viele Historiker streiten - ob der Hunger Folge einer durch Fehlorganisation verursachten Mißernte oder ein gezielter Genozid war -, eindeutig. Beide gehen von der Schuld der Moskauer Regierung und der moskauhörigen kommunistischen Funktionäre aus. Zu Schlüsselereignissen werden dabei bei Barka die Szenen, in denen Kirchenschätze bei der Requirierung von Getreide mitgenommen wurden - der Raub dieser Schalen, Kerzenhalter etc. kann nicht mit dem Eintreiben von Getreidevorräten und einem vorgeblichen Kampf gegen den Hunger erklärt werden. Die gestohlenen Kirchenschätze ziehen sich leitmotivartig durch die Handlung, was den inhumanen Charakter der Sowietherrschaft beständig hervorhebt. Immer wieder klingt die Frage za ščo an, und zwar in der Interpretation: Warum tut man uns das an? Was haben wir verbrochen? Woher rührt die grenzenlose Grausamkeit? Weshalb zerstört man unsere Kirchen? Das häufig kolportierte Gerücht, Molotov und Kaganovič führen in einem Luxuszug durch die Ukraine und lenkten die Maßnahmen, wird bei Barka allerdings nur kurz erwähnt - ihm kommt es weniger auf spektakuläre Aktionen als vielmehr auf die Darstellung der Leistungen seiner Landsleute beim Kampf ums tägliche Brot sowie auf deren Perspektive an.

Daß es sich bei der Hungersnot um keine Ausnahmen in einigen schlecht verwalteten Städten und Dörfern handelte, verdeutlicht eine weitere erschütternde Szene, in der sich der Vorsitzende des Dorfsowjets – ein auf seine Art ehrlicher Mensch, wie ihn der Hauptheld Katrannyk bezeichnet – durch Suizid des unvorstellbar großen politischen Drucks entledigt. Hier bieten sich Parallelen zu Ereignissen an, in deren Folge fast zur gleichen Zeit der russische Lyriker Vladimir Majakovskij (1930), der Ukrainer Mykola Chvyl'ovyj (1933) u.a. ihrem Leben ein Ende setzen. Genau wie diese in einer perspektivlosen Kulturpolitik keinen Sinn mehr sahen, so durchschauten einzelne Funktionäre aus der Landwirtschaft die mit der Kollektivierung einhergehenden Propaganda-Feldzüge – sie erkannten, daß es um eine Vernichtung der ukrainischen Bauernschaft ging.

Barka und Samčuk legen erschütternde Materialien vor. Beide bedienen sich literarischer Motive, die unter Verzicht auf jegliche Metaphorik ins Naturalistische zurückweisen: In geistiger Umnachtung legt ein Bauer Hand an das eigene Kind und bereitet es zum Verzehr – es ist derselbe, der immer "mit beiden Händen" für die Bol'ševiki gestimmt hat. Das Motiv des Kannibalismus verbindet sich dabei mit apokalyptischen Visionen des Weltuntergangs. Auch wird der Inhalt literarischer Motive in sein Gegenteil verkehrt. Das trifft vor allem auf die Szenen zu, die sich bei Barka vor der Mühle des Dorfes – dem traditionellen Symbol der Fruchtbarkeit und des Frohsinns – abgespielt haben; hier gab es zwar Getreide, doch das wurde unter strengster Bewachung von Bewaffneten auf die Bahnstation geschafft und abtransportiert. Das bedeutet einen Eingriff in den Verteilungsmechanismus, der von kriminellen Machenschaften zeugt. Der Autor mutet der Leserschaft auch die härtesten Schilderungen zu; so die Szene, in der ausgemergelte Gestalten in die Steppe gefahren, exekutiert und in einem vorbereiteten Massengrab beerdigt werden. An derartigen Stellen rückt der nationalsozialistische Genozid in nächste Nähe.

Einzelne Motive (Kannibalismus, Angst, Apokalypse), die anfangs nur punktuell eingesetzt werden, gehen Verbindungen miteinander oder anderen Motiven ein (etwa zur Trias Kannibalismus, Nacht und Feuer) und führen ein relativ selbständiges Leben, das allmählich vom Dokumentarischen ins Fiktive hinüberwächst und vom Schriftsteller immer schwieriger zu beherrschen ist. Spürbar wird solch eine Verschiebung des Schwerpunktes insbesondere in den Texten von Barka.

Beide Romane zeigen, wie unterschiedlich Historiker und Schriftsteller ein und dieselben Fakten aufbereiten können. Sicherlich sind die Erscheinungen von Kannibalismus bislang in der wissenschaftlichen Literatur hinreichend bekannt – in der künstlerischen Prosa erfüllen sie immer wieder eine bedeutende Aufgabe: Es geht darum, den Inhalt zu emotionalisieren und den Leser von Anfang an zu aktivieren. Dieser wichtigen Aufgabe haben sich beide Künstler erfolgreich angenommen, wenn auch die Methoden ihrer Realisierung unterschiedlich sind.

### Die literarische Gestaltung von Marija und Žovtyj knjaz'

Barka beginnt seine Erzählung mitten im Jahre 1932. Die Familie Katrannyk bereitet sich gemeinsam mit den Nachbarn auf den sonntäglichen Kirchgang vor, während der Vater – ein Einzelbauer, der sich der Kollektivierung entzogen hat – in den Dorfsowjet gerufen wird, damit man ihm und den anderen die Direktive zur Erhöhung des Plansolls bei der Getreideablieferung verlesen kann. Diese Aufspaltung der Handlungslinie führt sofort in die Thematik des Werkes ein, die über viele Charaktere und Protagonisten vorangetrieben wird und sich in den Jahren 1932–1933 entspinnt. Damit schlägt er einen Weg ein, wie ihn formal bereits der russische Autor Michail Šolochov – allerdings mit einer völlig anderen ideologischen Aussage – gegangen ist. Der inhaltlich fast zufällige Bezug auf Šolochov erinnert an Entwicklungsromane, die als formal-konzeptionelle Grundlage gerade in den 1920er und 1930er Jahren in der Sowjetukraine sehr verbreitet waren – immer natürlich in Richtung auf eine sozialistisch "erzogene" Persönlichkeit. Neben *Podnjataja celina* (Neuland unterm Pflug),<sup>23</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Michail Šolochov: Podnjataja celina, 1. Buch. Moskva 1932.

von dem Šolochov träumte, daß er allen Kreisleitungen der Partei als Anleitung zum operativen Handeln zugeschickt würde, war es beispielsweise auch der ukrainische Regisseur Oleksandr Dovženko, dem in dem heute fast gänzlich vergessenen Film Aerohrad (1935) ein "Prognose-Film" vorschwebte, der durch Beschluß des Politbüros der Kommunistischen Partei in allen Details in die Wirklichkeit umzusetzen sei. Einige Künstler der damaligen Zeit waren also durchaus bereit, unter Hintanstellung des Fiktiven den Fokus auf den operativen Charakter der Kunst zu richten und diese ideologisch interpretierbar zu machen. An der formalen Technik des Entwicklungsromans arbeitete auch Barka, obwohl er eine gänzlich andere Erwartung hatte und die Taten seiner Charaktere moralisch differenzierter betrachtete.

Durch Barkas horizontalen Schnitt entsteht ein Bild von der damaligen Situation in der Ukraine. Ganz anders bei Samčuk: Dieser stellt gleich im ersten Satz des Romans seine Protagonistin vor, die 26°258 Tage erlebt habe – also einen Zeitraum von 71 Jahren und 11 Monaten. Daraus leitet er seine Aufgabe ab, diese lange Zeit literarisch zu dokumentieren und eine vertikale, individuell gebrochene Darstellung der Ukraine durch Zarenreich, Revolution, Bürgerkrieg etc. zu schaffen, und erreicht dadurch eine andere Wirkung als Barka: Kollektivierung wie Hungersnot erscheinen als völlige Bankrotterklärung einer nationalen ukrainischen Landwirtschaft.

Barka, der selbst als Literaturwissenschaftler aufgetreten ist, äußert sich zur Komposition seines Romans wie folgt:

Im Inhalt selbst gibt es drei Ebenen: Erstens die realistische Abbildung des Unglücks einer Bauernfamilie; des leidvollen Alltags in der kalten Hütte; der verzweifelten Suche nach Korn – auf Streifzügen, bei denen sich ein düsteres Bild des Massentodes eröffnet. Zweitens psychologische Skizzen; die Beschreibungen der ungewöhnlichen Veränderungen im Seelenleben jedes einzelnen aus der Familie, der bereits im Sterben liegt [...] Drittens die metaphysische Dimension, hauptsächlich im geistigen Sinne; die Erklärung einzelner Erscheinungen aus einer anderen, höheren Sphäre, die besonders durch das kirchliche Leben aufgedeckt werden; und auch von Erscheinungen aus der Welt der finsteren Mächte, die der menschlichen Natur feindlich und unversöhnlich gegenüberstehen.<sup>24</sup>

Die meisten dieser Aussagen treffen auch auf *Marija* zu. Auf der Ebene der realistischen Abbildung erweisen sich beide Autoren als engagierte Fortsetzer der ukrainischen Literatur des 19. Jahrhunderts. Hochzeiten, Verabschiedungen an die Front, Liebe im Dreiecksverhältnis, bäuerlicher Alltag bei Samčuk; sterbende Väter, Mütter und Kinder, ausgemergelte Gestalten, Prügel durch die Kommissare – also: ethnographischer Realismus und ein gehöriger Schuß Pathologie (Kannibalismus, blutige Kämpfe um ein Stück Brot) ergeben den Naturalismus bei Barka. Milieuschilderungen vereinen sich mit fiktiven Elementen, wobei über parallele Handlungsabläufe Gleichzeitigkeit erreicht wird. Während Barka den Handlungsablauf zunehmend verbreitert, geht Samčuk in die Tiefe der Zeit.

Beiden gemeinsam ist die Ausfüllung dieses zeitlichen Rahmens mit realistischen Typen und Charakteren. Sie wachsen allmählich in psychologische Skizzen hinüber, die nach Barka auf der zweiten Ebene angesiedelt sind. Kornij, Marijas Ehemann im gleichnamigen Roman, hat drei Söhne: Demko (den Ältesten), Maksim (den Mittle-

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Vasyl' Barka: Vid avtora, in: Barka: Žovtyj knjaz'. Kyïv 2003, S. 39.

ren) und Lavrin (den Jüngsten). Während der Vater kaum als individueller Charakter erscheint, wachsen die drei Söhne zu unterschiedlichen Persönlichkeiten heran. Über Demko ist wenig zu sagen, da er im Krieg mit den Deutschen als vermißt gilt; Lavrin wurde in sowjetischen Zeiten als Volksfeind repressiert; und Maksim schließlich schnallt sich das Koppel um und kämpft auf der Seite der Bol'ševiki. Stepan Pinčuk<sup>25</sup> weist in seinem Nachwort zu *Marija* auf Ähnlichkeiten dieser Konstellation mit Gogol's Taras Bul'ba und seinen Söhnen hin – Vater Taras hatte, wie bekannt, seinen Jüngsten erschlagen, als er ihn auf der Seite der Polen wiederfand. Auf jeden Fall ist die Absicht zu erkennen, mittels Einblick in die psychologischen Beweggründe die Wirkung der beiden Romane zu erhöhen.

Bliebe die dritte, die metaphysische Dimension, die Träume und apokalyptische Bilder umschließt und beiden Romanen künstlerische Dimension verleiht. Großes Unheil steht bevor: Das Weltende naht; der Antichrist kommt auf die Erde in Gestalt der Kommunistischen Partei; tote Vögel fallen vom Himmel; der Mond trägt einen roten Schleier; dunkle Fahnen wehen anstelle der roten Banner der Bol'ševiki.

Sowohl Samčuk wie auch Barka arbeiten ausführlich mit biblischen Texten. Insbesondere ist es die neutestamentarische Offenbarung Johannes des Theologen, in der die verängstigten Menschen Anzeichen für eine nahende Katastrophe sehen, und nur die Kinder wissen nicht, welch schreckliches Unheil sie erwartet. Das "siebenköpfige Tier aus dem Meer und ein zweihörniges aus der Erde" werden zum Inbegriff des Bösen: "Und das Tier, das ich sah, war gleich einem Pardel, und seine Füße als Bärenfüße, und sein Mund eines Löwen Mund. Und der Drache gab ihm seine Kraft und seinen Stuhl und große Macht."

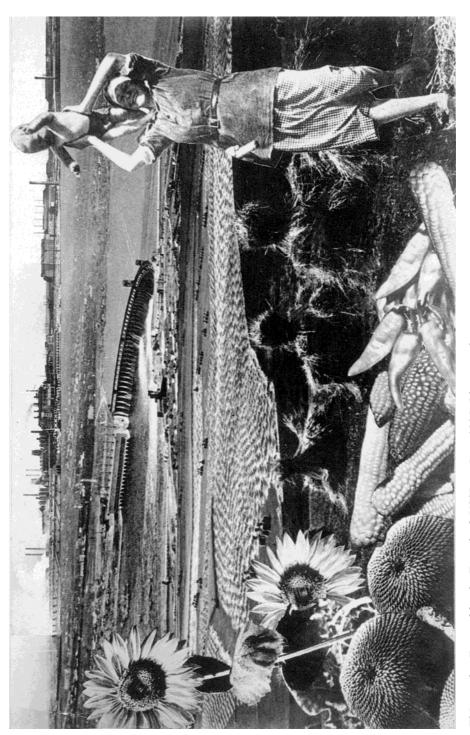
Diesem Tier – hinter dessen Antlitz sich unschwer der Bolschewismus vermuten läßt-ward [...] gegeben ein Mund, zu reden große Dinge und Lästerungen, und ward ihm gegeben, daß es mit ihm währte zwei und vierzig Monate lang." (Offenbarung, 13,5) "Hier ist Weisheit. Wer Verstand hat, der überlege die Zahl des Tiers; denn es ist eines Menschen Zahl, und seine Zahl ist sechs hundert und sechs und sechzig." (Offenbarung, 13,18) Metaphysische Andeutungen werden zum künstlerischen Mittel – das, was sich im Nachhinein in aller Deutlichkeit abzeichnet, dient im Vorfeld des Ereignisses dem Erzeugen von diffusen Stimmungen.

Auf den ersten Blick hinterlassen die Romane ein blutiges Chaos. Jeder Aspekt, jede Metapher im einzelnen sind oftmals schwer zu deuten. Macht man sich jedoch die Mühe, die einzelnen Splitter zu einem Gesamtbild zusammenzutragen, so entstehen Bilder, deren humanistische Ausdruckskraft kaum zu übertreffen ist. Kongenial mit den besten historischen Arbeiten erscheinen Werke, die den Leser wachrütteln und den Jahren 1932–1933 einen entsprechenden Platz in der ukrainischen Historiographie einräumen.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Stepan Pinčuk: Ulas Samčuk ta joho roman pro Holodomor 33-ho roku, in: Samčuk, Marija [Fn. 8], S. 185.

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Vgl. insbesondere die Seiten 110, 111, 138 bei Barka.

Offenbarung, 13,2. Die Offenbarung Johannes des Theologen, in: Die Bibel, oder die ganze Heilige Schrift des Alten und Neuen Testaments nach der deutschen Übersetzung Dr. Martin Luthers. Das 13. Kapitel. Hamburg 1894, S. 274.



El Lissitzky: Entwurf für die Zeitschrift USSR im Bau. 1937. Photographie

# Dmytro Zlepko

## "Alles ist wunderbar"

### Der Holodomor aus der Sicht der Zeitgenossen

Die sowjetische Regierung tat alles, um das Bekanntwerden der Hungersnot zu verhindern. Dennoch drangen wesentliche Informationen über den Holodomor nach außen: Einige Diplomaten und Korrespondenten berichteten über den Hunger in der Ukraine und die Millionen Tote. Internationale Hilfsaktionen wurden von der Sowjetunion massiv behindert und fanden nur wenig Echo. Andere Journalisten verschleierten die Wahrheit. Frankreichs Ex-Ministerpräsident Edouard Herriot ließ sich vor den sowjetischen Propagandawagen spannen.

Der Holodomor gehört zu den weitgehend vergessenen großen Verbrechen des 20. Jahrhunderts. In der Sowjetunion durfte bis in die 1980er Jahre nicht offen über die Hungersnot geredet werden. Noch im Oktober 1983 erklärte der sowjetukrainische Delegierte Ivan Chmil vor der UNO-Vollversammlung den Holodomor zum "Hirngespinst nationalistischer Exilukrainer".¹ Im ukrainischen Gedächtnis blieb der Holodomor freilich immer präsent.

Kritische Zeitgenossen wie Arthur Koestler, der im Winter 1932/1933 in Charkiv weilte, durchschauten später das Lügengebäude. In den 1940er Jahren schrieb er von westlicher Leichtgläubigkeit:

Ein Blendwerk von Zahlen über Erzeugung, Bauwesen, Verkehr, Spitzenlöhne usw. wird vor den Zuschauer hingestellt; hinter diesem Lärm und Rauch sind dann die Wirklichkeiten des menschlichen Faktors, des Sowjet-Alltags, verborgen.<sup>2</sup>

Und der amerikanische Journalist William Henry Chamberlin, der 1934 die Ukraine bereiste, notierte:

Diktatoren sind äußerst abgebrüht. Doch sie sind so sensibel wie der launischste Künstler, wenn die Auswirkungen ihrer rücksichtslosen Politik kritisiert oder auch nur als Objekt, ohne Kommentar, dargestellt werden.<sup>3</sup>

Dmytro Zlepko (1948), Dr. phil., Historiker, Berater für Osteuropa, München-Freising

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Zitiert nach dem Redebeitrag der Abgeordneten S. Chmara. Parlamentarische Anhörung zum Thema "Hunger 1933", Kiew, 12. Februar 2003.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Arthur Koestler: Der Yogi und der Kommissar. Frankfurt/Main 1974, S. 157.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> William H. Chamberlin: Soviet Taboos, in: Foreign Affairs, 13/1935, S. 418–435, hier S. 431.

In der UdSSR kam es erst während der *Perestrojka* und der *Glasnost'* zu einer offenen Auseinandersetzung mit den Schattenseiten der sowjetischen Geschichte. Eine davon waren die Hintergründe des *Holodomor*. Der Schriftsteller Daniil Granin erinnerte an den Verlust menschlicher Werte:

Während der Entkulakisierung war es den Menschen nicht erlaubt, Nahestehenden, Nachbarn der leidenden Familien Hilfe zu erweisen. Man nötigte die Menschen, die harten Urteile gutzuheißen. Ja, sogar Mitleid mit den Unschuldigen war verboten [. . .] Barmherzigkeit hätte wirklich die Gesetzlosigkeit und Grausamkeit behindern können. Sie aber hinderte beim Unterdrücken, Verurteilen, Verletzen der Gesetzlichkeit, beim Liquidieren und Vernichten. In den 1930er und 1940er Jahren ist dieser Begriff aus unserem Sprachschatz verschwunden.<sup>4</sup>

Rache forderte er nicht. Statt dessen betonte er die Bedeutung, welche die Aufarbeitung der Vergangenheit für die Gegenwart und die Zukunft der Gesellschaft habe. Die "historische Gerechtigkeit bedeutet viel für die geistige Gesundung. Wie viele sind es doch, Enkel und Urenkel, die davon träumen, daß der Tod ihrer Väter nicht totgeschwiegen wird". Granins Zeitgenosse, der Kiever Germanist und später im deutschen Exil zu Popularität gelangte Lev Kopelev betonte die besonderen Umstände. Insbesondere die indoktrinierte Jugend der 1930er Jahre glaubte an den Slogan vom "Kampf um das Getreide". Die jungen Kommunisten verstanden sich als "Soldaten einer unsichtbaren Front" gegen "das Kulakentum", gegen falsches Bauernbewußtsein, gegen angebliche Sabotage und Subversion. Bekämpft sollten all jene werden, die "die große Wahrheit des Kommunismus nicht begriffen". Und sie wurden bekämpft. Zähne zusammenbeißen und Befehle ausführen: Darauf beschränkte sich die Forderung von Partei- und Sowjetmacht:

Es war quälend und bedrückend, all dies zu sehen und zu hören, und noch bedrückender war es, selbst dabei mitzumachen. Nein, falsch: Untätig zuzusehen, wäre noch schwerer gewesen als nicht mitzumachen, zu versuchen, andere zu überzeugen, ihnen zu erklären und dabei sich selbst zu überreden. Denn ich wagte nicht, schwach zu werden und Mitleid zu empfinden. Wir vollbrachten doch eine historische Tat. Wir erfüllten eine revolutionäre Pflicht. Wir versorgten das sozialistische Vaterland mit Brot.<sup>7</sup>

Granin und Kopelev waren erst im Rückblick zu diesen Urteilen in der Lage. Doch auch einigen zeitgenössischen Beobachtern offenbarte sich bereits das Drama des Holodomor. Unter ihnen war der deutsche Gesandte Andor Hencke. Nach seiner Beobachtung in der Ukraine setzten der sowjetische Staat und die kommunistische Partei die Kollektivierung gegen den "Willen der erschütternden Mehrheit der Landbevölkerung durch".<sup>8</sup> Noch 1933, also nach der Kollektivierung, wagte der "Stand der

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Daniil Granin: Miloserdie [Barmherzigkeit], in: Literaturnaja gazeta, 18.3.1987.

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Lew Kopelew: Und schuf mir einen Götzen. Lehrjahre eines Kommunisten. München <sup>6</sup>1986, S. 290.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Ebd., S. 303–304.

<sup>8</sup> Andor Hencke: Erinnerungen. Als deutscher Konsul in Kiew in den Jahren 1933–1936. München 1979, S. 19.

Kulaken [...] den Anschluß an die Kollektivwirtschaften zu verweigern". Den Grund sah der deutsche Konsul in Kiev nicht auf wirtschaftlicher oder landwirtschaftlicher Ebene, sondern in einem anderen Selbstverständnis der Menschen: "Die ukrainischen Bauern waren ihrer Mentalität nach individualistischer eingestellt und unterschieden sich hierin von den Russen." Als Einzelbauern arbeiteten sie härter: Den Anspruch bei mehr Arbeit, mehr für sich behalten zu dürfen, habe ihnen der sowjetische Staat nicht zugestanden.

Nach einem Bericht eines Vertrauensmannes des deutschen Generalkonsulats herrschte im April 1933 in Charkiv Hunger. Es gab Tote in der Stadt: "Überall sind Hungerkranke zu sehen, viele sterben auf der Straße [...] In manchen Sammelstellen soll der Abgang der Toten dem Zugang entsprechen."<sup>11</sup> Die Bevölkerung von Charkiv und ein "großer Teil des Volkes sieht den *sicheren Untergang* vor Augen, wenn nicht irgendeine Hilfe kommt".<sup>12</sup>

Ähnlich wie in Charkiv wütete der Hunger in Kiev. Konsul Hencke sah

apathische, ausgezehrte, elende Menschen. Viele von ihnen lagen vor Schwäche auf der Straße, und nicht wenige beendeten dort ihr Leben. So fanden wir in einem Garten neben dem Konsulat eines Morgens zwei Tote, die sich offenbar mit ihren letzten Kräften dorthin geschleppt hatten.<sup>13</sup>

Dabei wußte Konsul Hencke, daß die Kiever Miliz die Hungertoten in der Nacht mit dem Lastwagen aus Kiev in abgesperrte Gebiete vor der Stadt fortschaffen ließ.

Die Zahl der Opfer des Hungertodes in den Gebieten Tschernigow, Kiew und Winniza, die den Konsularbezirk bildeten, betrug nach vorsichtigen Schätzungen 2,5 Millionen bei einem Bevölkerungsstand von rund 12 Millionen. Auf Dienstreisen innerhalb des Amtsbezirks kam ich in manchen Gegenden in völlig menschenleere Dörfer.<sup>14</sup>

Tatsächlich war die Lage für die Menschen katastrophal. Nahrung gab es für die Bauern weder zu kaufen noch zu erwerben. Nachdem alles aufgegessen war, aßen die Menschen Tierkadaver. Und die Quellen geben Auskunft darüber, daß im Februar und März 1933 in mehreren Gebieten die Hungersnot die Menschen zu Kannibalismus trieb. Der Volkskommissar für Bodenkultur sprach mit Menschen, die Leichen gegessen hatten. Als Entschuldigung brachten sie vor, sie töteten nur, um an etwas Eßbares zu kommen, zum Überleben. 15 Viele Leichen blieben unbestattet. 16 Die meisten Men-

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Ebd. S. 20.

<sup>10</sup> Ebd. S. 19-20.

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes [im folgenden PAAA]: Akten Allgemeine Angelegenheiten der Republik Ukraine. Vom 1. Januar 1919 bis 30. April 1935, Bd. 2. "Die Notlage in der Ukraine". – Hier auch der Bericht eines besonderen Vertrauensmannes aus Charkow (Ukraine). Vom 18. Mai 1933. 4 S., hier S. 3.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Ebd., S. 3–4, Hervorhebung im Original.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Hencke, Erinnerungen [Fn. 8], S. 18–19.

<sup>14</sup> Ebd S 19

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Über Kannibalismus waren die höchsten staatlichen Organe informiert. Vgl. Direktiva. Charkov. 22.5.1933 g. No.17/198/k. Soveršenno sekretno, in: P. Ljutarevyč: Zyfry i fakty pro holod na Ukraïni (roky 1932–1933), in: Ukraïns'kyj zbirnyk, Kn.2. Mjunchen 1955, Dok. Nr. 3. S. 97.

schen starben im Frühjahr 1933 den Hungertod.<sup>17</sup> Für einen Vertrauensmann des deutschen Generalkonsulats in der ukrainischen Hauptstadt Charkiv handelte es sich um eine größere Hungersnot als die von 1921/22:

Krepiertes Vieh diente als Nahrung; immer wieder hört man als verbürgte Tatsache, daß Menschenfleisch gegessen wird. In manchen Dörfern gibt es kein Vieh mehr, nicht einmal Geflügel, Katzen und Hunde. Reihen von Häusern stehen leer, ganze Familien sind ausgestorben. Es werden kaum mehr die Toten beerdigt. <sup>18</sup>

Gegenüber der eigenen Bevölkerung betrieb die Sowjetregierung eine ausgesprochen restriktive Informationspolitik. In den Tageszeitungen von Partei und Regierung, der *Pravda* und der *Izvestija*, war davon nichts zu lesen. Das sowjetische Pressewesen der 1930er Jahre diente nicht der Information: Informationen über den Hunger gehörten nicht zum Informationskatalog für die Bevölkerung, sie wurden nicht verbreitet. Augenzeuge dieser Zensur war Arthur Koestler, der den Winter 1932/1933 hauptsächlich in Charkiv, der damaligen Hauptstadt der Ukraine verbrachte:

Es war der Katastrophenwinter nach der ersten Welle der Kollektivierung des Bodens; die Bauern hatten ihr Vieh geschlachtet, ihre Ernte verbrannt oder versteckt und starben an Hunger und Typhus dahin; die Anzahl der Toten allein in der Ukraine wird auf ungefähr zwei Millionen geschätzt. Eine Reise durch die Gegend war ein Spießrutenlaufen: Die Bahnhöfe waren umsäumt von bettelnden Bauern mit geschwollenen Händen und Beinen, die Frauen hielten schrecklich aussehende Kinder mit unförmigen wackelnden Köpfen, stockdünnen Gliedern und geschwollenen spitzigen Bäuchen an die Wagenfenster herauf [...] Unter meinem Fenster in Charkow zogen jeden Tag Leichenbegängnisse vorbei. 19

Er bezeichnete das Verschweigen der Hungerkatastrophe als "Unterdrückung der Tatsachen". Die Lokalzeitungen, die er bekam, berichteten mit keinem Wort über sie. Die sowjetische Presse beschränkte sich auf das Auflisten von Planzahlen, Wettbewerbsergebnissen aus Fabriken, Photos von lachenden, Fähnchen schwenkenden Personen und Lobhudelei. Die Zeitungen präsentierten Potemkinsche Dörfer.<sup>20</sup> Hungertote hinderten da nur:

Kein einziges Wort über die örtliche Hungersnot, über Epidemien, das Aussterben ganzer Dörfer. [...] Man bekam ein Gefühl traumhafter Unwirklichkeit; die Zeitungen schienen von einem ganz anderen Land zu sprechen, das keinerlei Berührungspunkte mit dem täglichen Leben, das wir führten, hatte, und ebenso verhielt es sich mit dem Rundfunk.<sup>21</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Ivan Bilas: Represyvno-karal'na systema v Ukraïni 1917–1953, Knyha 2. Kyïv 1994, Dok. Nr.79. S. 126–127. und Nr. 80 S. 127–129.

Dmytro Solovej: Ukraïns'ke selo v rokach 1931–1933, in: Ukraïns'kyj zbirnyk [Fn. 15], S. 64–79, hier S. 64–72.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> PAAA: Allgemeine Angelegenheiten [Fn. 11], S. 1–2.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Koestler, Yogi [Fn. 2], S. 155.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Ausführlich ebd., S. 148–160.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Ebd., S. 156.

Ganz anders die Binnenperspektive, über die Lev Kopelevs Erinnerungen im Rückblick Aufschluß geben. Er macht kein Hehl daraus, daß er als Jugendlicher den Zahlenkolonnen, Aufzählungen, Aneinanderreihungen der "Siege des Sozialismus" verfallen war. Für ihn verkündeten sie den "unbezweifelbaren Sieg der Kollektivierung. Das war klar und einfach."<sup>22</sup> Aber Kopelev war zu klug, um die Methoden, die angeordneten, als "Raubüberfälle" kaschierten Requirierungen nicht zu sehen:

Mein nagendes Gewissen, Mitleid und Scham wurden von rationalistischem Fanatismus unterdrückt. Dieser Fanatismus hatte nicht nur geistige Quellen: Bücher und Zeitungen. [...] Vielmehr hatten mich Menschen überzeugt, Menschen, die für mich unsere Wahrheit und Gerechtigkeit darstellten und verkörperten, die durch ihr ganzes Leben bestätigten, daß man die Zähne zusammenbeißen und alles ausführen muß, was Partei und Sowjetmacht befehlen.<sup>23</sup>

Es gab nur den Befehl der Partei. Etwas anderes kannte die Jugend nicht. Die Zentralisierung des Nachrichtenwesens, die Propaganda bei gleichzeitiger Abschottung von anderen Informationsquellen hielten die Bevölkerung über die Vorgänge im In- und Ausland in Unwissenheit. Diese Informationsdefizite galten in nicht geringerem Maße auch für Ausländer. Ohne persönlichen Kontakt zur Bevölkerung, überwiegend ohne Sprachkenntnisse und Hintergrundinformationen war die Mehrheit der Journalisten und Ausländer ihren Begleitern ausgeliefert. Die durch das Land ziehenden "Raubbrigaden" (Kopelev) konnten Ausländer kaum wahrnehmen: Von weitem konnten sie leicht als umherziehende "singende Parteijugendgruppen" wahrgenommen werden. <sup>24</sup> Zusätzlich muß der Unterschied zwischen Moskau und der Ukraine betont werden. Jeder Ausländer kam in der Regel über Moskau und Charkiv in die Ukraine. So kam der Ausländer bereits 'instruiert' in die Ukraine.

In Moskau gab es verschiedene Abstufungen der Kontrolle und Beeinflussung der Ausländer. Diplomaten meldeten ihre Reiserouten und fuhren mit den ihnen zugeteilten Begleitern der Geheimpolizei *GPU* (*Gosudarstvennoe političeskoe upravlenie*; Staatliche Politische Verwaltung) in Kolonne. <sup>25</sup> In einer solchen Begleitung durften sie sich in der Sowjetunion "relativ frei" bewegen. Botschaften und Konsulate besaßen eigene Übersetzer, wodurch sich das sprachliche Problem für Diplomaten löste. Anders sah es für den normalen Reisenden aus. Über den Begleiter erfuhr der Tourist oder Journalist lediglich, was er erfahren sollte. Diese Angaben konnte er nicht verifizieren. Hinzu kam die Moskauer Zensur. Jede Meldung, jede Reportage mußte der sowjetischen Presseabteilung zur Freigabe vorgelegt werden. Die Mehrheit der Reportagen verschickten ihre Verfasser über ihre Landesbotschaften als Diplomatenpost. Darin konnten sie offener schreiben. Je nach Arbeitsethos, Interessenlage und Konfliktbereitschaft verbogen sich viele Journalisten: Schrieben sie nach der Vorgabe der sowjetischen Presseabteilung, bekamen sie keine Schwierigkeiten. Die Hungerkata-

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Kopelew, Und schuf mir [Fn. 6], S. 346.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Ebd., S. 304.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Oskar Maria Graf: Reise in die Sowjetunion 1934. Darmstadt 1974. Er besuchte auch die Ukraine und den Kaukasus.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Hencke, Erinnerungen [Fn. 8].

strophe gehörte zu den Themen, die Konfliktbereitschaft erforderten. Viele Journalisten hörten von ihr freilich nichts: Sie kamen niemals aus Moskau heraus.

Wer Russisch sprach und schrieb, was er sah, sich im Lande bewegte und sich nicht verbiegen ließ, bekam in der Regel Schwierigkeiten. So reiste der deutsche Landwirtschaftsexperte, Otto Schiller, von Moskau in die Ukraine. Als des Russischen mächtiger Landwirtschaftsattaché an der Deutschen Botschaft in Moskau akkreditiert, zählte er zu den informiertesten Experten in der Sowjetunion. Mit Konsul Hencke bereiste er die Ukraine. Ihm fiel auf, daß es in den Dörfern kaum Vieh gab und das Transportwesen auf dem Lande zusammengebrochen war. Da es niemanden gab, der die Toten bestattete, drohten Epidemien. Wegen seiner Kenntnisse wies die sowjetische Regierung Schiller als *persona non grata* aus.<sup>26</sup>

Umwarb die sowjetische Seite eine Person, kam sie ihm über das übliche Maß entgegen. So erklärte der Journalist der New York Times, Walter Duranty, die Sowjetunion zu einem Staat, in dem er leben könnte. Für seine Reportagen erhielt er nicht nur den Pulitzer-Preis, sondern auch den Leninorden. Unter den ausländischen Zeitgenossen, die während der Hungerkatastrophe in der Ukraine weilten, befanden sich Diplomaten, Journalisten, Politiker, Schriftsteller. Darunter waren willfährige Journalisten, die sich zu Instrumenten der sowietischen Propaganda machen ließen, und ein naiver ehemaliger Ministerpräsident Frankreichs, dessen öffentliche Wirkung zur Verschleierung der Vorgänge in der Ukraine fatal war. Eigenständige Informationsquellen bilden die amtlichen Berichte, Stellungnahmen, Exposes, Anforderungen der Regierungen Großbritanniens, der USA, Kanadas und Italiens. Die Botschafter und Konsuln berichteten ihren Regierungen monatlich über die Ereignisse in den Hungergebieten. Aber die Regierungen blieben passiv: "Sie sahen, was sich abspielte, aber sie schlugen keinen Alarm."27 Selbstredend gab es Ausnahmen wie den italienischen Konsul Gradenigo in Charkiv, der offen die Vorgänge und Schuldigen ansprach.<sup>28</sup> Bereits im Frühjahr 1931 sagte der britische Botschafter Sir Esmond Ovey die Mängel in der Landwirtschaft für 1932 voraus. Die Kollektivierung werde den Bauernstand hart treffen. Den Bauern bliebe nicht einmal die Aussaat. Im März 1932 fand sich in britischen Botschaftsberichten der Begriff der "leergefegten Kornkammer Ukraine".29 Zu beobachten sei bei der Nahrungsmittelversorgung die Bevorzugung des Proletariats gegenüber den Bauern. Im Mai 1932 teilte der Botschaftsrat William Strang dem Foreign Office mit, in der Ukraine würden Einschränkungen beim Broterwerb eingeführt. Parteimitglieder, bevorzugte Personenkreise wie Angehörige der Sicherheitsorgane und des Militärs dürften uneingeschränkt Brot kaufen. Angestellte und Arbeiter sowie deren Familienangehörige könnten nur auf dem freien Markt Brot kaufen, was sie sich finanziell nicht leisten könnten. Noch im selben Monat bereiste

der britische Botschafter die Ukraine und bemerkte, "Lebensmittelmangel in der west-

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> PAAA, Handakte Hencke 3/2. Akten betr.: Kiew von 1933 bis 1942.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Oscar Handlin: Truth in History. Cambridge, Mass. 1979, S. 125.

Dokument pro holod. Charkiv, 31. travnja 1933 – XI. C. 474/106, in: Žurnal Patriarchat, 2/1987, S. 8–10. – Andrea Graziosi: Italian Archival Documents on the Ukrainian Famine 1932–1933, in: W. Isajiw (Ed.): Famine Genocide in Ukraine 1932–1933. Toronto 2003, S. 27–48.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Documents on British Foreign Policy. 1919–1939. Second Series, Vol. 7. London 1957.

lichen Ukraine, einen beträchtlichen Mangel in der östlichen Ukraine und eindeutige Not im Volga-Gebiet". $^{30}$ 

Über den Hunger in der Ukraine und im Nordkaukasus berichtete als erster der Journalist des *Manchester Guardian*, Malcolm Muggeridge, der in der zweiten Märzhälfte 1933 die UdSSR bereiste. In Moskau wurde er wohlwollend aufgenommen, weil er mit Empfehlung der britischen Sozialisten Sidney und Beatrice Webb reiste. Relativ selbständig bewegte er sich in der Ukraine. Das ermöglichte ihm, die Realität jenseits der russischen und ukrainischen Zentren zu erfassen. Zurückgekehrt nach Moskau verfaßte er einige Reportagen.<sup>31</sup> Die zunächst positive Einstellung der sowjetischen Behörden zu Muggeridge änderte sich, als er seine Eindrücke über den Hunger in der Ukraine ungefärbt beschrieb. Auf seiner Reise hatte er Tote gesehen, deren Ableben er auf den Hunger zurückführte. Er bezeichnete den "staatlichen Hunger als Folge des Krieges von Stalin gegen das Bauerntum".<sup>32</sup>

Am 31. März 1933 führte der Korrespondent der *New York Times*, Walter Duranty, ein Interview mit Stalin. Der sowjetische Diktator erklärte: "Die Russen hungern, aber sie sterben nicht vor Hunger." Duranty bereiste die Sowjetukraine und sah Hungertote. Im August 1933 erschienen Reportagen von Rolf Burns in der *New York Herald Tribune* über die Hungerkatastrophe. Burns bezifferte als erster die Zahl der Hungertoten mit etwa einer Million. Zwischen der *New York Times* und der *New York Herald Tribune* kam es zu einer Art Wettstreit um die Lage in der Sowjetukraine. Duranty wurde mit Nachforschungen beauftragt: Seinen Recherchen zufolge gab es nicht weniger als zwei Millionen Hungertote.

Nach diesen Veröffentlichungen verbot die Moskauer Regierung alle Reisen von Journalisten in die Ukraine und in den Kaukasus. Während das Verbot erlassen wurde, befand sich William Chamberlin noch in der Ukraine. Er bereiste die östliche Ukraine und den Nordkaukasus. Für ihn stand fest, daß dort "staatlich verantworteter Hunger" und Kannibalismus herrschten. Die Hungerkatastrophe beschrieb er in dem Buch *Russias Iron Age*, das 1934 in Boston erschien. Er erklärte, vom Hunger seien viele Millionen Menschen betroffen gewesen, drei bis vier Millionen seien verhungert.

#### Hilfsversuche

Mitte September 1933 reiste die Abgeordnete des Polnischen Sejm und Präsidentin des Ukrainischen Frauenbundes, Milena Rudnycka, mit Zenon Pelens'kyj aus Lemberg zum Völkerbund nach Genf und von dort nach Berlin. In der Schweiz und in Berlin sprach sie auf mehreren großen Pressekonferenzen über die Hungersnot in der Ukraine. Ihre Reise unternahmen sie im Auftrag des "Ukrainischen Zentralkomitee zur Rettung der Ukraine". Die Parlamentarische Vertretung der westukrainischen Gebiete im polnischen Sejm galt als Gründerin des Zentralkomitees, das 37 ukrainische politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche, humanitäre und wissenschaftliche Organisationen Galiziens ver-

Marco Carynyk: Die ukrainische Hungersnot von 1933 aus westlicher Sicht, in: Kontinent, 3/1986, S. 37–50.

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Malcolm Muggeridge: Like it was. New York 1982.

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Die Reportagen finden sich in Übersetzung in Nadija Karatnyc'ka (Hg.): Holod na Ukraïni 1932–1933. Vybrani statti. München 1985 [= Sučastnist' 186].

trat. Dem Zentralkomitee in Warschau entsprach das "Ukrainische Gesellschaftskomitee in Lemberg" (*Ukraïns'kyj Hromads'kyj Komitet*). In Lemberg formierte sich das Gesellschaftskomitee als Arbeits- und Informationskomitee über den Holodomor. Zusätzlich gehörten ihm zwei Mitglieder des Hilfskomitees aus Czernowitz an, Senator Volodymyr Zaloziecki und der Abgeordnete Hryhorij Serbynjuk.

In Genf empfing sie am 23. September der Präsident des Völkerbundes. Er bekam Unterlagen, Berichte und Dokumente über den Holodomor ausgehändigt. Rudnycka machte deutlich, daß es den Holodomor in der Sowjetukraine gebe, dessen Ursache "nicht Mißernten oder Naturgewalten seien [...]. Schuld sei ausschließlich die im Kern unmenschliche, verfehlte Agrarpolitik der Moskauer Regierung."33 Folge dieser Politik seien Hungertote, ausgestorbene Dörfer. Bekannt seien Fälle von Kannibalismus: Mütter töteten Kinder, um anderen das Überleben zu ermöglichen. Zwei Tage danach behandelte der Völkerbund das Thema Holodomor in öffentlicher Sitzung. Frankreich und die mit der Sowjetunion verbündeten Staaten erklärten, das Thema sei nicht Angelegenheit des Völkerbundes. Da man es nicht als Politikum sehen wollte, beschloß das Plenum, keine Diskussion über die Gründe und Folgen des Holodomor zuzulassen. Jedoch wurde ein Antrag angenommen, den Hungernden schnell Hilfe zukommen zu lassen. Die Sowjetregierung wurde gebeten, den Hilfsorganisationen keine Hindernisse in den Weg zu legen und die Hilfspakete unter internationaler Aufsicht ungehindert verteilen zu lassen.<sup>34</sup> Die Diskussion im Plenum des Völkerbundes werteten die Ukrainer als großen Erfolg.

Am 30. September behandelte der Völkerbund das Problem des Holodomor zum zweiten Mal, diesmal in geschlossener Sitzung. Danach informierte der Präsident des Völkerbundes darüber, daß das Gremium seine Nichtzuständigkeit in dieser humanitären Sache erklärt habe, seine Empfehlung aber an das Rote Kreuz weiterleite. Auf diese Erklärung des Völkerbundes reagierte der Kreml scharf: In der UdSSR gebe es keine Hungersnot. Private Hilfssendungen würden unter Umständen zugelassen. Alles werde zu seiner Zeit geprüft. Zu diesem Zeitpunkt organisierten sich Hilfskomitees, die bereits aktiv den Hungernden in der Ukraine halfen.

Während Rudnycka und Pelens'kyj durch Europa reisten, informierte das in Warschau gegründete Zentralkomitee die ukrainische und europäische Öffentlichkeit. Bereits am 25. Juli hatte die ukrainische parlamentarische Fraktion im Warschauer Parlament den "Aufruf an die Ukrainer der Welt" unterzeichnet, den Holodomor in der Sowjetukraine zu ächten. Alle ukrainischen Organisationen in Europa wurden aufgefordert, sich an ihre Staatsregierung mit Protestschreiben gegen die sowjetische Landwirtschaftspolitik zu wenden.

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Der Leidensweg des ukrainischen Volkes, in: Deutsche Tageszeitung, 23.10.1933.

Memorjal predstavnykiv hromads'koho komitetu rjatunku Ukrainy do prezydenta Ligy Nacij L. Mowinckel (Memorandum der Vertreter des Gesellschaftskomitees zur Rettung der Ukraine an den Präsidenten der Liga der Nationen L. Mowinckel). 25.9.1933, in: Dilo (L'viv). 3.10.1933, S. 2.

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Povidomlennja pro rozhljad Ligoju Nacij spravy holodu v Ukraini (Information über die Behandlung des Themas Hunger in der Ukraine durch die Liga der Nationen). 28.9.1933 r., in: Dilo, 2.10.1933, S. 4.

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Louis Fischer: Du régime soviétique 1917–1967. Paris 1968. S. 93ff.

Am 30. August 1933 erschien der "Aufruf" des Lemberger Hilfskomitees an die Ukrainer der Welt.<sup>37</sup> Im September 1933 begannen die Ukrainer Galiziens, vor allem der "Frauenbund Galiziens", mit Hilfs- und Propagandaaktionen. In einem gesonderten Aufruf forderten sie die Solidarität der Frauen mit den Hungernden der Ukraine.<sup>38</sup> Den Holodomor begründeten sie mit der "Unverantwortlichkeit der mörderischen Bolschewikenwirtschaft und dem geisteskranken Experimentieren mit der Kollektivierung".<sup>39</sup> Obwohl alle Fakten vorlägen, schwiegen die Staatsmänner, wollten sie die Toten nicht sehen. Alle Frauen und besonders Mütter sollten sich nicht am "ehrlosen Verhalten der Politiker gegenüber der Hungersnot" beteiligen. Es gebe nämlich keine Entschuldigung, wenn der Weizen auf staatlichen Vorratstellen verfaule, Kinder aber vor Hunger zugrunde gingen. "Frauen, prüft euer Gewissen, wenn ihr an dem Hungertod der Kinder nicht schuldig werden wollt" – schloß der Aufruf des Frauenbundes. Die Aufrufe der Ukrainer Galiziens fanden nur wenig Resonanz.

Alle Hilfsaktionen wurden anfangs brüsk von der sowjetischen Regierung abgelehnt. Obwohl Moskau genau über die Hungertoten, sogar über Kannibalismus informiert war, bestritten Stalin und die Regierung jeden Holodomor in der Ukraine.

Hilfsaktionen außerhalb der Sowjetukraine waren Privatinitiativen. Eine starteten die Theologiestudenten der Limburger Hochschule. Jedes Jahr fuhren sie als Arbeiter-Studenten in die Dobrudscha und die deutsch besiedelten Schwarzmeergebiete. Dort arbeiteten und lebten sie bei den deutschen Siedlern. Daraus entwickelten sich Kenntnisse und Kontakte. Bei Ausbruch der Hungersnot dokumentierten die Studenten den Hunger und drehten einen Film.<sup>40</sup> Sie nahmen Kontakt zu dem Griechischkatholischen Pfarrer Petro Werhun in Berlin auf. Gemeinsam sollte der Hunger in der Ukraine der deutschen Bevölkerung zur Kenntnis gebracht werden. Für die Überlassung des Filmes zur Aufführung sollten fünf Mark Gebühr erhoben werden. Das Geld sollte neben erwünschten Spenden zum Kauf von Lebensmitteln für die Hungernden verwendet werden. Die Aktion scheiterte. Der Organisator, der Theologiestudent Wilhelm Papst, war überfordert, und es gelang nicht, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Die deutsche Wirtschaft legte Wert auf Weizenimporte aus der Sowjetunion. Das Hungerthema konnte da nur hinderlich sein.

Die Deutsche Botschaft in Moskau und das Auswärtige Amt in Berlin wußten über die Hungersnot in der Ukraine durch Henckes Berichte genau Bescheid. Vom Leid gerührt, versuchte der Konsul zu helfen. Er arbeitete eng mit dem Hilfswerk "Brüder in Not" zusammen, das die evangelische und katholische Kirche gemeinsam trugen.<sup>41</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Zvernennja ukrains'koho hromads'koho komitetu rjatunku Ukrainy do ukrainciv u cilomu sviti (Aufruf des Gesellschaftskomitees zur Rettung der Ukraine an die Ukrainer der Welt), in: Dilo, 1.9.1933, S. 1.

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Zvernennja Sojuzu Ukrajinok u L'vovi do žinok usich krajin svitu u spravi holodu v Ukrajini (Aufruf des Verbandes der Ukrainerinnen in Lemberg an die Frauen aller Länder der Welt betreff des Hungers in der Ukraine). September 1933. in: Dilo, 15.9.1933, S. 2.

<sup>39</sup> Ebd

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Die Briefe und Dokumente befinden sich im Besitz des Verfassers. Der Film ist verschollen. Aufzeichnungen über die Erinnerungen einiger Teilnehmer der Aktion machte der Verfasser 1986. Verwendung fanden sie in einem in Kanada gedrehten Film über die Hungersnot.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Hencke, Erinnerungen [Fn. 8], S. 15–18. – Hungerpredigt. Deutsche Notbriefe aus der Sowjetunion. Gesammelt und hg. von Dr. Kurt Ihlenfeld. Berlin 1933. In diesem Heft wurden die Briefe, die das Komitee "Brüder in Not" bzw. das Kiewer Konsulat und die deutschen Organisationen und Kirchen in Berlin bekamen, zusammengestellt.

Genau genommen verstand sich "Brüder in Not" als Hilfswerk für Reichsdeutsche, Volks- und Rußlanddeutsche in der Ukraine. Indirekt half es aber jedem Bedürftigen. Das Konsulat in Kiev stellte Listen von Bedürftigen zusammen, schickte diese ins Auswärtige Amt nach Berlin. Von dort gingen sie an das "Außenamt des Evangelischen Kirchenrates" und an den katholischen "Caritas-Verband". Beide Organisationen durften sogenannte Reichsmark-Gutschriften nach Kiev überweisen. Dort kauften der Konsul und seine Mitarbeiter mit den Gutschriften Lebensmittel im Torgsin (torgovlja s inostrancami, Handel mit Ausländern) ein. Die Lebensmittel wurden primär unter den Deutschen verteilt. Die sowjetische Regierung stand auf dem Standpunkt, es gebe "Schwierigkeiten bei der Versorgung" mit Brot, aber keinen Hunger und erst recht keine Hungertoten. Das deutsche Hilfswerk "Brüder in Not" erkannte die Sowjetregierung nicht an, es durfte auf sowjetischem Territorium amtlich nicht tätig werden. Die Moskauer Regierung verbot die Unterstützungsaktion, duldete aber die Lieferungen als Privathilfe des Konsulats.

Mitte 1933 konstituierte sich das "Interkonfessionelle und übernationale Hilfswerk". <sup>12</sup> Der Wiener Erzbischof Theodor Kardinal Innitzer übernahm den Vorsitz. Zu Mitgliedern des Hilfswerks zählten in Wien der Oberrabiner Dr. D. Feuchtwang und der Domherr und Pfarrer von St. Barbara, M. Hornykiewycz. Weiter traten dem Komitee neben dem Rektor des Ungarischen Pazmaneums katholische Pfarrer und evangelische Kirchenräte, Superioren der rumänisch-orthodoxen, der tschechischkatholischen, der polnisch-katholischen und der serbisch-orientalischen Pfarreien in Wien bei. Das Generalsekretariat des Hilfswerkes übernahm Dr. Ewald Ammende. Ziel des Hilfswerkes war es, "das Weltgewissen aufzurütteln, das Werk der Nächstenliebe" zu verbreiten. <sup>43</sup> Trotz guten Willens lief die praktische Hilfsaktion nur schleppend an und kam niemals richtig in Schwung.

Für den 16./17. Dezember 1933 lud Kardinal Innitzer die Leiter der angeschlossenen Hilfskomitees zu einer zweitägigen Konferenz nach Wien ein. Abordnungen der Komitees kamen aus Prag, Brüssel, London, Warschau, Paris und Berlin. Aus Lemberg schickte Metropolit Andrej Šeptyc'kyj seinen persönlichen Beauftragten Bischof Nykyta Budka nach Wien. Bereits bei der Eröffnung geriet die Konferenz russischer, deutscher, jüdischer und ukrainischer Vertreter unter Beschuß der Presse. <sup>44</sup> Die sowjetische Regierung diffamierte sie massiv als antisowjetische Veranstaltung. Trotz der ruhigen Aufklärungsarbeit gelang es den Hilfswilligen nicht, sich Gehör zu verschaffen und größere Aktionen zu starten. Die Sowjetregierung ließ keine Hilfsaktionen zu. Nur wenige Personen reagierten auf die Aufrufe der Hilfsorganisationen. Im Gegenteil: Mahner wurden bloßgestellt, verleumdet. Der sowjetischen Politik gelang es, mehrere "Zeugen" gegen den Holodomor zu gewinnen. Einer der Prominentesten war der Franzose Edouard Herriot.

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Das Komitee gab das Heft: Hungersnot. Authentische Dokumente über das Massensterben in der Sowjetunion. Wien o.J., heraus. – La famine en Ukraine. Bruxelles o.J. Im Dokumentenanhang sind die Aufrufe, Appelle, Sendschreiben des Hilfswerks zu finden.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Ewald Ammende: Human Life in Russia (Reprint): Cleveland 1984.

<sup>&</sup>lt;sup>44</sup> Zur Information über den Kongreß siehe: Zvernennja Objedannja ukrains'kych orhanizacij (Aufruf der Vereinigung der Ukrainischen Organisationen Lemberg), in: Dilo, 17.12.1933. S.1. Zur Zusammensetzung, Verlauf, Mitgliedern und Aktionen siehe: Hungersnot. Wien o. J., S. 39–46.

#### Potemkinsche Dörfer für Herrn Herriot

Ende September 1933 bereiste der Militärattaché der französischen Botschaft in Moskau, Oberst Mendras, die Sowjetukraine. Bei einem Treffen mit Hencke war das zentrale Gesprächsthema die kurz zuvor erfolgte Reise des ehemaligen Ministerpräsidenten Frankreichs, Edouard Herriot in die Sowjetunion. Herriot, nun Bürgermeister von Lyon, kam auf Einladung der sowjetischen Regierung. Beobachter sahen in Herriot einen gutgläubigen Menschen, der eine sozialistische "Wallfahrt" nach Moskau unternahm. Er kam am 25. August in Odessa an. Von dort sollte er über Sevastopol', Jalta, Dnipropetrovs'k, Rostov am Don und Charkiv nach Moskau reisen. Am 29. August befand er sich in Kiev und fuhr von dort in Begleitung des französischen Botschafters Alphand und des Luftfahrtministers Pierre Cot nach Charkiv.

Dort begrüßten ihn Menschenmassen im Stadion der GPU; er besuchte Kinderkommunen und Waisenhäuser, in denen Kinder an gedeckten Tischen dampfende Speisen vorgesetzt bekamen. In den Kolchosen, die er besichtigte, arbeiteten gut ernährte Bauern; er besuchte ein Traktorenwerk und das Ševčenko-Institut.<sup>47</sup> Er sah Bäcker in weißen Kitteln, die Brot auslieferten. Die sowjetische Reiseleitung kam der französischen Delegation beflissen entgegen, erfüllte ihr alle Wünsche. Täglich aßen sie mit Bevollmächtigten des Außenkommissariats, mit Vertretern des Militärs und der Partei. Die Hauptmahlzeiten bestanden aus mehreren Gängen mit gutem Wein und stimmten Herriot aufs Beste. Die Sowjetpresse begleitete die Reise der Franzosen "im Stile der alten Hofberichte". Gutgläubig nahm Herriot alles für bare Münze: Vom Zug aus "auf der Fahrt nach Moskau durch die Ukraine konnten sich die französischen Besucher von dem guten Stand der Ernte überzeugen"<sup>48</sup>.

Am 1. September holten Maksim Litvinov, Nikolaj Krestinskij und Karačan die Franzosen vom Moskauer Bahnhof ab. Untergebracht in der *Spiridonovka*, dem Repräsentationsgebäude des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten, eilten Herriot und sein Anhang von einem Empfang zum nächsten. Sogar Michail Tuchačevskij, der berühmte Kommandeur der Roten Armee, empfing sie. Die französische Seite sprach Gegeneinladungen aus und gab "Erwiderungsfrühstücke für Litvinov". Auf der internationalen Pressekonferenz deklarierte Herriot seine Anwesenheit in Moskau als Privatreise, auf der er Eindrücke für seine Bücher sammle. Die *Izvestija* sah in der Reise die "Krönung der Verdienste Herriots um die sowjetisch-französische Annäherung".<sup>49</sup>

Andere Beobachter führten diese "allzu optimistischen Eindrücke [...] auf die gute sowjetische Regie und die Unkenntnis Herriots und seiner Begleiter in landwirtschaftlichen Fragen zurück".<sup>50</sup> Deutsche Diplomaten in Moskau wußten: "Dank der hervorra-

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Über die Reise von E. Herriot siehe PAAA: Handakte Hencke 3/2 [Fn. 26], ohne Seitenzählung.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> PAAA: Bestand: A 3 Frankreich C. Reise Herriots in die U.d.S.S.R. A3C. Der Begriff "Wallfahrt" ist dem Bericht entnommen.

PAAA: Deutsches Generalkonsulat Charkow. Tgb.-Nr. 232. Charkow, den 31.8.1933. S. 1–2, in: Ebd. – Vgl. dazu den Ergänzungsbericht aus Moskau, 12.9.1933, ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Bericht: Moskau, den 5. September 1933. Tgb.-Nr. A/1840, in: Ebd. der Bericht hat insgesamt 5 Seiten, hier S. 2.

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Karl Radek. Begrüßungsartikel, in: Izvestija. 2.9.1933, S. 3.

<sup>&</sup>lt;sup>50</sup> Bericht: Moskau, den 5. September 1933 [Fn. 48], S. 4.

genden Regiekunst der Russen hat Herriot die besten Eindrücke von Rußland gewonnen."<sup>51</sup> Er glaubte "daß er sich frei bewegt habe, daß er mit allen Schichten der Bevölkerung in Berührung gekommen sei, und sich zwanglos mit ihnen unterhalten konnte". <sup>52</sup> Die Sowjetregierung sah den Nutzen der Reise und der Erklärungen Herriots darin, daß er "ein Gegengewicht bildet gegen die von charitativen Organisationen und den Kirchen geführten Sammlungen zum Besten der Opfer der Hungersnot in der Sowjetunion". <sup>53</sup> Herriots Begeisterung waren kaum Grenzen zu setzen: Euphorisch äußerte er sich in einem Interview mit der *Pravda*. Er sehe seine Verpflichtung darin,

für den Frieden zu arbeiten, damit den Kindern von Moskau und Lyon, von Frankreich und der UdSSR, die Leiden und die Schrecken des Krieges erspart bleiben, die ihre Eltern erfahren haben. [.°.°.] Alles was ich in der UdSSR gesehen habe, ist wunderbar. Die Lügen der bourgeoisen Presse über die Hungersnot in der Sowjetunion dementiere ich.<sup>54</sup>

Es fiel Herrn Herriot nicht ein, daß er durch Potemkinsche Dörfer geführt worden sein könnte, daß die Bäcker Angehörige des GPU waren, er durch gesperrte Straßen kutschiert wurde und er unwissentlich die Hauptrolle in einer Inszenierung gespielt hatte. Der französische Militärattaché Mendras hatte andere Eindrücke von der Sowjetunion. Er lachte bei seinem Besuch bei Konsul Hencke laut auf, als dieser

die günstigen Eindrücke erwähnte, die die Herren Herriot und Pierre Cot über ihre Rußlandreise geäußert hätten. Herr Mendras erklärte unumwunden, beide Herren hätten ein völlig falsches Bild von der wirklichen Lage erhalten und Pierre Cot sich noch mehr von den Bolschewiken einwickeln lassen als Herriot.<sup>55</sup>

Der französische Militärattaché beherrschte Russisch. Er kannte die Sowjetunion aus eigener Anschauung.

<sup>&</sup>lt;sup>51</sup> Ergänzungsbericht. Moskau, den 12. September 1933. Politischer Bericht, insgesamt fünf Seiten, hier S. 1., in: Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>52</sup> Ebd., S. 3.

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> Ebd, S. 5.

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> Pravda, 13.9.1933.

<sup>&</sup>lt;sup>55</sup> Handakte Hencke 3/2 [Fn. 26], ohne Seitenzählung.

Egbert Jahn Comparing the Holodomor: on the phenomonology of mass extermination

The unique extermination of millions of people by means of a deliberately instigated famine, which took place in 1932-33, was an event on a similar scale to the mass murder of Jews by the Nazis. However, the motivations were quite different: they included the calculation that the famine would serve to secure Soviet rule, considerations related to the politics of social class, questions of linguistic and cultural policy, national interests, and other factors.

Gerhard Simon
The Holodomor as a weapon:
Stalinism, hunger, and Ukrainian nationalism

The famine in Ukraine, which was organized by the political leadership, was an instrument employed to consolidate Stalinism. The debate about whether it was directed against the peasantry or the Ukrainians is therefore irrelevant. Stalin took the view that the crisis in agriculture caused by forced collectivization had made the crisis of loyalty in Ukraine evident. He was afraid he would "lose Ukraine". Hunger was therefore used as a weapon against the Ukrainian villages, where the resistance to collectivization and grain requisitioning was charged with national sentiments. At the same time, the Ukrainian national communists and the Ukrainian intelligentsia were subjected to a wave of purges and repression that was at that time unprecedented, and many of them were physically liquidated. However, Ukrainian national consciousness could not be permanently destroyed.

Stanislav Kul'chytsky Terror as a method: the 1933 famine-genocide in Ukraine

The famine in the Ukrainian countryside was not a natural disaster: it was caused by the excessive grain requisitioning of the Soviet regime. In addition, from the autumn of 1932 onwards all stocks of food in the villages of Ukraine and in the

Kuban region, where the population was predominantly Ukrainian, were confiscated. In this way, the population was deliberately exposed to famine. Terror through hunger was a punishment for resistance to collectivization. The Stalin leadership saw hunger as a way of forcing the peasants to join the kolkhozes, destroying a mentality shaped by private property, and bringing about the political subjugation of the Ukrainians. The thrust of the famine-terror was therefore social and national, and it should be treated as genocide.

# Ricarda Vulpius "Get rid of islands of autonomy": the Holodomor and the persecution of the church

The Soviet regime treated the Ukrainian Autocephalous Orhtodox Church more harshly than any of the USSR's other churches. The national church's organization managed to evade complete state control, and the church was part of the fabric of Ukrainian peasant life and seen as a link between Ukraine and emigres living in Poland. This strengthened the suspicion that the church would play a leading role in peasant opposition to collectivization. Both the persecution of the church in 1930 and the Holodomor of 1932-33 were part of a campaign directed against the last remaining islands of societal autonomy in Ukraine, which were closely linked with one another.

# Nikolaus Katzer Bread and rule: the famine in the RSFSR

This article places the famine in the RSFSR in the context of the state grain supply crisis that began in 1927, collectivization, and "dekulakization", and examines the fundamental question of the relationship between the bread supply and rule in the years following the October Revolution. Approaches taken from research on regional history are the point of departure, and problems relating to the number of victims and demography are also addressed. On the basis of the available source material, the article reconstructs some examples of typical courses of events and of models used to interpret the civil war situation at the beginning of the 1930s. This is done principally from the perspectives of villagers and of functionaries of the party or security organs. In conclusion, research hypotheses are discussed against the background of findings taken from studies of regional history.

# Rudolf A. Mark The famine in Kazakhstan: historiographical reappraisals

The famine was one of the great blanks in the Soviet historiography of Kazakhstan. After the state's independence, the famine became an object of historical research – though still as a national project undertaken at the behest of the state. For some time the famine continued to be explained as an "accident" or a "breach of Leninist principles". As the Soviet period recedes into the past, the famine is now increasingly being interpreted as a consequence of the violent policy of levelling and disciplining pursued by the Stalinist system, which is understood to have been totalitarian. As is the case in Ukraine, Kazakh historians and demographers are now discussing questions relating to the number of victims, the scale of the famine, and the effects of events coded as either a catastrophe or a tragedy. However, this debate is not at the centre of academic discourse.

# Yurii Shapoval Lies and silence: suppressing the memory of the famine

This article examines the methods by which the communist regime tried to suppress the truth about the famine of the early 1930s. Neither propaganda nor official Soviet statistics acknowledged the existence of the famine; they spoke of "missing deaths". But the political leaderships of both the USSR and the UkrSSR were well informed about what was happening. Systematic research on the tragic famine became possible for the first time under Gorbachev's policy of glasnost'. The full extent of the famine has become clear as a result of the recent opening of the archives.

# Wilfried Jilge The Holodomor and the nation: the famine in the Ukrainian view of history

In the Ukrainian Soviet Socialist Republic the 1932-33 famine was, up until the end of 1987, one of the blank spots in Soviet history. The lifting of the taboo on any discussion of the famine, which followed the 1986 Chornobyl reactor disaster, contributed to the deligitimation of the Soviet system. This article examines the significance of the Holodomor for the development of a national Ukrainian view of history and for ways of dealing with the totalitarian past, and analyzes the function of the famine in Ukraine's policy towards history.

# Valerii Vasil'ev Between politicization and historicization: the Holodomor in Ukrainian historiography

During the last 20 years, the 1932-33 famine has been a focal point of scholarly and political debate. The impetus leading to reflection on the Holodomor was provided by a commission of enquiry set up by the US Congress, and this contributed to a new self-understanding on the part of Ukrainian society. There was a close relationship between academic investigation of the scale of the catastrophe, its causes, and the motives that led to it, and the demand for the dissolution of the USSR and the question of a new social order in Ukraine. Ukrainian and international historians have done detailed work on the political, economic, and social aspects of the mass extermination, and have posed in new ways the questions of guilt, international recognition of the Holodomor as genocide, and expiation.

#### Rolf Göbner

Burnt souls: the Holodomor in Ukrainian literature

Ulas Samchuk's Mariia and Vasyl' Barka's Zhovtyi kniaz' are the most important Ukrainian novels dealing with the famine. This article concentrates on aspects of these two prose works of relevance to literary history and literary studies. The novels are partly documentary and partly imaginative works. Both of them treat the 1932-33 Holodomor as a genocide perpetrated against the Ukrainian people and as a national disaster.

# Dmytro Zlepko "Everything is wonderful": the Holodomor as seen by contemporaries

The Soviet leadership did everything it could to prevent news of the famine getting out. Nevertheless, the most important facts about the Holodomor did reach the outside world: some diplomats and foreign correspondents reported the famine in Ukraine and the deaths of millions of people. The Soviet Union placed all obstacles at its disposal in the path of attempts to provide international help, and there was in any case only a small-scale response to calls for assistance. Other journalists covered up the truth. Edouard Herriot, a former French prime minister, allowed himself to be used as a tool of Soviet propaganda.